



STUDIE ZUR LAGE DER JUGEND UND ZUR JUGENDPOLITIK IN EUROPA

(Contrat n. 1999 - 1734/001-001)

SCHLUSSBERICHTE
Bd. 1: Leitlinien und Ländervergleich

Januar 2001

IARD S.c.r.l. – Via Soncino 1 – 20123 Milan
Tel. +39 02 8645 1582 – Fax +39 02 8645 1518 – e-mail: ricerca-sociologica@iard.it

Wissenschaftliche Leitung

**Antonio Schizzerotto
Giancarlo Gasperoni**

**Eine Untersuchung der Europäischen Kommission
Generaldirektion für Bildung und Kultur**

Projekt-Leitung: IARD – Istituto di Ricerca S.c.r.l.

Teilnehmer:

**Belgien und
Luxemburg**

Charles Berg - CESIJE

Dänemark

Joi Bay – Universität Kopenhagen

Deutschland

*René Bendit - Deutsches Jugendinstitut
Andreas Walter - Iris e.V.*

Finnland

*Pirkko-Liisa Rauhala – Nationales Zentrum für Forschung und
Entwicklung*

Frankreich

Olivier Galland - Observatoire Sociologique du Changement

Griechenland

Kiki Deliyanni – Aristoteles-Universität Thessaloniki

Island

Gudny Bjork Eydal – Universität von Island

Italien

*Antonio Schizzerotto – Universität Mailand - Bicocca
Giancarlo Gasperoni – Universität Bologna
Riccardo Grassi - IARD
Pierfrancesco Majorino
Präsidium des Ministerrats – Abt. für soziale Angelegenheiten*

Niederlande

Manuela du Bois-Reymond – Universität Leiden

Norwegen

Helena Helve – Universität Helsinki

**Österreich und
Liechtenstein**

Claire Wallace - Institute for Advanced Studies

Portugal

João V. Nicolau – Wissenschaftler

Schweden

Britta Jonsson – Institut für Erziehung Stockholm

Spanien

Andreu Lopez Blasco – Wissenschaftler

**Vereinigtes Königreich
und Irland**

Carlo Ruzza - University of Essex, Department of Sociology

TEIL I

LEITLINIEN

TEIL II

LAGE DER JUGEND IN EUROPA

TEIL III

JUGENDPOLITIK IN EUROPA

TEIL IV

**BILDUNG UND AUSBILDUNG DER
JUGENDARBEITER IN EUROPA**

INHALT

TEIL I – Leitlinien

(Wissenschaftlicher Beirat: Antonio Schizzerotto et Giancarlo Gasperoni;
Koordinatoren: Joi Bay, René Bendit, Olivier Galland et Claire Wallace)

1. Einleitung	1
2. Theoretische und praktische Ausbildung	1
3. Jugend und Arbeitsmarkt	6
4. Lebensqualität, Gesundheit, Werte	11
5. Zivilgesellschaftliche und politische Partizipation	15
6. Die Europäische Dimension	18
7. Empfehlungen für eine europäische Jugendpolitik	19

TEIL II – Die Lage der Jugend in Europa von Antonio Schizzerotto und Giancarlo Gasperoni

1. Einleitung	25
2. Jugend und die heutige Gesellschaft	28
2.1. Die Industriegesellschaft und das Entstehen der Jugend als soziale Kategorie	28
2.2. Jugend und postindustrielle Gesellschaft	29
3. Theorien zur Lage der Jugend	31
3.1. Jugend und die „Underclass“	31
3.2. Individualisierung der Biographien und die gesellschaftliche Unsichtbarkeit der Jugend	32
3.3. Eine neue Lebensphase: Postadoleszenz	35
3.4. Schlussbemerkungen	37
4. Strukturelle und institutionelle Aspekte	37
4.1. Demographie	37
4.2. Sozial- und Zivilrecht	38

4.3. Schule und Ausbildung	39
4.4. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit	41
4.5. Einkommensquellen und Verarmungsrisiken	42
4.6. Beziehungen zwischen den Generationen und Wohnsituation	45
5. <i>Kulturelle Aspekte</i>	46
5.1. Gruppenmitgliedschaft, politisches Engagement, Vertrauen in die Institutionen	46
5.2. Grundwerte und Toleranz	49
5.3. Sicherheit und Risiko	51
5.4. Die europäische Dimension	53
6. <i>Schlussbemerkungen</i>	54
7. <i>Bibliographie</i>	56

Anhang 1: Lage der Jugendlichen in Europa

TEIL III – Jugendpolitik in Europa

von Joi Bay (Vergleichende Studie) und Renè Bendit/Kerstin Hein (Anhang 3)

1. <i>Begriffe in der Jugendpolitik</i>	58
1.1. Jugendpolitik im engeren und weiteren Sinn	58
1.2. Jugendpolitik vs. Jugendarbeit	60
1.3. Das Jugendressortkonzept	61
1.4. Definition von Schlüsselbegriffen	62
2. <i>Jugendpolitische Akteure</i>	64
2.1. Öffentliche Einrichtungen	64
2.2. Parlamentarische Ausschüsse	65
2.3. Jugend als politischer Akteur	66
2.4. Jugendinstitute - Expertenausschüsse - Beratende Institutionen	73
3. <i>Der politische Entscheidungsprozess</i>	75
3.1. Landesweite Koordinierung von Jugendpolitik	75
3.2. Länder ohne eigenständiges Jugendressort	75
3.3. Länder mit eigenständigem Jugendressort	76
3.4. Vertikale Koordinierung und Regelungsmechanismen der Jugendpolitik	77
3.5. Gesetzlicher Rahmen für jugendpolitische Maßnahmen	79
4. <i>Internationaler Einfluss auf die nationale Jugendpolitik</i>	82

4.1. Die Europäische Union	83
4.2. Der Europarat	84
4.3. Die Vereinten Nationen	84
4.4. Bilaterale kulturelle Abkommen	84
5. <i>Jugendpolitische Themenbereiche</i>	85
5.1. Erklärte Ziele und Kernpunkte der Jugendpolitik	85
5.2. Hauptzielgruppen expliziter Jugendpolitik	89
5.3. Bildungspolitik	91
5.4. Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche	92
5.5. Wohnungsbaupolitik für junge Erwachsene	92
5.6. Initiativen im Gesundheitswesen	93
5.7. Maßnahmen zur Bekämpfung devianten Verhaltens unter jungen Menschen	93
5.8. Politik der Freizeitgestaltung	94
5.9. Politik zur Förderung von Jugendverbänden	95
5.10. Allgemeine Wehr- und Zivildienstpflicht	96
5.11. Beobachtungs- und Evaluationsprogramme	97
6. <i>Trends</i>	97
6.1. Trends in Jugendpolitik und Jugendfragen	97
6.2. Beispiele erfolgreicher Politik	101
6.3. Kooperation und Jugendpolitik in der EU	107
7. <i>Modelle europäischer Jugendpolitik</i>	110
8. <i>Bibliographie</i>	115

- Anhang 2:** Methodische Überlegungen zur vorliegenden Studie über die europäische Jugendpolitik
- Anhang 3:** Vergleichstabellen zur Jugendpolitik in Europa

TEIL IV – Bildung und Ausbildung der Jugendarbeiter in Europa
von IRIS e.V.

1. <i>Einleitung</i>	118
2. <i>Überblick über Ausbildung und Training der Jugendarbeiter in Europa</i>	118
3. <i>Offizielle Bezeichnungen und ihnen zugrunde liegende Auffassungen der Jugendarbeit</i>	129
4. <i>Fragestellungen, Methoden und Arbeitsbereiche der Jugendarbeit</i>	131

4.1 Aufgaben und Fragestellung	131
4.2 Methoden	136
4.3 Sektoren und Kontext der Jugendarbeit	138
5. Strukturen der Ausbildung und des Trainings	140
5.1 Grad der Spezialisierung (Diplom)	140
5.2 Theorie und Praxis: etwas, das zählt	141
5.3 Standardisierung und öffentliche Anerkennung	142
5.4 Professionalisierung	142
6. Einfluss des jeweiligen politischen Systems auf die Jugendarbeit	144
7. Europäische Dimensionen	146
8. Ratschläge für eine Europäische Jugendpolitik	149
Bibliographie	152

TEIL I

Leitlinien

Zusammenfassende Bemerkungen

1. EINLEITUNG

Diese „Studie über die Lage der Jugendlichen und die Jugendpolitik in Europa“ hat drei Schwerepunkte: die Lage der Jugendlichen, die Jugendpolitik und die Jugendarbeit, die jeweils in einem gesonderten Band vorgestellt werden. Der erste Band enthält (ausser dieser Zusammenfassung) drei allgemein gehaltene, länderübergreifende Berichte zu jedem der oben erwähnten Schwerepunkte. Der zweite Band enthält die Länderberichte zur Lage der Jugendlichen, der dritte die Länderberichte zur Jugendpolitik und zur Jugendarbeit.

Diese zusammenfassenden Bemerkungen beschränken sich auf einige der in den allgemein gehaltenen Berichten und in den Länderberichten behandelten Aspekte und einige zusätzliche Gedanken und Empfehlungen zur Politik. Genauer: es werden ausgewählte Aspekte untersucht, die von besonderem Interesse für die Generaldirektion Bildung und Kultur sind und auf deren Anfrage weiter unten ausführlicher behandelt werden, und zwar: theoretische und praktische Ausbildung; Jugend und Arbeitsmarkt; Lebensqualität, Gesundheit und Werte; zivilgesellschaftliche und politische Partizipation; die europäische Dimension.

Jedem dieser Aspekte ist eine eigenes Kapitel gewidmet. Ausserdem enthält diese Zusammenfassung ein Schlusskapitel mit Empfehlungen für eine europäische Jugendpolitik.

2. THEORETISCHE UND PRAKTISCHE AUSBILDUNG

Bildung gehört aus verschiedenen wichtigen Gründen als ein zentraler Teil zur Identität der Jugendlichen. In allen europäischen Ländern steht der Großteil der 15-19jährigen in einem Bildungs- oder Ausbildungsverhältnis, und auch später bildet sich ein guter Teil der Jugendlichen (wenn auch nicht notwendigerweise die Mehrheit) auf irgendeine Weise weiter. Die Jugendlichen sind die Schüler/Studenten schlechthin, und es wird gewöhnlich als ein Problem aufgefasst, wenn der eine Status nicht mit dem anderen zusammenfällt. Die meisten jungen Leute haben ein ziemlich großes Vertrauen in die Bildungseinrichtungen und meinen, dass der Schulbesuch die adäquate Vorbereitung auf das Erwachsenenalter ist; tatsächlich denkt der Großteil der Jugendlichen in den meisten (nicht allen) europäischen Ländern, dass die Schule sie „sehr gut“ auf die Zukunft vorbereitet. Theoretische und praktische Bildung werden von ihnen als der wichtigste Weg angesehen, um Fertigkeiten und Befähigungsnachweise zu erwerben, die zusammen mit einer gut bezahlten, sicheren Arbeit für ihre Zukunft entscheidend

sind. Und gewöhnlich trifft das auch zu: ein Bildungs-/Ausbildungsabschluss ist wahrscheinlich das beste Mittel, um als Vollmitglied in die Gemeinschaft der „Erwachsenen“ aufgenommen zu werden, besonders was den Zugang zu guten Posten und sozialen Positionen betrifft.

In vielerlei Hinsicht hat die Schule im Laufe der Zeit an sozialer Bedeutung gewonnen, da ihre Rolle als Integrationsmittler immer wichtiger wurde durch den Bedeutungsverlust anderer Mittler (religiöse Autoritäten, Regierung), die veränderte Funktion der Familie (arbeitende Eltern, die den Kindern weniger Zeit widmen, größere Autonomie der älteren Kinder im Haushalt, etc.), die Unzulänglichkeiten der neuen Mittler (wie Massenmedien), die Vielfalt der Aufgaben, die die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen über die Vermittlung von Fertigkeiten und Wissen hinaus bewältigen sollen (Jugendberatung, Aufklärung, Drogenverhütung und Übermittlung anderer sozialer „Botschaften“, etc.) und vor allem durch das immer deutlichere Bewusstsein der Rolle, die die Humanressourcen für die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaften im Kontext der Globalisierung spielen. Alle Industrienationen haben in den letzten 50 Jahren weitreichende Schulreformen durchgeführt, die auf eine Erweiterung der Partizipation in den Lehr- und Ausbildungsplänen abzielen.

In der Folge besucht ein immer größer werdender Teil der Jugendlichen nach der Pflichtschule eine weiterführende Schule; die in einem Lehr- oder Ausbildungsverhältnis verbrachte Zeit wird immer länger; die Zahl der Schulabbrecher geht zurück, und die wenigen Schulabbrecher verfügen nicht über die nötigen Nachweise und Fertigkeiten, um einen zufriedenstellenden Platz in der Arbeitswelt zu bekommen. Ausserdem verbessern die Ausbildungsqualifikationen gewöhnlich die Chancen des Einzelnen auf einen prestigereichen Beruf; Jugendliche mit geringerer Ausbildung riskieren eher die Arbeitslosigkeit oder finden keinen sicheren Job.

Trotz dieser allgemeinen Themen und Entwicklungen bestehen weiterhin wesentliche Unterschiede zwischen den Ausbildungssystemen in den europäischen Ländern, was Grundgedanken, Partizipation, Chancen und Wirkungen betrifft. In einigen Ländern genießt die Bildung/Ausbildung ein hohes Ansehen wegen der berufsorientierten Fertigkeiten, die sie den Jugendlichen vermittelt, in anderen soll hauptsächlich Allgemeinbildung vermittelt werden, in wieder anderen kommt es über die Ausbildung zu einer Auslese der Schüler je nach Fertigkeiten und Lernpotential.

Das Mindestalter bei Pflichtschulabschluss geht von 14 bis 18 Jahren; in den meisten europäischen Ländern dauert die Pflichtschule bis 16. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass eine längere Pflichtschulzeit auch mehr Chancengleichheit in den Bildungseinrichtungen bedeutet. Tatsächlich weisen Länder mit einer längeren Pflichtschule einen höheren Anteil von Studenten unter den Jugendlichen auf. Die Schulabschlussquoten variieren ebenfalls von Land zu Land:

was die höheren Schulen betrifft, liegen die Quoten zwischen etwas mehr als 70% und virtuellen 100%; die Hochschulabschlussquoten zeigen ähnliche Differenzierungen.

Allgemein jedoch gibt es trotz aller Demokratisierungsbemühungen noch keine wirkliche Chancengleichheit beim Zugang zu den Bildungseinrichtungen. Ausserdem unterscheiden sich die Bildungsmöglichkeiten der einzelnen Länder, ebenso wie es unterschiedliche Verbindungen zwischen den Einrichtungen für Bildung und Ausbildung und der Arbeitswelt gibt. Diese Unterschiede scheinen auf den nationalen Bildungssystemen zu beruhen. Zwar sind die Grundstrukturen der Schulsysteme der Länder einander angeglichen worden, aber Unterschiede in der Standardisierung, den verschiedenen Schulstufen, der Berufsbezogenheit und der Expansion der Hochschulausbildung haben den Erfolg des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt stark beeinflusst.

Der längere Verbleib des Einzelnen in einem Lehr- oder Ausbildungsverhältnis hat zu einer Erhöhung der Karriere- und Lebenserwartung geführt, die von der wirtschaftlichen und sozialen Realität (vor allem in den südeuropäischen Ländern) nicht immer erfüllt werden. Potentiell befindet sich der Einzelne also in einem neuen Alter („Postadoleszenz“), das unter anderem charakterisiert ist durch eine Wartezeit, die die Gefahr mit sich bringt, dass der Einzelne dann die Rolle des Erwachsenen weniger gut spielt und weniger gut die Verantwortungen des Erwachsenen übernimmt. Damit hängt auch zusammen, dass den Jugendlichen ihre Bürgerrechte vorenthalten werden, es hat aber auch negative Implikationen Auswirkungen auf das ganze System.

Tatsächlich hat die demographische Entwicklung in Europa zu einer Verringerung des Anteils der Jugendlichen im Vergleich zur erwerbstätigen Bevölkerung gezeigt, sodass in der Zukunft den heutigen Jugendlichen eine immer größere Last aufgebürdet wird, besonders was ihre produktiven Fähigkeiten und die Länge ihres Berufslebens (d.h. die Dauer der Steuereinzahlung) betrifft. Mit anderen Worten ist es unumgänglich, den Wunsch nach Maximierung der Bildungsqualifikationen der Jugendlichen mit der Notwendigkeit zu verbinden, sie so rasch wie möglich in die Arbeitswelt einzugliedern (um damit beide Probleme in Angriff zu nehmen, die Identitätsfindung der Jugendlichen wie auch die demographischen Ungleichheiten).

Obwohl andere Faktoren – wie Arbeitgeber, Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarktgesetze, Lohn- und Gehaltschemata, Berufsverbände, Gewerkschaften – zweifellos die Verbindung zwischen Ausbildung und Berufseinstieg (und den Übergang zum Erwachsenenalter allgemein) beeinflussen, kann man für eine wirkungsvolle Bildungspolitik, die aus der sozialen Herkunft herrührende Ungleichheiten reduzieren möchte, doch die folgenden Zielsetzungen festmachen:

- Verhinderung des Schulabbruchs und ganz allgemein eines Verhaltens der Jugendlichen, das dem Erwerb einer Mindestqualifikation im Wege steht
- Alle Jugendlichen zum Erwerb besserer Fähigkeiten und höherer Qualifikationen ermutigen
- Eine sicherere Verbindung zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt erreichen.

Bildungspolitik ist wohl implizite ein Teil der Jugendpolitik, doch weniger deutlich als andere Bereiche (z.B. Wohnungsfragen, Arbeitsmarkt, Familienfragen und andere, nicht jugendspezifische Gebiete), da Bildung sich immer exklusiv an die Jugend wandte. In diesem Sinne kann man die „Problem“ versus „Ressource“- Auffassung der Jugend auch auf die Bildungspolitik anwenden. Wenn Jugendliche ihren Aus/Bildungsweg unter- oder abbrechen und potentiell eine Last für die Gemeinschaft werden, dann ist der Zugang der Politik einer, in dem die Jugend als Problem dargestellt wird; wenn hingegen alle Ausbildungsebenen verbessert werden, stellen die Jugendlichen eine „Ressource“ dar, die zum Wohle der Gemeinschaft entwickelt werden muss. Beide Zugänge können größere Ausgaben bedeuten, wie die Unterschiede nahelegen, die man in den verschiedenen Ländern für Bildungsausgaben pro Student oder das Verhältnis Bildungsausgaben/Brutto-Inlandsprodukt bemerken kann.

Die Verhinderung des frühzeitigen Schulabbruchs gehört zu den wichtigsten politischen Zielen, denn heute sind die Jugendlichen mehr denn je von Arbeitslosigkeit und allgemeiner sozialer Ausgrenzung bedroht. In den meisten europäischen Ländern wird der Kampf gegen die hohen Studienabbruchquoten in der höheren Schule mit verschiedenen Strategien geführt: dem zweiten Bildungsweg, besserer Studienberatung und der Möglichkeit, praktische Erfahrungen zu machen, mit Programmen für lebenslanges Lernen, finanzieller Unterstützung, Ausgleich von Bildungslücken, Erleichterung der formellen Anerkennung informell erworbener Qualifikationen (z.B. praktische Erfahrung, aber auch Fremdsprachen- oder Informatikkenntnisse), Erziehung durch Gleichaltrige, mit Projekten für die Erkennung spezifischer Risikogruppen (zumeist ethnischer, sozialer oder regionaler Gruppen). Weitere Mittel, um den Erwerb von Fähigkeiten zu fördern, sind Differenzierung und „Flexibilisierung“ von existierenden Bildungseinrichtungen – etwa die Ausweitung der Bildungsmöglichkeiten und daher die Wahrscheinlichkeit, dass potentielle Schulabbrecher zumindest eine Bildungs/Ausbildungseinrichtung finden, die ihren Interessen und Wünschen entspricht. Auch soll das Stigma der berufsbildenden Bildungseinrichtungen entfernt werden, die in einigen Ländern als zweitklassig im Vergleich zur klassischen akademischen Ausbildung betrachtet werden.

Eine weitere Strategie die, wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln, von allen europäischen Ländern verfolgt wird, ist die umfassende Verbesserung der Ausbildungsqualität: Neuformulierung der Lehrpläne, Rekrutierung und Training der Ausbilder, Modernisierung der

Lehrtechniken, Einführung der neuen Technologien und „Erneuerung“ allgemein. Schulsysteme mit einer Struktur, die die lokalen Beschlussfassungsprozesse privilegieren (und daher auf einem Zusammenspiel von Arbeitgebern, politischen Behörden und Schulbehörden gründen dürften) und einem weniger hierarchischen Aufbau sind effizienter und egalitärer als solche, die von einer Zentralregierung geleitet werden und in verschiedene Schultypen aufgesplittert sind. In Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Festsetzung der Qualität der Produktivität eines Landes zählt vor allem der Anteil der Leute mit höherem Studienabschluss, daher sollten Aktionen unternommen werden, um die Reform der zentralisierten Bildungssysteme in die Wege zu leiten.

Natürlich bedeutet die Verbesserung der Bildungsqualität notwendigerweise eine engere Verbingung zwischen Ausbildungseinrichtungen und Arbeitsmarkt. Bis zu einem gewissen Grad bedingt das eine Verwischung der Trennlinie zwischen zwei Lebensphasen – dem "Vollzeit"studium" und der "Vollzeit"beschäftigung – was den Übergang der einen in die andere erleichtert, wenn nicht ganz unkenntlich machen soll. Heute ist die Zahl der Jugendlichen, die gleichzeitig in einem Ausbildungsverhältnis und in einem Arbeitsverhältnis stehen (spezifische Programme für Werkstudenten miteingeschlossen) recht gering: in Ländern mit traditioneller Lehrlingsausbildung, einem dualen Ausbildungssystem oder mit einem großen Angebot an Teilzeitarbeit (Österreich, Dänemark, Deutschland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich) ist sie beachtlich (20-35% der älteren Teenager), in den anderen Ländern sind es weniger – oft deutlich weniger – als 10%. Lehre und das duale System erhöhen die Vermittelbarkeit der jungen Leute. Weitere Initiativen umfassen die Entwicklung von zweifachen Ausbildungswegen, die eine allgemeine Bildung mit technischer und beruflicher Fachausbildung verbinden, womit die Durchlässigkeit der Ausbildungswege erhöht wird; die Einführung des praxisbezogenen Lernens und der Teilzeitarbeit in die Allgemeinbildung; Lehrpläne mit integrierten Trainingsverträgen und so weiter.

Alle diese Strategien verlangen natürlich eine arbeitsmarktbezogene Berufsausbildung, was gewöhnlich bedeutet: Abgabe der Aufgaben an regionale und/oder sektorale Ebenen; direkte Einbeziehung der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und anderer diesbezügliche Körperschaften; ständige Neu-definierung und Modernisierung der Anforderungen, um die Attraktivität der Ausbildungsprogramme und eine effektive Integration in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

Politisches Denken und spezifische Untersuchungen müssen sich anderen Herausforderungen für die Chancengleichheit in der allgemeinen Bildung und in der Berufsausbildung zuwenden, die nicht Teil des Bereichs der vorliegenden Studie waren. Eine dieser Herausforderungen ist die Ausdehnung der Bildungsmöglichkeiten auf Kinder von Immigranten: immer stärkere Zuwandererflüsse von außerhalb Europas haben in die europäischen Schulen immer größere

Zahlen von Immigranten der zweiten Generation geführt (und werden es weiterhin tun), und dies bedeutet, dass eine neue Risikogruppe Jugendlicher aufgetaucht ist, deren soziale Integration neue Probleme aufwirft. Eine weitere Herausforderung sind die *Geschlechterunterschiede*: auch wenn Frauen/Mädchen nunmehr in stärkerem Ausmaß in die Bildung eingebunden sind als junge Männer und damit ihre Arbeitschancen deutlich verbessert haben (und auch wenn die Männer immer mehr an der Arbeit im Haushalt und in der Familie teilnehmen als in der Vergangenheit), sind doch viele Lehrpläne eher auf die typisch männlichen Arbeitsmarktwege ausgerichtet; es gibt auch geschlechtsabhängige Unterschiede in der Wahl des Universitäts-/Hochschulstudiums; auch wird die immer größere Bedeutung der Informatik und des computergestützten Lernens in der Zukunft höchstwahrscheinlich die Bildungschancen der Mädchen mindern, wenn noch vorhandene, gesellschaftlich bedingte Geschlechterunterschiede im Zugang zur Technologie nicht ausgeglichen werden. Ein potentiell Risiko für die Grund- und Mittelstufe ist die extra-curriculare Überladung, also der Status der Bildungseinrichtungen als Mittler bei der sozialen Integration wird benützt, um sie mit Initiativen zu überladen, die nicht direkt mit der Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten verbunden sind: sexuelle Erziehung, Antirassismus-Kampagnen, Gesundheitsfragen, etc. Schließlich gibt es noch ein Thema, dem gegenüber die europäischen Institutionen sich besonders sensibel verhalten sollten, und zwar die Überwachung der Teilnahme an Europäischen Austauschprogrammen: dienen sie den Jugendlichen jeder sozialen Herkunft oder, noch besser, den benachteiligten Jugendlichen, oder werden sie vor allem von Jugendlichen aus privilegierten Schichten benützt?

3. JUGEND UND ARBEITSMARKT

Um eine sichere Arbeit zu bekommen oder in einem Land mit einer hohen Arbeitsmobilität und guten Arbeitsmöglichkeiten zu leben, ist wichtig für den Übertritt in das Erwachsenenalter. Natürlich ist eine Beschäftigung eine notwendige, aber noch keine ausreichende Bedingung für wirtschaftliche Unabhängigkeit. Erwerbstätigkeit sollte ein akzeptables Lebensniveau garantieren. Andernfalls können Überweisungen von seiten des Wohlfahrtssystems das Einkommen der jungen Leute aufstocken, die mit der Arbeit allein nicht genug verdienen. Leider haben in Europa die jungen Leute im Vergleich zu den Erwachsenen in den letzten zwanzig Jahren eine Verschlechterung ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt erlebt.

Tatsächlich sind die Beschäftigungs- und Arbeitsquoten unter den jungen Leuten in den letzten zwei Jahrzehnten gesunken, während die Arbeitslosenraten gestiegen sind. Aber noch mehr zählt, dass die Beschäftigungsquoten der Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren viel

niedriger und daher die Arbeitslosenraten viel höher sind als unter den 25-64jährigen (mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs). Außerdem haben diachrone Datenerhebungen gezeigt, dass coeteris paribus die Dauer der ersten Arbeitssuche für die heutigen Jugendlichen länger ist als sie es für die älteren Generationen war.

Das Bild bessert sich, wenn man die gegenwärtigen Quoten der Langzeitarbeitslosigkeit untersucht (das heißt Dauer der Arbeitslosigkeit von mindestens 12 zusammenhängenden Monaten). Dies trifft die Erwachsenen viel häufiger als die Jugendlichen. Das Gegenteil ist aber der Fall bei wiederholten Perioden von Arbeitslosigkeit. Diese treffen viel häufiger Jugendliche am Beginn ihrer Arbeitslaufbahn. Außerdem geht aus diachronen Analysen hervor, dass die Erfahrung wiederholter kurzer Arbeitslosenzeiten (und noch dazu am Beginn der Arbeitskarriere) sich unter der Altersgruppe ausbreitet.

Ausbildung und Geschlecht haben Einfluss auf die Teilnahme am Arbeitsmarkt und auf die Risiken und die Dauer der Arbeitslosigkeit unter den europäischen Jugendlichen. Allgemein lässt sich sagen, dass besser ausgebildete Jugendliche eher beschäftigt sind und eine Arbeit haben. Sie riskieren weniger, in die Arbeitslosigkeit zu fallen und erleben kürzere Perioden der Arbeitslosigkeit. Die Mittelmeerländer (besonders Italien) scheinen eine Ausnahme darzustellen, zumindest was die Suche nach dem ersten Arbeitsplatz betrifft. Ausbildungsqualifikationen spielen eine geringere Rolle. Mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs haben junge Frauen immer noch schlechtere Chancen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und riskieren eher die Arbeitslosigkeit.

In den letzten zwei Jahrzehnten ist der Anteil der Jugendlichen mit sogenannten „atypischen“ Arbeitsverträgen (befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitverträge, Ausbildungsverträge, Franchising und ähnliches) deutlich gestiegen. Das bedeutet, dass das Niveau des Arbeiterschutzes für Berufseinsteiger deutlich niedriger ist als in der Zeit zwischen 1950 und 1980. Das trifft auch für die „Grau“- und die „Schwarzarbeit“ zu. Der Anteil der Leute in der sogenannten „informellen Wirtschaft“ steigt quer durch die Generationen.

Natürlich sind diesbezügliche Generationenunterschiede viel deutlicher in den Ländern (Mitteleuropa und die Mittelmeerländer), in denen der Grad des Arbeiterschutzes hoch ist und wo gesetzliche oder vertragliche Regeln den Gebrauch der atypischen Verträge für die jungen Leute bei ihrer ersten Arbeit beschränken. Ähnlich ist es bei den grauen oder schwarzen Jobs. Je stärker der Arbeiterschutz für die Erwachsenen, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass die Jugendlichen in Jobs der informellen Wirtschaft landen. Es ist nicht klar, ob Personen, die ihre Karriere auf schlecht geschützten Positionen beginnen, ihr ganzes Leben darin gefangen bleiben, oder ob sie den Sprung in sicherere Positionen schaffen. Die wenigen kürzlich erstellten Analysen scheinen in die letztgenannte Richtung zu verweisen. Und wie im Fall der

Teilnahme am Arbeitsmarkt und des Risikos der Arbeitslosigkeit ist auch hier die Wahrscheinlichkeit, mit einem atypischen Job oder mit Schwarzarbeit zu beginnen, geringer für Leute mit einer besseren Ausbildung und höher für Frauen.

Wie in der Vergangenheit verdienen auch heute die jungen Leute am Beginn ihrer Laufbahn weniger als Erwachsene mit längerer Arbeitserfahrung. Mit zunehmendem Alter wird Arbeit als Einkommensquelle immer wichtiger. Das Problem ist, dass das Einkommen der Jugendlichen bezogen auf das der Erwachsenen in vielen europäischen Ländern gruppenweit immer niedriger wird.

Die relative wirtschaftliche Benachteiligung der Jugendlichen wird durch die oben erwähnten steigenden Arbeitslosenquoten und die Kürzungen im Wohlfahrtssystem verstärkt. In einigen EU-Ländern sind Arbeitslosenhilfen für Jugendliche, die noch nicht berufstätig waren, gekürzt worden oder die Verteilungsregeln sind restriktiver geworden. Jedenfalls begünstigt der Sozialschutz in den meisten EU-Ländern die Jugendlichen weniger als die Erwachsenen.

Steigende Arbeitslosenzahlen, Kürzungen bei den staatlichen Zuwendungen und eine relative Verringerung des Arbeitseinkommens erklären, warum in den meisten EU-Ländern die Zahl der jungen Leute steigt, die bis Ende der Zwanziger noch bei ihrer Herkunftsfamilie leben.

Jugendpolitik betreffende Berichte unterstreichen, dass es in den meisten EU-Ländern keine spezifisch jugendbezogenen Arbeitsmarktinitiativen gibt. In den meisten Fällen beschäftigt man sich mit den Schwierigkeiten der arbeitssuchenden Jugendlichen nur im Rahmen einer allgemeineren Reduzierung der Arbeitslosenquoten des jeweiligen Landes. Dennoch lassen sich in solchen Fällen Maßnahmen ausmachen, die sich hauptsächlich auf die Arbeitsmarktposition der Jugendlichen richten.

Eine mögliche Strategie zur Senkung der Jugendarbeitslosenrate besteht in einer Reihe von Maßnahmen zur *Senkung der Kosten der Arbeit Jugendlicher*. Es wurden vor allem drei Zugänge zur Erreichung dieses Ziels angeführt: *a)* Senkung des Gehalts unter das vertragliche Mindestgehalt für Jugendliche innerhalb spezifischer Programme. So zum Beispiel die Lehrstellenverträge in Irland, den Niederlanden, Norwegen, dem Vereinigten Königreich; innerberufliche Ausbildungsverträge in Belgien und Frankreich; Berufseinstiegsprogramme im Vereinigten Königreich; *b)* Senkung der vom Arbeitgeber für den jungen Arbeitnehmer gezahlten Sozialabgaben (innerberufliche Ausbildungsverträge in Frankreich, Italien, Spanien und Portugal); *c)* Zuschüsse für Arbeitgeber, die Jugendliche anstellen (Portugal).

Inwieweit diese Art der Politik tatsächlich neue Arbeitsplätze schaffen kann, ist nicht bekannt. Am geeignetsten scheinen die Maßnahmen zur Senkung des Mindestgehalts innerhalb von Lehrstellenverträgen zu sein, aber auch die Reduktion der Sozialabgaben für den Arbeitgeber. In Bezug auf die Auswirkung auf die weitere berufliche Laufbahn der in diese Programme

eingebundenen Personen scheinen der Wechsel zwischen praktischer Arbeitserfahrung und Fachausbildung in entsprechenden Einrichtungen (wie im dualen Ausbildungssystem in Deutschland) am erfolgreichsten zu sein.

Wie schon erwähnt, haben viele europäische Regierungen atypische Verträge eingeführt, um die negativen, zu Rigidität verführenden Auswirkungen des strengen Arbeitsschutzes in der Arbeit der Jugendlichen zu reduzieren. Offensichtlich tragen die atypischen Arbeitsverträge erfolgreich dazu bei, dass die Jugendlichen schnell einen ersten Arbeitsplatz finden. Trotz dieses positiven Ergebnisses ist ungewiss, ob schlecht geschützte Jobs später zu einer festen Anstellung führen oder ob sie die Leute in unsicheren Arbeitsverhältnissen gefangen halten. Da diachrone Datensätze fehlen, ist die Beantwortung dieser Frage schwierig. Übergreifende Umfragen haben ergeben, dass der Anteil derer, die nach einem atypischen Vertrag in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis überwechseln konnten, von Land zu Land sehr stark variiert. Italien verfügt über den höchsten Anteil, Spanien über den niedrigsten. Wenn der Anteil niedrig ist, entsteht das weitere Problem der Generationenungleichheiten. Während die Erwachsenen dauerhafte Beschäftigungen haben, sind die Jugendliche langfristig, potentiell sogar ihr ganzes Arbeitsleben hindurch, in schlecht geschützten Arbeitsverhältnissen gefangen. Eine graduelle Verstärkung der Arbeitsmarktflexibilität, die alle Altersgruppen erfasst, wäre eine gerechtere Lösung.

In vielen EU-Ländern ist das Verteilungsprinzip, nach dem Jugendliche Arbeitslosenhilfe erhalten, in den letzten zwei Jahrzehnten strenger geworden. Man hat versucht, „supply-side“-Maßnahmen einzuführen, genauer gesagt, wurde von den jungen Leuten verlangt, dass sie ihren persönlichen Einsatz bei der Arbeitssuche verstärken. Dennoch ist die Reduzierung der Arbeitslosenhilfe für Jugendliche gewöhnlich mit aktiver Beschäftigungspolitik Finnland und das Vereinigte Königreich sind gute Beispiele für diese neue Art, offensichtlich erfolgreich Einschränkungen im Sozialschutz mit weitgestreuten Angeboten einer jugendspezifischen Beschäftigungspolitik zu verbinden.

Unterstützung für Selbständige ist eine andere interessante Maßnahme, um jungen Leuten bei der Arbeitssuche zu helfen. Gewöhnlich besteht das Hilfsprogramm in Ausbildungskursen, um die unternehmerischen Fähigkeiten der Jugendlichen zu fördern. Einige interessante Hilfsmaßnahmen für Jugendliche auf dem Weg zur beruflichen Selbständigkeit findet man in Schweden und in Italien. Leider wissen wir wenig über die langfristigen Auswirkungen dieser Programme.

Trotz der großen Unterschiede zwischen den europäischen Ländern lassen sich doch einige gemeinsame europäische Zielsetzungen ausmachen. Wir halten eine *Verbesserung der Vermittelbarkeit der Jugendlichen* für das wichtigste Ziel. Nach dem, was wir wissen, scheinen

Ausbildungsprogramme, die auf einem Wechsel von praktischer Arbeitserfahrung und Berufsausbildung in spezifischen Einrichtungen basieren, die geeignetsten und wirkungsvollsten zu sein, um die Chancen eines leichten Übertritts von der Schule ins Berufsleben zu erhöhen. Doch sollten diese Programme nicht allzu lang dauern (drei bis sechs Monate). Das sollte vermeiden helfen, dass die jungen Leute zu lang im Bildungsprozess verbleiben, und die Anpassungsfähigkeit an die wirtschaftlichen Veränderungen eines Landes fördern.

Eine gute Vermittelbarkeit ist eine notwendige, aber noch nicht ausreichende Bedingung, um eine Arbeit zu finden. Die Chancen der Jugendlichen auf eine Anstellung hängen auch von der Arbeitsmarktregulierung ab.

Hier kommt ein weiteres Ziel der Europäischen Union ins Spiel, nämlich die *Reduzierung der Gesamtzahl der jugendlichen Arbeitslosen*. Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, haben sich die politischen Maßnahmen zur Reduzierung der Löhne und Gehälter für Jugendliche bei ihrer ersten Anstellung als ziemlich wirkungsvoll erwiesen. Aus Gründen der Gleichstellung den Generationen denken wir, dass eine Senkung der Sozialabgaben für den Arbeitgeber den Jugendgehältern unter dem vertraglichen Mindestgehalt vorgezogen werden sollte. Wie schon erwähnt, hat auch die Einführung der atypischen Verträge die Risiken der Jugendarbeitslosigkeit reduziert. Doch aus Gründen der Chancengleichheit sollte die Politik auf eine allgemeine Erhöhung der Arbeitsmarktflexibilität abzielen – das bedeutet eine Flexibilität durch die Schwächung des Niveaus des Beschäftigungsschutzes für Jugendliche wie für Erwachsene – statt die Lasten ausschließlich den Jugendlichen aufzubürden. Schließlich sollten Maßnahmen umgesetzt werden, die darauf abzielen, mehr schlecht geschützte Jobs in stabilere Positionen umzuwandeln.

Die Jugendarbeitslosenrate kann weiters durch beschäftigungspolitische Maßnahmen gesenkt werden, die auf den persönlichen Einsatz des Arbeitssuchenden einwirken. Wir meinen, Reduzierung der Arbeitslosenhilfe oder verschärfte Berechtigungskriterien können zu zwei Bedingungen akzeptiert werden: größeres und verbessertes Angebot an Praktika, Beratung, Betreuung und Ausbildung; Ausweitung der Arbeitslosenhilfen für arbeitssuchende Jugendliche. Auch kann die Förderung unternehmerischer Initiativen Jugendlicher nützlich sein, zumindest in Ländern, in denen die Zahl der Kleinbetriebe die der großen übersteigt.

Ein drittes Ziel der Europäischen Union in Bezug auf die Position der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt sollte die *Chancengleichheit* sein. Unter den jüngeren Generationen gibt es in den meisten europäischen Ländern keine Ausbildungsungleichheiten zwischen Männern und Frauen mehr. Auf dem Arbeitsmarkt sind sie jedoch noch deutlich spürbar und können an geschlechtsspezifischen Berufen aufgezeigt werden. Obwohl in der Ausbildung Chancengleichheit besteht, sind die jungen Frauen unter den Arbeitslosen überrepräsentiert

(dies ist besonders in den mitteleuropäischen und in den Mittelmeerländern der Fall) oder unter denen, die in einem atypischen Arbeitsverhältnis stehen, vor allem in Teilzeitverträgen (und dies trifft vor allem auf das Vereinigte Königreich und die skandinavischen Länder zu). Ausserdem sind die jungen Frauen europaweit unterrepräsentiert in den höheren Berufen und bei den Selbständigen, wohingegen sie bei den Angestellten und Bürokräften überwiegen. Geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Arbeitswelt haben ihre Ursachen zumeist in kulturbedingten Vorurteilen, in den überkommenen Regeln zu den Rollen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Familie, wie auch in einem Mangel an Wohlfahrtshilfen in Bezug auf Mutterschaftschutz und Betreuungs- und Pflegedienstleistungen für Kleinkinder und ältere und behinderte Leute. Daher muss hauptsächlich bei der Bildung und den Wohlfahrtsmaßnahmen angesetzt werden, um eine Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

4. LEBENSQUALITÄT, GESUNDHEIT, WERTE

Die wirtschaftliche Situation der Jugendlichen spiegelt die Rolle des Arbeitsmarkts, der Familie und der Sozialleistungen in den verschiedenen Ländern. In der ersten und größeren Gruppe von Ländern – Österreich, Deutschland, Frankreich, Irland, Luxemburg, Portugal, Schweden und den Niederlanden - ist der Arbeitsmarkt die Haupteinnahmequelle, gefolgt von der Familie und den Sozialleistungen. In der zweiten Gruppe – Dänemark und dem Vereinigten Königreich – folgen auf den Arbeitsmarkt als Haupteinnahmequelle die Sozialleistungen und dann die Familie¹. In der dritten Gruppe – Belgien, Spanien, Griechenland und Italien – ist die Familie die Haupteinnahmequelle, gefolgt vom Arbeitsmarkt und den Sozialleistungen. Die Sozialleistungen sind in allen drei Ländergruppen sehr niedrig. In Finnland beziehen die Jugendlichen ihr Einkommen zu gleichen Teilen aus allen drei Quellen. Es lässt sich daher sagen, dass es in Bezug auf den Lebensunterhalt einen Kontrast gibt zwischen familienzentrierten und arbeitsmarktzentrierten Ländern. Dies ist verknüpft mit den Familienstrukturen, die weiter unten besprochen werden. Die Länder, in denen die jungen Leute mit der größten Wahrscheinlichkeit in Familien mit finanziellen Schwierigkeiten leben, sind Spanien, Griechenland, Irland und Portugal, obwohl individuelle Armut vor allem in Deutschland, Spanien, Italien und in den Niederlanden gefunden wird, was wahrscheinlich den Modus der Selbständigwerdung spiegelt.

¹ Auf Grundlage der Addition von Ela-Elh und F3

Die Geburtenrate sinkt überall, sowohl unter den 15-19jährigen als auch unter den 20-24jährigen, doch besonders deutlich in Spanien und Italien (die auch besonders familienzentriert sind, was die finanzielle Unterstützung betrifft). Während allgemein außereheliche Lebensgemeinschaften und außereheliche Geburten zunehmen, gibt es große Unterschiede in der Familienstruktur in den verschiedenen Ländern Europas. In den protestantischen nordeuropäischen Ländern wird das Verlassen des Elternhauses und die Gründung eines unabhängigen Haushaltes als normaler Übergang zum Erwachsenenalter betrachtet, es wird aber nicht notwendig mit einer Eheschließung gleichgesetzt. Zusammenleben ist verbreitet und Kinderwunsch ist von der Eheschließung abgekoppelt. In den südeuropäischen, katholischen Ländern und in Irland hängt Kinderwunsch mit der Eheschließung zusammen und die Eheschließung wird als Chance angesehen, einen unabhängigen Haushalt zu gründen. Daher leben die jungen Leute in Spanien, Italien, Portugal und Griechenland eher bei ihren Familien. In den mitteleuropäischen Ländern (einschließlich Frankreich) ist das Zusammenleben verbreitet, aber die Eheschließung dient dem Nachwuchs. Der Hauptgrund für einen Verbleib in der Herkunftsfamilie ist in jedem Fall ein Mangel an finanziellen Möglichkeiten.

Der Gesundheitszustand der Jugendlichen in Europa ist allgemein gut und wird immer besser, aber sie werden immer noch unverhältnismäßig oft Opfer von gewaltsamen Toden wie z.B. Verkehrsunfällen oder anderen Unfällen, Gewalt, Selbstmord oder körperlichen Angriffen. Die Lebenserwartung ist am höchsten in Schweden und am niedrigsten in Portugal, doch gibt es keine einfache Nord-Süd-Trennlinie, da die Lebenserwartung auch in Spanien hoch und in Deutschland ziemlich niedrig ist. Dies hängt mit dem Mangel an Erfahrung und dem riskanten Verhalten der Jugendlichen zusammen. Die jungen Männer sterben eher als junge Frauen, Männer wie Frauen eher durch Unfall als durch Selbstmord. Alkoholkonsum als eines der riskanten Verhalten ist besonders hoch in Schweden, Finnland und Dänemark, wo sowohl junge Männer als junge Frauen am ehesten Alkoholmissbrauch angeben. In Irland ist Alkoholmissbrauch unter jungen Männern verbreitet. In den katholischen oder orthodoxen Ländern wie Griechenland, Portugal, Belgien aber auch Frankreich gehört es offensichtlich nicht zum Erwachsenwerden. Tabakkonsum hat unter den Jugendlichen in vielen Ländern in den Neunzigern zugenommen und ist besonders hoch im Vereinigten Königreich, in Frankreich, Österreich, Deutschland und Belgien, auch wenn es für viele Länder keine Daten gibt.

Einige Berichte führten geschlechtsspezifische Unterschiede bei diesen Problemen an, aber es gibt auch Unterschiede zwischen jugendlichen Migranten bzw. aus ethnischen Minderheiten und den Jugendlichen der dominierenden Kultur: Armut, gesundheitliche Probleme und Obdachlosigkeit wurden häufiger unter Jugendlichen ethnischer Minderheiten/Migranten gefunden.

Auch die Einstellung der Jugendlichen in Bezug auf geschlechtspezifische Fragen spiegelt sich in diesen Modellen: die Jugendlichen in Portugal, Italien, Österreich und Griechenland sind am konservativsten in ihrem Verhalten. Auch halten die jungen Österreicher, Italiener und Iren die Religion für sehr wichtig. Es gibt keine Informationen über Abtreibungen aus allen Ländern, aber ein deutlicher Aufwärtstrend ist erkennbar. Dies mag auf einen Mangel an entsprechender Information (sexuelle Aufklärung) verweisen, oder sonst einen Mangel an Zugang zu passenden Verhütungsmitteln. Die Abtreibungszahlen sind in den Ländern am höchsten, in denen die Familien den Jugendlichen am wenigsten finanzielle Unterstützung bieten: im Vereinigten Königreich, Dänemark und Finnland.

Dennoch wird die Familie von den meisten Jugendlichen in fast allen Ländern für sehr wichtig gehalten. Am meisten in Irland, Italien, dem Vereinigten Königreich, Dänemark, Norwegen und Schweden. Nur eines von diesen Ländern gehört zu den in Bezug auf finanzielle Unterstützung familienzentrierten Ländern, zwei von ihnen sind die am wenigsten familienzentrierten. Arbeit ist am bedeutendsten in Norwegen, dem Vereinigten Königreich, Irland und Italien, am wenigsten wichtig in Finnland und den westlichen Bundesländern Deutschlands. Freunde werden in den Ländern für sehr wichtig gehalten, in denen die jungen Leute am unabhängigsten von ihren Familien sind: Schweden, Norwegen, Dänemark, den Niederlanden, aber auch in Irland.

Es ist deutlich, dass allgemein die jungen Leute auf vielen Indikatoren toleranter geworden sind, obwohl in einigen Ländern in den letzten Jahren der Fremdenhass zugenommen hat. Fremdenhass ist höher in Belgien, Deutschland, Österreich und Frankreich, am niedrigsten im Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Irland. Allgemein gesehen sind die Jugendlichen am glücklichsten in Dänemark, den Niederlanden, Schweden und Österreich und am wenigsten glücklich in Italien, Portugal und Deutschland. Es zeichnet sich eine allgemeine Tendenz der Jugendlichen zu den „postmaterialistischen Werten“ ab, die eher die Lebensqualität betreffen als die „materialistischen Werte“, die eher mit dem wirtschaftlichen Überleben auf einem allgemeinen Niveau verknüpft werden. Dies traf jedoch nicht immer auf die europäische Jugend zu, daher können wir annehmen, dass viele von ihnen immer noch von materialistischen Problemen betroffen sind.

Es sieht so aus, als würden die Jugendlichen selber mit ihrem Verhalten die größte Gefahr für sich darstellen, und daher sollten Bildung, Sensibilisierungskampagnen und vorbeugende Maßnahmen verstärkt werden, einschließlich Information oder Kampagnen über das Risiko des Rauchens, des Alkoholkonsums, der Verkehrsunfälle und über sexuelle Aufklärung. Beratung könnte die Selbstmordgefährdeten abhalten. Da aber Risikobereitschaft und riskantes Verhalten zu den rites de passage des Heranwachsens gehören, sollten die Jugenddienststellen gefährliche

und aufregende Aktivitäten anbieten, um die Jugendlichen herauszufordern – doch solche, die weniger oft zu gesundheitlichen Schäden oder körperlicher Verletzung führen. Dies scheint vor allem für die jungen Männer ein Problem darzustellen. Das Angebot an abenteuerlichen Erfahrungen für junge Männer könnten kombiniert werden mit Werbung für Reisen und Austauschprogrammen, besonders für diejenigen mit einer schlechteren Ausbildung, die sonst keinen Zugang zu den Austauschprogrammen der Ausbildungseinrichtungen hätten.

Die Lage der ethnischen Minderheiten und der jugendlichen Migranten sollte überwacht werden (was über die Zielsetzungen dieses Berichts hinausgeht) und ihre Interessen sollten gewahrt werden, um zunehmende Ungleichheiten in Verbindung mit rassistischer oder ethnischer Zugehörigkeit zu vermeiden. Gleichzeitig können Bildung und Sensibilisierungskampagnen unter den jungen Leuten der dominierenden Kultur dazu beitragen, Xenophobie und Rassismus zu mildern, Probleme, die im heutigen Europa immer wichtiger werden. Dies sollte eine Priorität für die Jugend- und Bildungsdienste werden. Dabei sollten die schlecht ausgebildeten jungen Männer besonders beachtet werden, da sie am ehesten dazu neigen, fremdenfeindlich oder rassistisch gewalttätig zu agieren. Jugenddienste können vielleicht, wie schon erwähnt, Alternativen für Abhängigkeit oder aggressives Verhalten bieten.

Es ist schwierig, Vorschläge für eine europäische Politik in Bezug auf die finanzielle Unterstützung der Jugendlichen zu machen, denn es gibt unterschiedliche Traditionen für die Abnabelung von der Familie und die Unterstützung durch die Familie. Um das Risiko der sozialen Ausgrenzung zu vermeiden und um allen Jugendlichen die gesellschaftliche Integration zu ermöglichen, sollte es adäquate Hilfsdienste für junge Leute geben, die sich nicht auf die Familie stützen können und auch deshalb vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden können.

Um den (besonders in einigen Ländern) dramatisch sinkenden Geburtenraten entgegenzuwirken, sollte man den jungen Leuten eine Familiengründung ohne besondere wirtschaftliche und soziale Benachteiligungen ermöglichen. Die besondere Situation der jungen Frauen sollte in Betracht gezogen werden. Allgemeine und berufliche Ausbildung und Berufskarriere sind traditionell um Männer gebaut worden und haben eine lineare Gestalt, die zu der männlichen Familienrolle passt. Doch heute wollen auch junge Frauen eine Berufskarriere mit ausgedehnter Ausbildung, was sie dazu führt, den Kinderwunsch manchmal auf immer aufzuschieben. Wenn sie einmal die Karriereleiter verlassen, ist eine Rückkehr schwierig. Diese Thema verlangt eine Einzelfallbehandlung, damit den Leuten Brücken und Plattformen für einen problemlosen Übertritt und Berufsaus- und wiedereinstieg geboten werden. Berufskarrieren, die Ein- und Ausstiege erlauben und nicht diskriminieren, sollten gefördert werden. Kinderpflegepolitik, Betreuungspolitik und verschiedene Arten, um Leuten zu helfen, die Familie mit der längeren Ausbildungszeit und wechselnden Arbeitsplätzen in Einklang zu

bringen, sollten in Betracht gezogen werden. Dies geht über die Kompetenzen der Jugendpolitik hinaus. Doch den flexiblen Arbeitsmarkt und lebenslanges Lernen fördernde Politiken sollten diese Dimension vorsehen.

5. ZIVILGESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE PARTIZIPATION

Teilnahme an Organisationen wird als Schlüsselaktivität einer allgemeineren zivilgesellschaftlichen Integration im Sinne einer demokratischen Bürgerschaft verstanden. Aber es gibt einen ausgeprägten Unterschied zwischen Ländern mit und Ländern ohne lange und verankerte Tradition der Jugendorganisationen: in den Mittelmeerländern gibt es einen kleinen, aber stetig wachsenden Teil der Jugendlichen, die in Jugendvereinen zusammengeschlossen sind; im Rest von Westeuropa ist der Prozentsatz der Jugendlichen, die Mitglieder von Jugendorganisationen oder –vereinen sind höher, wächst jedoch nicht – in Belgien, Dänemark und dem Vereinigten Königreich sinkt die Teilnehmerquote unter den Jugendlichen sogar.

Die verbreitetste Art der Vereinigungen sind Sportvereinigungen, wo man ein ähnliches Muster findet: in den Mittelmeerländern (und Belgien) gehört weniger als ein Viertel der jugendlichen Bevölkerung einem Sportverein an, wogegen die skandinavischen Länder den höchsten Anteil verzeichnen. Auch die Teilnahme an Pfarrvereinen oder religiösen Vereinen variiert: in Italien, wo 18% der Jugendlichen die Mitgliedschaft an einer solchen Vereinigung angeben, ist der Anteil acht mal so hoch wie in Belgien. Mitgliedschaft in ausdrücklich jugendorientierten Vereinen zieht eine geringe Zahl von Jugendlichen an und die Mittelmeerländer verzeichnen den geringsten Anteil.

Der gleichbleibende oder sinkende Anteil von Mitgliedern in den Ländern nördlich des Mittelmeerraums verändert die Bedingungen für die Jugendpolitik: die Bedeutung der Freiwilligenarbeit, die gewöhnlich eine wichtige Rolle für die Freizeitgestaltung der Jugendlichen spielte, ist in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen. Die Jugendlichen von heute binden sich weniger gern an organisierte Gemeinschaften, sie bewegen sich in „freien Räumen“ in unterschiedlichen Szenarien und Einrichtungen und sind nicht mehr dauerhaft organisiert. Eine weitere Konsequenz ist das Verschwinden sozialer Netzwerke, die den jungen Leuten gewöhnlich bei der Problembewältigung halfen. Dies schafft neue Anforderungen an die Jugendarbeit und die Jugendpolitik. Jugendarbeit wird immer schwieriger und Programme für die Jugend müssen flexibel sein und zeitlich begrenzt, da die Kultur und die Interessen der Jugendlichen rasch wechseln.

In allen westeuropäischen Ländern wird auf die Bedeutung der lokalen, regionalen und nationalen Jugendversammlungen als Hauptquelle der politischen Partizipation und Einflussnahme der Jugendlichen hingewiesen. – Jugendversammlungen – ob als private Dachorganisationen von Jugendorganisationen oder Jugendvereinen oder staatliche Jugendversammlungen, die öffentliche Jugendeinrichtungen und staatliche Behörden umfassen – sind die normalen Kanäle der Kooperation und des Informationsaustauschs zwischen Politikern, Behörden und Jugendlichen. Doch das herkömmliche Modell der Einflussnahme hat mehrfach seine Grenzen gezeigt.

Zunächst vertreten die Jugendversammlungen nur eine Minderheit der Jugendlichen. Zweitens stellen die Jugendversammlungen keinen sozial ausgeglichenen Ausschnitt der jugendlichen Bevölkerung dar. Drittens gab es eine Tendenz zur Veränderung der Motivation für eine Mitgliedschaft oder aktive Teilnahme an Organisationen: statt Mitglieder zu sein, wurden die Jugendlichen zu Benutzern der Organisationen und viele von ihnen hatten handfeste Interessen und ein konsumistisches Verhalten den Freiwilligenorganisationen gegenüber statt ein ideologisches Interesse an den Aktivitäten. Viertens sind die Personen, die die Jugendlichen in den Jugendversammlungen und in den Jugendräten vertreten, nicht notwendigerweise selber jung und ihre Kenntnisse der Interessen der jungen Mitglieder sind recht gering.

Diese Kritiken an den Jugendvereinen, den Jugendorganisationen und Jugendversammlungen haben – außer in den Mittelmeerländern - zur Einführung neuer Arten der Teilnahme der Jugendlichen geführt; nicht als Alternativen zum Modell der Jugendversammlungen, sondern auf experimenteller Basis und als ergänzende, beeinflussende Modelle: Jugendparlamente, Workshops und Ausschüsse, Information über und von der Jugend.

Doch zeichnet sich deutlich ab, dass die südeuropäischen Ländern, in denen die Teilnahme an Freiwilligenorganisationen und Vereinen gering ist – in Spanien, Portugal, Griechenland und Italien – auch die Länder sind, in denen es, wenn überhaupt, nur wenige Experimente mit alternativen Formen der Jugendpartizipation gibt. Offensichtlich soll in diesen Ländern die Mitgliederzahl von Organisationen erhöht werden, um die traditionell repräsentativen Jugendorganisationen und –vereine zu stärken und schließlich die Kooperation zwischen den Behörden und dem Tertiären Sektor zu konsolidieren.

Länder wie Island, Dänemark, Irland, Liechtenstein und Schottland haben nationale Jugendparlamente eingerichtet, während es in Deutschland, in Österreich, Dänemark Finnland und Schweden lokale Jugendstadtversammlungen oder regionale Jugendparlamente gibt. In einigen Ländern werden diese Jugendparlamente von den Jugendlichen gewählt, in einigen Fällen haben sie eine beschränkte Entscheidungsbefugnis und ein eigenes Budget erhalten.

In anderen Ländern – Luxemburg, Liechtenstein, den Niederlanden – hat die Suche nach alternativen Formen der Kooperation zwischen Jugendlichen und Behörden zu ad hoc eingerufenen kooperativen Körperschaften oder Workshops geführt, in denen die Jugendlichen oder die Vertreter von Jugendvereinen sich mit Verwaltungsbeamten oder Politikern zu einem Gedankenaustausch über die Jugendpolitik treffen.

Norwegen und Österreich haben nationale Jugendberatungsstellen geschaffen und andere Länder – Deutschland, Finnland, Norwegen und Österreich – haben begonnen, statistisches Datenmaterial und qualitative Datensammlungen über die Jugend zu benutzen, um der Jugend indirekt Gehör zu verschaffen.

Wir haben nur wenig Information über die eigentliche politische Partizipation der Jugendlichen – als Parteimitglieder, als Wähler bei Lokal-, Regional-, Nationa- und Europaratswahlen, als Kandidaten für politische Parteien, als Mitglieder staatsvertretender Körperschaften: des Parlaments, der regionalen oder lokalen Ratsversammlungen. Informationen aus ausgewählten Ländern legen den Gedanken nahe, dass es unter den jungen Leuten – vor allem, wenn sie zum ersten Mal ihre Stimme abgeben – mehr Nichtwähler gibt als unter den Älteren, und dass die jungen Erwachsenen als Mitglieder der Nationalparlamente oder der lokal gewählten Körperschaften unverhältnismäßig schlecht vertreten sind. Vergleichbare Zahlen zeigen, dass die Mitgliedschaft in politischen Vereinen oder in Gewerkschaften nur einen kleinen Teil der Jugendlichen interessiert, wobei die skandinavischen Länder eine bemerkenswerte Ausnahme darstellen. Sogar „Diskussionen mit Freunden über politische Belange“ werden nur von einem kleinen Teil der Jugendlichen regelmäßig geführt. Ein weiterer bedeutender Indikator der politischen Partizipation ist die Selbsteinschätzung auf einer 10-Punkte–Links–Rechts–Skala. In vielen Ländern, besonders in den Mittelmeerländern, aber auch in Österreich und Luxemburg – gibt mehr als ein Viertel an, sich nicht einordnen zu können oder verweigert die Antwort.

Diese unterschiedlichen Niveaus der politischen Partizipation und die zugrunde liegenden Muster spiegeln sich im Vertrauen der Jugendlichen zu den politischen Institutionen. Das Vertrauen ist wohl in den Mittelmeerländern – Spanien, Italien und Portugal – relativ niedrig (30-35%), aber auch in anderen Ländern wie Finnland und Großbritannien. Das Nationalparlament genießt das höchste Vertrauen in verschiedenen mitteleuropäischen und einigen skandinavischen Ländern. Doch ist das Nationalparlament bei weitem nicht die für die Jugendlichen vertrauenswürdigste nationale Einrichtung.

Beschränkte politische Partizipation – Wählen, Parteimitgliedschaft, Mitgliedschaft bei Jugendvereinen und –organisationen und Vertretungen in beschlussfassenden Körperschaften – wird in den meisten westeuropäischen Ländern als eines der Hauptjugendprobleme angesehen, mit Ausnahme der Mittelmeerländer, in denen die Jugend vermehrt an der Gesellschaft

teilnimmt. Das sinkende politische Engagement und die sinkende gesellschaftliche Teilnahme unter den Jugendlichen wird als Herausforderung für die Zukunft der Demokratie angesehen, und es wurde eine Reihe von Initiativen ergriffen, um dieser Tendenz entgegenzuwirken. In etlichen Ländern – Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen, Österreich, Luxemburg und dem Vereinigten Königreich – wurde die politische Partizipation der Jugendlichen zu einem der Hauptthemen, und auf regionaler wie nationaler Ebene wurden verschiedenen Programme gestartet. Einige erlangten Berühmtheit als „gute Beispiele“ für die Jugendpolitik: die Jugendpolitik in einem Programm auf Gemeindeebene in Dänemark; das Tele-Demokratie-Projekt in Finnland; das Porsgrunn-Modell, das Jugendforum für Demokratie und das Jugendparlament in Norwegen; der Preis für die jugendfreundlichste Gemeinde des Jahres in Schweden; und der Jugendrat in Portugal.

Es ist schwierig, Maßnahmen oder Initiativen mit Auswirkungen auf europäischer Ebene vorzuschlagen. Untersuchungen zur politischen Partizipation der Jugendlichen haben gezeigt, dass die politischen Interessen der Jugendlichen allgemein vom Prinzip der Nähe bestimmt werden: die Lokalpolitik ruft mehr Diskussionen und Teilnahme der Jugendlichen hervor als die Nationalpolitik oder die europäische Politik. Daher sollten Initiativen zur Förderung der politischen Partizipation der Jugendlichen vornehmlich von den lokalen Interessen und lokalen Problemen der Jugend ausgehen.

Die Europäischen Union sollte also in dieser Frage vor allem schon existierende und zukünftige Experimente mit aktiver Partizipation der Jugendlichen im demokratischen Prozess unterstützen. Das könnte mit einem Erfahrungsaustausch oder mit einem Ideenaustausch erreicht werden, mit der Erstellung eines Datensatzes über Programme und Informationen zur politischen Partizipation der Jugendlichen, mit vergleichenden Forschungsarbeiten zum politischen Verhalten der Jugendlichen, Netzwerken lokaler Experten, einer Forschung zur Frage „was funktioniert?“ bei der Förderung der Partizipation der Jugendlichen auf lokaler Ebene etc.

6. DIE EUROPÄISCHE DIMENSION

Empirische Daten aus der Jugendforschung zeigen, dass die Jugendlichen immer noch im Kontext ihrer Lebenswelten verwurzelt sind und ihre Zukunft nicht als von der Europäischen Vereinigung abhängig sehen. Der Großteil der jungen Leute bleibt weiterhin an den lokalen Kontext gebunden, an die nationalen Perspektiven, Bräuche und Lebensstile. Junge Skandinavier und junge Deutsche stehen der EU und den europäischen Institutionen am skeptischsten gegenüber, während es in den südeuropäischen Ländern eine positivere Haltung

der Unionsbürgerschaft gegenüber zu geben scheint. Was die Bedeutung der Europäischen Union für die Jugendlichen betrifft, gibt es große geographische und von der Ausbildung beeinflusste Unterschiede: kritisch bis skeptisch im Norden wie auch in Deutschland und Österreich, positiv bis optimistisch im Süden und in Irland.

Die Bereitschaft der Jugend zur horizontalen Mobilität wird durch Indikatoren wie Fremdsprachenkenntnisse, Reisen und Interesse an Auslandsaufenthalten (Studium oder Arbeit) angezeigt.

In Luxemburg, den skandinavischen Länder und den Niederlanden sprechen die jungen Leute zumeist eine oder zwei Fremdsprachen. Auch die jungen Belgier und die jungen Deutschen verfügen über gute Fremdsprachenkenntnisse. Es gibt aber noch viele junge Leute, die keine andere Sprache beherrschen als ihre Muttersprache, vor allem in den südeuropäischen und in den englischsprachigen Ländern. Da Englisch die „internationale“ Sprache schlechthin ist, bleibt die Überzeugung bestehen, dass es den Ausländern zukomme, Englisch zu lernen, statt dass die Bürger Großbritanniens eine Fremdsprache lernten. Zwischen der Fremdsprachenkenntnis und der Bereitschaft der Jugendlichen zur geographischen Mobilität gibt es enge Verbindungen. Für die meisten jungen Leute bedeutet die Europäische Union vor allem Reisemöglichkeiten in ganz Europa, außer für die Briten, die Spanier und die Griechen.

Die meisten Jugendlichen beziehen ihre Informationen über die Europäische Union hauptsächlich aus dem Fernsehen, an zweiter Stelle kommen die Schule und die Universitäten. Eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Informationsquellen findet man in den nordeuropäischen Ländern, besonders in Schweden. Interessanterweise zeigen Umfragen (unter den Jugendlichen, aber auch unter der Bevölkerung allgemein) eine große Diskrepanz zwischen der geringen Kenntnis über die Europäische Union und der geringen Akzeptanz ihrer Einrichtungen auf der einen Seite und der wachsenden Bedeutung eben dieser Institutionen für das Alltagsleben der Bürger der Union auf der anderen.

7. EMPFEHLUNGEN FÜR EINE EUROPÄISCHE JUGENDPOLITIK

Förderung der Unionsbürgerschaft und einer positiven Haltung der Europäischen Union gegenüber. In Anbetracht der oben analysierten Tendenzen in der Bedeutung der EU für die Jugendlichen in Europa, besonders der in den nordeuropäischen Ländern beobachteten skeptischen Haltung, sollte die Verstärkung eines *europäischen Bewusstseins und der Unionsbürgerschaft* Priorität der europäischen Jugendpolitik sein. Dies umfasst eine Verbesserung der europäischen Politik in den folgenden Bereichen: bessere Information für Jugendliche über europäische Themen und Politik wie auch über jugendrelevante Aktivitäten

und Programme auf europäischer Ebene; Teilnahme der Jugendlichen an den politischen Prozessen und Zusammenarbeit zwischen europäischen Institutionen und den entsprechenden nationalen Einrichtungen.

Die jungen Leute erhalten Informationen über die europäische Union hauptsächlich durch das Fernsehen, an zweiter Stelle stehen Schulen und Universitäten, dann Zeitungen und Zeitschriften und andere Informationsquellen. Jugendvereine und -organisationen spielen keinerlei Rolle als Informationsquelle zu Fragen über die EU. Da die Sekundärstufe europaweit einen großen Teil der jugendlichen Bevölkerung erreicht, wäre es wichtig, das Wissen der Lehrer über europäische Themen und jugendrelevante europäische Programme zu verbessern. Dafür sollte die Europäische Kommission (gemeinsam mit anderen nationalen Ausbildungseinrichtungen und Jugendpolitikbehörden) spezifische Informations- und Qualifikationsprogramme entwickeln, damit die Lehrer als qualifizierte Mittler für die von diesen Programmen angebotenen Aktivitäten und Möglichkeiten fungieren können. Etwas Ähnliches sollte für Jugendarbeiter und andere jugendbezogene Praktiker erdacht werden. In Zusammenarbeit mit dem europäischen Programm sollten in jedem Land die nationalen Koordinierungsämter und jugendrelevanten Organisationen attraktive und auf den letzten Stand gebrachte Informationspakete, Home-pages und andere elektronische Informationsmittel erstellen und sie benützen, um die Jugendlichen über europäische Themen und die Europäische Union zu informieren, über ihre Mitgliedsstaaten wie auch über wichtige Ereignisse, Stipendienmöglichkeiten, Jugendaustauschprogramme (Europäischer Freiwilligendienst, etc.) und andere für die Jugendlichen interessante Aktivitäten. Multimediaprogramme für die nicht-formelle Ausbildung junger Leute, wie zum Beispiel Informationspakete über jugendrelevante Themen sollten ausgearbeitet und mit verschiedenen Gruppen getestet werden. Auch mit EU-Mitteln geförderte multilaterale Jugendinformationsprojekte (Pilotprojekte) sollten entwickelt und von den jungen Leuten selbst umgesetzt werden.

Partizipation. Eine wesentliche Bedingung für eine effektive Jugendpolitik ist die Einbindung der Kinder und Jugendlichen in alle sie betreffenden Entscheidungen. Doch werden sie sich nicht einsetzen, wenn sie nicht überzeugt werden, dass ihre Mitarbeit sich auf ihre Zukunft auswirken wird, dass ihre heutigen Entscheidungen ihre grundlegenden Lebensumstände von morgen betreffen. So wachsen die Jugendlichen in die Demokratie hinein und lernen, ihre Meinung und ihre Bedürfnisse auszudrücken. Partizipation auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene gibt den jungen Leuten die Sicherheit, dass ihre Interessen wahrgenommen werden. Auf der europäischen Ebene kann es so indirekt zu einer besseren Akzeptanz der europäischen Institutionen von seiten der Jugendlichen kommen. Daher ist die zivilgesellschaftliche Partizipation eines der Rechte, die von der Europäischen Union verstärkt

werden sollten. Das Thema der Partizipation muss als *abteilungsübergreifende Aufgabe* definiert werden, wodurch die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu Themen aller Europäischen Generaldirektionen und Programme werden sollen. Für eine Umsetzung dieser Strategie müssen zwei Bedingungen erfüllt werden. Erstens müssen sich alle Einrichtungen, auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene, öffnen und zugänglich werden für junge Leute: Partizipation ohne Partnerschaft und Dialog funktioniert nicht, ohne horizontalen Austausch und Transparenz, was Rechte und Pflichten betrifft. Zweitens müssen die Jugendlichen dazu motiviert werden, ihre Chancen zu erkennen und zu ergreifen, indem sie aktiv an der Gestaltung der Politik teilnehmen. Diese Auffassung von zivilgesellschaftlicher Partizipation sollte von der europäischen Jugendpolitik konkret, realistisch und effektiv umgesetzt werden. Die Heranwachsenden sollten mehr Gelegenheiten haben, ihre Ansichten und Ideen als Bürger in Planungsprozessen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene auszudrücken. Es gibt einige „gute Beispiele“, die von der Europäischen Union gefördert werden sollten. Vor allem sollten die Heranwachsenden in die folgenden Formen der Partizipation einbezogen werden: repräsentative Formen der Partizipation: Jugendgemeindeversammlungen, Kinder- und Jugendparlamente; offene Formen der Partizipation: Kinder – und Jugendforen (die Jugendlichen sollten freien Zugang haben und spontan daran teilnehmen); projektorientierte Formen der Partizipation: kurzfristige, problembezogene Projekte; Präsenz Jugendlicher in Erwachsenenkomitees; direkte Teilnahme und Entscheidungsfähigkeit in Planungsgruppen Erwachsener, wie z.B. in Bezirksstudiengruppen, Rundtischgesprächen und Bürgerinitiativen; Kontakte mit Lokalpolitikern; Beratungsstunden, Tag der offenen Tür für Schulklassen, Ombudsmann; Politiker die sich den Kindern zu einem Gedankenaustausch stellen.

Zivilgesellschaftliche und politische Partizipation ist demokratisches Lernen im weitesten Sinne und hängt eng mit politischer Erziehung zusammen. Sie vermittelt den Jugendlichen Erfahrung und Wissen und verstärkt ihre Kompetenzen für ihre späteren Aktivitäten. Sie ist ein Wert, der dem großen Potential der Jugend entgegenkommt, ihren Wünschen und Hoffnungen, ihrer Neugierde und der Lust am Entdecken und Experimentieren und kann so jugendgeeignete Perspektiven entwickeln helfen. Sie steht allen Jugendlichen offen, auch denen, die keiner Organisation angehören. Daher sollte die Europäische Union Pilotprojekte und Programme finanzieren, unterstützen und evaluieren, in denen neue Formen der Partizipation experimentiert werden. Eine weite Verbreitung der Ergebnisse sollte gefördert werden.

Kooperation zwischen der Europäischen Union und nationalen Institutionen und Organisationen. Wie schon aufgezeigt, ist eine enge Kooperation zwischen Einrichtungen der Europäischen Union und öffentlichen und privaten nationalen Einrichtungen notwendig, um das Image der Europäischen Union bei der Bevölkerung und vor allem bei den Jugendlichen zu

verbessern. Diesbezügliche Initiativen können umfassen: Vertiefung und Verbesserung der bereits existierenden Beratungsprozeduren und –strukturen zwischen dem Europaparlament, der Europäischen Kommission und den Verantwortlichen für Jugendpolitik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene; experimentelle Einführung von neuen Strukturen für die Partizipation, ihre Umsetzung innerhalb der nationalen und europäischen Jugendpolitik und Austausch über die Ergebnisse; regelmäßige Berichte über die „Lage der Jugendlichen“ und die „Europäische Jugendpolitik“ (diese Berichte sollten von der Kommission dem Europaparlament vorgelegt und in allen Mitgliedsstaaten verteilt werden); Entwicklung von Qualitätsstandards für die Berufsqualifikation der Jugendarbeiter und anderer auf dem Feld der Jugendarbeit tätigen Praktiker; Anerkennung der Zertifikate der Jugendarbeiter und anderen beruflich mit Kindern und in der Jugendpolitik Tätigen, um ihre europaweite Mobilität zu erleichtern.

Mobilität. Direkt erwobene praktische Kenntnis von Europa, internationale Erfahrungen durch Auslandsreisen, ausländische Besucher im eigenen Land empfangen, andere Kulturen kennenlernen und so Vorurteile abschaffen, Bekanntschaften und Freundschaften mit Jugendlichen aus anderen Ländern schließen oder mit ihnen langfristig auf europäischer Ebene zusammenarbeiten – all dies sind biographische Schlüsselerlebnisse für junge Leute, die ihr Interesse und ihre Begeisterung für Europa wecken. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Ausweitung der Mobilität und der Unionsbürgerschaft ein wichtiger Aspekt und zweifellos eines der wichtigsten Elemente der europäischen Jugendpolitik. Die europäischen Institutionen bestätigen oft die Bedeutung dieses politischen Bereichs, dennoch müssen Jugendliche, die an Mobilitätsprogrammen teilnehmen mit einer Reihe von Hindernissen kämpfen, wie unzureichende Sprachkenntnisse, Stipendien, Sozialversicherung, Steuerfragen etc. Oft gibt es auch Finanzierungsprobleme. Die europäische Jugendpolitik sollte dazu beitragen, diese Hindernisse mit den folgenden Zielsetzungen zu überwinden.

Fremdsprachenkenntnisse. Vor allem in Südeuropa und im Vereinigten Königreich sind Fremdsprachenkenntnisse auf einem höheren Niveau nicht besonders weit verbreitet, auch wenn eine Verbesserung zu den Verantwortlichkeiten des nationalen Ausbildungssystems gehört. Hier können europäische Bildungs- und Jugendpolitik mit den folgenden Initiativen zur Verbesserung beitragen: finanzielle Förderung der Entwicklung europäischer Rahmenbedingungen und Bewertungsstandards für den Fremdsprachenunterricht an der Schule; Modellprojekte auf dem Gebiet der Finanzierung, Umsetzung und Verbreitung von Ergebnissen des innovativen Fremdsprachenunterrichts für Kinder und Jugendliche; Finanzierung eines hochqualitativen und anspruchsvollen Fremdsprachenunterrichts für Studenten, die eine Zeit im europäischen Ausland verbringen wollen (zu Studien- oder Praktikazwecken); Organisation von „Begegnungswochen“ und anderen Aktivitäten mit europäischem Charakter, die zu Interesse für

andere Kulturen anregen und mit der praktischen Ausübung der theoretisch erworbenen Fremdsprachenfähigkeiten verbunden sind; Förderung europäischer Sommerlager mit Fremdsprachenunterricht als zentralem Teil des Programms für Kinder und Heranwachsende und Förderung des informellen Lernens; Förderung verschiedener sportlicher, sozialer, kultureller Veranstaltungen und wirtschaftlicher und politischer Veranstaltungen über ein mehrsprachiges Medienprogramm (Muttersprache und zwei Fremdsprachen) im Fernsehen, in der Presse und im Radio.

Auslandsbesuche und Austauschprogramme. Bereits existierende europäische Mobilitätsprogramme wie „Jugend“ (einschließlich des erfolgreichen Programms „Jugend für Europa“, dem Europäischen Freiwilligendienst, Leonardo, Sokrates, etc.) sollten als Herzstücke der europäischen Jugendpolitik angesehen werden. Die in diesen Programmen vorgesehenen Aktivitäten sollten ergänzt werden durch andere, offene Formen der Mobilität wie: Projekt des europäischen Jugendtourismus; bi-/tri-/multilaterale Sommerarbeitscamps; Jugendprojekte im Kontext der Städtepartnerschaften; europäische Festivals; kulturelle und sportliche Aktivitäten. Die Mobilität der jungen Leute sollte auch durch Aktionsprogramme wie die „nicht-formelle europäische Jugendbildung“ verbessert werden. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen verschiedener Länder sollten von der Europäischen Union innerhalb des Rahmens eines solchen Programms und in Zusammenarbeit mit Jugend- oder Non-Profit-Organisationen entwickelt und verbessert werden: nationale und internationale Seminare und Workshops zu europäischen Themen; Ausbildungskurse zur Unionsbürgerschaft; Ausbildungskurse für „Multiplikatoren“ auf dem Feld der internationalen Jugendarbeit; themenbezogene Projekte junger Leute zu europäischen Fragen (z.B. Initiativen gegen Rassismus, Fremdenhass und Intoleranz).

Auslandsstudien und –stages. Programme wie Erasmus und Leonardo haben schon ihre positiven Auswirkungen auf die Mobilität der Jugendlichen in Europa gezeigt. Die in diesen Programmen gewonnene Erfahrung sollte ausgeweitet werden, vor allem auf die benachteiligte Jugend, die am wenigsten Gelegenheit hat, längere Zeit in anderen europäischen Ländern zu studieren oder zu arbeiten. Intensive Sprachkurse, gekoppelt mit sechsmonatigen Studienaufenthalten in Schulen, Firmen oder anderen Einrichtungen könnten diese Jugendlichen dazu motivieren, ihre Möglichkeiten in anderen kulturellen und gesellschaftlichen Umfeldern zu testen.

TEIL II

Die Lage der Jugend in Europa

Theoretische, strukturelle und kulturelle Aspekte der Lage der Jugendlichen in der Europäischen Union

1. EINLEITUNG

Heutige Gesellschaften sind charakterisiert durch eine Verlängerung der Jugendphase, also einer Kondition, in der biologische und intellektuelle Reife nicht mit sozialer Reife zusammenfallen. Heute wie vor 50 Jahren wird eine Person als erwachsenes Mitglied der Gesellschaft wahrgenommen, wenn er/sie die Schule abgeschlossen hat, einen Beruf hat, die Herkunftsfamilie verlassen, eine neue gegründet und, wenn möglich, Kinder hat. In der Vergangenheit dauerte die Jugendzeit daher weniger lang, weil die meisten Menschen um die 15 zumindest die Schule abgeschlossen und eine Arbeit gefunden hatten. Heute hingegen besuchen viele um die Zwanzig noch die Schule und sind noch nicht in die Berufswelt eingegliedert.

Darüberhinaus ist das Alter der ersten Eheschließung bzw. des ersten Zusammenlebens in den letzten zwanzig Jahren in den meisten Ländern deutlich gestiegen, und das trifft auch auf das Alter zu, in dem Frauen ihr erstes Kind bekommen. Dies macht es schwierig, genau festzusetzen, in welcher Lebensphase ein Mann oder eine Frau als jung bezeichnet werden kann. In Anbetracht des Durchschnittsalters beim ersten Arbeitsantritt in einigen europäischen Ländern (Deutschland, Italien, Schweden und Großbritannien) wie auch des zweitniedrigsten gesetzlich vorgeschriebenen Alters, in dem man in den Ländern der Union arbeiten darf, haben wir beschlossen, als "Jugendliche" Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren zu bezeichnen. Doch mussten wir wegen der verschiedenen Klassifizierungskriterien der offiziellen Datenquellen in einigen Fällen diese Altersspanne erweitern oder einengen.

Als biologisch und intellektuell erwachsen tendieren junge Männer und Frauen dazu, auf das Fehlen einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unabhängigkeit mit der Entwicklung spezifischer Subkulturen und besonderer gesellschaftlicher Identitäten zu reagieren. Dass die Erwachsenengenerationen tendenziell eine volle Teilnahme der Jugendlichen am sozialen Alltagsleben erschweren, fördert diesen Prozess. Dann wieder haben diese beiden Faktoren etliche (latente oder explizite) Konflikte zwischen den Generationen ausgelöst. Dies ist einer der Gründe, warum kulturelle Merkmale der Jugendphase von Sozialwissenschaftlern so lange und so ausführlich erforscht worden sind.

Die strukturellen Situationen der Jugend hingegen wurden viel weniger untersucht. Lange haben die Sozialwissenschaftler angenommen, die jungen Menschen lebten in der Herkunftsfamilie, die sich in jeder Hinsicht um sie kümmerte. Aber durch Veränderungen in den Familienmustern

und im Mechanismus des Arbeitsmarktes ist diese Annahme nicht mehr stichhaltig. In etlichen europäischen Ländern verbreiten sich post-moderne Familienformen (die der Kernfamilie nicht mehr entsprechen), die jungen Leute leben allein, auch wenn sie ökonomisch nicht (vollkommen) unabhängig sind. In diesen Fällen hängt ihre Lebenssituation vor allem vom Charakter des Wohlfahrtssystems ab. Überdies beeinflussen die Charakteristiken des Wohlfahrtssystems die Arbeitssuche der Jugendlichen auch in Ländern mit flexiblem Arbeitsmarkt und insgesamt niedriger Arbeitslosenzahl. Universalistische und individuell orientierte (sozialdemokratische) Wohlfahrtssysteme erlauben eine längere und aufmerksamere Suche des ersten Arbeitsplatzes und eine bessere Abstimmung zwischen den individuellen Fähigkeiten und den Anforderungen des Jobs. In einem weniger großzügigen liberalen Wohlfahrtssystem hingegen sind junge Männer und Frauen ohne Unterstützung der Familie gezwungen, den erstbesten Job anzunehmen.

In anderen europäischen Ländern ist das Bild anders. Vor allem in den Mittelmeerländern, aber auch in einigen mitteleuropäischen, ist die traditionelle Familie immer noch eine stabile und zentrale Einrichtung, das Wohlfahrtssystem ist paternalistisch und der Arbeitsmarkt streng reguliert, sodass die Suche nach dem ersten Job ein ziemlich langer und anstrengender Prozess ist. In diesen Fällen müssen die Eltern länger für den Unterhalt der Kinder aufkommen, und viele Kinder leben bis in die Dreißiger in der Herkunftsfamilie. Und wenn die Unterstützung durch die Familie fehlt, sind die Jugendlichen ernsthaft in Gefahr, gesellschaftlich und wirtschaftlich ausgegrenzt zu werden².

Kurz, strukturelle Aspekte der Lage der Jugendlichen variieren zur Zeit innerhalb der Europäischen Union auffällig und sind ausserdem, wie schon gesagt, wenig bekannt. In gewissem Sinne trifft diese letzte Bemerkung auch auf die kulturellen Aspekte der Lage der Jugend zu. Im großen und ganzen kann gesagt werden, dass noch kein Überblick zur Verfügung steht, auch wenn in vielen europäischen Ländern in den letzten dreißig Jahren verschiedentlich Umfragen über die kulturellen Eigenheiten der jüngeren Generation durchgeführt wurden.

In diesem Bericht soll der Versuch unternommen werden, einen solchen Überblick zu geben. Genauer gesagt, haben wir versucht, die wichtigsten strukturellen und kulturellen Merkmale der gegenwärtigen Jugendsituation quer durch die Länder der Europäischen Union zusammenzufassen. Wir wollten Rechenschaft ablegen sowohl über die Gemeinsamkeiten als auch über die Unterschiede zwischen den Ländern und über Veränderungen in diesen

² Natürlich bedeuten diese Aussagen nicht, dass die Dauer des Zusammenlebens mit der Herkunftsfamilie bloß von den Gegebenheiten der Wohlfahrt und des Arbeitsmarktes abhängt. Auch kulturelle und gesetzliche Normen, die die Pflichten der Eltern und die Rechte der Kinder betreffen, können die Dauer der Periode beeinflussen, die ein Mensch in seiner Herkunftsfamilie verbringt. Dennoch haben wir den Eindruck, dass die strukturellen Situationen eine stärkere Auswirkung auf diesen Aspekt des Lebens eines Individuums haben. Wir werden später noch auf dieses Thema zurückkommen.

Situationen. Um unseren Vergleichen eine solide methodologische Basis zu geben, haben wir eine Reihe von quantitativen Indikatoren für demographische, soziale, ökonomische und kulturelle Aspekte der Lage der Jugendlichen in den 15 Staaten, die zur Zeit der EU angehören (zusätzlich Norwegen, Island und Liechtenstein) erarbeitet.

Der Grundgedanke ist, ein System verlässlicher Indikatoren zu schaffen, das ständig aktualisiert und erweitert werden kann. Die Liste der gewählten Indikatoren wird im Appendix 1 angeführt. Da wir nichts von früheren Versuchen wissen, ein derartiges System zu schaffen und da neuere vergleichende Analysen zu den verschiedenen Aspekten der Lage der Jugend nicht verfügbar sind, ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt ziemlich schwierig zu definieren, welche Indikatoren die Dimensionen der eben erwähnten Lage der Jugend in Europa am besten zu beschreiben. Das heißt, dass wir zunächst aus verschiedenen Quellen (z.B. der Europäischen Kommission, Eurostat, Oecd, Eurobarometer, World Value Surveys) Daten zu einer langen Reihe von Variablen gesammelt haben, unter der Voraussetzung, dass diese Variablen vor kurzem gesammelt und für alle (oder zumindest die meisten) Länder der Union verfügbar waren. Dann wurden aus dem ganzen System einige wichtige Indikatoren ausgewählt, die die Mindestinformationen vermittelten, um eine annehmbare Beschreibung von der generellen Lebenssituation der Jugendlichen in jedem einzelnen europäischen Land liefern zu können. Diese Basisindikatoren, die im Appendix 1 mit einem Sternchen markiert sind, wurden nach den Variablen ausgewählt, die Sozialwissenschaftler gewöhnlich verwenden, wenn sie die generelle gesellschaftliche Stellung bestimmter sozialer Gruppen und ihre kulturellen Merkmale analysieren.

Wie schon erwähnt, soll dieser Teil des Bandes eine allgemein gehaltene Beschreibung der Ähnlichkeiten und Unterschiede geben, die die gegenwärtige Lage der Jugendlichen in den europäischen Ländern kennzeichnet. Bevor wir zur Beschreibung übergehen, wollen wir jedoch einen kurzen Überblick geben über die laufende theoretische Debatte die Lage der Jugendlichen in den postindustriellen Gesellschaften betreffend. Dies soll die Interpretation der Informationen erleichtern, die wir im Lauf der verschiedenen Stadien der Untersuchung gesammelt haben. Wir beschränken uns jedoch auf beschreibende Kommentare. Anders ausgedrückt, sollte man nicht versuchen, Daten und Theorie direkt und systematisch miteinander zu verbinden. Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens gibt es für einige Aspekte auffallend unterschiedliche Interpretationen, während für andere, fundamentale Aspekte ein breiter Konsens unter den Forschern herrscht. Zweitens machen die Unterschiede in der Lage der Jugendlichen, die von Land zu Land beobachtet werden können, eine einheitliche Darstellung schwierig.

Der zweite Teil des vorliegenden Bandes ist in sechs Abschnitte unterteilt. Der nächste (Kapitel 2) skizziert die Veränderungen in den modernen Gesellschaften der Gegenwart, die die Lage der

Jugendlichen beeinflusst haben. Der dritte Abschnitt untersucht die wichtigsten analytischen Zugänge, die bei einer Beschäftigung mit der Jugend in der heutigen Gesellschaft benutzt werden. Der vierte Abschnitt behandelt die strukturellen und institutionellen Aspekte der Lage der Jugendlichen in den EU-Ländern zuzüglich Liechtenstein und Norwegen. Der fünfte beschreibt einige grundlegende Elemente der Jugendkultur. Der sechste beinhaltet schließlich einige allgemeine Schlussgedanken.

Um die Lektüre zu erleichtern und eine sofortige Überprüfung der verschiedenen enthaltenen Angaben zu erlauben, behandeln wir in diesem Kapitel die verschiedenen Themen nach der allgemeinen Reihenfolge des Indikatorensystems, das in der Indikatorentabelle im Appendix 1 angeführt ist.

2. JUGEND UND DIE HEUTIGE GESELLSCHAFT

2.1. Die Industriegesellschaft und das Entstehen der Jugend als soziale Kategorie

Ziemlich lange haben Wissenschaftler den Ausdruck "Jugend" benützt, um Personen zu bezeichnen, die: a) am Ende ihrer schulischen Ausbildung stehen; b) vor dem Eintritt in den Arbeitsmarkt stehen oder eben zu arbeiten begonnen haben; und c) noch vor der Gründung einer eigenen Familie stehen. Nach diesen Begriffen ist Jugend eine für die modernen Industriegesellschaften typische soziale Kategorie. Faktisch hat sich in den Industriegesellschaften eine soziale Kategorie herauskristallisiert, die sich auf Personen in der Altersgruppe zwischen 15 und 25 Jahre bezieht, die ihre biologische Reife erreicht und ihren Sozialisationsprozess im Grunde abgeschlossen haben, dennoch aber erst alle Fähigkeiten und Fertigkeiten erwerben müssen, die für die Erwachsenenrolle erforderlich sind.

Es gibt verschiedene Gründe dafür, dass die 15/25jährigen eine sozial sichtbare Kategorie geworden sind. Vor allem trennt die Industriegesellschaft die Sphäre des wirtschaftlichen Lebens von den Familienbeziehungen und schafft so einen Arbeitsmarkt. Zweitens verlangt die Industriegesellschaft, besonders wenn sie in Nationalstaaten organisiert ist, eine Pflichtschulzeit für Kinder – ursprünglich von 6/7 bis 10/11 Jahren und wenig später von 5/6 bis 14/16 Jahren. Drittens nutzt die Industriegesellschaft die Pflichtschule und auch die weitere Bildung als Instrument der allgemeinen und spezifischen Ausbildung der Arbeitskraft. Darüber hinaus kann der Jugendliche nicht als vollgültiges Mitglied der Gesellschaft angesehen werden, da nach der Arbeitsethik der Industriegesellschaft, ohne auf Beschäftigung basierende wirtschaftliche Unabhängigkeit keine Familiengründung erfolgen kann. Schließlich wirkt die Industriegesellschaft an der Entstehung des modernen, auf rationaler Bürokratie basierenden

Staates mit; und die moderne staatliche Bürokratie nutzt vor allem das Kriterium des Alters, um die Bürger zu kontrollieren und zu klassifizieren. Modernes Staatswesen und Industriegesellschaft beschränken die Autonomie der Jugendlichen, eben weil sie noch kein ausreichend "erwachsenes" Alter erreicht haben. Und doch ist der Jugend von beiden Institutionen immer große Aufmerksamkeit geschenkt worden. Denn schließlich hingen – und hängen noch – das Fortbestehen der Gesellschaft in der Zeit und ihre wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung von den Jugendlichen und von deren Fähigkeiten, die für die Erwachsenenrolle erforderlichen Fertigkeiten zu erlernen.

Die Bedeutung, die den jungen Leuten beigemessen wurde, hat zu einer progressiven - doch je nach Nationalstaat verschiedenen - Anerkennung als Objekte spezieller Wohlfahrtsmaßnahmen und öffentlicher Politiken (Gesundheitsschutz, Studienbeihilfe, Berufsausbildung, wirtschaftliche Unterstützung) geführt. Gleichzeitig hat diese Politik mitgeholfen, einen gesellschaftlich legitimierten Weg zum Erwachsenenalter und zur Unabhängigkeit zu definieren. Dieser Weg umfasst die folgende Sequenz: a) Erfüllung der Schulpflicht; b) Beginn der beruflichen Laufbahn; c) Beginn einer Lebensgemeinschaft; d) Geburt des ersten Kindes. Selbstverständlich ist das nicht der einzige Weg zur Übernahme der Erwachsenenrolle und – position. So sind etwa arbeitende, alleinlebende Singles sicher Erwachsene. Ebenso hat eine Person in einer homosexuellen Partnerbeziehung gänzlich den Übergang zum Erwachsenenalter vollzogen. Allgemein gesprochen, können diese Schritte auch in einer anderen Reihenfolge gemacht oder einige können auch – was vielleicht sogar öfter der Fall ist – einfach übersprungen werden. Dennoch darf man nicht übersehen, dass die Schritte zum Erwachsenenalter betreffenden normativen Voraussetzungen vieler Wohlfahrtssysteme einfach die Tatsache widerspiegeln, dass die oben erwähnte Sequenz in den industriellen (und postindustriellen) Gesellschaften am weitesten verbreitet ist.

2.2. Jugend und postindustrielle Gesellschaft

In den letzten 30 Jahren haben Wirtschaft und institutionelle Einrichtungen der Industriegesellschaft bedeutende Veränderungen erfahren, die von einigen Autoren (Beck 1986; Giddens 1990; Castells 1997) für so radikal gehalten werden, dass sie die Bildung der Begriffe postindustrielle und sogar postmoderne Gesellschaft rechtfertigen. Auch wenn nicht alle Wissenschaftler damit einverstanden sind, erkennen viele von ihnen an, dass die gegenwärtigen Gesellschaften anders arbeiten als die Industriegesellschaften des "Goldenen Zeitalters", d.h. von 1950 bis 1970. Natürlich wirkten sich diese Veränderungen auf die Lage der Jugendlichen

aus. Doch nicht alle Wissenschaftler sind sich einig über Intensität und Folgen der von der Jugend als sozialer Kategorie erlebten Veränderungen.

Bevor wir diese analytischen Zugänge untersuchen, wollen wir kurz die wichtigsten Veränderungen aufzeigen, die die Industriegesellschaft erfahren hat und die sich auf die Jugend ausgewirkt haben. Die erste und vielleicht wichtigste dieser Veränderungen – die in den 50er Jahren begann – ist die Verlängerung der Schulzeit. Diese Entwicklung hat einen verspäteten Eintritt in den Arbeitsmarkt und folglich die verspätete Bildung einer Lebensgemeinschaft und Geburt des ersten Kindes bewirkt. Der verspätete Übergang ins Arbeitsleben hat eine weitere wichtige Auswirkung auf die Jugend gehabt. Es hat die Dauer der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Eltern verlängert. Dann wieder sind Dauer und Intensität der Abhängigkeit von den Eltern durch drei weitere bedeutende Entwicklungen verstärkt worden.

Zunächst ist die Arbeitslosenrate gestiegen und auch die Zahl unsicherer und befristeter Arbeitsverträge. Zweitens haben die Sozialsysteme eine allgemeine Krise durchgemacht. Natürlich betreffen diese Phänomene alle sozialen Gruppen, nicht nur die Jugendlichen. Und doch haben sich die negativen Effekte in den meisten europäischen Ländern besonders auf die Jugend ausgewirkt, und das wegen der speziellen Arbeitsmarktregulierung in diesen Ländern. Denn erwachsene Beschäftigte genießen normalerweise gesetzlich verankerte Formen der Arbeitsplatzsicherung, die die Entlassung sehr schwierig machen. Arbeitslosigkeit droht daher im Endeffekt den Jugendlichen, die eine erste Arbeit suchen. Dasselbe trifft auf kurzfristige, unsichere Arbeitsverhältnisse zu. Normalerweise sind es die Jugendlichen, die einen nicht dauerhaften Arbeitsvertrag annehmen müssen (befristete Arbeitsverträge, Kurzezeitverträge, Ausbildungsverträge), die durch niedrige Bezahlung charakterisiert sind. Oft sehen sie sich gezwungen, Schwarzarbeit zu verrichten. Ausserdem hat der Rückgang der Sozialmaßnahmen über die Reduzierung von Arbeitslosenunterstützung für junge Leute auf der Suche nach dem ersten Arbeitsplatz stattgefunden, über geringere Ausgaben für die Eingliederung junger Leute ins aktive Leben, Einschränkungen in der Unterstützung für junge Paare auf Wohnungssuche und so weiter.

Die Folge all dieser Veränderungen war, wie schon erwähnt, das längere Verbleiben des Einzelnen im Status eines Jugendlichen, oder besser, in einem Status des Nicht-ganz-Erwachsenseins. Die heutige Jugend ist jedoch, trotz der längeren materiellen Abhängigkeit von der Herkunftsfamilie psychologisch unabhängiger als in der Vergangenheit. Diese psychologische Emanzipation ist das Ergebnis sowohl eines höheren Durchschnittsalters der Individuen, die noch den Wechsel ins Erwachsenenalter vollenden müssen als auch der Unfähigkeit der Familien, das Verhalten der Kinder zu steuern.

Diese Unfähigkeit der Familien, das Verhalten der Kinder zu kontrollieren und zu bremsen, resultiert aus den Veränderungen innerhalb der Familie und aus allgemeineren gesellschaftlichen Veränderungen. Über Jahrzehnte wurde die Dominanz der typischen Kernfamilie von alternativen Familienformen untergraben, d.h. Familien, in denen die Eltern geschieden oder Singles sind (normalerweise Frauen). Und eben in dieser letzten Kategorie ist die Autorität der Erwachsenen reduziert, da ein Kind sich einfach weniger mit einem erworbenen oder einem einzelnen biologischen Elternteil identifiziert, als wenn beide biologische Elternteile miteinander leben. Zusätzlich darf nicht vergessen werden, dass die postindustrielle Gesellschaft ein fragmentiertes Wertesystem vermittelt, in dem die individuellen Rechte und die Wahlfreiheit, nicht die Verantwortung der Gemeinschaft gegenüber im Zentrum stehen, von dem aus zwischenmenschliche Beziehungen definiert werden. Und das trifft auch für die Eltern/Kind-Beziehung zu. Schließlich muss bedacht werden, dass die Organisation der Wirtschaft und der Arbeit viel flexibler sind, als sie es einst waren, und das bedeutet, dass Kinder nicht mehr die Arbeitsstelle der Eltern übertragen bekommen, zumindest nicht im selben Ausmaß wie in der Vergangenheit.

Allgemein lässt sich sagen, dass in der Gesellschaft der Gegenwart der berufliche und soziale Werdegang jedes einzelnen Individuums freier, aber auch unsicherer und unklarer geworden ist, verglichen mit der Zeit vor 20 oder 30 Jahren.

3. THEORIEN ZUR LAGE DER JUGEND

Die jüngsten Analysen zur Lage der Jugendlichen haben sich hauptsächlich auf die Verlängerung der Übergangsphase zum Erwachsenenalter konzentriert und auf die größere Unsicherheit im Werdegang des Einzelnen. Diese Analysen können in drei Kategorien unterteilt werden.

3.1. Jugend und die „Underclass“

Eine der analytischen Kategorien (s. z.B. Furlong und Cartmel, 1997) unterstreicht die Risiken, denen die heutige Jugend angeblich ausgesetzt ist. Diese Risiken umfassen Misslingen der Erziehung, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Diese Verschlechterung des materiellen Lebensstandards der jungen Leute ruft auch eine Verschlechterung der psychologischen Situation hervor. Mit anderen Worten riskiert die Jugend von heute mehr die Gefahr, alkohol- oder drogensüchtig zu werden sowie psychologische Probleme zu haben. Auch wenn diese Phänomene eines schweren psychologischen Unbehagens sich nicht zeigen sollten, trifft es doch

zu, dass in Europa immer größere Gruppen von jungen Leuten vom Arbeitsmarkt oder aus anderen bedeutenden Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen sind. Und daher wurde die Hypothese aufgestellt, dass einige junge Leute einen wichtigen Teil der sogenannten "underclass" darstellen können. Das Hauptargument der These, die die Jugendlichen mit der "Underclass" verbindet (Murray 1990), kann wie folgt zusammengefasst werden. Durch ihr Verhalten perpetuieren etliche junge Leute in Randgebieten die "underclass", was durch das Wohlfahrtssystem gefördert wird. Diese Jugendlichen haben ungeschützten Geschlechtsverkehr, was zu einer hohen Schwangerschaftsrate unter Teenagern und zu einer großen Zahl vaterloser Kinder führt; diese Kinder wachsen ohne ein richtiges männliches Vorbild und ohne Kontrolle auf. Daraus ergibt sich für solche Gebiete eine Statistik der Verbrechen, des Drogenkonsums, der Verschuldung, der Gewaltanwendung u.ä. Dies begünstigt die Bildung einer "underclass", die sich selbst fortpflanzt.

Die oben erwähnte These war Gegenstand unterschiedlicher Kritiken. Besonders wurde auf die Tatsache hingewiesen, dass die Jugend heute in Europa nicht wirklich tiefe Armut, Hunger oder Lebensbedrohung erleidet, auch wenn sie Ängste und soziale Ausgrenzung in einem größeren Maß erfährt als die vor 40 oder 50 Jahren Geborenen. Ausserdem sind Phänomene radikaler sozialer Ausgrenzung und Bindung an deviante Kulturmodelle äußerst selten und mehr an die soziale Herkunft der Opfer gebunden wie auch an den spezifischen sozioökonomischen Kontext als an spezifische Altersgruppen. Weitere rezente Forschungen (Buzzi et al., im Erscheinen) verzeichnen unter den jungen Leuten eine abnehmende Tendenz, sich nonkonformistisch zu verhalten (nach eigenen Angaben). Und die bemerkenswert hohen Zahlen ausserehelicher Schwangerschaften in Nordeuropa haben keine Zunahme eines abnormalen oder abweichenden Verhaltens mit sich geführt. Die Bezeichnung "underclass" selbst scheint wenig geeignet für eine Beschreibung der sozialen Situation in den meisten europäischen Ländern. Umfragen zu Armut, sozialer Ausschließung und Arbeitslosigkeit lassen die Vermutung zu, dass junge Leute, die in eine solche Situation abgleiten, nicht für immer in ihr gefangen sind. Anders ausgedrückt: die Erfahrung der sozialen Ausgrenzung stellt oft bloß eine Episode im Leben des Einzelnen dar. Als Folge davon fehlt es zur Zeit an einer Basis für das Entstehen einer sich selbst reproduzierenden "underclass" in den europäischen Ländern.

3.2. Individualisierung der Biographien und die gesellschaftliche Unsichtbarkeit der Jugend

Die zweite Gruppe von Theorien zur Lage der Jugendlichen in der heutigen Gesellschaft unterstreicht die Annahme, es gebe keine "normalen" Biographien mehr, also typische Sequenzen des Übergangs zum Erwachsensein. Vielleicht hat es tatsächlich keinen Sinn mehr,

zwischen Jugend und Erwachsensein zu unterscheiden. Die meisten Entscheidungen sind reversibel, und die meisten Leute können autonom über ihre Bestimmung entscheiden. Kurz, die Biographien sind immer mehr individualisiert und fragmentiert.

Die frühen Phasen des aktiven Lebens fallen nicht mehr notwendigerweise zusammen mit dem Ende aller Kontakte zum Erziehungs- und Ausbildungssystem. Praktisch in jedem Moment kann der Einzelne sich zu einer Unterbrechung der beruflichen Karriere entschließen und wieder ein Vollzeitstudent werden. Zumindest kann er/sie arbeiten und gleichzeitig studieren. Und noch ein weiteres: so etwas wie einen Beruf, den man auf Lebenszeit hat, gibt es nicht mehr. Ähnlich sind auch die Partnerbeziehungen immer instabiler und setzen keine gemeinsamen Kinder voraus. Denn immer mehr Personen beschließen, auch ohne festen Partner Kinder zu bekommen, und auch ein fester Job ist nicht mehr die Grundvoraussetzung für die Gründung einer neuen Familie. Es lässt sich zusammenfassend sagen, dass die Bande, die bis jetzt die verschiedenen Lebensphasen zusammengehalten haben, immer schwächer werden und dass spezifische Ereignisse auch nicht mehr an ein spezifisches Alter gebunden sind (Beck, 1986; Giddens, 1990; Castells, 1997). Aus diesen Gründen denken die Vertreter der Theorie der Individualisierung des Lebenslaufs, dass die von ihnen so genannte "postmoderne" Gesellschaft das Verschwinden der Jugend als gesellschaftlicher Kategorie verursacht.

Diese Autoren behaupten nicht, dass die größere Freiheit in der Bestimmung des eigenen Lebenslaufs nur Vorteile mit sich bringt. Der Rückzug des Sozialstaats und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes haben schwerwiegende Elemente der Unsicherheit in das Leben der Menschen gebracht. Die strukturellen und kulturellen Transformationen der postmodernen oder postindustriellen Gesellschaft haben vor allem die Schwierigkeiten erhöht, auf die 15/25jährige bei dem Versuch stoßen, vollwertige Mitglieder ihrer Gemeinschaft zu werden. Die jungen Leute umfassen also nicht mehr eine soziale Kategorie, die üblicherweise Nutznießer einer spezifischen Sozialpolitik war und sind zu einer rein statistischen Kategorie geworden (Wallace und Kovatceva 1998). Die Mitglieder dieser statistischen Kategorie sind freier als in der Vergangenheit, aber auch unsicherer, was die sozialen und beruflichen Bestimmungen betrifft und sozial weniger relevant.

Die Unsicherheit der Zukunft, die Schwierigkeiten, die einem linearen Übergang zum Erwachsensein zugrunde liegen und ihre schwächere Position führen die heutige Jugend dazu, vom Zufall abhängige Entscheidungen zu treffen, die nicht auf einem Lebensplan beruhen. Einige Wissenschaftler (Leccardi, 1999) sprechen in dieser Hinsicht von der Unfähigkeit der heutigen Jugend, sich eine Zukunft vorzustellen, von ihrer Tendenz, in der Gegenwart zu leben, von planlosen Lebensstrategien. Die jungen Leute können - sowohl was Zeit als auch Werte betrifft - unter den Zielen, die sie während ihres Lebens erreichen wollen, keine

Prioritätenhierarchien erkennen. Das Leben wird nicht als Serie miteinander verbundener Ereignisse gesehen, sondern eher als eine zufällige Episodenfolge.

Obwohl sie vielleicht überzeugender ist als die Theorie von der Jugend als „underclass“, weist die Theorie der Lebenslaufindividualisierung und der Destruktion der Jugend als sozialer Kategorie Probleme auf. An erster Stelle erlaubt die rezente Verfügbarkeit diachroner, aus gross angelegten Umfragen ermittelter Daten (British Household Panel Survey, European Community Household Panel, German Socio-Economic Panel, Italian Household Longitudinal Study) die Untersuchung von Lebenslaufvariationen innerhalb einer Gruppierung (insofern als diese Umfragen Wellen zeigen, die retrospektive Daten rekonstruieren wie zum Beispiel Episoden und Ereignisse aus der Vergangenheit). Ganz allgemein zeigen diese Analysen kein Anzeichen für eine individualistische Veränderung der traditionellen Sequenzen im Übergang zum Erwachsensein. Die meisten ab der zweiten Hälfte der Siebziger Jahre Geborenen beenden weiterhin ihre Schulpflicht, bevor sie sich nach einer Arbeit umsehen, beginnen zu arbeiten, bevor sie das Elternhaus verlassen oder die erste Partnerbeziehung eingehen und bekommen das erste Kind erst, nachdem sie eine Partnerschaft begonnen haben. Es stimmt aber auch, dass die jüngeren Altersgruppen diesen Übergang in einem höheren Alter beenden als Personen, die zwischen den frühen Vierzigern und frühen Sechzigern geboren sind. Personen, die in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts geboren wurden, neigten auch dazu, im Alter der heutigen Jugend zu heiraten und Kinder zu bekommen, wenn nicht sogar noch später. Natürlich haben sich die Gründe für diesen verzögerten Übergang zum Erwachsenenalter geändert. Für die am Beginn des Jahrhunderts Geborenen hemmten die patriarchalische Familienstruktur und eine unterentwickelte Wirtschaft die Emanzipation von der Herkunftsfamilie. Das heutige Erwachsenenalter beginnt später wegen der längeren Pflichtschulzeit, der hohen Arbeitslosigkeit und der Krise im Wohlfahrtssystem. Personen, die zwischen den späten Fünfzigern und den späten Sechzigern jung waren, konnten schneller erwachsen werden als ihre Eltern (und schneller als es ihre eigenen Kinder können werden), weil sie von einer boomenden Wirtschaft profitierten, von der Vollbeschäftigung und einem funktionierenden Wohlfahrtssystem. Interessant ist, dass das Alter, in dem die jungen Leute die individuellen Übergangsphasen zum Erwachsenenalter durchmachen, innerhalb derselben Altersgruppe von Land zu Land variiert (Iedema et al. 1997; Schizzerotto und Lucchini 2000; Pisati im Erscheinen).

Kurz, die empirische Evidenz scheint Karl Mannheims Generationentheorie eher zu stützen als die Theorie der Lebenslaufindividualisierung. Nach der Generationentheorie werden Dauer und Sequenz des Übergangs zum Erwachsenenalter von der wirtschaftlichen Situation und den institutionellen Einrichtungen eines Landes beeinflusst, gemeinsam mit den sozioökonomischen

Eigenschaften des Einzelnen. Es gibt also keine irreversible, langfristige Tendenz zu weniger strukturierten Lebensläufen und langsameren Übergängen zum Erwachsenenalter.

Die wirtschaftliche Situation und die institutionellen Einrichtungen der zeitgenössischen europäischen Gesellschaften sind dergestalt, dass sie die jüngeren Generationen stark benachteiligen und es extrem schwierig machen, individuelle Lebensziele zu planen. Ausserdem sind die jeweiligen nationalen Sozialsysteme ganz allgemein weniger auf die Ansprüche der Jugendlichen abgestimmt als in der Vergangenheit. Dennoch trifft es nicht ganz zu, dass das Bestehen einer sozialen Gruppe vom Bestehen der an sie gerichteten Wohlfahrtsmaßnahmen abhängt. Und im Fall der Jugendlichen gibt es in vielen Ländern spezifisch jugendorientierte Politiken; tatsächlich arbeiten einige Länder gerade intensivst an ihrer Entwicklung. Tatsache ist, dass die jungen Leute niemals eine homogene soziale Gruppe waren, sondern vielmehr eine Kategorie mit internen Abteilungen zumindest nach Geschlecht und sozialer Klassenzugehörigkeit. Nur wenn man beschließt, diese internen Unterteilungen zu vernachlässigen, kann man behaupten, dass die Jugendlichen heute objektiv gesehen eine homogenere Gruppe sind als in der Vergangenheit. Denn es gibt kaum Zweifel, dass die Ungleichheiten unter den Generationen in den europäischen Gesellschaften immer deutlicher zutage treten, außer teilweise im Vereinigten Königreich und in den skandinavischen Ländern.

3.3. Eine neue Lebensphase: Postadoleszenz

Autoren, die zur dritten hier behandelten Gruppe gehören, glauben fest an die Homogenität der Lebenssituationen der heutigen Jugend. Nach diesen Autoren hat die längere Dauer der Übergangsphase zum Erwachsenenalter eine neue Lebensphase hervorgerufen: die "Postadoleszenz".

Drei Haupthypothesen stützen diesen Zugang zur Lage der Jugendlichen. Erstens schafft die Verlängerung des Ausbildungsprozesses eine höhere Erwartung in Hinblick auf die Berufskarriere und das Leben allgemein. Diese Erwartungen werden jedoch auf Grund der wirtschaftlichen und sozialen Realität (Inflation der Ausbildungsabschlüsse, Flexibilität des Arbeitsmarktes und hohe Arbeitslosenrate) nicht erfüllt. Zweitens zwingt diese Kluft zwischen Ausbildungsniveau einerseits und andererseits Job sowie Gelegenheiten der sozialen Integration die Einzelnen zu einer längeren Wartezeit, bevor sie alle Verantwortlichkeiten des Erwachsenenalters übernehmen können, um ihren persönlichen Erwartungshorizont neu zu definieren. Es gibt aber immer mehr Möglichkeiten, diese Wartezeit auszunützen, da die Eltern heute immer mehr dazu bereit sind, den Kindern größere Autonomie zu gewähren, auch wenn diese noch nicht wirtschaftlich unabhängig sind. Die Lebensläufe sind daher um eine neue

Altersphase verlängert – die Postadoleszenz –, während der die heutige Jugend eine Vielzahl von Berufen, Lebensmöglichkeiten, Partnerschaften und so weiter ausprobieren kann, und daher Ziele für das Erwachsenenalter schafft, die beweglicher sind als in der Vergangenheit (Galland 1990; Cavalli and Galland, 1995).

Doch wo liegen die sozialen und demographischen Grenzen der Postadoleszenz? Was das Alter betrifft, umfasst sie allgemein das Alter von 20 bis 29. In sozialen Begriffen bezeichnet sie Personen, die nicht mehr völlig von der Herkunftsfamilie abhängig sind, und noch keine eigene Familie gegründet haben.

Empirische Indikatoren für die Existenz dieser angeblich neuen Lebensphase sind vor allem die Vielzahl von befristeten Arbeitsverhältnissen und das Leben in vorläufigen Einrichtungen (Singles, unverheiratete Paare, Wohngemeinschaften) auf halber Strecke zwischen einem Leben mit den Eltern und einem Leben als Ehemann/frau bzw. Elternteil in einem neuen Haushalt.

Die Theorie der Postadoleszenz als neuer Lebensphase zeigt, ähnlich wie die Theorie der individualistischen Fragmentierung des Übergangs zum Erwachsenenalter, Stärken wie Schwächen. Es steht zum Beispiel außer Zweifel, dass die Situation des Einzelnen, der nicht mehr bei seinen Eltern lebt, auch wenn er noch keine eigene Familie gegründet hat, heute weiter verbreitet ist als in der Vergangenheit. Für diese Situation gibt es aber mehrere Gründe. Zum Teil ist die Ursache einfach der höhere Anteil von Studenten unter den jungen Leuten: viele Studenten ziehen aus Studiengründen weg aus ihrem Heimatort. Das beweist, dass diese Personen eine größere Freiheit von ihren Herkunftsfamilien haben und den Beginn eines eigenen Ehelebens hinauszögern. Doch in diesen Fällen hängt die Möglichkeit, mit neuen Lebensarten zu experimentieren, von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern ab, oder von der Möglichkeit, einen Job zu bekommen. Also können nicht alle Postadoleszenten mit solchen Zwischenformen experimentieren. Und was die Vielzahl der Job-Experimente am Beginn der beruflichen Laufbahn betrifft, sollte man sich fragen, ob diese Erfahrungen gewollt sind, oder ob sie nicht eher die Tatsache widerspiegeln, dass der Arbeitsmarkt weniger reguliert wird und flexibler geworden ist. Schließlich müssen wir betonen, dass die Dauer der Postadoleszenz je nach Land variiert. Das Durchschnittsalter der ersten Wohngemeinschaft oder Eheschließung liegt bei 24 oder 25 Jahren im Vereinigten Königreich und in Skandinavien, in den Mittelmeerländern hingegen bei 29 Jahren. Die Postadoleszenz scheint sich daher auch als neues Phänomen stärker in Ländern zu manifestieren, in denen die Modernisierung nicht sehr weit fortgeschritten ist. Das stimmt natürlich nicht ganz, da die jungen Menschen in den nördlichen Ländern viel unabhängiger von ihren Eltern sind als die der Mittelmeerländer. Die oben erwähnten Daten unterstreichen die Tatsache, dass es recht schwierig ist, die Grenzen der

Postadoleszenz festzulegen und diese daher auch sehr schwer einleuchtend definiert werden kann.

Die Postadoleszenztheorie sieht also die verringerte Fähigkeit der Eltern, Entscheidungen der Kinder zu beeinflussen bzw. zu kontrollieren sowie die für die postindustrielle Gesellschaft typische Verlängerung der Zeit zwischen Beendigung der Schulpflicht und der Schaffung einer neuen Familie als die Hauptmerkmale dieser Kategorie. Es ist wohl auch vernünftig anzunehmen, dass sich in dieser Zeit Subkulturen etablieren und die Unterschiede zwischen den Postadoleszenten und dem Rest der Gesellschaft betonen können. Es bleibt abzuwarten, ob Postadoleszenz eine grundlegend neue Lebensphase darstellt oder einfach ein Zeitbild der Jugend.

3.4. Schlussbemerkungen

Wie schon am Beginn dieses Kapitels gesagt, haben wir immer noch keine überzeugende und weitgehend akzeptierte Theorie über die Lage der Jugendlichen in der heutigen Gesellschaft. Die zeitlichen und räumlichen Veränderungen der jugendkonstituierenden Elemente sind und bleiben besonders schlecht definiert. Aus diesem Grund haben wir es vorgezogen, keinen verallgemeinernden Interpretationsrahmen vorzustellen; wir haben einfach eine Reihe von Indikatoren zusammengestellt, die in ausgewählten wichtigen Bereichen des Gemeinschaftslebens in westeuropäischen Ländern die Position der 15-25jährigen betreffen, die normalerweise den Anteil der "Jugend" an der Gesamtbevölkerung darstellen. Aus demselben Grund haben wir es vorgezogen, die traditionelle Definition für Jugend zu übernehmen, das heißt die Lebensperiode, die sich vom Erreichen der biologischen Reife bis zur Beendigung der verschiedenen Phasen des Übergangs zum Erwachsenenalter erstreckt.

4. STRUKTURELLE UND INSTITUTIONELLE ASPEKTE

4.1. Demographie

Der Anteil der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren an der Gesamtbevölkerung variiert beträchtlich unter den europäischen Ländern (von etwas mehr als 1:10 in Deutschland zu fast 2:10 in Irland), aber es zeichnet sich keine klare Tendenz ab. Das heißt, dass der Prozentsatz der jungen Männer und Frauen innerhalb der einzelnen europäischen Länder mit keiner bekannten strukturellen Charakteristik des Landes in Beziehung gebracht werden kann. Das ist einigermäßen überraschend, denn es ist bekannt, dass die Mittelmeerländer mit einem

paternalistischen Wohlfahrtsstaat und einem rigid geregelten Arbeitsmarkt im letzten Jahrzehnt eine dramatisch niedrige und sinkende Geburtenrate verzeichneten. Möglicherweise ist dieses Phänomen zu neu, um aus den vorhandenen Daten Auswirkungen auf die gesamte, von uns untersuchte Altersgruppe zu schließen. Aber in den kommenden Jahren wird dies allerdings der Fall sein. Und tatsächlich sieht Eurostat voraus, dass im Jahr 2010 das Verhältnis der jungen Leute zur Gesamtbevölkerung in den Mittelmeerländern das niedrigste Niveau erreicht haben wird (1:10). Im Gegensatz dazu zeigen die das Vereinigte Königreich, Skandinavien und die mitteleuropäischen Länder betreffenden Vorhersagen einen ansteigenden Prozentsatz der Jugendlichen in Bezug auf die Gesamtbevölkerung.

Angesichts dieser Bemerkungen scheint es schwierig, auf der Meinung zu beharren, dass die Erwachsenen den jungen Leuten wenig Bedeutung beimessen und dass es sie viel mehr interessiert, die eigenen Privilegien zu verteidigen als in die neuen Generationen zu investieren. Wir würden hingegen sagen, dass in Ländern mit schlechter Wirtschaftslage, hoher Jugendarbeitslosigkeit, schwachem Wohlfahrtssystem und inadäquaten Einrichtungen für die frühe Kindheit viele Menschen der Meinung sind, daß ein Kind zu bekommen und es bis zu seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit großzuziehen, eine ausgesprochen teure und anspruchsvolle Verpflichtung sei³.

4.2. Sozial- und Zivilrecht

"Bürgerschaft" ist ein weites Feld, in dem Sinn, dass dieses Etikett verschiedene Rechte bezeichnen kann, besonders zivile, politische, soziale und wirtschaftliche. In diesem Abschnitt werden wir die Aufmerksamkeit nur auf sozial- und zivilrechtliche Belange richten. Die sozialen und wirtschaftlichen Rechte werden später in diesem Kapitel analysiert.

Die EU-Länder sind sehr homogen, was das Wahlalter betrifft, das auf 18 festgesetzt ist, außer in Österreich und zum Teil auch in Italien, wo es höher ist (19 Jahre in Österreich, 25 in Italien, aber nur für die Wahl des Senats). Überdies gibt es in einigen Ländern Bestrebungen, das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen.

Wenn man dies bedenkt, kann kaum gesagt werden, dass die europäische Jugend von der Politik ausgeschlossen ist. Der tatsächliche Nachteil der jungen Leute liegt darin, dass im Durchschnitt

³ Dennoch muss der in den meisten europäischen Ländern zunehmende Egoismus in Betracht gezogen werden. In vielen EU-Ländern steigt die Zahl der älteren Leute, die länger leben und mehr vom Wohlfahrtsstaat nehmen, die von immer größeren Zahlen arbeitender junger Menschen bezahlt werden müssen. Von diesem Gesichtspunkt aus lässt sich sicher sagen, dass die Erwachsenengenerationen den jüngeren wenig Bedeutung beimessen und dass es in der EU einen latenten Generationenkonflikt gibt. Das Problem liegt darin, dass die Erwachsenen in vielen europäischen Ländern, vor allem in den

nur wenige von ihnen zu den politisch relevanten Kreisen der Parteien zugelassen werden und nur wenige in die nationalen oder lokalen Parlamente gewählt werden.

Große Unterschiede unter den europäischen Ländern finden sich beim gesetzlichen Mindestalter für strafrechtliche Verfolgung und beim Mindestalter für Haftstrafen. Ersteres liegt zwischen 14 Jahren (in Österreich und Irland) und 18 Jahren (Frankreich, Italien, Niederlande). Die gleiche Altersspanne gilt für letzteres (14 Jahre in Österreich und Italien; 18 Jahre für Deutschland, Griechenland, die Niederlande und Spanien). Es muss gesagt werden, dass wie im Fall der Demographie auch in diesem Fall die Ungleichheiten keine besondere Tendenz aufweisen. Man kann vermuten, dass in diesem Fall die historischen Traditionen der einzelnen Länder stärker sind als ihre gegenwärtige wirtschaftliche oder soziale Lage.

In den meisten europäischen Ländern entspricht das Mindestalter für strafrechtliche Verantwortung dem Mindestalter für Inhaftierung. Doch in zwei Ländern, und zwar Griechenland und Irland, ist letzteres höher, während es in Frankreich und Italien paradoxerweise niedriger ist. Wie schon erwähnt haben Italien und Österreich das niedrigste Mindestalter für Haftstrafen, nämlich 14 Jahre. Das scheint eine besonders niedrige Altersgrenze zu sein, auch wenn sehr wenige Jungen und Mädchen im Alter von 14 Jahren inhaftiert werden, und dann auch nicht in eigentlichen Haftanstalten, sondern in speziellen Einrichtungen.

4.3. Schule und Ausbildung

Ausbildung ist eines der wichtigsten Rechte des Bürgers in der Gesellschaft. Aus diesem Grund, und auch wegen der steigenden Bedeutung des menschlichen Kapitals in der Wirtschaft, haben alle Industriegesellschaften in den letzten 50 Jahren Schulreformen in die Wege geleitet, und die Gesellschaft hat sich immer mehr an der Ausbildung beteiligt. Trotz der Bemühungen der nationalen Regierungen, das Schulsystem zu demokratisieren, hat, was die Ausbildungsmöglichkeiten betrifft, noch kein Land eine Situation der realen Gleichheit unter den Bürgern schaffen können. Ausserdem verändern sich die Ausbildungsmöglichkeiten radikal von Land zu Land je nach den institutionellen Einrichtungen und den Arbeitsweisen des nationalen Schulsystems (Shavit and Blossfeld 1993). Dies trifft auch für die EU-Länder zu.

Das Mindestalter für den Pflichtschulabschluss zum Beispiel variiert von 14 Jahren (in Portugal) bis zu 18 Jahre (in Deutschland, Belgien, und den Niederlanden). In den meisten EU-Ländern liegt dieses Alter jedoch bei 16 Jahren. Im Prinzip lässt sich sagen, dass die Gleichheit

Mittelmeerländern, mehr Kinder haben müssten als es der Fall ist, wenn sie ihre gegenwärtigen und zukünftigen Privilegien gewährleistet sehen wollen.

der Bildungsmöglichkeiten umso eher gegeben ist, je länger die Pflichtschule dauert. Tatsächlich weisen die meisten Länder mit einer langen Pflichtschulzeit einen höheren Anteil an Studenten auf, und das sowohl was die Altersgruppe der 15-19jährigen betrifft als auch die der 20-29jährigen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1. Mindestalter bei Beendigung der Schulpflicht (Indikator C1), % der 15-19jährigen, die Studenten sind (C2) und % der 20-29jährigen, die Studenten sind (C3)

	A	B	D	DK	E	EL	F	FIN	I	IRL	ISL	L	N	NL	P	S	UK
C1	15	18	18	16	16	15	16	17	15	15	16	15	16	18	14	16	16
C2	75,7	92,1	87,9	79,6	73,8	72,0	88,3	81,8		79,3	79,7		83,8	88,5	67,5	83,3	72,1
C3	16,8		20,5	26,0	21,8	12,0	19,1	29,6		14,6	24,5		25,2	23,7	20,5	23,6	17,5

Natürlich sollte man bei Schulstatistiken auch wissen, wie hoch der Anteil der Abschlüsse ist. Aber diese hängen auch vom Grad der Stratifizierung, der Selektivität und der Effizienz des Ausbildungssystems ab (Almendiger 1986; Shavit and Blossfeld 1993; Shavit and Müller 1998). Daher ist die Abschlussrate der höheren Ausbildung (sowohl universitär als auch nicht-universitär) z. B. im Vereinigten Königreich höher als in Deutschland. In Bezug auf den Anteil der Personen mit Hochschulabschluss an der entsprechenden Gesamtbevölkerung kann festgestellt werden, dass es in den EU-Ländern eine Skala gibt, mit den Skandinavischen Ländern plus dem Vereinigten Königreich an der Spitze, den mitteleuropäischen Ländern in der Mitte und den Mittelmeerländern am Ende. Da eben der Anteil der Personen mit höherem Studienabschluss in Bezug auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt und in der Bestimmung der Qualität der Produktionsfaktoren eines Landes am meisten zählt, würden wir behaupten, dass auch auf lokaler Basis organisierte und wenig stratifizierte Schulsysteme effizienter und egalitärer sind als solche, die direkt von einer Zentralregierung geführt sind und deren höheres Schulsystem stark aufgesplittert ist (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2. Prozentsatz der Abschlüsse in der Höheren Schulbildung (Abschlüsse pro 100/ entsprechende theoretische Bevölkerung)(Indikator C6: bei zwei Zahlen bezieht sich die erste auf Kurzstudien, die zweite auf längere Studiengänge)

A	B	D	DK	E	EL	F	FIN	FL	I	IRL	ISL	L	N	NL	P	S	UK
10	16	20	20	11	13		11		1	14	15	15	22	24	2+	11	34
	(Fl)		+8	+15			+13		+12	+11			+6	+7	14	+8	

In jedem Fall sind wir der Meinung, dass in einigen europäischen Ländern der Anteil der Studenten sowohl im Sekundär- als auch im Tertiärbereich erhöht werden sollte. Ausserdem sollten einige Länder (vor allem die mit einem stark stratifizierten Schulsystem) zu einer Politik der Chancengleichheit in der Ausbildung übergehen. Denn trotz der Aussagen verschiedener Wissenschaftler, dass die höhere Schulbildung eine Inflation der Ausbildungsqualifikationen mit sich bringen wird, was als Folge große Probleme hervorrufen würde, was die

Übereinstimmung der Erwartung der jungen Leute mit der aktuellen Arbeitsmarktsituation betrifft, konnte in den meisten europäischen Ländern keine systematische Entwertung der Glaubwürdigkeit der Schule festgestellt werden. Im Gegenteil, das menschliche Kapital bedeutet immer noch die effektivste Quelle bei der Ausformung der beruflichen Ziele des Einzelnen.

4.4. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Schnell den ersten Arbeitsplatz finden (und schnell eine neue Arbeit nach dem Verlust des Arbeitsplatzes) ist ein wichtiges Recht des Wirtschaftsbürgers und vor allem der bedeutendste Faktor, der sowohl den Lebensstandard als auch die Chancen des Übergangs zum Erwachsenenalter beeinflusst, das heißt die Chancen der persönlichen Unabhängigkeit.

Es ist unlängst gezeigt worden (Grubb and Wells 1993; Scarpetta 1996; Reyneri 1996; Nickell 1997; Oecd 1999, Schivardi 1999; Esping-Andersen 1999; Bernardi et al. 2000), dass die soziale Zusammensetzung der Arbeitslosen wie auch die Dauer der Arbeitssuche direkt von der Arbeitsmarktregulierung beeinflusst werden. Genauer gesagt, machen es protektionistische Arbeitsmärkte, die auf unbefristeter Vollzeitbeschäftigung basieren, gewöhnlich sehr schwer für die jungen Männer und Frauen, einen Job zu finden. Natürlich wird der Arbeitslosenanteil unter den jungen Leuten auch von der Situation des Wirtschaftssystems beeinflusst, d.h. von der Zahl der Arbeitslosen insgesamt. Wie bekannt, herrschen in den Mittelmeerländern die am stärksten regulierten Arbeitsmärkte und das schwächste Wirtschaftssystem, und tatsächlich weisen sie (mit Ausnahme von Portugal) auch die höchste Jugendarbeitslosenrate auf (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3. Prozentsatz der 15-24 jährigen Arbeitslosen (Indikator D1)

A	B	D	DK	E	EL	F	FIN	FL	I	IRL	ISL	L	N	NL	P	S	UK
4,4	6,7	4,9	5,1	14,6	11,9	9,0	17,2		13,0	5,5		2,3		5,8	4,5	7,1	7,9

Gegen unsere Behauptung liesse sich einwenden, dass auch das Vereinigte Königreich mit einem unregulierten Arbeitsmarkt und einem funktionierenden Wirtschaftssystem eine relativ hohe Jugendarbeitslosenrate aufweist, wohingegen Länder wie Deutschland und Schweden mit stark regulierten Arbeitsmärkten niedrigere Jugendarbeitslosenraten haben. Doch muss bedacht werden, dass im Vereinigten Königreich mehr junge Leute einer Arbeit nachgehen als in anderen europäischen Ländern. Mit anderen Worten, die Arbeitslosenrate in nord- und mitteleuropäischen Ländern wird durch den relativ hohen Anteil der nicht-arbeitenden Jugend niedergedrückt. Das könnte vom viel großzügigeren Wohlfahrtssystem abhängen, das einem höheren Prozentsatz unter den Jugendlichen erlaubt, nicht in den Arbeitsmarkt einzutreten.

Es gibt weitere Beweise, dass es bei einer strikten Arbeitsmarktregulierung zu großen Ungleichheiten bei der Arbeitsplatzbeschaffung kommt. Wir beziehen uns auf die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten der Arbeitslosenraten. Gewöhnlich schützen die regulierten Arbeitsmärkte vor allem den Arbeitsplatz erwachsener, verheirateter Männer und fördern ihre Anstellung. Da junge Männer früher oder später erwachsen werden und heiraten, ist es im Vergleich zu den Frauen im selben Alter für sie einfacher, eine erste Arbeit zu finden, oder nach dem Verlust des Arbeitsplatzes eine neue. Tatsächlich ist der Unterschied zwischen den Arbeitslosenraten junger Männer und Frauen am grössten in den Mittelmeerländern, gefolgt von den mitteleuropäischen Ländern. Im Vereinigten Königreich hingegen ist die Richtung der Ungleichheit entgegengesetzt, und junge Frauen riskieren die Arbeitslosigkeit weniger als junge Männer. Dies trifft auch auf Schweden zu, was den Gedanken nahelegt, dass ein sozialdemokratisches Wohlfahrtssystem, über die Entwicklung des tertiären Sektors – nämlich Dienstleistungen für Familien oder Einzelpersonen – einem vollkommen flexiblen und fast unregulierten Arbeitsmarkt funktionell gleichwertig ist.

Wenn wir zur Stellung der jungen Europäer (im Vergleich zu den Erwachsenen) auf dem Arbeitsmarkt zurückkehren, lässt sich sagen, dass die auffallendsten Nachteile in den großen Schwierigkeiten bei der Suche nach dem ersten Arbeitsplatz liegen und in den wachsenden Risiken, sich mit nicht-standardisierten (oder atypischen), schlecht bezahlten Arbeitsplätzen begnügen zu müssen (siehe Tabelle 4 weiter unten). Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Ausdehnung der Übergangsphase zur vollen ökonomischen Unabhängigkeit vieler junger Europäer eher das Resultat der aus der Arbeitsmarktregulierung und den neuen Mustern der Arbeitsorganisation stammenden Ungleichheiten zwischen den Generationen als die Folge einer sich bildenden neuen Stufe zum Erwachsensein.

4.5. Einkommensquellen und Verarmungsrisiken

Nach der Fachliteratur können Einkommensquellen folgendermaßen klassifiziert werden: a) Markt; b) Zuwendungen von seiten des Staates und c) Zuwendungen von seiten der Herkunftsfamilie. Der Begriff 'Markt' beinhaltet natürlich Lohn, sowohl für eine regelmäßige Arbeit als auch für Gelegenheitsarbeiten; 'Zuwendungen von seiten des Staates' umfasst Ausbildungszuschüsse, Studienbeihilfen, Arbeitslosenunterstützung, Wohlfahrtsunterstützung und ähnliches.

Im Durchschnitt sind reguläre Arbeit bzw. Gelegenheitsarbeiten die wichtigsten Einkommensquellen der Jugendlichen in Europa. Daher sagten wir, dass die Arbeit eine entscheidende Rolle spielt für die Lebensqualität der Jugend im heutigen Europa. Doch gibt es

eben zwei weitere Einkommensquellen, die unter den jungen Europäern offensichtlich weit verbreitet sind, und zwar Zuwendungen von seiten der Herkunftsfamilie und Zuwendungen von seiten des Staates (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4. Wirtschaftliche Situation; Einkommensquellen (Indikator E1)

	A	B	D	DK	E	EL	F	FIN	FL	I	IRL	ISL	L	N	NL	P	S	UK
Reguläre Arbeit	45,5	33,0	51,2	64,9	35,9	40,6	40,1	24,6		26,1	36,9		37,3		33,8	47,1	29,5	56,8
Gelegenheitsarbeit	8,2	9,1	15,8	3,6	10,9	5,3	14,6	19,5		15,5	12,1		23,2		22,8	5,1	18,6	6,2
Ausbildungszuschüsse oder Studienbeihilfen	13,6	2,4	5,8	28,2	1,5	0,1	5,4	25,4		1,3	4,7		4,7		24,7	1,7	10,4	2,8
Arbeitslosen-Wohlfahrtsunterstützung	4,7	10,3	7,8	8,5	2,1	1,7	5,6	15,1		0,1	13,1		1,4		5,7	1,3	11,7	18,3
Eltern/Familie	41,0	48,0	37,7	18,7	62,4	50,9	47,8	40,6		67,6	38,0		58,0		32,6	50,7	34,2	17,3

Möglicherweise stammt das Einkommen vieler junger Menschen in Europa aus mehreren Quellen. Leider erlauben die verfügbaren Datenreihen keine horizontale Analyse der Variationen der Verteilung des Einkommens. Doch wir können zeigen, wie die Bedeutung der einzelnen Einkommensquellen in den Ländern variiert.

Im großen und ganzen variiert der Prozentsatz der Jugendlichen, die ihre reguläre Arbeit als wichtige Einkommensquelle angeben, offensichtlich je nach Arbeitslosenraten und Zahl der nicht-beschäftigten Jugendlichen. Daher weisen Italien und Spanien gemeinsam mit Belgien, Finnland und Schweden den niedrigsten Anteil von jungen Menschen auf, deren Einkommen aus einer regulären Arbeit stammt. Das Bild wird noch klarer, wenn man das Einkommen aus Gelegenheitsarbeiten hinzufügt. In dem Fall gesellen sich Griechenland und Portugal zu Italien, Spanien, Belgien, Finnland und Schweden in die Gruppe der Länder mit dem geringsten Anteil an Jugendlichen, die ihr Einkommen vom Markt, oder besser gesagt durch Arbeit beziehen. Das Vereinigte Königreich ist hingegen das Land mit der größten Zahl von Jugendlichen, die ihr Einkommen aus der Arbeit beziehen.

Was die Zuwendungen von seiten des Staates betrifft, so zeigen wie erwartet die nordeuropäischen Länder den höchsten Anteil an jungen Menschen, die Unterstützungen vom Staat erhalten. Und wie erwartet werden die jungen Menschen in den Mittelmeerländern am wenigsten vom Staat unterstützt. Doch überraschenderweise zeigt auch das Vereinigte Königreich einen hohen Prozentsatz von Jugendlichen, die Arbeitslosenunterstützung bekommen. Man muss aber bedenken, dass diese Unterstützung viel niedriger liegt und weniger lang ausbezahlt wird als in den nordeuropäischen Ländern.

Logischerweise zeigt die Rangliste Zuwendungen von seiten der Familien eine entgegengesetzte Abfolge: Italien, Spanien, Griechenland und Portugal haben den höchsten Prozentsatz von Jugendlichen, die angeben, finanzielle Zuwendungen von seiten der Herkunftsfamilie zu

erhalten, während das Vereinigte Königreich in diesem Punkt den niedrigsten Prozentsatz aufweist.

Zusammenfassend kann also gesagt werden: das Einkommen der jungen Menschen wird a) in den nordeuropäischen Ländern sehr stark vom Staat gestützt; b) basiert im Vereinigten Königreich vor allem auf dem Markt; c) ist in den Mittelmeerländern den Herkunftsfamilien überlassen; d) basiert in den meisten mitteleuropäischen Ländern teils auf dem Markt, teils auf Zuwendungen von seiten der Familien.

Da die Dinge so liegen, sollte es nicht verwundern, dass die Jugendlichen in Italien, Spanien und Griechenland am ehesten Gefahr laufen, unter die Armutsgrenze zu fallen, wenn man diese mit 40% des durchschnittlichen Einkommens festlegt. Das hängt damit zusammen, dass die Herkunftsfamilie eine wirtschaftlich schwächere Einrichtung ist als der Staat oder der Markt. Um es anders auszudrücken: wenn junge Italiener, Spanier und Griechen keine finanzielle Unterstützung von der Herkunftsfamilie erhalten, oder wenn sich die Familie selbst in einer schwachen wirtschaftlichen Lage befindet, so können sie sich nicht auf den Markt oder den Staat verlassen, um den Lebensstandard zu verbessern. Doch unsere Datensammlung zeigt, dass es einige Länder gibt, und zwar sind das die Niederlande, Frankreich und Deutschland, in denen der Anteil der jungen Menschen, die finanzielle Zuwendungen von der Herkunftsfamilie erhalten, geringer ist als in den Mittelmeerländern, dass sie aber dennoch einen hohen Prozentsatz von armen Jugendlichen aufweisen, zumindest, wenn man die Armutsschwelle bei 50% des Durchschnittseinkommens ansetzt. Wenn man hingegen 40% des Durchschnittseinkommens als Grenze zur Armut nimmt, wird der Prozentsatz der armen Jugendlichen in Deutschland und Frankreich niedriger als der in den meisten Mittelmeerländern.

Wir halten den letzten Richtwert für die Armutsgrenze (40% des Durchschnittseinkommens) für zuverlässiger, obwohl die meisten Wirtschaftswissenschaftler 50% des Durchschnittseinkommens als Armutsgrenze vorziehen würden. Der Grund für unsere Behauptung liegt in der Tatsache, dass im ersteren Fall die Daten eine verständlichere Tendenz zeigen.

Wenn man die Daten in bezug auf Armut unter Jugendlichen betrachtet, sollte man bedenken, dass ein großer Teil von ihnen noch in der Herkunftsfamilie lebt. Daher lässt sich sagen, dass eine große Zahl der Jugendlichen nicht auf Grund der Tatsache arm ist, weil sie jung sind, sondern weil das Einkommen der Eltern unter die Armutsgrenze fällt.

4.6. Beziehungen zwischen den Generationen und Wohnsituation

Es überrascht nicht, dass die Länder mit dem höchsten Prozentsatz von Jugendlichen, die finanzielle Zuwendungen von der Herkunftsfamilie erhalten, auch den höchsten Prozentsatz von jungen Männern und Frauen aufweisen, die im Alter von 20-24 Jahren noch bei den Eltern leben. Wie schon früher erwähnt, stellt die Standardkernfamilie in den Mittelmeerländern noch immer eine zentrale und stabile soziale Einrichtung dar. Das kommt zum Teil vom Fortbestehen traditioneller kultureller Muster, die den Ablauf des Alltags und die Beziehungen zwischen Mann und Frau, Eltern und Kindern betreffen. Aber vor allem stellt es das Resultat eingeschränkter Strukturen dar. Wie schon in den vorhergehenden Abschnitten gezeigt, müssen sich junge Männer und Frauen in den Mittelmeerländern zur Sicherung des wirtschaftlichen Überlebens meistens, manchmal ausschließlich, auf die Eltern stützen. Man muss aber auch in Betracht ziehen, dass die Familien im Mittelmeerraum relativ viel erlauben: junge Männer und Frauen, die bei ihren Eltern leben, genießen eine große Freiheit im Alltagsleben (Cavalli and Galland 1995). Dennoch verlängert dieses Zusammenleben mit den Eltern, wie schon betont wurde, die Übergangsphase zum Erwachsenenalter bei den Jugendlichen im Mittelmeerraum. Nordeuropäische Länder (in diesem Fall nur Finnland), das Vereinigte Königreich, die Niederlande, Frankreich und Deutschland haben den niedrigsten Prozentsatz von Jugendlichen, die im Alter von 20-24 Jahren noch bei den Eltern leben. Doch sind es unterschiedliche Gründe, die zu dieser Situation geführt haben. In nordeuropäischen Ländern können die jungen Leute dank der staatlichen Zuwendungen allein leben; im Vereinigten Königreich wegen der Effizienz des Arbeitsmarktes; und in einigen mitteleuropäischen Ländern ist es eine wirkungsvolle Kombination von Zuwendungen von seiten des Marktes und des Staates dafür verantwortlich. (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5. *Prozentsatz der bei den Eltern lebenden 20-24jährigen (Indikator G10)*

A	B	D	DK	E	EL	F	FIN	FL	I	IRL	ISL	L	N	NL	P	S	UK
65	68	55		89	72	52	29		87	64		69		47	82		47

Was Partnerbeziehungen und Elternschaft unter den Jugendlichen betrifft, zeigen die verfügbaren Daten, dass die jungen Leute in den nordeuropäischen Ländern und im Vereinigten Königreich früher eine Partnerbeziehung eingehen und früher ein Kind bekommen als die in Mittel- oder Südeuropa lebenden. Entsprechend unseren Anmerkungen zur Verbreitung der alternativen zu den Kernfamilien, haben die nordeuropäischen Länder, vor allem Dänemark, das Vereinigte Königreich und Frankreich den höchsten Prozentsatz an 20-24jährigen Männern und Frauen, die

in einer Lebensgemeinschaft zusammenleben. Und diese Nationen weisen auch die höchste Abtreibungsrate unter Teenagern auf.

Dieses Phänomen wird normalerweise negativ bewertet als Zeichen einer sozialen Problematik. Aber man kann sich fragen, ob es nicht noch problematischer ist, junge Menschen zu zwingen, so lange in der Herkunftsfamilie zu leben, wie es in vielen Ländern des Mittelmeerraumes der Fall ist. Wie wir schon erwähnt haben, ist eine der negativen Folgen des langen Zusammenlebens mit den Eltern, dass der Übergang zum Erwachsenenalter verspätet erfolgt, genauer, dass die Eheschließung oder Lebensgemeinschaft aufgeschoben und so die Geburtenrate herabgesetzt wird. Tatsächlich sind Italien und Spanien die europäischen Nationen mit der niedrigsten Geburtenrate unter den 20-24 jährigen Frauen. Schließlich können Familiengründung und Kinderwunsch auch als Bürgerrechte aufgefasst werden.

5. KULTURELLE ASPEKTE

Das 20. Jahrhundert war Zeuge des Entstehens spezifischer Jugendsubkulturen, die in vielerlei Hinsicht den früheren Gesellschaften unbekannt waren. Leider reagiert die Erstellung von Indikatoren über die kulturellen Aspekte der Lage der Jugendlichen sensibel auf methodologische Probleme, die von der Unmöglichkeit einer direkten Beobachtung herrühren und von den für Umfragen typischen Problemen. Diese Schwierigkeiten werden noch verstärkt in einem internationalen Rahmen, da es in dieser Hinsicht wenige länderumfassende Studien gibt, die sich speziell mit der Jugend beschäftigen oder in denen eine ausreichende Zahl von Fällen enthalten ist, um eine Verallgemeinerung der Befunde zu rechtfertigen. Diese Probleme werden teilweise an einigen Indikatoren der Indikatorentabelle (Appendix 1) illustriert, die scheinbar grundlos große Unterschiede von einer Umfrage zur anderen zeigen. Außerdem dürfte es bedeutende Unterschiede in nationalen Formulierungen und/oder Antwortmodalitäten geben. Aus diesem Grund ziehen die folgenden Vergleiche zwischen Ländern die Beziehungen zwischen spezifischen Indikatoren mehr in Betracht als die absoluten Antworten für einzelne Antwortkategorien. In jedem Fall sollten alle Daten, die sich auf das Verhalten der Jugend beziehen, *cum grano salis* interpretiert werden.

5.1. Gruppenmitgliedschaft, politisches Engagement, Vertrauen in die Institutionen

Die Teilnahme an Vereinigungen wird als Schlüsselaktivität angesehen, sowohl was die Integration in die Gesellschaft allgemein als auch die Integration im Staat im besonderen betrifft. Jugendpolitisch sollte eine große Zahl in Vereinigungen engagierter Jugendlicher

begünstigt werden, da dadurch mit aller Wahrscheinlichkeit die Eingliederung der jungen Menschen in die Gesellschaft gefördert wird. Die zur Verfügung stehenden Daten lassen den Schluss zu, dass die Zahl der Jugendlichen, die Mitglieder einer Gruppe sind, sich unter den EU-Ländern erheblich unterscheidet: in den nordeuropäischen und auch in den mitteleuropäischen Ländern gehört die große Mehrzahl der Jugendlichen zumindest einer Vereinigung an, in den Mittelmeerländern (und Belgien) hingegen nur eine Minderheit. Bemerkenswert ist, dass einer der Gründe für ein stärkeres Engagement die Tatsache ist, dass in diesen Ländern die Vereine stärker in das Wohlfahrtssystem und in die Einrichtungen der Gesellschaft eingegliedert sind. In Österreich und Dänemark ist es praktisch unmöglich, keinem Verein anzugehören. Für die Ausübung fast jeder Aktivität (wie Reiten, Schwimmkurse, Tennis) muss man Vereinsmitglied sein. In diesen Ländern verwalten kirchliche und andere Jugendorganisationen Jugendherbergen und Sommerlager, was die Leute dazu führt, diesen Organisationen beizutreten, um Zugang zu diesen Einrichtungen zu haben. Ausserdem ist in vielen nordeuropäischen Ländern die Gewerkschaftsmitgliedschaft Voraussetzung für einen Arbeitsplatz.

Natürlich muss man auch untersuchen, welcher Art diese Vereinigungen sind (Tabelle 6). Am wichtigsten sind die Sportvereine, bei denen die gleichen Muster vorherrschen wie generell bei den Vereinsmitgliedschaften: in den Mittelmeerländern (Spanien, Griechenland, Portugal, Italien, zuzüglich Belgien) gehören weniger als ein Viertel der Jugendlichen einem Sportverein an, wohingegen die nordeuropäischen Länder die höchsten Zahlen aufweisen. Die Mitgliedschaft in religiösen Vereinen oder Vereinen der Pfarrgemeinde variiert sehr stark: die Zahl der Jugendlichen, die in Italien eine Mitgliedschaft in solchen Vereinen angibt, ist acht mal so hoch wie in Belgien. Von besonderem Interesse ist hier die Mitgliedschaft von dezidiert jugendorientierten Vereinen, die einen sehr geringen Jugendanteil haben. Auch hier verzeichnen die Mittelmeerländer die niedrigsten Werte.

Tabelle 6. *Prozentsatz der 15-24jährigen die Mitglieder einer Vereinigung sind (Indikatoren J1a, J2a, J4a, J5a)*

	A	B	D	DK	E	EL	F	FIN	I	IRL	L	NL	P	S	UK
Beliebige Vereine	60	47	58	77	38	36	49	67	54	61	66	77	40	82	50
Sportvereine	27	24	36	44	12	15	28	27	23	44	40	50	21	51	28
Pfarrvereine, religiöse Vereine	12	2	7	5	6	2	3	12	18	7	6	18	8	13	7
Jugendvereine	9	13	6	18	8	3	7	11	7	12	26	8	5	9	8

Ein interessanter Trend dürfte sich in den neunziger Jahren abgezeichnet haben: Wenn man die allgemeinen Zahlen von 1997 mit denen von 1990 vergleicht, so zeichnet sich ein deutlicher Anstieg in den Mittelmeerländern ab. Die Werte für die anderen Länder sind entweder

gleichbleibend oder in einigen Fällen – Belgien, Dänemark, Vereinigtes Königreich – deutlich im Fallen⁴.

Nur ein kleiner Teil der Jugendlichen (<7%) ist Mitglied in politischen Vereinen oder Gewerkschaften (außer in Skandinavien). Und überdies führen nur wenige Jugendliche auch nur ein einfaches "Gespräch mit Freunden über politische Belange" (in keinem Land mehr als 20%, in den meisten sogar unter 10%). Anscheinend gibt es aber keinen erkennbaren länderübergreifenden Trend für Indikatoren wie Teilnahme an der Politik, was wahrscheinlich von den besonderen Umständen zur Zeit der Datenerhebung abhängt (z.B. bevorstehende Wahlen, Korruptionsskandale und so weiter).

Ein weiterer bedeutender Indikator für das politische Engagement – und, wie schon erwähnt, ganz allgemein für die soziale Integration im Sinne einer demokratischen Bürgerschaft – kommt von der Einschätzung der eigenen Position auf der politischen links-rechts-Skala. Die Bedeutung dieses Indikators hat nicht so sehr mit der ideologischen Ausrichtung der Jugend zu tun als vielmehr mit dem Anteil der jungen Menschen, die diese Ausrichtung angeben können (oder wollen) (Tabelle 7). – Mehr als ein Viertel der jungen Menschen in vielen Ländern, ganz besonders in den Mittelmeerländern, aber auch in Österreich und Luxemburg "weiß nicht" (oder will nicht angeben), wie sie sich auf der politischen Links-rechts-Skala einordnen sollen.

Tabelle 7. *Prozentsatz der 15-24jährigen, die nicht wissen, wie sie sich auf der politischen Links-rechts-Skala einordnen sollen (oder es nicht angeben wollen) (Indikator J7)*

A	B	D	DK	E	EL	F	FIN	FL	I	IRL	ISL	L	N	NL	P	S	UK
35	19	19	12	26	26	20	17		32	28		35	20	14	30	9	17

Diese Gradunterschiede im politischen Engagement und die ihnen zugrundeliegenden Muster findet man auch in dem Grad des Vertrauens in die politischen Einrichtungen. 30 bis 60% der jugendlichen Bevölkerung (16-25jährige) der einzelnen Nationen drücken einen hohen Grad des Vertrauens in das Parlament aus. Relativ niedrig (30-35%) ist das Vertrauen in den Mittelmeerländern – wie Spanien, Italien, Portugal – aber auch in anderen Ländern wie Finnland und Großbritannien. In bestimmten Ländern Mitteleuropas und in den nordeuropäischen Ländern, Spanien und den Niederlanden an erster Stelle, genießt das Nationalparlament ein hohes Vertrauen.

In jedem Fall wird das Nationalparlament bei weitem nicht für die vertrauenswürdigste nationale Einrichtung gehalten. Das Justizsystem und auch die Polizei erwecken in allen Ländern ein größeres Vertrauen bei den Jugendlichen (Tabelle 8), obwohl dieser Vorsprung in Belgien, Frankreich, Portugal und – zumindest was das Justizsystem anbelangt – Italien

⁴ Leider ist unklar, wie verlässlich diese Daten sind. Denn seit der World Value Umfrage 1990 haben sich

ziemlich klein ist. Seltsamerweise sind die Kirchen noch weniger vertrauenswürdig als die Nationalparlamente, außer in einigen (aber nicht allen) streng katholischen Ländern (Nordirland miteinbezogen). Das Vertrauen in die Presse ist relativ niedrig (außer in einigen skandinavischen Ländern), in die Geschäftswelt aber ziemlich hoch (außer in einigen mitteleuropäischen Ländern). Mit der vorhersehbaren Ausnahme von Norwegen haben die Jugendlichen aller Länder mehr Vertrauen in die Europäische Union als in ihr Parlament (auch hier in unterschiedlichem Grad). Die "europäische Dimension" der Lage der Jugendlichen wird weiter unten analysiert.

Tabelle 8. Prozentsatz der 18-24jährigen, die einen hohen Grad des Vertrauens in das Parlament ihres Landes bekunden und Verhältnis (*r*) zwischen der Zahl der Jugendlichen, die in ausgewählte Institutionen Vertrauen haben, und der Zahl der Jugendlichen, die ihr Vertrauen in das Nationalparlament bekunden (wenn das Verhältnis > 1 ist, wird den entsprechenden Institutionen mehr Vertrauen geschenkt als dem Parlament, in den Daten für UK ist Nordirland nicht einbegriffen; Indikatoren I)

	A	B	D (W)	D (E)	DK	E	F	FIN	I	IRL	N	NL	P	S	UK
Nationales Parlament (%)	36	40	42	33	42	32	51	32	33	37	56	58	33	44	34
Justizsystem (r)	1,7	1,2	1,4	1,4	1,9	1,3	1,2	2,4	1,0	1,3	1,3	1,3	1,1	1,4	1,5
Polizei (r)	1,6	1,2	1,4	1,2	2,1	1,5	1,2	2,2	1,9	2,0	1,6	1,4	1,2	1,7	2,3
Kirchen (r)	1,0	0,9	0,5	0,9	0,7	0,9	0,6	0,8	1,7	1,5	0,6	0,4	1,5	0,7	0,9
Presse (r)	0,5	1,0	0,8	0,7	0,6	1,6	0,7	1,6	1,3	0,8	0,9	0,7	1,1	0,8	0,3
Größere Handelsges.	0,9	1,3	0,7	1,3	0,9	1,4	1,4	1,6	1,8	1,5	1,1	1,0	1,4	1,3	1,4
Europäische Union		1,8	1,2	1,8	1,1	1,7	1,5	2,0	2,4	2,0	0,7	1,1	1,9	1,5	1,5

5.2. Grundwerte und Toleranz

Eine verbreitete Typologie (von Ronald Inglehart) zur Aufnahme der Wertorientierung des Einzelnen trifft eine Unterscheidung zwischen materialistischen und postmaterialistischen Werten. Materialistische Werte betreffen die Befriedigung primärer Bedürfnisse und konzentrieren sich gewöhnlich auf physische Sicherheit und physisches Wohlbefinden (Verteidigung, Wirtschaft), wohingegen postmaterialistische Werte mit sekundären Bedürfnissen zu tun haben wie Leistung, Selbstverwirklichung, soziales Engagement (Umwelt, soziale Bürgerschaft). Theoretisch sollten Personen, die in fortgeschrittenen Demokratien leben (und vor allem in ihnen sozialisiert sind), postmaterialistische Tendenzen aufweisen. Junge Leute in Westeuropa sollten daher in ihrer Wertorientierung eher postmaterialistisch sein.

die Fragen betreffs der Vereinsmitgliedschaft ein wenig geändert.

Obwohl die Analyse noch vertieft werden sollte, (was nicht möglich ist wegen der geringen Zahlen der die Jugend betreffenden Data in den Werterhebungen) zeigen die verfügbaren Daten doch, dass der Großteil der jungen Menschen eine "Wertemischung" vorgenommen hat, die sowohl von materialistischen wie postmaterialistischen Aspekten charakterisiert ist. Erhebungen aus dem Jahr 1990 (Eurobarometer, mit vielen Daten) zeigen, dass in den Niederlanden, aber auch in Spanien und Deutschland die postmaterialistische Orientierung bei weitem überwiegt, was nicht besonders überzeugt (s. die am Beginn des Abschnitts 2 erwähnten Probleme) und auch von der Unfähigkeit abhängen mag, Werte klar von Wünschen zu unterscheiden.

In allen Ländern sprechen die jungen Leute der Familie einen hohen Wert zu, wenn sie gefragt werden, welche Bedeutung eine Reihe von wertebeladenen Begriffen (wie 'Familie', 'Arbeit', 'Freizeit', 'Freunde', 'Religion', 'Politik' etc.) in ihrem Leben haben (Tabelle 9), und das trifft besonders auf so verschiedene Länder zu wie Italien, das Vereinigte Königreich, Dänemark und Irland. Dennoch gibt es Fälle, in denen der Familie nicht der größte Wert beigemessen wird: In den Niederlanden, in Schweden und im westlichen Teil Deutschlands sind "Freunde" wichtiger als die Familie. Freundschaft wird überall sehr hoch bewertet.

"Arbeit" hat einen mittleren Stellenwert in den meisten Ländern, ist aber überall wichtiger als z.B. Religion oder Politik. In einigen Ländern, besonders in denen mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit, wird Arbeit für so wichtig gehalten wie Freundschaft, wenn nicht für wichtiger (Finnland stellt eine bemerkenswerte Ausnahme dar).

Tabelle 9. Prozentsatz der 18-24jährigen, für die die "Familie" "sehr wichtig" ist, und Verhältnis (r) zwischen der Zahl der jungen Leute, die bestimmten Aspekten des Lebens Bedeutung zumessen, und jungen Leuten, die der Familie mehr Bedeutung zumessen (wenn das Verhältnis $\square 1$ ist, so ist der betreffende Aspekt bedeutender als die Familie) (Indikatoren H2, H3, H5 und H7)

	A	B	D (W)	D (E)	DK	E	F	FIN	I	IRL	N	NL	P	S	UK
Familie (%)	79	71	47	67	80	74	74	66	82	90	80	65	60	83	87
Arbeit (r)	0,6	0,8	0,6	0,8	0,6	0,8	0,8	0,4	0,8	0,7	0,9	0,6	0,6	0,7	0,7
Freunde (r)	0,7	0,8	1,2	0,8	0,8	0,7	0,6	0,9	0,7	0,7	1,0	1,1	0,4	1,0	0,7
Freizeit (r)	0,7	0,7	1,3	0,8	0,7	0,6	0,5	0,9	0,5	0,4	0,6	0,8	0,3	0,7	0,5

Eine wichtige Dimension der Basiswerte betrifft die Haltung der Geschlechtergleichheit gegenüber. Ein spezifischer Indikator aus dem Eurobarometer 1997 zeigt, dass Europas Jugend in zwei Gruppen geteilt werden kann: eine, in der der Großteil der jungen Leute sich im Grunde am Prinzip der Gleichberechtigung orientiert (70-80% behaupten von sich, "keine Vorliebe" zu haben, wenn es darum geht, einen Mann oder eine Frau als Vorgesetzten zu haben), und zu dieser Gruppe gehören die nordeuropäischen Länder plus Spanien; eine andere Gruppe, in der nur etwa die Hälfte (40-55%) der jungen Leute keine geschlechtsspezifischen Vorlieben hat, hier finden wir die Mittelmeerländer (außer Spanien), Österreich, Belgien und Finnland.

Eine weitere Facette der Wertorientierung hat zu tun mit der Toleranz anderen Menschen (aus einer verschiedenen Kultur oder mit verschiedenen Lebensstilen) gegenüber. Allgemein sind die Länder Zentral- und Nordeuropas (Schweden, Dänemark, Deutschland, Belgien) toleranter, wohingegen junge Leute aus den Mittelmeerländern am ehesten dazu neigen, sich einer Randgruppenminorität gegenüber unbehaglich zu fühlen (Tabelle 10). Doch diese allgemeinen Unterschiede gelten nicht immer für bestimmte Gruppen. So sind die jungen Belgier am meisten verwirrt durch "andersrassige Personen" (allgemein ist die nordeuropäische Jugend stärker irritiert durch die Vorstellung, "andersrassige Personen" oder "Immigranten und ausländische Arbeitskräfte" als Nachbarn zu haben).

Homophobie ist in den Mittelmeerländern relativ verbreitet (außer in Spanien), aber nicht ausschließlich dort. Zumindest 20% der jungen Leute in allen Ländern (mehr als 30% in Portugal, Österreich, Finnland, Ausnahmen stellen Dänemark und die Niederlande dar) geben ihre Angst vor Homosexuellen als Nachbarn zu.

Tabelle 10. Prozentsatz der 15-24jährigen, die sich unbehaglich fühlen, wenn sie auf bestimmte Gruppen treffen (Indikatoren K1 bis K4)

	A	B	D	DK	E	EL	F	FIN	I	IRL	L	NL	P	S	UK
Personen															
anderer	5	18	5	2	1	4	3	3	4	2	3	3	3	2	1
Nationalität															
-anderer Rasse	6	17	6	5	3	3	6	4	5	2	1	3	4	3	1
-gleichen															
Geschlechts	13	8	15	8	7	20	13	1	17	15	11	8	15	9	15
Kein Unbehagen															
irgendeiner	47	39	36	33	72	55	49	42	46	50	47	42	62	33	47
Gruppe															
gegenüber															

5.3. Sicherheit und Risiko

Die jungen Leute von heute profitieren wahrscheinlich am meisten von den Fortschritten im Gesundheitswesen, da mehr als je zuvor Kinder Zugang zu den öffentlichen Strukturen haben und in hygienischen Verhältnissen leben (wenn auch die Ernährungsgewohnheiten in vielen Ländern eine neue Bedrohung für die Gesundheit der Jugend darstellen). In allen Ländern haben 15jährige junge Männer eine Lebenserwartung von weiteren 60 Jahren, Mädchen desselben Alters im Durchschnitt weitere 65 Jahre. Unterschiede in der Lebenserwartung von Land zu Land sind relativ gering.

Dennoch gibt es große Unterschiede, was die Jugendsterblichkeit und schlechte, gesundheitsgefährdende Gewohnheiten anbelangt. Ein erster großer, hinlänglich bekannter Unterschied bezieht sich auf die höhere Jugendsterblichkeit unter jungen Männern: sie ist 2 bis

4mal so hoch wie bei jungen Frauen/Mädchen (Tabelle 11). Geschlechtsspezifische Unterschiede werden vor allem bei Verkehrsunfällen verzeichnet (die Sterblichkeitsrate ist bei jungen Männern 3 bis 5mal höher als bei jungen Frauen/Mädchen) und auch bei Selbstmorden (die Selbstmordrate ist bei jungen Männern 4 bis 7mal höher als bei jungen Frauen/Mädchen, außer in den Niederlanden und in Portugal, wo sie "nur" doppelt so hoch ist).

Es gibt aber auch bedeutende Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern (Tabelle 11). Die Sterblichkeitsrate variiert beträchtlich: In Portugal, das die höchste Rate verzeichnet, ist die Jugendsterblichkeit junger Männer dreimal so hoch wie in Schweden, das die niedrigste Rate verzeichnet; die Sterblichkeitsrate junger Frauen ist fast zweimal so hoch. Wenn nur die Sterblichkeitsrate bei Verkehrsunfällen untersucht wird, ist das Verhältnis Portugal – Schweden für junge Männer 5 und 3 für junge Frauen/Mädchen; was die Selbstmordrate betrifft, ist das Verhältnis wieder 3 (Selbstmorde junger Frauen/Mädchen sind in allen Ländern relativ selten). Die nordeuropäischen Länder verzeichnen generell eine niedrigere Rate.

Ungeachtet der allgemeinen Sterblichkeitsrate läßt sich beobachten, dass junge Männer in den nordeuropäischen Ländern in unverhältnismäßig hohem Maße durch Selbstverletzung oder Selbstmord sterben (30-40% der Sterbefälle in Finnland, über 20% in Schweden), wohingegen in den Mittelmeerländern dies in weniger als 10% der Fall ist. Andererseits kommt es in den nordeuropäischen Ländern zu relativ wenig tödlichen Verkehrsunfällen (20% in Finnland und Schweden) im Vergleich zu den Mittelmeerländern oder zu Mitteleuropa (45% der Todesursachen bei jungen Männern in Belgien und Italien; 35% der Todesursachen bei jungen Frauen in Belgien, Deutschland, Griechenland).

Tabelle 11. Sterblichkeitsrate ($\times 100.000$) der 15-25jährigen im Jahr 1995, nach Geschlecht (m/f) (Indikatoren L4 und L5)

	A	B	D	DK	E	EL	F	FIN	FL	I	IRL	ISL	L	N	NL	P	S	UK
M	116	102	89	74	87	98	102	93		90	85				61	159	56	77
F	29	40	34	30	28	28	35	26		29	25				28	46	26	29

Weitere geographische Unterschiede bezüglich der Gefährdung von Gesundheit und Sicherheit betreffen Rauchen und Alkoholkonsum. Hoher Alkoholkonsum ist unter den jungen Männern in den nordeuropäischen Ländern weiter verbreitet. Während verallgemeinernd gesagt werden kann, dass junge Männer ein risikoreicheres Verhalten an den Tag legen, so zeigt sich doch in einigen Ländern ein höherer Zigarettenkonsum unter jungen Frauen.

5.4. Die europäische Dimension

Abschließend kommt diese Studie zur "europäischen Dimension", d.h. zu Einstellung und Verhalten der europäischen Jugend in Hinblick auf Kenntnis von und direkte Erfahrung mit anderen Kulturen und Einrichtungen jenseits der nationalen Grenzen. Dies ist ein entscheidender Aspekt für die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union, da das Netzwerk zwischen den Mitgliedsstaaten und den Bevölkerungen immer dichter wird.

Ein erstes Hindernis für diese Entwicklung sind die Sprachen. Auch wenn der Großteil der jugendlichen Bevölkerung vieler europäischer Länder sich praktisch in zwei Sprachen verständigen kann (von denen eine normalerweise Englisch ist) gibt es in einigen Ländern viele Jugendliche, die große Schwierigkeiten haben, mit einem Ausländer zu kommunizieren. Dies besonders im Vereinigten Königreich (wo der Großteil der Jugendlichen keine Fremdsprache spricht), aber auch in den Mittelmeerländern (wo das Fehlen einer Mehrsprachigkeit weniger verbreitet, aber gravierender ist als in England, da die Nationalsprachen dieser Länder oft ziemlich unergiebig sind für wie auch immer geartete Beziehungen mit Menschen aus anderen Ländern), aber auch in einigen mitteleuropäischen Ländern.

Dieses Muster zeichnet sich auch in den Reiseerfahrungen der jungen Leute ab. Und wieder weisen die südliche Peripherie und die Britischen Inseln ziemlich niedrige Grade von Interkulturalismus auf. In diesen Ländern hat nur ein geringer Teil der Jugendlichen in den letzten zwei Jahren eine Auslandsreise gemacht. Das hängt natürlich zum Teil mit der geographischen oder wirtschaftlichen Lage zusammen; doch man muss wohl zur Kenntnis nehmen, dass die erhoffte Mobilität der Menschen quer durch Europa von diesen Mängeln an Erfahrungen und Sprachkenntnissen behindert wird.

Wir haben schon erwähnt, dass viele junge Menschen der Europäischen Union mehr Vertrauen schenken als ihren Nationalparlamenten. Was denken junge Leute über die EU in Bezug auf ihre Zukunft? Interessanterweise sind (mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und Spanien) die Mittelmeerländer und Irland, also die Länder mit der zur Zeit geringsten "Europakompetenz" in sprachlichen Fähigkeiten und Erfahrung, am optimistischsten in Hinblick auf die potentielle Rolle der EU.

Tabelle 12. Die Jugendlichen und die "Europäische Dimension" (Indikatoren N1, N4, N5a)

	A	B	D	DK	E	EL	F	FIN	I	IRL	L	NL	P	S	UK
% Beherrschung nur der Muttersprache	24	21	26	4	43	29	27	6	31	30	1	4	33	3	55
% Auslandsbesu- che in den letzten zwei Jahren	71	78	76	91	30	17	63	80	46	57	97	90	49	84	51
% meinen, dass die EU "ein Weg zu einer besseren Zukunft ist"	40	26	34	26	26	40	32	35	51	49	34	23	40	30	27

6. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Bezüglich Bildung und Ausbildung möchten wir nochmals daran erinnern, dass es eine Dreiteilung in Europa zu geben scheint, nämlich die nordeuropäischen, die mitteleuropäischen und die südeuropäischen Länder in der Reihenfolge einer abnehmenden Qualifizierung der jugendlichen Bevölkerung. Die Mittelmeerländer haben den am strengsten regulierten Markt, die höchste Jugendarbeitslosigkeit (auch wenn es Ausnahmen gibt und verschiedene Gründe für die Unterschiede), darin auch die größten geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, den höchsten Prozentsatz von jungen Leuten, die noch bei ihren Eltern leben. Was das Einkommen betrifft, gibt es jedoch zumindest vier Gruppierungen, da das Vereinigte Königreich wegen der zentralen Rolle seines Marktes (nicht der des Staates) zu den anderen nordeuropäischen Ländern nicht hinzugerechnet werden kann.

Wenn wir die weniger strukturellen, sondern eher kulturellen Aspekte betrachten, stoßen wir wieder auf eine potentielle Teilung, die die nordeuropäischen Länder den Mittelmeerländern gegenüberstellt. Vereinsmitgliedschaft ist eher verbreitet in den nord- und mitteleuropäischen Ländern (obwohl der Süden auf diesem Gebiet aufzuholen scheint), wo es auch eine größere Fähigkeit gibt, sich selbst auf der politischen Rechts-links-Skala einzuordnen, relativ größeres Vertrauen in das Nationalparlament, ein größeres Vertrauen in die Gleichberechtigung der Geschlechter und größere Toleranz gegenüber Außenseitergruppen. In Mittelmeerländern gibt es eine höhere Sterblichkeitsrate, vor allem was Verkehrsunfälle betrifft, aber weniger Selbstmorde und Alkoholmissbrauch.

Doch in all diesen Fällen gibt es wichtige Ausnahmen, die eine Verallgemeinerung schwierig machen. Zusätzlich gibt es viele Dimensionen, an denen kein deutlicher Trend abzulesen ist (Grundwerte, politisches Engagement), und Länder, die sich manchmal einer bestimmten

Gruppe konform verhalten, dann wieder zu einer andern zu gehören scheinen (z.B. Frankreich und vor allem das Vereinigte Königreich, was Fremdsprachenkenntnisse und Reiseerfahrungen betrifft).

Wenn man all die erwähnten Zahlen und Anmerkungen in Betracht zieht, würde man sagen, dass der Grad der sozialen Sichtbarkeit der Jugend als sozialer Kategorie unter den europäischen Ländern sehr stark variiert und von den Eigenschaften des jeweiligen Wohlfahrtssystems abhängt. Die "am wenigsten sichtbare" (also am wenigsten von Wohlfahrtsmaßnahmen begünstigte) Jugend sollte die der Mittelmeerländer sein. Doch gleichzeitig bleiben diese Jugendlichen, die wirtschaftlich so sehr von ihren Familien abhängen, länger in einem postadoleszenten Zustand. Von diesem Gesichtspunkt aus sollten sie sogar sozial besser sichtbar sein als zum Beispiel junge Skandinavier und Skandinavierinnen. Damit sollen nicht die in Abschnitt 2 dieses Kapitels beschriebenen Theorien negiert werden, es soll vielmehr betont werden, dass es wirklich schwierig ist, eine einzige, unumstößliche Interpretation der Dynamiken zu finden, die der sozialen Lage der europäischen Jugendlichen zugrunde liegen. Ganz klar ist der Befund, dass die Jugendlichen in Ländern mit einem stark regulierten Arbeitsmarkt, in denen sozialstaatliche Hilfen für die Jugend nicht existent oder sehr gering sind, Gefahr laufen, in die Armut abzugleiten. Das Risiko, das das Jungsein in den europäischen Gesellschaften der Gegenwart mit sich bringt, ist nicht nur eine Frage der Unkenntnis um die Bürgerrechte der jungen Generationen. Denn auch ein verspäteter Übergang zum Erwachsensein macht ja die jungen Leute immer weniger fähig, die Rolle des Erwachsenen adäquat zu verinnerlichen und deren Verantwortung zu übernehmen. Und was für Partnerschaften und Elternschaft gilt, gilt umso mehr für die Sozialisation im Arbeitskontext. Wie gut kann ein Mann oder eine Frau seine/ihre Pflicht erfüllen, wenn er/sie bis in die Dreißiger keine richtige Arbeitserfahrung machen konnte?

Schließlich soll betont werden, dass aus den in diesem Bericht vorgestellten strukturellen Daten hervorgeht, dass es im heutigen Europa wachsende Ungleichheiten zwischen älteren und jüngeren Generationen gibt. Z.B., was die Möglichkeiten betrifft, eine Arbeit zu finden bzw. das Alter, in dem Eheschließung und Elternschaft jeweils erlebt werden. Mit anderen Worten: trotz der steigenden Bedeutung der Märkte für die Modellierung der Ziele des Einzelnen sind bestimmte Formen der Ungleichheit, die bestimmte soziale Gruppen betreffen, (z.B. altersbedingte) heute wichtiger und deutlicher als in der jüngsten Vergangenheit.

7. BIBLIOGRAPHIE

- ALMENDIGER, J., Educational Systems and Labour Market Outcomes, in: "European Sociological Review, 3, 1986, S. 231-250.
- BECK, U., Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986
- BERNARDI, F., LAYTE, R., SCHIZZEROTTO, A., JACOBS, S., Who Exits Unemployment? A Comparison of Britain and Italy, in: D. Gallie and S. Paugam (Hrsg.), Welfare Regimes and the Experience of Unemployment in Europe, Oxford 2000, S. 218-242.
- CASTELLS, M., The Power of Identity, Oxford 1997
- CAVALLI, A., GALLAND, O. (Hrsg.), L'allongement de la jeunesse, Arles 1995
- ESPING-ANDERSEN, G., Social Foundations of Post-Industrial Economies, Oxford 1999
- FURLONG, A., CARTMEL, F., Young People and Social Change: Individualisation Risk in Late Modernity, Buckingham 1997
- GALLAND, O., Une nouvelle age de la vie, in: "Revue française de sociologie", 31, 1990, S. 529-551
- GIDDENS, A., The Consequences of Modernity, Cambridge 1990
- GRUBB, D., WELLS, W. Employment Regulation and Patterns of Work in EC countries, in: "OECD Economic Studies", 21, 1993, S. 7-58
- IACOVU, M., Young people in Europe. Two models of Household Formation, mimeo, ISER, University of Essex 1998
- IEDEMA, J.; BECKER, H.A., SANDERS, K., Transition into Independence: A Comparison of Cohorts Born since 1930 in the Netherlands, in: "European Sociological Review" 13
- LECCARDI, C., Time, Young People and The Future, in: "Young. Nordic Journal of Youth Research", 7, 1999
- MURRAY, C., The Emerging British Underclass, London 1990
- NICKELL, S., Unemployment and Labor Market Rigidities: Europe versus North America, in: "Journal of Economic Perspectives", 3, 1997, S. 55-74
- OECD (Organisation for the Economic Co-operation and Development), Preparing Youth for the 21st Century, Paris 1999
- PISATI, M., La transizione alla vita adulta, in: Schizzerotto, A. (Hrsg.), Vite ineguali (im Erscheinend)
- REYNERI, E., Sociologia del mercato del lavoro, Bologna 1996
- SCARPETTA, S., Assessing the Role of the Labour Market Policies and Institutional Settings on Unemployment: A Cross-Country Study, in "OECD Economic Studies", 26, 1996, S. 44-97.
- SCHIVARDI, F., Rigidità nel mercato del lavoro, disoccupazione e crescita, in: "Temi di discussione del Servizio Studi della Banca d'Italia", 364, 1999, S. 1-33
- SCHIZZEROTTO, A., LUCCHINI, M. (Hrsg.), Gender Disparities in Transition to Adulthood, Mailand 2000
- SHAVIT Y., MÜLLER, W. (Hrsg.), From School to Work, Oxford 1998
- SHAVIT, Y., BLOSSFELD, H.P. (Hrsg.), Persistent Inequality, Boulder (Col.) 1993
- WALLACE, C., KOVATCEVA, S., Youth in Society, Houndmills Basingstoke-London 1998

TEIL III

Jugendpolitik in Europa

1. BEGRIFFE IN DER JUGENDPOLITIK

1.1. Jugendpolitik im engeren und weiteren Sinn

In internationalen Gesetzen und Statistiken wird der Begriff "Jugend" genau definiert und auf das Alter von 15 bis 24 Jahren festgesetzt (Angel, 1995: 35). Auf Landesebene fehlt in jugendpolitischen Fragen eine derartige Klarheit.

In europäischen Ländern, in denen Jugendarbeit und Jugendpolitik seit langem praktiziert werden, richten sich jugendpolitische Maßnahmen in der Regel an "junge Menschen", wozu Kinder einiger oder aller Altersgruppen sowie - in einigen Ländern - junge Frauen und Männer bis zu einem Alter von 24 Jahren gehören. In anderen europäischen Ländern wird der allgemeine Begriff "junge Menschen" im politischen Kontext nicht verwendet, und es wird zwischen Kinder- und Jugendpolitik unterschieden. In gesetzlichen und politischen Bestimmungen werden in diesen Ländern im allgemeinen Minderjährige als Kinder bezeichnet, während Teenager und junge Erwachsene als Jugendliche definiert werden. Kinder- und Jugendpolitik überschneiden sich also in diesem Fall. Die beiden politischen Bereiche sind allerdings nicht identisch und können deshalb nicht gemeinsam in einem Bericht über Jugendpolitik aufgeführt werden.

Die Verfasser der Landesberichte wurden nicht ausdrücklich gebeten, die Altersgruppen anzugeben, die mit jugendpolitischen Maßnahmen erfasst werden, und dementsprechend haben nur wenige diesbezügliche Angaben gemacht. Auf der Grundlage einer früheren vergleichenden Studie über Jugendpolitik in der Europäischen Union und in Skandinavien (Nissen, 1995), können die Länder je nach der Hauptzielgruppe ihrer landesweiten Jugendpolitik in vier Kategorien eingeteilt werden:

- Länder, in denen Jugendpolitik das Alter von 0 bis 25/30 Jahre umfasst (Österreich, Belgien, Deutschland und Finnland);
- Länder, in denen Jugendpolitik das Alter ab der Grundschule bis 25 Jahre umfasst (Irland, die Niederlande, Luxemburg);
- Länder, in denen Jugendpolitik das Alter von 11/13 Jahren bis 25 Jahre umfasst (Frankreich, Island, Norwegen, Großbritannien);
- Länder, in denen Jugendpolitik das Alter ab den höheren Klassen der Mittelschulen bis 25/30 Jahre umfasst (Dänemark, Spanien, Griechenland, Italien, Portugal und Schweden).

Diese Gliederung basiert auf einer Interpretation der nationalen Jugendpolitik, die von nur einem Experten durchgeführt wurde, und kann deshalb Ungenauigkeiten aufweisen. Außerdem berücksichtigt sie nicht, dass der Lebensabschnitt der Jugend innerhalb eines Landes je nach Ressort unterschiedlich definiert werden kann. Allerdings geht aus dieser Klassifizierung

deutlich hervor, dass der Begriff Jugend im politischen Kontext aus nationalen und historischen Traditionen erwächst⁵.

Aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen des Begriffs Jugend - im engeren Sinn, wenn Kinder ausgeschlossen werden, und im weiteren Sinn - erweist sich eine Gegenüberstellung landesweiter jugendpolitischer Maßnahmen als problematisch. Eine Studie, in der die Jugendpolitik von Ländern mit einer weiten Definition des Begriffs Jugend und die Jugendpolitik in Skandinavien miteinander verglichen werden, müsste sowohl die skandinavische Kinder- als auch die Jugendpolitik berücksichtigen, da der weitere Jugendpolitikbegriff diese Altersgruppen umfasst. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich, wenn ein Vergleich zwischen Ländern mit bzw. ohne Jugendgesetzgebung angestellt wird. Gibt es in einem Land kein spezifisches Jugendgesetz, in dem jugendpolitische Bestimmungen verankert sind, so ist dies wahrscheinlich auf die dortige Definition des Jugendbegriffs zurückzuführen. In Ländern mit einer Definition im engeren Sinn sind Bestimmungen, die als Jugendgesetze gelten könnten, in gesetzlichen Regelungen für Kinder verankert, die folglich in eine Gegenüberstellung aufgenommen werden sollten.

Die unterschiedlichen Definitionen von Jugend als junge Menschen (Jugendbegriff im weiteren Sinn) bzw. als Jugendliche (Jugendbegriff im engeren Sinn) wirken sich auch auf die beiden Hauptrichtungen in der europäischen Jugendpolitik aus: Jugend als menschliche Ressource vs. Jugend als Problem (Stafseng, 2000b). Diese Ansätze werden in Abschnitt 3 des vorliegenden vergleichenden Berichts eingehender behandelt. In Ländern, in denen Jugendliche vorwiegend als Minderjährige (nicht nach dem Gesetz, sondern in sozialer Hinsicht) und dementsprechend als Kinder und nicht als Erwachsene angesehen werden, besteht die Tendenz, die Jugend als potentiell Problem zu betrachten und sie vor Gefahren und Risiken, die ihre freie Entfaltung behindern könnten, zu bewahren.

Im Gegensatz dazu werden in Ländern, in denen die Definition im engeren Sinn angewandt wird und Jugendliche eher als Erwachsene gelten, junge Menschen als Ressource und weniger als Problem behandelt.

Natürlich gibt es auch hier einige Ausnahmen. In Großbritannien z.B., wo der Begriff Jugend sowohl Jugendliche als auch junge Erwachsene umfasst, wird die Jugend besonders als Problem angesehen, wohingegen sie in Finnland, wo Jugendpolitik sowohl Kinder als auch Jugendliche betrifft, als Ressource gilt.

⁵ Die Gründe für die unterschiedliche Auffassung des Begriffs Jugend in Europa sind schwer zu erkennen. Eine Ursache könnte das unterschiedliche Modell sein, auf das sich die einzelnen Länder in ihrer Jugendpolitik anlehnten: Der ursprüngliche deutsche Begriff "Jugendliche" erfasst sowohl das Kindesalter als auch die Jugend und könnte von den deutschsprachigen Ländern so übernommen worden sein. Irland, Großbritannien und Skandinavien könnten dagegen eher von den amerikanischen Begriffen "adolescence" und "teenagers" beeinflusst worden sein (Stafseng, 2000a).

1.2. Jugendpolitik vs. Jugendarbeit

Ein weiteres Problem bei der Gegenüberstellung nationaler Jugendpolitiken auf der Grundlage von Landesberichten ist die unterschiedliche Definition des Begriffs "Politik". Die Landesberichte bauen ganz offensichtlich auf unterschiedlichen Auffassungen zu politischen Konzepten auf, die sowohl dynamisch als auch statisch sein können. In einigen Landesberichten wird der Schwerpunkt auf die Jugendarbeit gelegt. Wie ist sie organisiert? Wer leistet Jugendarbeit? Welche Ziele werden verfolgt und wie versucht man, diese zu erreichen? In diesen Berichten wird nicht zwischen Jugendarbeit und Jugendpolitik differenziert, und die wichtigsten Jugendarbeitsorganisationen gelten auch als die Hauptakteure in Jugendpolitikfragen. Genau dies versteht man unter dem statischen Politikbegriff: Jugendpolitik wird mit Jugendarbeit gleichgesetzt.

Im Gegensatz dazu werden in anderen Berichten vor allem Wandlungsprozesse, Trends und Entwicklungen der Jugendarbeit hervorgehoben sowie die Interaktion zwischen den politischen Akteuren. In diesen Berichten ist die Jugendarbeit von heute das Ergebnis der Jugendpolitik von gestern, und die wichtigsten Jugendarbeitsorganisationen sind nicht unbedingt auch die Hauptakteure der Jugendpolitik.

Diese unterschiedliche Auffassung des Begriffs Politik steht ebenfalls mit der Kultur der jeweiligen Länder in Zusammenhang. In Ländern, wo die Jugendpolitik auf einer langen Tradition aufbaut und dem Jugendressort eine vorrangige Bedeutung zukommt - überwiegend in nordeuropäischen Ländern - herrscht der statische Jugendpolitikbegriff vor. In Ländern, in denen eine koordinierte Jugendpolitik erst spät eingeführt wurde oder in denen wichtige Umstrukturierungen im Jugendpolitikbereich im Gange sind - in den Mittelmeerländern, Großbritannien und Dänemark - wird Jugendpolitik eher im dynamischen Sinn aufgefasst und der Schwerpunkt auf Veränderungen in der Jugendarbeit, auf neue Jugendbestimmungen und auf die Interaktion von politischen Akteuren gelegt.

Aufgrund dieser beiden entgegengesetzten Jugendpolitikbegriffe ergeben sich bei der vergleichenden Gegenüberstellung jugendpolitischer Maßnahmen in europäischen Ländern beträchtliche Schwierigkeiten. Die Richtlinien zur Erstellung der Landesberichte basieren auf der dynamischen Auffassung von Politik und führen als grundlegende Punkte, die in den Berichten behandelt werden, "politische Akteure", "die Rolle der Akteure", "politische Verflechtung", und "Trends" auf. Dennoch gehen einige Verfasser von der statischen Definition aus und setzen in ihren Berichten die wichtigsten Jugendarbeitsorganisationen mit den Hauptakteuren der Jugendpolitik gleich.

1.3. Das Jugendressortkonzept

Einer der größten Unterschiede in der westeuropäischen Jugendpolitik betrifft die Ressortstruktur der Jugendarbeit. In einigen Ländern existiert ein genau abgegrenztes Jugendressort, das Jugendarbeit, Jugendpolitik und Jugendgesetzgebung umfasst. In anderen Ländern gibt es kein derartiges Ressort und die Bereiche Jugendarbeit und Jugendpolitik gehören zum Kompetenzbereich verschiedener traditioneller Ressorts wie Sozialwesen, Bildungswesen, Kultur und Gesundheitswesen etc.

Länder mit einem gut ausgebauten Jugendressort verfügen über ein Jugendministerium oder ein Ministerium für Jugendangelegenheiten, ein Generalsekretariat für Jugendfragen und eine spezifische Jugendgesetzgebung. In Ländern ohne - oder mit einem kaum entwickelten - Jugendressort sind Jugendfragen und Jugendbestimmungen die Kompetenz verschiedener Ministerien, Behörden und Büros, und jugendpolitische Maßnahmen werden durch allgemeine Gesetze geregelt.

Die westeuropäischen Länder bewegen sich zwischen diesen beiden Extremen. Es gibt kein Land, in dem sämtliche jugendbezogenen Bereiche ein einziges Ressort bilden. Andererseits zeichnet sich in einigen Ländern ohne Jugendressort die Tendenz ab, Jugendfragen in einer übergeordneten Struktur zusammenzufassen. Dementsprechend lassen sich die westeuropäischen Länder nicht klar in zwei Gruppen einteilen - je nachdem, ob ein Jugendsektor existiert oder nicht. Es wäre wohl richtiger, sich eine kontinuierliche Linie vorzustellen, auf der die einzelnen Stadien ausgehend von Ländern mit einem gut ausgebauten Jugendressort bis hin zu Ländern mit einem nur ansatzweise entwickelten Jugendressort erfasst werden.

Allerdings lassen sich die europäischen Länder in dieser Studie versuchsweise entsprechend der Hauptakteure, der jugendpolitischen Koordinierung wie der Jugendgesetzgebung in drei verschiedene Kategorien einteilen:

- Länder mit einem gut ausgebauten und klar abgegrenzten Jugendressort, der sämtliche jugendpolitischen Bereiche weitgehend erfasst (Österreich, Luxemburg, Liechtenstein, Deutschland, Spanien, Griechenland und Portugal);
- Länder mit einem weniger ausgeprägten Jugendressort, in denen die Jugendpolitik teils vom Jugendressort und teils von traditionellen Ressorts wie Bildungswesen, Arbeitspolitik, Städteplanung etc. abgedeckt wird (Niederlande, Frankreich, Belgien, Irland, Finnland, Schweden und Norwegen);

- Länder ohne Jugendressort, in denen die Jugendpolitik auf verschiedene traditionelle Ressorts ohne erkennbaren Schwerpunkt verteilt ist (Großbritannien, Island, Italien und Dänemark).

Wo es uns als relevant erscheint, wird diese Einteilung fortan im vorliegenden Bericht angewandt. Erwähnt werden sollte noch, dass sich diese Unterteilung ausschließlich auf das Kriterium stützt, inwieweit Organisation und Koordinierung der Jugendpolitik in einem eigenständigen Ressort zusammengefasst werden. Die Kategorien lassen keine quantitativen oder qualitativen Schlüsse über die Jugendarbeit eines Landes zu, noch sagen sie etwas über Prioritäten bei jugendpolitischen Maßnahmen aus.

In den Berichten von Ländern mit einem gut ausgebauten Jugendressort besteht die Tendenz, dass der Begriff Jugendpolitik von dem des Jugendressorts überschattet und eingeschränkt wird. Politische und verwaltungsbezogene Bereiche, die als Teil des Jugendressorts gelten, werden zur "Jugendpolitik" gerechnet, während andere jugendpolitische Fragen (z.B. hinsichtlich Bildungswesen, Berufsausbildung, Wohnungsbau und Gesundheitswesen) vom Jugendpolitikbegriff ausgeschlossen werden - und weitgehend auch von den Landesberichten⁶.

Im Gegensatz dazu besteht in Berichten aus Ländern mit einem nur ansatzweise entwickelten Jugendressort die Tendenz, das Jugendpolitik-Konzept weiter zu fassen. In diesen Ländern ist Jugendpolitik eine ressortübergreifende Strategie, um die Lebensbedingungen von jungen Menschen zu regeln und altbekannte soziale Probleme im Kontext der Jugendpolitik im Auge zu behalten. Aus den Berichten dieser Länder geht hervor, dass der Jugendpolitik dort bei der langfristigen gesellschaftlichen Modernisierung eine große Bedeutung beigemessen wird. Dieser Modernisierungsprozess geht über die traditionellen Bereiche der Gesellschaft hinaus und erfasst die Lebensbedingungen einer spezifischen Bevölkerungsgruppe sowie die öffentlichen Maßnahmen, die sich an diese Gruppe wenden, in ihrer Gesamtheit. In Ländern, in denen sich die Jugendpolitik seit langem auf ein genau definiertes Konzept stützt, spielt diese im Modernisierungsprozess nicht dieselbe Rolle - zumindest entsteht dieser Eindruck bei der Lektüre der entsprechenden Landesberichte.

1.4. Definition von Schlüsselbegriffen

Das Thema Jugendpolitik kann nur dann sinnvoll behandelt werden, wenn die verwendeten Begriffe genau definiert und - wenn möglich - von allen Ländern gleichermaßen akzeptiert werden. Wie eingangs bereits erwähnt, werden die verwendeten Begriffe von den Verfassern

⁶ Diese Tendenz trifft auf Deutschland und den deutschen Bericht nicht zu.

der einzelnen Berichte unterschiedlich aufgefasst. In der vorliegenden Studie werden diese Begriffe - versuchsweise - folgendermaßen definiert:

Kinder. Es gibt keine allgemeine Definition des Begriffs Kind. Er wird in den einzelnen Ländern gemäß ihrer Tradition unterschiedlich aufgefasst.

Öffentliche Jugendarbeit. Statutarische oder nicht-statutarische Jugendarbeit, die allen Jugendlichen zugänglich ist, ohne sich um eine Mitgliedschaft bewerben zu müssen, z.B. Jugendclubs, Jugendzentren und Jugendinformation.

Staatlicher Jugendrat. Statutarischer Rat, der sich in der Regel aus Vertretern freiwilliger und statutarischer Jugendräte sowie öffentlicher Behörden zusammensetzt.

Statutarische Jugendarbeit. Jugendarbeit, die vom Gesetz oder von Satzungen vorgeschrieben oder genehmigt wird.

Freiwillige Jugendarbeit. Nicht-statutarische Jugendarbeit, die auf dem Prinzip der freiwilligen Teilnahme und der ehrenamtlichen Leitung basiert.

Junge Menschen. Kinder und Jugendliche.

Jugendbüro. Statutarische Einrichtung, die für die Durchführung und Verwaltung jugendorientierter Maßnahmen verantwortlich ist.

Jugendverband. Lokaler oder räumlich begrenzter, freiwilliger und gemeinnütziger Verband von Jugendlichen.

Jugendrat. Private und halbprivate Dachorganisation von Jugendorganisationen oder -verbänden.

Jugendorganisation. Freiwillige, nicht statutarische und gemeinnützige Organisation von Jugendlichen oder für Jugendliche.

Jugendpartizipation. Teilnahme von Jugendlichen als Bürger am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben.

Jugendplan. Öffentliches Jugendprogramm mit allgemeinen und spezifischen Zielsetzungen.

Jugendprojekt. Kurzfristige, oft experimentelle Maßnahme, an der Jugendliche teilnehmen oder die von Jugendlichen organisiert wird.

Jugendschutz. Gesetzlich festgelegter Schutz von Jugendlichen als Minderjährige auf dem Arbeitsmarkt, in geschlechtlichen Beziehungen und an öffentlichen Orten.

Jugendservice. Langfristige, institutionalisierte, gesetzlich festgesetzte oder freiwillige jugendorientierte Maßnahme.

Jugendunterstützung. Staatliche Unterstützung für außerschulische Ausbildung und gesellschaftliche Teilnahme Jugendlicher; auch Jugendförderung genannt.

Jugendhilfe. Schutz von Jugendlichen in der Familie; «Politiken, Strukturen (Gesetzgebung; Institutionen, etc.) und Maßnahmen zur Unterstützung und Beratung von Eltern bei der Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung ihrer Kinder, der Vermeidung von Diskriminierung, sowie der Aufrechterhaltung bzw. Schaffung positiver Lebensbedingungen für Kinder, Jugendlicher und deren Eltern» (s. § 1. SGB VIII, 1990).

Jugendarbeit. Jede Art von statutarischem oder freiwilligem Service, Projekt oder Programm, das sich an Jugendliche richtet.

Jugend. In diesem Bericht gibt es keine allgemeingültige Definition für Jugend. Der Begriff wird in den einzelnen Landesberichten unterschiedlich verwendet.

2. JUGENDPOLITISCHE AKTEURE

2.1. Öffentliche Einrichtungen

Es ist schwierig, diesbezüglich einen Vergleich zwischen den einzelnen Ländern anzustellen, da die Landesverfassungen beträchtlich voneinander abweichen. Einige Nationen sind Föderationen oder Unionen, deren Länder/Regionen bei den inneren Angelegenheiten eine mehr oder weniger ausgeprägte Autonomie genießen. Innerhalb der einzelnen Staaten ist die Verteilung der Zuständigkeitsbereiche zwischen Staat, Regionen und Gemeinden sehr unterschiedlich. Einige Indikatoren geben jedoch einen Hinweis darauf, welche Bedeutung der Jugendpolitik landesweit beigemessen wird. In diesem Bericht werden vor allem zwei sehr einfache Indikatoren angewandt:

1) auf Staats- und Regierungsebene:

- Gibt es ein Jugendministerium, dem die Rechtsprechung über jugendpolitische Maßnahmen obliegt?
- Untersteht die Jugendpolitik überwiegend einem Ministerium, und wurde ein Staatssekretär für das Jugendressort ernannt?
- Wird die Jugendpolitik als eigenständiger politischer Bereich anerkannt, für den mehrere Ministerien zuständig sind?
- Wird die Jugendpolitik zwischen den einzelnen kompetenten Ministerien ausreichend koordiniert?
- Wird die Jugendpolitik überhaupt zwischen den Ministerien koordiniert?

2) auf Staats- und Verwaltungsebene:

- Gibt es eine oder mehrere Direktionen für Jugendfragen, das
- für die Ausführung jugendorientierter Gesetze verantwortlich ist?
- für die Überwachung von Jugendservices, Jugendeinrichtungen oder Behörden auf untergeordneter Ebene verantwortlich ist?
- für die Zuweisung finanzieller Mittel für Jugendarbeit oder Jugendprogramme verantwortlich ist?
- für die Koordinierung und Beratung der jugendpolitischen Akteure verantwortlich ist?
- Gibt es überhaupt eine Direktion für Jugendfragen?

Auf der Grundlage dieser beiden Indikatoren können die 18 Länder, die mit dieser Studie erfasst werden, in folgende Kategorien eingeteilt werden:

- Länder mit einem Jugendministerium und einer Jugenddirektion (oder einer ähnlichen Verwaltungseinrichtung). Zu dieser Gruppe gehören Deutschland, Österreich, Luxemburg, Liechtenstein und Frankreich⁷.
- Länder, in denen die Jugendpolitik Kompetenz eines Ministeriums ist und eine Direktion für Jugendfragen verantwortlich ist. Zu dieser Gruppe gehören Schweden, Irland, Portugal, Griechenland, Spanien, Belgien, die Niederlande, Finnland und Norwegen.
- Länder, in denen die Jugendpolitik zwischen mehreren Ministerien koordiniert wird, in denen es aber keine Jugenddirektion (oder ähnliche Behörden) gibt. Dies ist in Dänemark der Fall.
- Länder ohne Jugenddirektion, in denen die Jugendpolitik auch nicht zwischen verschiedenen Ministerien koordiniert wird. Diese Situation trifft auf Island, Italien und Großbritannien zu.

2.2. *Parlamentarische Ausschüsse*

In nur wenigen Landesberichten wird Auskunft darüber gegeben, ob ein ständiger Jugendpolitikausschuss innerhalb des Landesparlaments existiert und ob politische Parteien einen Parlamentssprecher für Jugendfragen ernennen.

⁷ In Frankreich gibt es ein Jugendministerium, dessen Handlungsbefugnis allerdings sehr beschränkt ist. Es gibt auch keine wirklich koordinierte Jugendpolitik. Jedes Ministerium hat seine eigenen Kompetenzbereiche und ist für Einrichtungen und Programme in diesem Bereich verantwortlich: Die Freizeitgestaltung obliegt dem Ministère de la Jeunesse et des Sports, die Eingliederung ins Berufsleben dem Ministère du Travail et de la Solidarité und das Bildungswesen dem Ministère de l'Education Nationale.

Aus anderen Quellen (European Steering Committee für Intergovernmental Cooperation in the Youth Field (CDEJ), 1998) geht hervor, dass nur der spanische Senat über einen eigenständigen Jugendpolitikausschuss verfügt. In anderen Parlamenten existieren Ausschüsse mit umfassenderen Kompetenzbereichen, zu denen unter anderem die Jugendpolitik gehört. Dies trifft auf Luxemburg (Ausschuss für Sport und Jugend) und Deutschland (Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) zu. Der österreichische Bundestag ist befugt, provisorische Jugendpolitikausschüsse einzusetzen, während griechische Parlamentarier, die für Jugendfragen zuständig sind, einen informellen Jugendpolitikausschuss gegründet haben.

In einigen Parlamenten sind Jugendfragen Kompetenz eines spezifischen Ressortausschusses. Dies ist in Frankreich, den Niederlanden und in Schweden der Fall. In den meisten Länderparlamenten existieren allerdings keine speziellen Ausschüsse für Jugendfragen. Jugendpolitische Angelegenheiten gehören zum Zuständigkeitsbereich verschiedener ständiger Ausschüsse.

2.3. Jugend als politischer Akteur

2.3.1 Partizipation im traditionellen politischen System

Obwohl den jungen Menschen in allen europäischen Ländern, die mit vorliegender Studie erfasst werden, das Wahlrecht zuerkannt wird (im Alter von 18 oder 19 Jahren in den meisten Parlamenten, Indikator B1) und die Mehrheit aller Jugendlichen (gemäß der Definition in dieser Studie) das Recht hat zu wählen, ist nur in wenigen Landesberichten ein Hinweis darüber zu finden, inwieweit junge Erwachsene von ihren Rechten im traditionellen politischen System Gebrauch machen und Parteimitglieder werden, an Europa-, Landes-, Länder- oder Gemeindewahlen teilnehmen bzw. sich als Kandidat einer politischen Partei oder eines vertretenden Organs wie Parlamente, Regions- oder Gemeinderäte aufstellen lassen.

Es ist allgemein bekannt, dass die Wahlbeteiligung unter Jugendlichen - insbesondere unter Erstwählern - niedriger ist als unter höheren Altersgruppen. Analysen der schwedischen Wahlbeteiligung haben z.B. ergeben, dass die Beteiligung an Parlamentswahlen unter Erstwählern 2 bis 10 Prozentpunkte unter der allgemeinen Wahlbeteiligung liegt. Aus dem britischen Bericht geht hervor, dass Jugendliche kein Interesse an Politik und kein politisches Engagement zeigen, während im dänischen Bericht angegeben wird, dass dort nur 1,5% der Gemeinde- und Regionsräte unter 26 Jahre alt sind.

Der Mangel an Informationen darüber, inwieweit Jugendliche von den traditionellen Mitteln der politischen Einflussnahme Gebrauch machen - als Wähler, Parteimitglieder, Parlamentskandidaten oder Mitglieder gewählter Organe auf verschiedenen Ebenen - könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Verfasser der Landesberichte die politische Partizipation

Jugendlicher eher in den für Jugendliche vorbehaltenen Kanälen politischen Einflusses sehen - Jugendorganisationen, Jugendräte und Jugendparlamente - als auf den herkömmlichen Wegen der politischen Beteiligung.

2.3.2 Jugendräte

In allen Berichten wurden landesweite, regionale oder lokale Jugendräte als das wichtigste Mittel der politischen Partizipation und Einflussnahme von Jugendlichen angegeben. Jugendräte - private Dachorganisationen von Jugendorganisationen und -verbänden oder staatliche Jugendräte, zu denen öffentliche Jugendeinrichtungen und staatliche Beauftragte gehören - sind der herkömmliche Kanal, über den die Zusammenarbeit sowie der Informationsaustausch zwischen Politikern, Behörden und Jugendlichen erfolgt.

In allen europäischen Ländern versucht man derzeit, auf experimenteller Basis neue Formen der Jugendbeteiligung zu finden, die das Jugendrätemodell nicht ersetzen, sondern eine zusätzliche Möglichkeit der Einflussnahme liefern sollen: Jugendparlamente, Workshops und Ausschüsse, Informationen über Jugendliche von Jugendlichen, Kampagnen für Jugendliche (Deutschland, Niederlande, Dänemark, Finnland u.a.).

In den Landesberichten wird diese Entwicklung nicht weiter erläutert. Fest steht allerdings, dass sich das herkömmliche Modell des Jugendmitspracherechts aus mehreren Gründen als unzureichend erwiesen hat.

Erstens repräsentieren Jugendräte lediglich eine Minderheit von Jugendlichen. Daten der Studie über die Lage der Jugend in Europa haben ergeben, dass 15- bis 24-Jährige - abgesehen von Sportverbänden, die allerdings in der Regel nicht in Jugendräten vertreten sind - sich kaum an Organisationen irgendeiner Art beteiligen: Die Zahlen liegen bei 10 bis 20% in südeuropäischen Ländern und bei 40% bis 50% in Skandinavien (Indikatoren J2a-J4a, 1997).

Zweitens repräsentieren Jugendräte nicht alle sozialen Schichten der Jugendlichen in gleichem Ausmaß. Eine Analyse der sozialen Herkunft der Mitglieder und Teilnehmer von Jugendorganisationen und -verbänden würde zweifelsohne ergeben, dass Jugendliche aus Familien mit niedrigem Einkommen oder jugendliche Risikogruppen in Verbänden stark unterrepräsentiert sind.

Drittens scheinen sich die Beweggründe für eine Mitgliedschaft oder Teilnahme an Verbänden zu ändern. Jugendliche treten Verbänden und Organisationen bei, um ihr Serviceangebot zu nutzen, und nicht, weil sie an die Überzeugungen oder die demokratische Struktur der Organisation glauben. Junge Leute sind damit weniger Mitglieder als vielmehr Konsumenten von Verbänden und Organisationen. Viele von ihnen haben ein rein pragmatisches Interesse und

eine Nutzer-Einstellung gegenüber freiwilligen Organisationen, ohne wirklich von deren Tätigkeit überzeugt zu sein (Vanandruel et al., 1996; S. 345ff).

Viertens haben Personen, die Jugendliche in Jugendorganisationen und -räten vertreten, das Jugendalter häufig schon überschritten. Jugendleiter in Jugendverbänden und -organisationen sind überwiegend Erwachsene, denen die wahren Interessen der jungen Mitglieder oft entgehen.

2.3.3 Jugendparlamente

In 11 der 18 Länder, die mit dieser Studie erfasst werden, versucht man derzeit, Alternativen zum Jugendrätemodell zu finden. In Liechtenstein, Schottland, Island, Dänemark und Irland wurden Landesjugendparlamente eingerichtet, während in Deutschland, Österreich, Dänemark, Finnland und Schweden Jugendstadträte oder regionale Jugendparlamente eingesetzt wurden. In einigen Berichten wird präzisiert, dass die Jugendparlamente von Jugendlichen gewählt werden. Sie verfügen über eine beschränkte Entscheidungsbefugnis sowie über ein eigenes Budget (Deutschland, Dänemark). In den meisten Landesberichten wird allerdings keine Auskunft darüber gegeben, wie diese Parlamente gewählt werden und welche Kompetenzen und Aufgaben sie haben.

2.3.4 Workshops und Kommissionen

In anderen Ländern wie Liechtenstein, Luxemburg und den Niederlanden entschied man sich für landesweite Körperschaften und Workshops als alternative Form der Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen und Behörden. Jugendliche oder Vertreter von Jugendverbänden kommen dort mit Staatsbeamten oder Politikern zusammen, um gemeinsam über jugendpolitische Angelegenheiten zu diskutieren. In den Niederlanden findet alljährlich die Nationale Jugend-Debatte statt, bei der 100 bis 200 Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren mit Politikern und politisch Verantwortlichen diskutieren. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe von Themen, die für Kinder und Jugendliche von Interesse sind, wie z.B. Bildungswesen, Sicherheit, Entwicklungsländer und Umweltfragen.

In Norwegen und Österreich wurden Landesjugendkommissionen eingesetzt. In Österreich gibt es das Jugendforum, ein permanentes beratendes Organ, das sich aus 15 Jugendlichen zusammensetzt. In Norwegen wurde das Jugendforum für Demokratie konstituiert, das aus 16 Mitgliedern im Alter zwischen 15 und 26 Jahren aus allen Teilen des Landes besteht und zahlreiche Kategorien von Jugendlichen mit verschiedenem kulturellem und sozialem Hintergrund repräsentiert. Bei dem norwegischen Forum handelt es sich um eine Kommission, die der Regierung beratend zur Seite steht und Vorschläge zur Förderung der Jugendbeteiligung in der Landespolitik sowie im Bildungs- und Gemeinwesen einbringen kann.

2.3.5 Informationen über Jugendliche und von Jugendlichen

In den meisten Ländern werden systematisch Daten aus Statistiken und Studien über die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen ausgewertet und verbreitet, aber nur in sehr wenigen Ländern wird diese Art der Evaluation auf qualitative Informationen ausgedehnt, die für Kinder und Jugendliche eine indirekte Möglichkeit darstellen, ihre Anliegen vorzubringen.

In Deutschland haben einige Gemeinden "Kinder- und Jugendforen" sowie andere Formen des öffentlichen Meinungsaustauschs eingerichtet, wo junge Menschen ihren Standpunkt und ihre kommunalpolitischen Interessen geltend machen können. Die finnischen Behörden haben verschiedene Methoden, um systematisch Daten über Jugendliche zu sammeln. Dazu gehören z.B. Jugendbarometer, verschiedene Studien, ein spezielles Jugendforschungsprogramm sowie eine Datenbank, die den Zugriff auf Informationen über die Meinung junger Menschen ermöglicht.

Ähnliche Mittel werden in Norwegen angewandt, wo auch Kinder und Jugendliche als Informationsquelle dienen, wie z.B. durch Gruppeninterviews, Tagebücher, Zeichnungen der physischen Umgebung und künstlerische Arbeiten. Der Einsatz von Jugendlichen als Informationsquelle ist auch die grundlegende Idee, die hinter den österreichischen Experimenten mit Jugendgruppen stehen, die sich in sogenannten Zukunfts-Workshops zusammengeschlossen haben, wo sich Jugendliche treffen und verschiedene Themenbereiche behandeln. In diesen Workshops werden Vorschläge über zu treffende Maßnahmen ausgearbeitet, die dann den zuständigen Behörden unterbreitet werden.

2.3.6 Jugendkampagnen

Insbesondere in Finnland und den Niederlanden wurden die Medien als Mittel eingesetzt, um die Teilnahme Jugendlicher am politischen Leben zu fördern. Um die Jugendwahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen zu erhöhen, beschloss man in Finnland, über Massenmedien und Schulen eine Kampagne zu starten. In den Niederlanden wurde in den Medien landesweit eine Kampagne eingesetzt, um Kinder und Jugendliche über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären.

2.3.7 Teilnahme Jugendlicher an öffentlichen Debatten

Nur wenige Landesberichte geben Auskunft darüber, wie Jugendliche zur Teilnahme an öffentlichen Debatten angeregt werden. In Deutschland enthalten städtebauliche Gesetze gewisse Regelungen, die das Mitspracherecht der Bürger bei Planungs- und Entscheidungsprozessen festlegen. Dadurch sollen junge Leute stimuliert werden, sich bei kommunalpolitischen Angelegenheiten stärker zu beteiligen.

In Wales ist eine Virtuelle Jugendversammlung geplant, die als Kommunikationskanal für junge Leute dienen soll. Ähnliche virtuelle Kommunikationsnetze für Jugendliche gibt es wahrscheinlich schon in den meisten europäischen Ländern, sie tragen jedoch kaum dazu bei, das Problem der geringen Beteiligung von Jugendlichen an öffentlichen Debatten zu lösen.

2.3.8 Geographische Unterschiede

In den südeuropäischen Ländern wie Spanien, Portugal, Griechenland und Italien, wo die Teilnahme von Jugendlichen an freiwilligen Organisationen oder Verbänden sehr gering ist, scheint auch sehr wenig - oder gar nichts - unternommen zu werden, um alternative Formen der Jugendpartizipation zu finden. Offensichtlich zielt man in diesen Ländern lediglich darauf, die Mitgliedschaft in Organisationen zu erhöhen, die herkömmlichen Jugendorganisationen und -verbände als Jugendvertretungen zu fördern sowie die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und dem dritten Sektor zu konsolidieren.

Im portugiesischen Bericht ist zu lesen, dass die Behörden zum Dialog bereit und für Anregungen seitens der Jugendorganisationen offen sind. Die portugiesischen Jugendorganisationen scheinen diese Gelegenheit allerdings ungenutzt zu lassen. Der Nationale Jugendrat Portugals, die Dachorganisation von Jugendorganisationen, ist meistens vielmehr damit beschäftigt, interne Konflikte beizulegen, als einen konstruktiven Beitrag zur Jugendpolitik zu liefern. Im allgemeinen spielen Jugendorganisationen auch bei der Ausführung von jugendpolitischen Maßnahmen keine aktive Rolle.

Ganz ähnlich sieht es in Spanien aus, wo die Teilnahme am Verbandsleben trotz einiger Förderungsmaßnahmen durch die öffentlichen Behörden noch sehr gering ist. Die Situation in den Gemeinden ist die Folge der geringen Bedeutung von Jugendorganisationen: Zahlreiche Gemeindebehörden haben versucht, einen Jugendrat einzusetzen. Diese Initiative ist am Mangel an Verbänden, die Vertreter für diesen Rat entsenden können, gescheitert.

In Griechenland wurde eine Kampagne gestartet, um Jugendliche zum Beitritt in eine Jugendorganisation zu bewegen. Die Regierung finanziert alle Jugendorganisationen und startet Programme, um die Schaffung von Netzwerken sowie die Freiwilligenarbeit von Jugendlichen zu fördern und die Einrichtung von Jugendräten in den Gemeinden zu unterstützen.

Italien ist das einzige Land in der Europäischen Union, in dem es keinen nationalen Jugendrat gibt. Eine Gesetzesvorlage von 1999 regelt - vorausgesetzt, dass sie verabschiedet wird - die Schaffung eines Nationalen Jugendrates und ähnlicher Formen der Jugendvertretung in Gemeinden.

2.3.9 Die wichtigsten Jugendorganisationen und Jugendverbände

Abgesehen von nationalen Jugendräten und ähnlichen Dachorganisationen geben die Landesberichte keine Auskunft über die in jugendpolitischer Hinsicht wichtigsten Jugendorganisationen und -verbände. In den meisten von vorliegender Studie erfassten Ländern scheinen ähnlich organisierte Strukturen zu existieren, die in den Bereichen Politik, Religion, Sport, Umwelt, Gewerkschaften und Kultur tätig sind. Angaben über ihre Mitgliederzahl, Gemeinde- oder Zweigverbände sowie über die Zahl von Leitern oder Ausbildern gehen allerdings über die Zielsetzung des vorliegenden Berichts hinaus.

Die einzige Art von Jugendorganisationen, auf die ein besonderes Augenmerk gelenkt wird, sind religiöse Verbände.

2.3.10 Religiöse Jugendorganisationen

Die Kirchen gehörten ursprünglich zu den wichtigsten Einrichtungen, in denen Jugendarbeit betrieben wurde, und wahrscheinlich sind sie es auch heute noch. In den Landesberichten finden religiöse Jugendorganisationen als politische Akteure jedoch nur in wenigen Fällen Erwähnung und auch dann bleibt ungewiss, ob sie wirkliche Akteure oder lediglich wichtige Institutionen für die Jugendarbeit sind.

Im irischen Bericht wird eine Reihe von religiösen Jugendorganisationen aufgelistet. Besonders hervorgehoben wird dabei der Katholische Jugendrat, der Jugendprogramme, berufliche Ausbildung sowie Veranstaltungen und Aktivitäten für Jugendliche und erwachsene Jugendleiter fördert. Er koordiniert und unterstützt Ausbildungs- und Freizeitprogramme für junge Menschen und leitet Jugendinformationszentren und Projekte zur Verbrechensbekämpfung.

In Island spielt die Staatskirche von jeher eine wichtige Rolle in der Jugendarbeit. Der CVJM und der CVJF (Christlicher Verein Junger Männer bzw. Junger Frauen) spielen auf Landesebene, aber auch in der internationalen christlichen Jugendarbeit eine bedeutende Rolle. Dennoch ist nicht bekannt, inwieweit diese Vereine auf die Landes- und Gemeindepolitik ihren Einfluss ausüben.

In Finnland leistet die Evangelische Lutherische Kirche die hauptsächliche Jugendarbeit. In ihrer umfassenden Arbeit mit Teenagern und jungen Menschen stützt sie sich auf 1.200 Angestellte und 30.000 ausgebildete ehrenamtliche Mitarbeiter. Auch die Orthodoxe Kirche Finnlands ist mit Pfadfindergruppen und Jugendclubs an der Jugendarbeit aktiv beteiligt. Insgesamt nehmen 10% der finnischen Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren an der religiösen Jugendarbeit teil.

Die Griechisch-Orthodoxe Kirche wird im griechischen Bericht als eine öffentliche Institution beschrieben, die in jugendpolitischen Angelegenheiten auf demselben Niveau wie die entsprechenden Regierungsbüros steht. Im vergangenen Jahrzehnt hat die Griechisch-Orthodoxe Kirche neue Formen der Jugendarbeit wie Jugendleiterseminare, Sonntagsschulen und Sommerlager sowie Web-Sites eingeführt. Die Rolle der Griechisch-Orthodoxen Kirche im jugendpolitischen Entscheidungsprozess auf Landes- oder Gemeindeebene wird nicht näher erläutert.

In Liechtenstein war die Kirche ursprünglich eine bedeutende Jugendarbeitsinstitution, heute hat sie sich allerdings aus diesem Bereich vollständig zurückgezogen.

2.3.11 Studenten-, Arbeiter- und Landwirtebewegungen als politische Akteure

Arbeiterbewegungen sind von jeher stark in der Jugendarbeit engagiert und wichtige Akteure in der Kinder- und Jugendpolitik dar. In keinem der Landesberichte ist allerdings von Jugendorganisationen als aktuellen politischen Akteuren die Rede, die mit Arbeiterbewegungen in Verbindung stehen. Im deutschen und im dänischen Bericht werden Jungarbeiterorganisationen erwähnt, in den anderen Berichten werden sie allerdings vollkommen vernachlässigt, was auf ihren geringen Einfluss im jugendpolitischen Entscheidungsprozess hindeutet. Diese Vernachlässigung könnte darauf zurückzuführen sein, dass in den Landesberichten dem Bildungs- und Sozialwesen sowie kulturellen Aspekten im Vergleich zur Arbeitsmarktpolitik der Vorrang eingeräumt wird; es könnte aber auch ein Hinweis auf die schwindende Rolle von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt sein.

Ebenso hat die Jugendbewegung im landwirtschaftlichen Bereich viel von ihrer ursprünglichen Bedeutung eingebüßt. Auf junge Landwirte wird lediglich im griechischen und im portugiesischen Bericht Bezug genommen, und aus letzterem geht deutlich hervor, dass Verbände junger Landwirte die Jugendpolitik kaum beeinflussen.

Auch Studentenbewegungen haben scheinbar ihren ursprünglichen Einfluss im politischen und jugendpolitischen Entscheidungsprozess auf Landesebene verloren. Die einzige Ausnahme könnte Italien sein, denn nur im italienischen Bericht ist von Studentenbewegungen die Rede.

2.3.12 Die Beziehungen zwischen Organisationen und Staat

Historisch gesehen, waren Jugendorganisationen private, nicht gewerbliche und nicht statutarische Verbände, die auf dem Prinzip der freiwilligen Teilnahme aufbauten und von freiwilligen Leitern und Ausbildern geleitet wurden. Aus einigen Landesberichten geht allerdings hervor, dass Jugendorganisationen heutzutage zunehmend von der finanziellen Unterstützung durch den Staat oder von öffentlichen Fonds abhängen, und ihre Tätigkeit wird

weitgehend von Satzungen geregelt. In einigen Fällen wird die traditionelle Unterscheidung zwischen freiwilliger und statutarischer Jugendarbeit durch das Prinzip der "Subventionierung" untermauert, in anderen Fällen geht der Trend hin zu dem, was man als "neokorporative Struktur" bezeichnen könnte. Der Begriff fast nicht regierungsgebundene Organisationen wurde eingeführt, um diese neuen, modernen Jugendorganisationen definieren zu können. Die Auswirkungen dieser Entwicklung werden in den Landesberichten über Jugendpolitik nicht behandelt.

2.4. Jugendinstitute - Expertenausschüsse - Beratende Institutionen

2.4.1 Forschungsinstitute

In einigen der von vorliegender Studie erfassten Ländern gibt es spezielle Jugendforschungsinstitute, aber ihre politische Bedeutung wird nur in den Berichten von Deutschland, Dänemark und Österreich erläutert. Jugendforschungsinstitute leisten nicht nur durch ihre Forschungsarbeit und Evaluation einen wesentlichen Beitrag zur Jugendpolitik. Sie stellen auch Experten für Jugendkommissionen und -räte zur Verfügung (wie im finnischen Bericht erwähnt wird) und liefern Daten, die von Clearingstellen verbreitet werden können, wie z.B. in Irland, Portugal und den Niederlanden.

Die Frage, inwieweit Jugendforschungsinstitute von den Landesregierungen abhängig sind, wird in den Berichten nicht beantwortet.

2.4.2 Ombudsleute für Kinder

Entsprechen der UN-Konvention über die Rechte von Kindern (20. November 1989) wurden in einigen Ländern (Norwegen, Island, Schweden, Dänemark, Belgien, Österreich, Spanien und Portugal) Ombudsleute oder ähnliche Einrichtungen zum Schutz der Rechte und Interessen von Kindern in der Gesellschaft eingeführt (als Kinder gelten junge Menschen unter 18 Jahren). Die Ombudsmann-Institutionen finden allerdings nur im dänischen und im griechischen Jugendpolitikbericht Erwähnung.

Der dänische Nationale Rat für Kinder hat sich mit folgenden Problemen beschäftigt: Schutz von Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren gegen die Ausnutzung als Pornomodelle, ethnische Minderheiten, Alkoholkonsum unter Jugendlichen, kommerzielles jugendorientiertes Marketing, Sozialgesetze zur Unterstützung von Jugendlichen sowie höhere Abschlussklassen der Unterstufe.

Die griechische Nationale Beobachtungsstelle für die Rechte von Kindern und Jugendlichen fördert einschlägige wissenschaftliche Studien und Evaluationen, sammelt statistische,

juristische und bibliographische Daten und überprüft die Ausführung der Rahmengesetze. Darüber hinaus legt sie dem Parlament einen jährlichen Maßnahmenkatalog vor und koordiniert die Veröffentlichung des Jahresberichts über die Lage der Kinder in Griechenland.

2.4.3 Großunternehmen und andere marktorientierte Akteure

Die marktorientierten jugendpolitischen Akteure finden in den Landesberichten nur unzureichend Erwähnung. Abgesehen von einigen gewerblichen Freizeitangeboten (Kino, Konzerte, Freizeitparks, Internet-Cafés, Diskotheken, etc.) wird in den meisten Berichten dieses Thema nicht angeschnitten. Dieser Informationsmangel könnte ein möglicher Hinweis darauf sein, dass Unternehmen oder andere marktorientierte Akteure nicht jugendpolitisch tätig sind. Allerdings kann nicht mit Sicherheit behauptet werden, dass dies wirklich die Ursache für die Vernachlässigung dieses thematischen Aspekts ist.

Aus den Landesberichten, in denen diese Frage erörtert wurde, geht folgendes hervor:

- Sponsoring und Finanzierung von Jugendarbeit durch Unternehmen und gewerbliche Fonds. Diese Art der finanziellen Unterstützung von Jugendarbeit wird nur im schwedischen und im dänischen Bericht erwähnt, existiert jedoch wahrscheinlich in den meisten Ländern. Je höher die finanzielle Unterstützung, desto größer wird ihre Bedeutung als jugendpolitischer Akteur, da damit die Entwicklung neuer Formen der Jugendarbeit deutlich beeinflusst werden kann.
- Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften werden im deutschen, dänischen und irischen Bericht hervorgehoben. Diese Organisationen spielen in manchen jugendpolitischen Bereichen wie der beruflichen Ausbildung und Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt zweifelsohne eine wichtige Rolle, vor allem in Ländern, wo die Arbeitsmarktpolitik auf Verhandlungen zwischen Industrie und Staat basiert oder wo die Industrie auf anderem Wege einen großen Einfluss auf die Arbeitsmarktpolitik ausübt. Dies trifft sicherlich auf die skandinavischen, aber auch auf zahlreiche andere Länder zu.
- Die Portugiesische Jugendstiftung ist ein ziemlich ungewöhnliches Beispiel für eine derartige Zusammenarbeit in der Jugendpolitik. Sie wird von großen Landwirtschafts-, Industrie-, Handels-, Bank- und Dienstleistungsunternehmen sowie von Gemeinden und einigen öffentlichen Instituten finanziert, und ihr Ziel ist die Eingliederung junger Menschen ins Berufsleben.
- Im deutschen Bericht ist von gewinnorientierten Anbietern traditioneller Jugendservices die Rede. Ihr Beitrag zur gesamten Jugendarbeit in Deutschland beträgt derzeit lediglich 5%, aber die Tendenz ist steigend.

- Im dänischen Bericht wird betont, dass die technische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung zur Kommerzialisierung und Individualisierung des Freizeitangebots für Jugendliche geführt hat. Dementsprechend haben gewerbliche Anbieter teilweise die traditionelle (freiwillige oder staatlich geförderte) Freizeitgestaltung ersetzt.
- Private Krankenversicherungsanstalten gehören wahrscheinlich in allen Ländern mit privatem Versicherungswesen zu den wichtigsten Akteuren, allerdings ist ihre Rolle in jugendpolitischen Fragen ungewiss und es bestehen Zweifel darüber, inwieweit derartige Unternehmen als jugendpolitische Akteure bezeichnet werden können.

3. DER POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSPROZESS

3.1. Landesweite Koordinierung von Jugendpolitik

Wie die Jugendpolitik in den einzelnen Ländern koordiniert wird, hängt stark von der Verfassung des Landes, dem Verwaltungssystem sowie der Arbeits- und Gewaltenteilung zwischen den einzelnen Regierungs- und Verwaltungsebenen ab. Ein Vergleich der politischen Koordinierung in Föderationen oder Unionen von Staaten einerseits und unabhängigen, nicht-föderativen Staaten andererseits bereitet einige Schwierigkeiten und gibt keinerlei Auskunft über Präzedenzfälle und die Gesetzgebung zu Beziehungen zwischen politischen Behörden auf verschiedenen Ebenen.

Dennoch ist es möglich, einige Modelle landesweiter Kooperation herauszukristallisieren. Besonders deutlich zeigt sich, dass in Ländern mit einem gut ausgeprägten Jugendressort besser strukturierte Formen der Kooperation existieren als in Ländern, in denen die Jugendpolitik auf mehrere politische Bereiche verteilt ist.

3.2. Länder ohne eigenständiges Jugendressort

Wie erwartet existiert in Ländern ohne eigenständiges Jugendressort keine oder nur eine beschränkte landesweite Koordinierung jugendpolitischer Angelegenheiten. Aus dem britischen und isländischen Bericht lassen sich sehr bündige und klare Schlüsse ziehen: Es gibt keine landesweite Koordinierung zwischen verschiedenen jugendpolitischen Bereichen.

In Dänemark existiert eine geringfügige Zusammenarbeit zwischen jugendpolitischen Regierungs- und Ressortausschüssen. Allerdings fehlt eine vertikale Koordination jugendpolitischer Maßnahmen zwischen öffentlichen Institutionen auf Landes-, Regions- oder Gemeindeebene. Diese schwache Koordinierung bietet den nicht-regierungsgebundenen

Jugendorganisationen des Dänischen Jugendrates Raum für eine Zusammenarbeit. Der Jugendrat verfügt über ein gut ausgebildetes Netzwerk von Kontakten zu Politikern sowie zur Zentralverwaltung, und hält durch seine Mitgliederstruktur gleichzeitig die Kontakte zu lokalen Politikern und Jugendbüros aufrecht. Dieses Netzwerk - sowie die organisatorische und finanzielle Wirkkraft - haben entscheidend dazu beigetragen, dass es dem Dänischen Jugendrat gelungen ist, die vertikale Koordinierung der Jugendpolitik zwischen lokalen und landesweiten Institutionen und Organen beträchtlich zu beeinflussen.

In Großbritannien herrscht eine ähnliche Situation vor. Aufgrund der fehlenden horizontalen und vertikalen Koordinierung und der stark aufgespaltenen Serviceangebots für junge Leute sind lokale politische Netzwerke besonders wichtig geworden.

Auch in Irland fehlt die Koordinierung jugendpolitischer Maßnahmen auf Landesebene. Schulwesen und Berufsausbildung sind die einzigen Bereiche, in denen politische Akteure seit jeher stark zusammenarbeiten, und es wird insbesondere diesen beiden Feldern, wo bereits gut entwickelte, wenn auch nur informelle Netzwerke existieren, derzeit im Rahmen der Jugendpolitik große Aufmerksamkeit geschenkt. Im vergangenen Jahr brachte die Regierung einen Entwurf für ein Jugendarbeitsgesetz ein, mit dem diese Netzwerke gesetzlich geregelt werden sollen.

In den sich überschneidenden Zuständigkeitsbereichen der irischen Ministerien für Gesundheit, Bildungswesen und Justiz in jugendpolitischen Angelegenheiten (Jugendrechtsprechung, Schutz von Kindern, unentschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht und Jugendobdachlosigkeit), die von einem Staatsminister koordiniert werden, existiert ebenfalls eine ziemlich ausgeprägte horizontale Zusammenarbeit. In allen anderen Bereichen erfolgt die jugendpolitische Koordinierung über ad hoc eingesetzte ressortübergreifende Ausschüsse, die sich mit spezifischen Themen wie Armut, Gesundheit, Alkohol- und Drogenkonsum, Arbeitslosigkeit etc. beschäftigen.

3.3. Länder mit eigenständigem Jugendressort

In Ländern mit einem spezifischen Jugendministerium ist dieses Ministerium in der Regel sowohl für die horizontale Koordinierung der Jugendpolitik auf Landesebene als auch für die vertikale Zusammenarbeit zwischen nationalen, regionalen und lokalen Institutionen zuständig⁸. In einem Land wie Luxemburg, wo das Jugendressort genau abgegrenzt ist, wird die Jugendpolitik in einem einheitlichen System koordiniert, das auf getrennten Kompetenzen

⁸ Eine Ausnahme bildet Spanien, wo die interministerielle Kommission für Jugend und Kindheit die öffentliche Jugendpolitik zwischen den einzelnen Ministerien und Ressorts koordiniert.

sowie einer gut strukturierten Arbeitsteilung zwischen den jugendpolitischen Organen aufbaut. Es gibt keine interministerielle Koordinierung von Jugendangelegenheiten. Sämtliche auf Regierungsebene getroffenen jugendpolitischen Maßnahmen werden vom Jugendministerium koordiniert.

Die Koordinierung zwischen Regierung und NGO's obliegt dem Jugendrat des Landes, dem Obersten Jugendrat. Dieser setzt sich aus ministeriellen Vertretern, Delegierten der Generalkonferenz der Luxemburgischen Jugend (d.h. dem Jugendrat des Landes) sowie anderer Jugendverbände zusammen. Der Oberste Jugendrat steht der Regierung in allen jugendpolitischen Fragen - einschließlich rechtlichen Angelegenheiten - beratend zur Seite und übt einen beträchtlichen Einfluss auf die Jugendpolitik der Regierung aus, nicht nur über das Jugendministerium, sondern auch über andere Ministerien.

In Spanien ist der Interministerielle Jugendausschuss für die Koordinierung der nationalen Jugendpolitik zuständig. Ein weiteres - und ziemlich einzigartiges - Mittel der Koordinierung sind die Spanischen Jugendpläne. Dabei handelt es sich um landesweite Jugendprogramme, für die die Zentralregierung den Rahmen liefert, die aber auf regionaler und lokaler Ebene im Detail ausgearbeitet werden. Die Jugendpläne erleichtern die Beteiligung aller Akteure im jugendpolitischen Bereich. Sie stellen einen Bezugspunkt dar, an dem tagtäglich jugendpolitische Maßnahmen bewertet werden können. Vor allem aber spiegeln sie die politischen Zielsetzungen wider, da sie sowohl von der zentralen Regierung als auch von den Regionen und Gemeinden verabschiedet werden müssen.

3.4. Vertikale Koordinierung und Regelungsmechanismen der Jugendpolitik

In den Landesberichten wird eine Vielzahl von verschiedenen Verwaltungsorganen und -prozessen zur Koordinierung der Jugendpolitik zwischen den einzelnen Regierungs- und Verwaltungsebenen detailliert beschrieben. Interessanter wäre es allerdings zu erfahren, wie die Befugnisse bei dieser Art der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Regierungsebenen verteilt sind. In allen Ländern scheint die Dezentralisierung der Jugendpolitik als das ideale Modell zu gelten, und in einigen Berichten werden dementsprechend das Prinzip der finanziellen Unterstützung, die Eigenständigkeit lokaler Behörden sowie das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden besonders hervorgehoben. Die Gewaltenteilung zwischen zentralen, regionalen und lokalen Behörden sowie die Mechanismen, die diese

Arbeitsteilung und Koordinierung regeln, werden in den meisten Landesberichten nur unzureichend behandelt⁹.

Obwohl die Dezentralisierung der Jugendpolitik ein allgemein angestrebtes Ziel ist, bestehen doch in dieser Hinsicht zahlreiche Unterschiede zwischen den einzelnen westeuropäischen Ländern. In einigen Ländern sind zentrale Regierungen und Verwaltungen tief im politischen System verwurzelt, während in anderen Ländern die verwaltungspolitischen Kompetenzen auf regionaler und lokaler Ebene verteilt sind.

Inwieweit Jugendpolitik und -arbeit in den einzelnen Ländern derzeit dezentralisiert betrieben werden, lässt sich den Landesberichten allerdings nicht entnehmen, da die Beschreibungen der jugendpolitischen Koordinierung zwischen den verschiedenen Ebenen zu stark voneinander abweichen.

In Österreich z.B. obliegt die gesetzgebende und exekutive Gewalt in Bereichen wie Jugendschutz und -förderung den Bundesländern, während die Bewertung sämtlicher Gesetzesentwürfe sowie ihrer Auswirkungen auf Jugendliche zum Kompetenzbereich des Bundesjugendministeriums gehört. In Berichten von anderen Bundesstaaten oder Unionen wird das Thema der Rechtskontrolle durch die Zentralregierung nicht angeschnitten.

Ein weiteres Beispiel ist der irische Bericht, dem zu entnehmen ist: Die irische Regierung hat sich verpflichtet, den lokalen Behörden sowie der lokalen Bevölkerung erneut ihre ehemalige Entscheidungsbefugnis einzuräumen. Einige Studien über jugendpolitische Entscheidungsprozesse haben allerdings ergeben, dass die Regierung ihrer Verpflichtung niemals nachgekommen ist. Dementsprechend werden jugendpolitische Entscheidungen auch heute noch auf Regierungsebene getroffen. Derartige Studien über politische Prozesse stehen entweder von anderen Ländern nicht zur Verfügung, oder sie finden in den Landesberichten keinerlei Erwähnung.

Die Landesberichte liefern also nicht die notwendigen Daten, um feststellen zu können, in welchem Ausmaß die Dezentralisierung der Jugendpolitik bisher fortgeschritten ist. Allerdings scheint in Ländern mit einem stark ausgeprägten Jugendressort die Jugendpolitik stärker auf zentrale Organe verlagert zu sein. In föderativ strukturierten Ländern liegen besondere Bedingungen vor. In nicht-föderativen Ländern, in denen die Jugendarbeit gesetzlich geregelt ist und in denen es ein eigenständiges Jugendministerium sowie eine gut funktionierende Jugendarbeitsverwaltung in der Form einer Direktion oder einer ähnlichen Behörde gibt, scheint

⁹ Dies trifft nicht auf den deutschen Bericht zu. Es werden darin zwei wesentliche Instrumente angegeben, die die Kooperation zwischen verschiedenen Regierungsebenen regeln: Fonds und Gesetzgebung.

der jugendpolitische Entscheidungsprozess eher auf Regierungsebene zu erfolgen, während Gebietskörperschaften kaum daran beteiligt sind.

Dies trifft z.B. auf Portugal zu. Laut dem portugiesischen Bericht ist die Jugendpolitik überwiegend Kompetenz der Zentralregierung, während die Gemeindeverwaltungen nur ein stark beschränktes Mitspracherecht in jugendpolitischen Angelegenheiten haben. Ganz ähnlich sieht die Lage in Griechenland aus, wo regionale und lokale Jugendservices spärlich ausgebildet sind und kaum von einer regionalen oder lokalen Jugendpolitik die Rede sein kann.

3.5. Gesetzlicher Rahmen für jugendpolitische Maßnahmen

3.5.1 Internationale Gesetzgebung

Informationen darüber, inwieweit internationale Gesetze in die nationale Gesetzgebung aufgenommen werden, waren in den Richtlinien für die Erstellung der Landesberichte nicht vorgesehen. Dementsprechend wird nur in wenigen Berichten auf internationale Konventionen und andere rechtliche Mittel der internationalen Gemeinschaft Bezug genommen. In den Berichten von Österreich, Norwegen, Schweden, Dänemark, Irland, Belgien und Luxemburg wird die Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Kindern (20. November 1989) ausdrücklich erwähnt. Es ist jedoch anzunehmen, dass diese Konvention von allen oder den meisten Ländern ratifiziert wurde.

Die Konvention über die Rechte von Kindern (die sich auf junge Menschen unter 18 Jahren bezieht) ist nur eine von vielen internationalen Vereinbarungen über die Rechte der Kinder und Jugendlichen. In unserer Hauptbezugsquelle, *The International Law of Youth Rights*, werden 15 wichtige Konventionen über die Rechte von Kindern und Jugendlichen genannt, von denen die meisten von der International Labour Conference verabschiedet worden sind. Einige davon wurden nur von der Hälfte der von vorliegender Studie erfassten Länder ratifiziert (Angel, 1995; S. 1099 ff.). Es wäre interessant, die Gründe zu erfahren, die die einzelnen Länder veranlasst haben, die Konventionen nicht zu ratifizieren, und die Auswirkungen dieser Entscheidung zu untersuchen.

3.5.2 Grundrechte von Jugendlichen

In den Richtlinien zur Erstellung der Landesberichte waren die in der Verfassung der einzelnen Länder verankerten Grundrechte von Jugendlichen nicht enthalten. Dementsprechend wird dieses Thema in den Berichten nicht behandelt, mit Ausnahme von Spanien. Im spanischen Bericht wird mitgeteilt, dass in der Verfassung einige Bestimmungen enthalten sind, die

Jugendlichen das Recht einräumen, am gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes ungehindert teilzunehmen.

Ähnliche Grundrechte werden in den Präambeln einiger nationaler Jugendgesetze verankert. Die deutsche Kinder- und Jugendgesetzgebung legt fest, dass jeder junge Mensch das Recht auf Förderung seiner Entwicklung sowie auf eine angemessene Erziehung hat, so dass er zu einem verantwortungsbewussten Mitglied der Gesellschaft heranwächst (SGB VIII, 1998, §1, Art. 1). Ziel des finnischen Jugendarbeitgesetzes ist es, die Lebensbedingungen von jungen Menschen zu verbessern und die notwendigen Voraussetzungen für ihre aktive Partizipation am sozialen Leben zu schaffen. Als Grundwerte der Jugendarbeit gelten die Gleichstellung von Generationen, Geschlechtern und religiösen Überzeugungen sowie Toleranz und kulturelle Vielfalt (Un 510, 1995, Abschnitt 1).

Derartige Absichtserklärungen und Ziele in Jugendgesetzen haben in der Praxis keine oder nur geringfügige Bedeutung, zeigen aber, auf welche Weise einige Länder übergeordnete Zielsetzungen der Jugendarbeit formuliert und in Gesetzestexte aufgenommen haben.

3.5.3 Nationale Jugendgesetzgebung

Die Gesetzgebung aller westeuropäischen Länder beinhaltet Bestimmungen zu den wichtigsten jugendpolitischen Bereichen wie Bildungswesen, Sozialfürsorge, Berufsausbildung, -ausübung, Verbrechensbekämpfung, Gesundheitswesen sowie die Teilnahme Jugendlicher am öffentlichen Leben. In einigen Ländern beziehen sich derartige Regelungen ausdrücklich auf Jugendliche, während anderswo jugendpolitische Bestimmungen in allgemeineren Gesetzen für Minderjährige und Erwachsene enthalten sind. In einigen Ländern werden jugendorientierte Bestimmungen in spezifischen Jugendgesetzen verankert - Gesetze zur Jugendfürsorge, zum Schutz von Jugendlichen, zur Unterstützung von Jugendlichen, zur Jugendarbeit oder -förderung -, in anderen sind jugendbezogene Regelungen Teil von Ressortgesetzen (Sozialgesetze, Gesetzeswerke in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur etc.).

Spezifische Jugendgesetze sind nicht unbedingt ein Hinweis dafür, dass in einem Land der Jugendpolitik und -arbeit eine hohe Priorität eingeräumt wird. Vielmehr gehen sie auf historische Traditionen sowie Verwaltungsprozesse und -strukturen in öffentlichen Behörden zurück. Allerdings ist eine spezifische Jugendgesetzgebung ein Hinweis darauf, dass ein gesondertes und eigenständiges Jugendressort existiert.

Im Gegensatz dazu gibt es in Ländern, in denen kein spezifisches Jugendministerium und kein Ministerium für Jugendfragen existiert und wo die Jugendpolitik unkoordiniert, heterogen und Kompetenz verschiedener Ministerien ist, keine Gesetze, die sich ausdrücklich auf Jugendliche beziehen. Dies trifft auf Großbritannien, Dänemark und Italien zu. In diesen Ländern sind

Jugendgesetzesregelungen in allgemeineren Gesetzen über Kinder und Erwachsene enthalten. Auch in Schweden, Spanien, Portugal und Frankreich gibt es keine ausdrücklichen Jugendgesetze, obwohl in diesen Ländern ein Jugendministerium existiert.

Abgesehen von einigen geringfügigen Abweichungen können die europäischen Jugendgesetze in drei verschiedene Kategorien eingeteilt werden:

- Gesetze zur Unterstützung Jugendlicher - in einigen Ländern Jugendarbeit, Jugendförderung oder Jugendaktivitäten genannt. Derartige Gesetze umfassen die Unterstützung von statutarischen und freiwilligen Jugendarbeitservices und -programmen und regeln die außerschulische Bildung sowie das Kultur-, Sport- und Freizeitangebot für Jugendliche. Im allgemeinen wird auch die staatliche Finanzierung von Jugendverbänden und -organisationen sowie das Verhältnis zwischen staatlichen und privaten Services von diesen Gesetzen erfasst. Beispiele sind das finnische Jugendarbeitsgesetz, das isländische Jugendaktivitätengesetz, Jugendförderungsgesetze der österreichischen Bundesländer, der Jugendunterstützungserlass der französischsprachigen Gemeinschaft in Belgien, die (noch nicht verabschiedete) Gesetzesvorlage zur Jugendarbeit in Irland sowie der Gesetzesvorschlag für junge Menschen in Griechenland.
- Gesetze zur Jugendhilfe. Diese Gesetze regeln die Verantwortung von Familie und Gesellschaft für Jugendliche. Die Gesetzgebung zur Jugendhilfe umfasst Bestimmungen über das soziale, wirtschaftliche, physische und psychische Wohlergehen von Jugendlichen und regelt die Unterstützung von Familien, um für den Lebensunterhalt der Jugendlichen aufkommen zu können. Ferner enthält sie Maßnahmen zum Schutz junger Menschen. Das Jugendhilfegesetz der Niederlande und Österreichs, das Nationale Jugendservicegesetz von Luxemburg und das Jugendschutzgesetz von Belgien sind Beispiele für diese Art von Gesetzen.
- Gesetze zum Jugendschutz. Mit diesen Gesetzen wird der Schutz von Jugendlichen in nicht familiären Lebensbereichen geregelt, wie z.B. auf dem Arbeitsmarkt und in der Öffentlichkeit. Ein Beispiel dafür sind die österreichischen Jugendschutzgesetze der Bundesländer, die öffentliche Plätze, Restaurants, Übernachtungen in Hotels, Jugendherbergen und Campingplätzen, Theater- und Kinobesuche, öffentliche Tanzfeste und andere kulturelle Veranstaltungen, Teilnahme an Glücksspielen, Alkohol- und Tabakkonsum, Besitz und Kauf jugendgefährdender Gegenstände, Fahren per Anhalter etc. erfassen.

Das Liechtensteiner Jugendgesetz verbindet diese drei Kategorien und regelt Jugendarbeit, Jugendhilfe und Jugendschutz in einheitlichen Gesetzen. Dasselbe gilt für die deutsche Kinder- und Jugendgesetzgebung. Entsprechend den Bestimmungen dieses Gesetzes befasst sich die deutsche Jugendservicepolitik vorwiegend mit der Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung, der Verhinderung von Diskriminierungen, der Unterstützung und Beratung von Eltern sowie der Erhaltung bzw. Schaffung optimaler Lebensbedingungen für Kinder, Jugendliche und deren Familien.

Die ersten beiden Gesetzeskategorien existieren auch in Ländern ohne spezifische Jugendgesetzgebung, wie z.B. in Norwegen und Island. Ein wesentlicher Unterschied besteht allerdings darin, dass die Gesetze zur Förderung (Lof Nr. 24/1970) und Fürsorge (Lög Nr. 20/1992; Kinderhilfegesetz in Norwegen) lediglich für Minderjährige und nicht für Jugendliche im weiteren Sinn Gültigkeit haben.

Dieser Umstand könnte ein Hinweis auf eine eventuelle Beziehung zwischen den Altersgrenzen in Jugendgesetzen einerseits und der sozialen und psychischen Entfaltung von Jugendlichen andererseits sein. Fest steht jedenfalls, dass sich Jugendliche aus Island und anderen nordeuropäischen Ländern früher von ihren Eltern lösen, ins Berufsleben eintreten, für ihren Unterhalt aufkommen und eine Familie gründen als ihre Altersgenossen in südeuropäischen Ländern (siehe Berichte über Die Lage der Jugend in Europa). Das jeweilige Alter, in dem Jugendliche selbständig werden, ist wahrscheinlich auf die unterschiedlichen Altersgrenzen in Gesetzen zur Förderung, zum Schutz und zur Fürsorge von jungen Menschen zurückzuführen, hat diese aber wohl gleichzeitig auch beeinflusst. Schließlich besteht auch eine auffallende Ähnlichkeit zwischen den Altersgrenzen in Jugendgesetzen und dem Alter, in dem Jugendliche vor dem Gesetz als Erwachsene gelten.

4. INTERNATIONALER EINFLUSS AUF DIE NATIONALE JUGENDPOLITIK

Nur im Bericht aus Dänemark wird ausdrücklich erklärt, dass die dänische Jugendpolitik in keiner Weise von jugendpolitischen Maßnahmen anderer Länder beeinflusst wird. Laut Aussage leitender Beamter des Landes gibt es keinen Fall, in dem die dänische Jugendpolitik dem Modell anderer Länder gefolgt wäre oder von anderen Ländern und internationalen Körperschaften beeinflusst worden wäre.

4.1. Die Europäische Union

In den meisten Landesberichten werden die Jugendaustausch- und -mobilitätsprogramme der EU - Jugend für Europa, Europäischer Freiwilligendienst - als Beispiele für die Beeinflussung der Jugendpolitik genannt. Die genaue Bedeutung dieser Programme auf Landesebene wird allerdings kaum ausgeführt. Der irische Bericht, in dem erklärt wird, dass die EU mindestens in zwei Bereichen die Landesjugendpolitik beeinflusst hat, bildet eine Ausnahme. Zum einen richtet sich die irische Berufsausbildungspolitik und -praxis stark nach den Direktiven und Resolutionen der EU. Zum anderen hat die Jugend- und Finanzierungspolitik der EU die Umsetzung von arbeitspolitischen Programmen und lokalen Förderprojekten für junge Menschen ermöglicht.

Im finnischen Bericht ist von ähnlichen Erfahrungen die Rede. Sowohl der Europäische Freiwilligendienst als auch 'Jugend für Europa' haben sich positiv auf die Mobilität der finnischen Jugendlichen ausgewirkt. Darüber hinaus hat der Europäische Sozialfonds Ende der neunziger Jahre Workshops für jugendliche Arbeitslose sowie Lehrstellen finanziert. Auch Österreich, die Niederlande, Island und Liechtenstein berichten von den positiven Auswirkungen der Austausch- und Mobilitätsprogramme der EU.

Im britischen Bericht wird nicht nur die Bedeutung dieser EU-Programme hervorgehoben, sondern es wird auch auf die europäischen Initiativen in den Bereichen Schulbildung und berufliche Ausbildung von Jugendlichen wie SOKRATES, LEONARDO DA VINCI, ERASMUS, COMENIUS und LINGUA hingewiesen. Laut dem britischen Bericht haben die Programme der Europäischen Union eine Reihe von nationalen Initiativen angeregt und die Beziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern vertieft. Schließlich stehen Jugendpolitikmodelle, Koordinierungsmethoden und Dienste der EU und ihrer Mitglieder in der jugendpolitischen Debatte Großbritanniens derzeit im Vordergrund.

Vergleichbare Auswirkungen der EU lassen sich für die griechische Jugendpolitik anführen. Im griechischen Bericht wird mitgeteilt, dass die Direktiven und Initiativen der Europäischen Union die Jugendpolitik des Landes - sowohl die Finanzierung der Jugendarbeit als auch die Jugendgesetzgebung - zweifellos stark beeinflusst haben. Ohne den Druck seitens der EU hätte die griechische Regierung die Jugendpolitik nicht in ihr Programm aufgenommen.

Obwohl in den Landesberichten keinerlei Zweifel an den EU-Programmen vorgebracht werden, besteht doch die Gefahr, dass Projekte und Programme, die von der EU finanziert werden, allmählich die jugendpolitischen Maßnahmen der einzelnen Länder verdrängen und die einzelnen Landesregierungen ihrer Verpflichtung, eine eigene Jugendpolitik zu entwickeln, nicht nachkommen.

4.2. Der Europarat

Eine Initiative, die unbeachtet blieb, sich langfristig allerdings beträchtlich auf die Jugendpolitik der europäischen Länder auswirken könnte, ist das multilaterale Evaluationssystem der nationalen Jugendpolitik, das vom European Steering Committee for Intergovernmental Cooperation in the Youth Field des Europarates ausgearbeitet wurde. Jedes Land wird den Stand seiner Jugendpolitik in einem Bericht darlegen, der von einem internationalen Gremium von fünf Experten ausgewertet wird. Die Jugendpolitik von Finnland, Schweden, Spanien, den Niederlanden, Rumänien und Estland wurden auf diese Weise bereits einer Bewertung unterzogen (Europarat, 1999; Instituto de la Juventud, 1999; Bildungsministerium, 1997; Ministerium für Gesundheit, Sozialwesen und Sport, 1998; Nationaler Ausschuss für Jugendfragen, 1999; Stafseng, 2000b)¹⁰.

Laut dem finnischen Landesbericht über Jugendpolitik hat die Evaluation der nationalen Jugendpolitik für das European Steering Committee for Intergovernmental Cooperation in the Youth Field wesentlich zur Ausdifferenzierung der finnischen Jugendpolitik beigetragen. Im schwedischen, spanischen und niederländischen Bericht wird diese Bewertung nicht als wirkungsvolles jugendpolitisches Instrument erwähnt.

4.3. Die Vereinten Nationen

Das von der UNO 1985 proklamierte Jahr der Jugend wird nur im spanischen Bericht als ein jugendpolitischer Wendepunkt bezeichnet. Im allgemeinen scheint die Jugendpolitik der Vereinten Nationen - einschließlich der zahlreichen Resolutionen, Erklärungen und Konventionen - keinen besonders großen Einfluss auf die europäische Jugendpolitik zu haben. Dieser scheinbar geringe Einfluss könnte natürlich auch darauf zurückzuführen sein, dass dieses Thema in den Richtlinien zur Erstellung der Landesberichte nicht enthalten war.

4.4. Bilaterale kulturelle Abkommen

Neben der multilateralen Kooperation innerhalb der EU und im Europarat enthalten einige bilaterale kulturelle Abkommen eine Jugendklausel, die den Austausch von Jugendorganisationsmitgliedern der betroffenen Länder fördert, um die Kenntnisse über Leben und Kultur des jeweils anderen Landes auszuweiten, und einen engeren Kontakt zwischen

öffentlichen Einrichtungen als Mittel des Informations- und Erfahrungsaustausches in jugendpolitischen Angelegenheiten anregt. In den Berichten von Portugal, Großbritannien, Luxemburg, Deutschland und Finnland werden diese bilateralen kulturellen Abkommen ausdrücklich erwähnt und als Instrument der internationalen Kooperation bezeichnet. Aber auch in den restlichen Ländern spielen sie eine wichtige Rolle.

5. JUGENDPOLITISCHE THEMENBEREICHE

5.1. Erklärte Ziele und Kernpunkte der Jugendpolitik¹¹

Wie aus den wenigen Informationen über die historische Entwicklung der Jugendpolitik hervorgeht, gibt es zwei einander entgegengesetzte, aber doch miteinander in Verbindung stehende Auffassungen des Begriffs Jugend, die sich entscheidend auf die Ziele der nationalen Jugendpolitik in Europa ausgewirkt haben: "Jugend als Ressource" vs. "Jugend als Problem". Gemäß der ersten Auffassung stellen Jugendliche die Zukunft dar. Sie übernehmen die Werte, die ihnen von den vorausgehenden Generationen vermittelt werden. Deshalb stellen sie eine gesellschaftliche Ressource dar, deren Entfaltung bestmöglich gefördert werden muss. Gleichzeitig wird die Jugend als Problem angesehen, als Gefahrenquelle und als ein Lebensabschnitt, in dem der Mensch besonders verletzlich ist und durch entsprechende Maßnahmen geschützt werden muss. Diese beiden Auffassungen stehen in keinerlei Widerspruch zueinander. Im Gegenteil, sie ergänzen sich.

Diese gleichzeitig vertretenen, aber entgegengesetzten Auffassungen durchdringen sowohl frühere als auch derzeitige jugendpolitische Maßnahmen in Westeuropa. In den meisten Ländern erscheinen beide Auffassungen nebeneinander in Jugendpolitikdokumenten. Die jeweilige Bedeutung, die ihnen eingeräumt wird, schwankt allerdings und ändert sich von Land zu Land. Die Auffassung von "Jugendlichen als Ressource" überwiegt in Zeiträumen der Stabilität, des wirtschaftlichen Wachstums und der Sozialreformen, während die Auffassung von "Jugendlichen als Problem" in Zeiträumen der Wirtschaftskrise und der politischen

¹⁰ Erwähnenswert ist auch, dass der Europarat die sogenannten "Nationalen Korrespondenten für Jugendstudien" unterstützt, die Anregungen liefern, einen jährlichen Jugendtrendbericht vorlegen und Seminare für Leiter von Jugendstudien organisieren.

¹¹ Es gilt zu beachten, dass die Quellen, denen die hier analysierten Kernpunkte entnommen wurden, stark voneinander abweichen. In einigen Fällen sind die Kernpunkte Teil der offiziell von der Regierung erklärten Jugendpolitikziele, in anderen Fällen wurden sie den wichtigsten politischen Dokumenten entnommen, während sie schließlich in wiederum anderen Fällen auf eine persönliche Interpretation der nationalen Jugendpolitik durch die Landesberichtverfasser zurückgehen.

Instabilität vorherrscht, in denen Jugendliche in der Gesellschaft und den Massenmedien als “gefährlich”, “deviant”, “kriminell” und “gewalttätig” etc. dargestellt werden.

Diese allgemein gültigen Auffassungen - oder Paradigmen - von Jugendlichen als Ressource oder Problem werden in zeitgenössischen jugendpolitischen Dokumenten meist nur indirekt formuliert. In einigen Ländern bildet die “Jugend als Ressource” das Grundkonzept der nationalen Jugendpolitik. Dies trifft auf die skandinavischen Länder, die Niederlande, Portugal und Italien zu. Die Beschreibungen der Ressource Jugend weichen jedoch voneinander ab: In der Jugendpolitik der dänischen Regierung sind junge Menschen eine zukünftige Ressource nicht nur in sozialer Hinsicht, sondern auch als Jugendliche an sich. Die schwedische Regierung hat erklärt, dass Engagement, Kreativität und kritisches Denkvermögen von jungen Menschen als Ressource eingesetzt werden sollten. Die norwegische Regierung beabsichtigt deutlich erkennbar zu machen, welche Ressourcen in der Jugend stecken. In den Niederlanden lautet der Schlüsselbegriff “Förderung”, was durch das Recht junger Menschen auf die vollständige Entfaltung ihrer Stärken und Fähigkeiten untermauert wird. In Finnland ist zwar nicht direkt von “Förderung” die Rede, aber auch in der finnischen Jugendpolitik werden jungen Menschen das Recht und die Verantwortung zuerkannt, sich ihre eigene Zukunft aufzubauen. Die Ressourcen und die Fähigkeit der Jugend, die Gesellschaft zu beeinflussen und zu verändern, werden sowohl in portugiesischen als auch in italienischen Jugendpolitikdokumenten hervorgehoben: Die spezifische Rolle, die jungen Männern und Frauen in der Entwicklung des Landes zukommt sowie ihre führende Rolle in Kultur und Gesellschaft muss unterstützt werden (Italien). Junge Menschen genießen volle Bürgerrechte und sind in der Lage, soziale und kulturelle Änderungen zu bewirken (Portugal).

In den jugendpolitischen Dokumenten der oben genannten Länder wird die Auffassung von Jugendlichen als soziale Ressource besonders deutlich, aber auch aus den jugendpolitischen Zielen der meisten anderen europäischen Ländern geht diese Auffassung hervor, auch wenn sie dort etwas weniger stark zum Tragen kommt.

Wenn die Jugend als eine soziale Ressource gilt, dann gehören die Entwicklung, das Wachstum und die Förderung dieser Ressource zu den wichtigsten Zielen nationaler Jugendpolitik. Deshalb ist “die Entwicklung der Jugend” ein sehr geläufiges jugendpolitisches Ziel. Der Wunsch, das jugendliche Potential zu fördern, kann auf verschiedene Weise zum Ausdruck gebracht werden: ereignisreiche Jugend (Dänemark), aktive und experimentelle Jugend (Finnland), Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Menschen (Belgien), die Unterstützung von sozialen und persönlichen Fähigkeiten (Deutschland), Entfaltung der Stärken und

Fähigkeiten von Jugendlichen (Niederlande), die Lebensqualität von Jugendlichen (Griechenland), persönliche und gesellschaftliche Entfaltung (Irland), Verantwortung für die eigene Entfaltung (Norwegen). Dies sind nur einige der Schlüsselbegriffe, mit denen die Förderung von Jugendlichen als soziale Ressource umschrieben wird. Autonomie und Unabhängigkeit sind weitere Kernbegriffe, die im deutschen, im dänischen, im schwedischen, im griechischen, im italienischen und im spanischen Bericht hervorgehoben werden.

Insgesamt ist die soziale und persönliche Entwicklung von Jugendlichen ein wichtiges und ausdrücklich erklärtes jugendpolitisches Ziel in allen Ländern. Nach den jeweiligen Landesberichten zu urteilen bilden nur Portugal, Österreich, Luxemburg, Liechtenstein, Großbritannien, Island und Frankreich eine Ausnahme.

Die Auffassung von Jugendlichen als Problem oder mögliches Problem erfasst in den nationalen jugendpolitischen Dokumenten im wesentlichen drei verschiedene Aspekte: die Eingliederung in die Gesellschaft, die Partizipation am öffentlichen Leben sowie die kulturelle oder soziale Devianz.

Die Integration junger Erwachsener in die Institutionen der Gesellschaft¹² gilt in vielen europäischen Ländern als ein vorrangiges jugendpolitisches Ziel, bei dem es darum geht, den Prozess des Hineinwachsens in die Gesellschaft zu unterstützen (Deutschland), die soziale und wirtschaftliche Eingliederung von jungen Menschen zu fördern (Portugal), die soziale Ausgrenzung zu bekämpfen (Griechenland), den gesellschaftlichen Zusammenhalt von Generationen zu fördern (Italien) und den Eintritt ins Berufsleben zu erleichtern (Frankreich). Die jugendpolitischen Kernpunkte betreffen vor allem den Übergang von der Jugend zum Erwachsenenalter, d.h. die Übernahme der gesellschaftlichen Rolle von Erwachsenen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie als Gründer einer eigenen Familie. Da es nicht für alle jungen Erwachsenen so einfach ist, sich in diese Rolle zu fügen, wird ihre Integration in die Gesellschaft als Problem betrachtet, das auf politischem Wege gelöst werden muss.

Die Auffassung von Jugend als Problem (oder möglichem Problem) steht auch hinter einigen spezifischeren Zielen der Jugendpolitik. Die "Verhütung" von sozialen Problemen und jeglichen Formen der Devianz ist in Ländern wie Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Großbritannien, Irland, Griechenland, Spanien und Frankreich ein jugendpolitischer Schlüsselbegriff. Die sozialen Probleme, die es zu verhüten gilt, sind Armut, Abbruch der

¹² Im allgemeinen ist gesellschaftliche Integration ein übergeordneter Begriff, der sowohl die Partizipation als auch die Einhaltung kultureller und sozialer Normen einschließt. In den Landesberichten wird dieser Begriff allerdings in einem engeren Sinn verwendet und umfasst die Integration Erwachsener am Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie in der Familie. Der Begriff der Partizipation am gesellschaftlichen Leben beinhaltet eher die Beteiligung als Bürger an öffentlichen Debatten, an Wahlen sowie am Verbandsleben und ist damit mit der politischen Teilnahme gleichzusetzen.

Schulbildung, soziale Ausgrenzung, Krankheiten wie AIDS, Diskriminierung, Sucht und Gewalttätigkeit.

Wie zuvor bereits erwähnt beinhaltet die Auffassung von "Jugend als Problem" auch die mangelnde Beteiligung von Jugendlichen an Wahlen, an öffentlichen Debatten und am Verbandsleben. Die meisten Länder, die mit dieser Studie erfasst werden, versuchen dieses Problem durch spezifische jugendpolitische Maßnahmen zu lösen. Die Kernpunkte lauten: Partizipation und Mitspracherecht in politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten (Finnland, Belgien, Griechenland, Schweden, Spanien, Österreich), konstruktiver Beitrag (Dänemark), aktive oder zivile Partizipation (Portugal, Niederlande, Irland, Luxemburg), Beeinflussung der eigenen Lebensbedingungen (Norwegen), Beteiligung an Verbänden (Spanien), Beeinflussung der gesellschaftlichen Institutionen und aktives Engagement (Irland).

Die meisten jugendpolitischen Ziele und Schlüsselbegriffe reihen sich in eines der beiden einander entgegengesetzten Konzepte von Jugend als Ressource bzw. Problem ein. So bedeutende Begriffe wie Gleichstellung und Recht folgen dagegen diesem Unterscheidungskriterium nicht.

Gleichberechtigung und Solidarität werden in Norwegen und Spanien als allgemeine Kernbegriffe verwendet, während in Finnland und Österreich speziell von der Gleichstellung der Generationen die Rede ist. Das österreichische Fürsorgesystem basiert auf einem "Generationenvertrag", der eine wesentliche Grundlage der Jugendpolitik in diesem Land darstellt.

Die Rechte von Jugendlichen werden in folgenden Ländern als jugendpolitische Ziele hervorgehoben: Griechenland (die Rechte junger Menschen im allgemeinen), Irland ("Mitspracherecht"), Finnland ("das Recht, sich die eigene Zukunft aufzubauen") und die Niederlande ("das Recht auf Information, um Stärken und Fähigkeiten entfalten zu können").

Die vorausgehend erwähnten Ziele und Schlüsselbegriffe sind nur in beschränktem Maße das Ergebnis unterschiedlicher nationaler Traditionen und jugendpolitischer Prioritäten. Vor allem spiegeln sie die jeweiligen sozialen Probleme sowie die wahren Lebensbedingungen von Jugendlichen in den einzelnen Ländern wider. In Ländern mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit wird wahrscheinlich der sozialen Eingliederung von Jugendlichen sowie der Verhütung von Armut, Ausschluss und Devianz als Folgen sozialer Ausgrenzung der Vorrang eingeräumt. Ähnlich wird in Ländern, die eine sinkende politische Beteiligung unter Jugendlichen verzeichnen, der Schwerpunkt auf die Partizipation gelegt werden. Die

jugendpolitischen Ziele und Schlüsselbegriffe werden natürlich auch von den Überzeugungen der Parteien beeinflusst, die zum Zeitpunkt, als die zentralen Jugendpolitikdokumente verabschiedet wurden, die Regierung bildeten. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind also weniger auf voneinander abweichende jugendpolitische Ziele zurückzuführen, als vielmehr auf ideologische Gegensätze zwischen den regierenden politischen Parteien.

Die jugendpolitischen Ziele und Schlüsselbegriffe stehen allerdings noch mit anderen Aspekten der Jugendpolitik in Verbindung. Wie zuvor bereits erwähnt, gibt es Hinweise darauf, dass eine Beziehung zwischen dem Begriff Jugend und den allgemeinen jugendpolitischen Zielen besteht. In Ländern, in denen "Jugend" im politischen Kontext als junge Menschen definiert wird und damit auch Kinder einschließt, werden Jugendliche eher als verletzbare gesellschaftliche Gruppe angesehen, die vor eventuellen Gefahren geschützt und in ihrer freien sozialen und psychischen Entfaltung gefördert werden muss. Andererseits gelten Jugendliche in Ländern mit einem enger gefassten und "erwachsenen" Jugendpolitikbegriff eher als menschliche und soziale Ressource sowie als eine Gesellschaftsgruppe, die ihr Ziel erreicht, wenn ihr die Möglichkeiten dazu gegeben werden.

Auf der Grundlage dieser Beziehungen ergeben sich drei verschiedene Ländergruppen: In den skandinavischen Ländern ist die Jugend eine Ressource und ein Entfaltungsprozess, der von der Gesellschaft unterstützt und gefördert werden muss. Das größte jugendpolitische Problem ist in diesen Ländern die mangelnde Beteiligung am politischen System. Dementsprechend stellt die Förderung der Partizipation das wichtigste jugendpolitische Ziel dar. In den Mittelmeerländern - zu denen in diesem spezifischen Fall auch Frankreich hinzugezählt wird - sowie auf den Britischen Inseln ist das größte jugendpolitische Problem die verlängerte Jugendzeit, die soziale Ausgrenzung Jugendlicher sowie die Gefahren, die Jugendliche und junge Erwachsene in dieser Übergangszeit laufen. Folglich überwiegt in diesen Ländern die Auffassung von Jugend als potentiell Problem, und der sozialen Integrierung Jugendlicher wird der Vorrang eingeräumt. In den restlichen Ländern des europäischen Kontinents vermischen sich beide Auffassungen von Jugend. Die jugendpolitischen Ziele erfassen folglich sowohl die Partizipation als auch den Schutz von Jugendlichen.

5.2. Hauptzielgruppen expliziter Jugendpolitik

In nur wenigen Berichten wird das Thema der wichtigsten jugendpolitischen Zielgruppen angeschnitten, dennoch zeichnet sich eine Tendenz ab: In Ländern, in denen die Jugend als menschliche und gesellschaftliche Ressource gilt, richten sich jugendpolitische Maßnahmen an

eine umfassende Zielgruppe, die die gesamte Jugendgeneration umfasst. In Dänemark wird in politischen Dokumenten ausdrücklich erklärt, dass die Jugendpolitik die gesamte Jugend betrifft, während in Schweden schon traditionsgemäß alle Jugendlichen erfasst werden. Erst in Fällen, wo sich dieses umfassende System als unzureichend erweist, werden Maßnahmen für begrenzte Zielgruppen in Betracht gezogen. Nur wenige politische Entscheidungen richten sich folglich direkt an eine spezifische Kategorie von Jugendlichen. Ein Argument, das gegen gezielte Maßnahmen vorgebracht wird, ist das Risiko der Stigmatisierung (Schweden).

In Ländern, in denen die Auffassungen von Jugend als Ressource bzw. Problem nebeneinander existieren, sind die Hauptzielgruppen sowohl Jugendliche im allgemeinen als auch spezifisch benachteiligte Gruppen, wie z.B. in Irland. Die beiden wichtigsten jugendpolitischen Ziele betreffen dort einerseits die persönliche und soziale Entwicklung von Jugendlichen im allgemeinen, die durch traditionelle Jugendarbeit gefördert wird, und andererseits Dienstleistungen für benachteiligte Jugendliche oder jugendliche Minderheiten. In den letzten Jahren wurde allerdings der Schwerpunkt eher auf Programme für spezifisch benachteiligte Kategorien von Jugendlichen oder jugendliche Risikogruppen verlagert. Dies wirft allerdings die Frage auf, welche Beziehung zwischen allgemeinen Jugendservices und gezielten Services besteht. Zahlreiche irische Organisationen, die sich mit Jugendarbeit beschäftigen, befürchten nämlich, dass die finanziellen Mittel für allgemeine Programme reduziert werden könnten.

In den Niederlanden war eine ähnliche Schwerpunktverlagerung zu beobachten. Prinzipiell richtet sich die Jugendpolitik dort an alle jungen Menschen zwischen 0 und 25 Jahren. In den vergangenen Jahren wurde das Augenmerk allerdings zunehmend auf jugendliche Risikogruppen gelenkt. Diese Art der Politik wird vorbeugende Jugendpolitik genannt, und ihr Hauptziel ist es, jungen Menschen das Leben einfacher zu gestalten und zu verhindern, dass sie aus dem System herausfallen. Die vorbeugende Jugendpolitik befasst sich überwiegend mit jüngeren Altersgruppen und benachteiligten jungen Menschen.

Die Situation in Deutschland ist ähnlich. Ziel der Jugendpolitik ist es, die jungen Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Der Schwerpunkt wird dabei allerdings auf spezifische Zielgruppen sowie auf die Entwicklung und Eingliederung besonders benachteiligter junger Menschen gelegt, wie Arbeitslose, junge Einwanderer, junge Frauen, jugendliche Risikogruppen (z.B. Obdachlose, Drogensüchtige, jugendliche Straftäter, etc.). Ebenso sieht die Lage in Griechenland aus. Die Zielgruppe des jüngsten von der Regierung verabschiedeten Jugendprogramms sind nicht nur Jugendliche in der schulischen Ausbildung, sondern auch besondere Kategorien von Jugendlichen wie Arbeitslose, Mädchen und junge Frauen, junge Landwirte, benachteiligte Jugendliche in Städten, von der Gesellschaft ausgeschlossene junge Menschen (jugendliche Straftäter, gesellschaftliche Randgruppen, junge Zigeuner, junge

Menschen mit besonderen Bedürfnissen, Straßenkinder) und jugendliche Minderheiten (junge Flüchtlinge, wandernde Arbeiter).

In einem Land wie Großbritannien, wo die Auffassung von Jugend als mögliches Problem eindeutig überwiegt, sind benachteiligte Jugendliche die wichtigste jugendpolitische Zielgruppe. Die Jugendpolitik befasst sich dort hauptsächlich mit Jugendlichen, die von der Gesellschaft ausgeschlossen sind oder das Risiko laufen, ausgeschlossen zu werden, wie Jugendliche, die in zerrütteten Familien aufwachsen, Jugendliche mit schwachen schulischen Leistungen, Jugendliche aus ärmlichen Gegenden sowie jugendliche Minderheiten.

5.3. Bildungspolitik

Eine höhere Qualifizierung junger Menschen ist das allgemeine bildungspolitische Ziel aller europäischen Länder. Unter der überwältigenden Anzahl von politischen Maßnahmen im Bereich des Schulwesens und der beruflichen Ausbildung kristallisieren sich zwei besonders wichtige Ziele heraus: die Senkung der Abbruchraten in höheren Schulen sowie im Hochschulwesen und die Verbesserung des schulischen Angebots im gesamten Bildungswesen. Aus einigen Studien ging die Beziehung zwischen mangelnder Ausbildung und Arbeitslosigkeit besonders deutlich hervor: Junge Menschen, die kein Abschlusszeugnis vorweisen können, haben wesentlich geringere Chancen auf einen Arbeitsplatz und laufen eher Gefahr, schlecht bezahlte Arbeiten annehmen zu müssen, als ihre Altersgenossen mit regulärem Schulabschluss. Diese Studienergebnisse haben entscheidend dazu beigetragen, dass Programme zur Reduzierung der Abbruch- bzw. zur Förderung der Schulabschlussraten verabschiedet wurden. Auf derartige Programme wird in den Berichten von Dänemark, Frankreich, Griechenland und Italien Bezug genommen. Zu den einschlägigen Maßnahmen gehören der zweite Bildungsweg für Schulabgänger, verstärkte Beratung, lebenslanges Lernen und grundlegende Reformen des Schulsystems. Eine Strategie, um das Risiko der sozialen Ausgrenzung für junge Menschen ohne Abschlusszeugnis zu verringern, ist die Anerkennung von Qualifizierungen, die über einen informellen Bildungsweg erworben wurden. Die Offene Jugendbildung in Dänemark ist ein Beispiel dafür.

Eine qualitative Verbesserung des Schulsystems ist stets erstrebenswert, aber besonders dann, wenn Jugendliche das Risiko laufen, den Übergang von der Schule ins Berufsleben nicht zu schaffen, und das Schulsystem nicht ausreichend finanziert wird, erweist sich diese Maßnahme als besonders dringend. Sowohl im italienischen als auch im britischen Bericht ist von ambitionierten Programmen zur Verbesserung des gesamten Schulsystems von der Vorschule bis zur Universität die Rede.

5.4. Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche

Die Jugendbeschäftigung ist eines der größten Probleme in allen Ländern, mit Ausnahme von Island und Liechtenstein, wo es keine oder nur eine geringfügige Jugendarbeitslosigkeit gibt. In allen anderen Ländern wurden in den neunziger Jahren zahllose Maßnahmen ergriffen, um die hohen Arbeitslosenzahlen unter Jugendlichen zu bekämpfen. Es würde zu weit führen, diese Initiativen im vorliegenden Bericht zu erläutern. Insgesamt entsteht allerdings der Eindruck, dass Jugendliche die alleinige Zielgruppe aller Maßnahmen sind, wie z.B. die Verbesserung ihrer Qualifikationen, die Jugendberatung, die Vermittlung berufsbezogener Fähigkeiten etc. Mit derartigen Initiativen soll Jugendlichen über die altersbedingten Schwierigkeiten, auf die sie am Arbeitsmarkt stoßen, hinweggeholfen werden. Grundlegende Reformen des Arbeitsmarktes, die Jugendlichen den Eintritt ins Berufsleben erleichtern könnten, scheinen dagegen vollkommen zu fehlen.

5.5. Wohnungsbaupolitik für junge Erwachsene

Die Bereitstellung preisgünstiger Wohnungen mit geeigneter Größe stellt in den meisten europäischen Ländern ein großes Problem dar. Die Niederlande bilden hier die einzige Ausnahme. Dort gibt es dank der sogenannten "Anfängerwohnungen" - geeignete Wohngelegenheiten für junge Leute - keinerlei Wohnungsprobleme. In vielen anderen Landesberichten wird das Wohnungsangebot als unzureichend bezeichnet, und die sich unter jungen Menschen abzeichnende Tendenz, länger im Elternhaus wohnen zu bleiben, ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich der Übergang von der Jugend zum Erwachsenenalter hinauszögert (Island, Dänemark, Spanien).

In den meisten Berichten zur Jugendpolitik ist von landesweiten Wohnungsbeihilfen die Rede - entweder speziell für junge Leute oder allgemeine Vergünstigungen, zu denen auch junge Leute Zugang haben -, aber im allgemeinen ist die Wohnungsbaupolitik derzeit kein vorrangiges jugendpolitisches Thema. In Dänemark z.B. wurde die Bereitstellung von Wohngelegenheiten für junge Menschen nicht ins Jugendpolitikprogramm aufgenommen. Anstatt mehr und preisgünstigere Wohnungen zur Verfügung zu stellen, scheint der Schwerpunkt auf die Renovierung bereits existierender Wohngelegenheiten gelegt zu werden. Diese Politik führt zu einer Reduzierung der Wohnungsnachfrage von Jugendlichen. In Portugal und Spanien, wo der Mangel an geeigneten Wohngelegenheiten für junge Leute am deutlichsten ist, werden derzeit neue einschlägige Programme umgesetzt.

5.6. *Initiativen im Gesundheitswesen*

Von einer speziell an Jugendliche gerichteten Gesundheitspolitik ist nur in einigen Landesberichten die Rede. Dies könnte entweder auf die geringe jugendpolitische Bedeutung dieses Bereichs oder auf mangelnde Ausführungen zum Thema in einzelnen Berichten zurückzuführen sein. Gesundheitspolitische Maßnahmen werden in den Berichten von Österreich, Finnland, Island, Griechenland, Irland, Liechtenstein, Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien erwähnt. In diesen Ländern gelten junge Menschen als Risikogruppe in Bezug auf Drogen, Alkohol, Tabak, Verkehrsunfälle, psychische Störungen, Selbstmord, Geschlechtskrankheiten (Aids etc.) und Lebensstil. In den Berichten wird allerdings nicht ausdrücklich erläutert, inwieweit junge Menschen in Schulen sexuell aufgeklärt werden.

Der Geburtenkontrolle sowie den Schwangerschaften unter Teenagern wird in Finnland, Griechenland und insbesondere in Großbritannien Priorität eingeräumt, wo die Zahl der schwangeren Teenager unter den westeuropäischen Ländern am höchsten ist. In allen vier Ländern des Vereinten Königreichs wurden Programme ausgearbeitet, um die Zahl der schwangeren Mädchen unter 18 Jahren bis zum Jahr 2010 zu halbieren. Der Aktionsplan der Regierung für England beinhaltet z.B. eine landesweite Kampagne, eine umfassendere sexuelle Aufklärung in Schulen, die Einbeziehung der Eltern bei vorbeugenden Maßnahmen, Beratung und Verhütung für junge Leute mit besonderem Augenmerk für Jungen und junge Männer, Vorbeugung bei Risikogruppen wie jugendliche Straffällige, die Sexualunterricht und parenting classes erhalten, sowie Erziehung, Kurse, Unterstützung und Wohngelegenheiten für minderjährige Eltern.

5.7. *Maßnahmen zur Bekämpfung devianten Verhaltens unter jungen Menschen*

Seit einigen Jahren gilt das Augenmerk jugendpolitischer Maßnahmen, die sich an deviante Jugendliche oder jugendliche Risikogruppen richten, überwiegend der zunehmenden Gewalttätigkeit sowohl auf Straßen - wie in Dänemark, Liechtenstein und den Niederlanden - als auch aufgrund politischer Beweggründe wie in Deutschland. In Dänemark scheint das Problem allerdings eher bei der zunehmenden Angst vor Straßengewalt als bei einem wirklichen Anstieg der Gewaltanwendungen zu liegen. Auch in Ländern, wo die Gewalttätigkeit von Rechtsextremisten oder Straßenbanden nicht als soziales Problem angesehen wird, gehört die Jugendstraffälligkeit dennoch zu den politischen Kernpunkten.

Im Rahmen der politischen Maßnahmen zur Bekämpfung devianten Verhaltens unter jungen Menschen zeichnen sich zwei verschiedene Tendenzen ab: Einerseits herrscht derzeit die

Einstellung vor, dass für das deviante Verhalten die jungen Menschen selbst oder ihre Eltern verantwortlich zu machen sind. Entsprechend dieser Überzeugung werden Straftaten von Jugendlichen meist mit einer Form der Inhaftierung geahndet. Dies trifft unter anderem auf Deutschland zu, wo jugendliche Straffällige zunehmend in Jugendstrafanstalten eingewiesen werden, aber auch auf Dänemark, wo im Rahmen einiger Pläne zur Verbrechensverhütung eine steigende Zahl geschlossener Anstalten für jugendliche Straffällige geschaffen wurde.

Andererseits wurden Versuche durchgeführt, um alternative Strafformen zu finden, die Verbrechen vorbeugen und eine Inhaftierung jugendlicher Straffälliger vermeiden. Dazu gehören z.B. die Gemeinschaftsarbeit (Finnland und Dänemark), der außergerichtliche Vergleich (Finnland), Polizeibeamte, die den Kontakt mit den Jugendlichen aufrecht erhalten (Österreich), Jugendverträge (Dänemark), Entschädigung des Opfers durch den Straffälligen (Deutschland, Niederlande) und die Verwarnung jugendlicher Straffälliger (Irland).

5.8. Politik der Freizeitgestaltung

Nach den Landesberichten zu urteilen, gehört das Freizeitangebot für Jugendliche derzeit nicht zu den Bereichen, denen im Rahmen der Jugendpolitik große Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Gestaltung der Freizeit ist in der außerschulischen Jugendarbeit und Bildung sehr wichtig, und es wurden zahlreiche Initiativen seitens des Staates und des dritten Sektors Jugendarbeit gestartet. Abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen gehört das Jugend-Freizeitangebot nicht zu den vorrangigen politischen Zielen, und in den Berichten ist kaum von neuen Maßnahmen und experimentellen Initiativen die Rede.

In Großbritannien gelten Sport und kulturelle Veranstaltungen zunehmend als wirkungsvolle Mittel, um die soziale Ausgrenzung sowie die Kriminalität zu bekämpfen. Aus einigen Studien ging hervor, dass Sport die gesellschaftliche Integration entscheidend fördert und sich Kunst sowie Sport positiv auf soziale Aspekte wie Gesundheit, Kriminalität, Arbeitslosigkeit und Bildungsstand in benachteiligten Gegenden auswirken. Entsprechend dieser Ergebnisse hat das Ministerium für Kultur, Medien und Sport eine neue Jugendsporteinheit gegründet, die sportliche Aktivitäten in Schulen und Gemeinschaften fördern helfen soll.

Wie im niederländischen Bericht betont wird, stellt die Konkurrenz seitens kommerzieller Freizeitangebote ein wachsendes Problem dar. Die technische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung haben zur Kommerzialisierung und Individualisierung der jugendlichen Freizeitgestaltung geführt, und gewerbliche Services haben teilweise das traditionelle (freiwillige oder staatlich finanzierte) Freizeitangebot ersetzt. Die irische Erfahrung zeigt, dass es z.B. für Jugendclubs, in denen es keine computerisierten Services und

Zugriffsmöglichkeiten on-line gibt, äußerst schwierig ist, das Interesse der Jugendlichen zu wecken. Im spanischen Bericht wird eine neue außergewöhnliche Initiative erläutert, mit der die Konkurrenzfähigkeit des nicht-gewerblichen Freizeitangebots erhöht werden soll: Der Jugendverband "Geöffnet bis zur Dämmerung" bietet in Gemeindeeinrichtungen wie Schulen, Bibliotheken, Museen, Turnhallen und Schwimmbädern etc. nachts und an Wochenenden zahlreiche kulturelle und sportliche Aktivitäten. Damit sollen neue Freizeitbeschäftigungen als Alternative zum kommerziellen nächtlichen Angebot geschaffen und arbeitslosen oder minderbemittelten Jugendlichen Alternativen zum gewerblichen Nachtleben geboten werden.

5.9. Politik zur Förderung von Jugendverbänden

Obwohl dieses Thema nicht in allen Landesberichten erschöpfend behandelt wird, scheinen Jugendorganisationen und -verbände doch in den meisten Ländern staatlich gefördert und finanziert zu werden. Allerdings besteht ein beträchtlicher Unterschied zwischen Ländern, in denen Jugendverbände eine lange und ausgeprägte Tradition besitzen, und Ländern, in denen dies nicht der Fall ist. In den Mittelmeerländern treten immer mehr Jugendliche einem Jugendverband bei, und diese Entwicklung wird von den Behörden aktiv gefördert. In Portugal gehört z.B. die Unterstützung von Verbänden zu den Kernpunkten der Jugendpolitik. Verbände gelten als ein günstiges Umfeld, in dem sich das zivile, soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Potential von Jugendlichen frei entfalten kann. Ebenso hält die griechische Regierung die Förderung der freiwilligen Teilnahme für wesentlich. Im östlichen Teil Deutschlands verhält es sich ähnlich. Dort gehört der "Aufbau" einer Zivilgesellschaft - z.B. die Gründung von Jugendverbänden und anderen nicht regierungsgebundenen Einrichtungen - zu den wichtigsten politischen Zielen.

In den restlichen westeuropäischen Ländern ist die Zahl der Mitglieder von Jugendorganisationen und -verbänden entweder stabil oder rückläufig. Die sinkende Mitgliederzahl wirkt sich auf die jugendpolitischen Bedingungen aus. Die freiwillige und statutarische Jugendarbeit, die überwiegend das Freizeitangebot für Jugendliche lieferte, hat in den letzten Jahrzehnten viel von ihrer ursprünglichen Bedeutung eingebüßt. Junge Menschen sind heutzutage weniger dazu bereit, sich in Organisationen einzubinden. Sie bewegen sich in einem "freien Raum" zwischen verschiedenen jugendlichen Milieus und Einrichtungen und wollen nicht mehr fest einer Organisation angehören. Darüber hinaus verschwinden die sozialen Netzwerke, die für Jugendliche oft eine Hilfe darstellten, um ihre Probleme zu lösen. Dadurch entstehen neue Anforderungen an die Jugendarbeit und -politik. Die Jugendarbeit wird schwieriger, denn die Programme müssen flexibler und kurzfristiger sein, um mit dem raschen Wandlungsprozess von Jugendkulturen und -interessen Schritt halten zu können.

In Dänemark hat die veränderte Bedeutung von Jugendorganisationen und -verbänden dazu geführt, dass die Behörden nach alternativen repräsentativen Formen für Jugendliche suchen. Vor einigen Jahren wurde bereits der Versuch unternommen, die ursprüngliche Monopolstellung von Jugendorganisationen als Vertreter von Jugendlichen abzubauen. Auf experimenteller Basis wurden zahlreiche Initiativen eingeleitet, wie z.B. Jugendräte, um Jugendlichen ein Mitspracherecht in Gemeindeangelegenheiten zu geben. Dabei wurden lokale Jugendorganisationen ausgeschlossen, da es das vorrangige Ziel der Behörden war, vor allem den Jugendlichen, die keinem Verband angehörten, die Möglichkeit zu geben, ihren Einfluss geltend zu machen.

5.10. Allgemeine Wehr- und Zivildienstpflicht

Auf dem europäischen Kontinent hat die allgemeine Wehrpflicht für junge Männer eine weit zurückreichende Tradition. In jüngster Zeit wurde allerdings in einigen Ländern die Einberufung zu den Streitkräften durch einen freiwilligen Eintritt als Berufssoldat ersetzt. Dies ist in Frankreich, den Niederlanden (ab 1997), in Spanien (mit Wirkung ab dem Jahr 2003) und in Italien (ab 2005) der Fall.

Nur in wenigen Landesberichten wird die Wehrpflicht als jugendpolitisches Thema behandelt. In Deutschland war die allgemeine Wehrpflicht für junge Männer ein stark umstrittenes Thema in zahlreichen politischen Debatten, aber sie wurde beibehalten und gibt auch heute noch Anlass zu Kontroversen. Für Wehrdienstverweigerer wurde ein obligatorischer Zivildienst eingeführt, für den sich viele junge Deutsche entscheiden. Jugendliche Zivildienstleistende leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sozialarbeit.

Der Wehrdienst - oder Zivildienst für Wehrdienstverweigerer - ist auch in Dänemark für junge Männer noch Pflicht. Es wird derzeit jedoch in Betracht gezogen, entweder die einberufenen Soldaten durch eine Berufsarmee zu ersetzen oder die Wehr- und Zivildienstpflicht auch auf junge Frauen auszudehnen. Diesbezüglich ist bisher allerdings noch keine Entscheidung gefallen. In den restlichen Ländern, in denen Wehrdienstpflicht herrscht, hat dieses Thema - zumindest laut der Landesberichte - keine jugendpolitische Bedeutung. Die Wehrdienstverweigerung wurde legalisiert und stellt damit kein politisches Diskussionsthema dar.

In keinem der mit dieser Studie erfassten europäischen Länder gibt es einen obligatorischen Zivildienst, es sei denn als Alternative zum Wehrdienst. In Deutschland wurden allerdings drei landesweite Jugend-Serviceprogramme auf freiwilliger Basis eingeführt, die Gemeinschaftsarbeit, Umweltschutz und Erhaltung von Denkmälern umfassen.

5.11. Beobachtungs- und Evaluationsprogramme

Die systematische und gründliche Evaluation der wichtigsten nationalen Jugendprogramme scheint in den meisten Ländern zum Standard zu gehören, mit Ausnahme von Griechenland, wo es an Berichten über jugendpolitische Ergebnisse fehlt, und Portugal, wo in den letzten Jahren keinerlei Auswertungen der Wirksamkeit jugendpolitischer Maßnahmen vorgenommen wurden. Während die Auswertung landesweiter Jugendprogramme in den meisten Ländern die Norm ist, trifft dies auf lokale Jugendprojekte keineswegs zu. In Norwegen werden diesbezügliche Methoden und Erfahrungen oft in Berichten der Gemeinden festgehalten, die allerdings nicht systematisiert und in eine angemessene Form gebracht werden, um sie allgemein zugänglich zu machen. In Dänemark werden jugendpolitische Initiativen eingeleitet, obwohl keine oder nur unzureichende finanzielle Mittel für die Evaluation des Programms zur Verfügung stehen. Ist eine Bewertung vorgesehen, so wird damit häufig erst nach Anlauf oder Abschluss des Programms begonnen, und es liegen keine Daten darüber vor, wie die Lage vor Inkrafttreten der Initiative aussah. Folglich ist es unmöglich festzustellen, welche Veränderungen durch das Programm herbeigeführt wurden. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Bewertungen lokaler Jugendprogramme gewöhnlich nicht veröffentlicht werden und damit nicht zugänglich sind.

6. TRENDS

6.1. Trends in Jugendpolitik und Jugendfragen

Aus den Landesberichten ergeben sich einige Trends in der nationalen Jugendpolitik. In dieser vergleichenden Studie werden lediglich die wichtigsten länderübergreifenden Trends behandelt.

6.1.1 "Generationenvertrag" und verlängerte Jugend

In einigen Ländern sieht man der Zukunft des sogenannten "Generationenvertrages", d.h. des generationsgebundenen Prinzips des Sozialsystems, mit Sorge entgegen: Die erwerbstätige Bevölkerung kommt heute für den Unterhalt der heranwachsenden Generation auf. Wenn diese Bevölkerungskategorie ins Rentenalter kommt und familiäre oder soziale Unterstützung benötigt, dann muss die nachfolgende Generation für ihren Unterhalt sorgen. Zwei weit verbreitete Tendenzen bringen dieses System ins Wanken:

Zum einen spielt die demographische Entwicklung eine große Rolle. Die rückläufige Zahl von Jugendlichen in den Mittelmeerländern sowie die stabilen Zahlen im restlichen Westeuropa

wird in den meisten Ländern im Laufe der nächsten Jahrzehnte zu einer merklichen Veränderung des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen Jugendlichen und älteren Menschen zu Gunsten letzterer führen (Indikator A4, 1995; Indikator A5, 2010). Dies bedeutet entweder, dass die jüngeren Generationen eine höhere Steuerlast sowie höhere Sozialaufwendungen auf sich nehmen müssen, oder aber, dass sich der Lebensstandard der älteren Menschen verschlechtert.

Zum anderen ist eine verlängerte Jugend ausschlaggebend. In allen westeuropäischen Ländern verwenden Jugendliche immer mehr Zeit auf ihre Schul- und Berufsausbildung, bevor sie ins Berufsleben eintreten. In Ländern mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit wird der Berufseinstieg durch den Mangel an Arbeitsplätzen weiter verzögert.

Die allgemeine Tendenz der verlängerten Jugend ist allerdings nicht ausschließlich auf längere Ausbildungszeiten oder Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen. Sie ist auch das Ergebnis eines neuen "Sozialisationsmodells" während der Jugendzeit. Die Identität einer Person erwächst demnach aus einer Reihe von Experimenten, d.h. einer Vielzahl von gesellschaftlichen Identitätsversuchen. Identität und Zielsetzung innerhalb der Gesellschaft werden nicht länger ein für allemal festgesetzt, sondern im Lebensabschnitt der Jugend ständig neu geprüft und definiert.

Die verlängerte Jugend und das neue Sozialisationsmodell führen dazu, dass die Anzahl der Jahre, in denen die neuen Generationen auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind und ihren Beitrag zu den Sozialausgaben liefern, sinken wird. Diese Tendenz verstärkt die Auswirkungen der demographischen Entwicklung und des veränderten Verhältnisses zwischen jüngeren und älteren Generationen. Besorgnisse über die Zukunft des "Generationenvertrages" hat in den meisten westeuropäischen Ländern die Frage aufgeworfen, wann Jugendliche in den Arbeitsmarkt integriert werden sollten und welche Strategien diesbezüglich am geeignetsten sind. Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik sind die wichtigsten Mittel, um eine Lösung zu finden.

In einigen Ländern haben die "neue" und verlängerte Jugend sowie die veränderte demographische Zusammensetzung der Gesellschaft eine interessante Diskussion darüber angeregt, ob die Jugendpolitik auf die Entfaltung der Jugend abzielen sollte, indem sie "Jugendlichen hilft, jung zu sein", oder ob sie der verlängerten Jugend entgegenwirken und junge Menschen dabei unterstützen sollte, sich in den verschiedenen Bereichen der Erwachsenenwelt zu orientieren. Mit anderen Worten ging es darum, ob es Ziel der Jugendpolitik sein sollte, die freie Entfaltung der Jugend zu fördern oder einzuschränken.

Diese Diskussion steht natürlich auch in Zusammenhang mit den zuvor erläuterten jugendpolitischen Auffassungen: Jugend als Ressource bzw. Problem. Jugendpolitische Maßnahmen, die hauptsächlich darauf hinzielen, Jugendlichen den Übergang in die Erwachsenenwelt zu erleichtern, tragen wohl auch dazu bei, die Jugendzeit als problematischen

Lebensabschnitt darzustellen, der minimiert werden muss. Die Erfahrungen junger Menschen werden im Vergleich zu den vorhergehenden Generationen abgewertet. Eine jugendpolitische Überzeugung, die für eine ungehinderte Entfaltung der Jugend eintritt, tendiert dazu, Jugendliche verstärkt als eine besondere Gesellschaftsgruppe mit speziellen Bedürfnissen und Interessen anzusehen. Dies kann paradoxerweise dazu führen, dass jungen Menschen Möglichkeiten und Rechte vorenthalten werden, die für andere Bevölkerungsgruppen als selbstverständlich gelten.

Diese abstrakten Überlegungen lassen sich nicht direkt auf die mit vorliegender Studie erfassten Länder anwenden. Die beiden Auffassungen kommen in allen Ländern und politischen Bereichen in unterschiedlichem Ausmaß zum Tragen. Es könnte allerdings ein Zusammenhang zwischen den zuvor erläuterten Auffassungen von Jugend als Ressource bzw. Problem einerseits und der Entfaltung bzw. Reduzierung der Jugendzeit andererseits gesehen werden. Die verfügbaren Daten lassen diesbezüglich keine detaillierte Analyse zu.

6.1.2 Politische Partizipation von Jugendlichen

Die verminderte Partizipation Jugendlicher am politischen Leben - Wahlbeteiligung, Mitgliedschaft in politischen Parteien, Jugendverbänden oder -organisationen sowie Repräsentation in Körperschaften mit Entscheidungsbefugnis - stellt in den meisten westeuropäischen Ländern ein großes jugendpolitisches Problem dar, mit Ausnahme der Mittelmeerländer, in denen das politische Interesse der Jugendlichen zunimmt. Das geringe politische Engagement und die verminderte Beteiligung am öffentlichen Leben unter Jugendlichen wird als eine Bedrohung für die Zukunft der repräsentativen Demokratie angesehen. Eine Reihe von Initiativen wurde bereits eingeleitet, um dieser Tendenz Einhalt zu gebieten.

In Großbritannien bilden Diskurse und politische Debatten, die sich für eine aktive Teilnahme am demokratischen Prozess aussprechen, einen Kontext, in dem jugendpolitischen Fragen ein gesonderter Status zukommt. In Schweden stellt die Partizipation ein wichtiges politisches Thema dar und wird als Ziel aber auch als Mittel angesehen, um mit jungen Menschen zu arbeiten. In Finnland versucht man derzeit, Alternativen zur herkömmlichen politischen Einflussnahme zu finden, wie z.B. die Tele-Demokratie und die Mitsprache über Internet und lokale Jugendparlamente. Ähnliche Experimente werden in Dänemark durchgeführt, wo das politische Interesse und Mitspracherecht von Jugendlichen einer der wichtigsten politischen Punkte ist - wenn nicht sogar der wichtigste. Verschiedene einschlägige Programme wurden dort bereits sowohl auf Landes- als auch auf Gemeindeebene verabschiedet.

In Österreich beschäftigt man sich seit einigen Jahren zunehmend mit den politischen Mitsprachemöglichkeiten für Jugendliche, die noch nicht wahlberechtigt sind. In Luxemburg hat das Jugendministerium seinen ersten Aktionsplan zur Förderung der Jugendbeteiligung gestartet und eine Reihe von Maßnahmen zur Stimulierung des politischen Interesses Jugendlicher auf Gemeindeebene durchgeführt. In Norwegen hat sich die Regierung zum Ziel gesetzt, den Sinn für Demokratie in jungen Menschen zu stärken und Kinder sowie Jugendliche verstärkt bei der Formulierung und Ausführung von Aktivitäten und Maßnahmen einzubeziehen.

6.1.3 Explizite Jugendpolitik

Im Vergleich zur Lage von 1995, als der letzte Bericht über Jugendpolitik in der EU veröffentlicht wurde (Europäische Kommission, 1995), zeichnet sich jetzt in den meisten europäischen Ländern deutlich die Tendenz zu einer expliziten, koordinierten und gesetzlich festgelegten Jugendpolitik ab. Diese Entwicklung ist - in unterschiedlichem Ausmaß - in Italien, Dänemark und Großbritannien zu beobachten, d.h. gerade in den Ländern, in denen bis vor kurzem weder eine landesweite Jugendpolitik noch eine Koordinierung jugendpolitischer Arbeit zwischen den traditionellen Ressorts zu erkennen war.

Bis 1998 gab es in Italien keine nationale Jugendpolitik. In diesem Jahr wurde der Minister für Soziale Solidarität mit der Aufgabe betraut, jugendpolitische Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration der neuen Generationen zu koordinieren. Im Jahr darauf legte die italienische Regierung den ersten Entwurf für ein Jugendgesetz mit dem Titel "Maßnahmen zur Förderung von Partizipation, Aktivitäten und Repräsentation von jungen Menschen in der Gesellschaft" vor. Dieser Gesetzesvorschlag wurde bisher noch nicht verabschiedet, aber das Sozialministerium begann allmählich damit, jugendpolitische Maßnahmen zu ergreifen und zu koordinieren.

Auch in Dänemark gab es bis 1997 kein Jugendministerium, keine speziellen Services zur Koordinierung der Jugendarbeit und keine spezifische Jugendpolitik. Bis zu diesem Jahr waren einzelne Minister für verschiedene jugendpolitische Bereiche zuständig, aber ihre Arbeit wurde in keiner Weise koordiniert. Seit 1997 werden die landesweiten jugendpolitischen Maßnahmen durch den Jugendausschuss der Regierung (mit 9 Ministern als Mitglieder) und dem Interministeriellen Jugendausschuss, der sich aus Regierungsbeamten derselben Ministerien zusammensetzt, koordiniert. Im selben Jahr legte die dänische Regierung ihr erstes umfassendes Jugendpolitikprogramm vor, in dem eine Reihe von Zielen und Initiativen aufgelistet waren. Trotz dieser Entwicklung ist die Jugendpolitik in diesem Land auch heute noch zweitrangig und von nebensächlicher Bedeutung, und jugendpolitische Maßnahmen sind immer noch

Kompetenz verschiedener Minister. Die neue landesweite Jugendpolitik in Dänemark beschränkt sich nach wie vor auf eine geringfügige Koordinierung jugendpolitischer Maßnahmen zwischen Ministerien. Von einer wirklichen interministeriellen Planung und Durchführung umfassender Jugendpolitikprogramme ist die Regierung noch weit entfernt. Darüber hinaus bleibt abzuwarten, ob es sich bei dieser jugendpolitischen Koordinierung um einen anhaltenden Trend oder lediglich um eine vorübergehende politische Phase handelt. Die Koordinierung jugendpolitischer Maßnahmen ist das Verdienst der derzeitigen sozialdemokratischen Regierung, aber es ist ungewiss, ob eine anders gesinnte Regierung zukünftig eine derartige Zusammenarbeit weiterhin fördert. Die Vergangenheit hat deutlich gemacht, dass unter sozialdemokratischen Regierungen in Dänemark die Jugendpolitik in den Vordergrund rückt, während dieser Bereich unter anderen Regierungen stark vernachlässigt wird.

In Großbritannien wurden die ersten offiziellen Schritte hin zu einer einheitlichen Jugendpolitik erst vor kurzer Zeit unternommen. Aber auch heute ist der jugendpolitische Bereich noch sehr fragmentarisiert. Es gibt weder eine zentrale Struktur noch eine Koordinierung zwischen Ministerien bzw. zwischen nationalen, regionalen und lokalen Behörden. In jüngster Zeit hat sich allerdings ansatzweise eine landesweite Jugendpolitik herauskristallisiert. Diese Entwicklung setzte vor allem im Zusammenhang mit politischen Maßnahmen und Initiativen zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung ein sowie zur Förderung der Bürgerrechte und der demokratischen Beteiligung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.

6.2. Beispiele erfolgreicher Politik

In den Landesberichten werden einige Beispiele für politische Maßnahmen, Programme und Projekte geliefert, die auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene als Anregung dienen können. Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über politische Maßnahmen, die von den Verfassern der jeweiligen Berichte als Beispiele "erfolgreicher Politik" hervorgehoben wurden.

6.2.1 Bildungswesen

In Dänemark stellt die Offene Jugendausbildung eine Alternative zu herkömmlichen höheren Schulen dar. In einem Zeitraum von 2-3 Jahren planen die Teilnehmer ihren eigenen Bildungsweg - berufliche und allgemeine Ausbildung, Praktika, freiwillige Arbeit, Reisen -, der durch einen individuellen Lernplan sowie ein übergeordnetes Lernthema strukturiert wird.

Bei der Peer-group-Information diskutieren Jugendliche mit ihren Altersgenossen über ein Thema von allgemeinem Interesse. Es handelt sich hierbei um eine Alternative zu traditionellen Formen des Meinungsaustausches unter Jugendlichen sowie um eine Ergänzung zu offiziellen Organen wie Studenten- oder Jugendberatungen. In Dänemark hat sich diese Methode des Dialogs und des Informationsaustausches unter jungen Menschen als sehr erfolgreich erwiesen. Die niederländische Kampagne Sichere Schulen zielt darauf hin, in Zusammenarbeit mit der Polizei, der Justiz, dem Gesundheitswesen, der psychologischen Jugendbetreuung und gemeinnützigen Organisationen in Schulen ein sicheres Klima zu schaffen. Aus Bewertungen dieser Initiative ging hervor, dass die Kooperation zwischen verschiedenen Organisationen im näheren Umkreis von Schulen intensiviert werden konnte. Das wichtigste Ergebnis dieser Kampagne ist, dass sich die Schulen offiziell mit Fragen der Sicherheit befassen.

Das norwegische Netzwerk für Umwelterziehung ist eine Initiative, die von Schulen, Umweltbehörden, Forschungseinrichtungen und freiwilligen Organisationen gemeinsam gestartet wurde. Das Programm ermöglicht Schulkindern, bei der Überprüfung der Wasserqualität, des Energieverbrauchs oder der schulinternen Luftqualität durch die lokalen Behörden teilzunehmen. Außerdem werden sichere und schöne Fußwege auf Karten eingezeichnet und eventuelle Gefahrenstellen beseitigt, Grünanlagen gereinigt und Energiesparmaßnahmen durchgeführt.

6.2.2 Arbeitsmarktpolitik

Die hohen Jugendarbeitslosenzahlen in Europa haben eine Reihe von nationalen, regionalen und lokalen Maßnahmen erforderlich gemacht. Einige von ihnen wurden in den Landesberichten als besonders erfolgreich eingestuft.

Als die Jugendarbeitslosigkeit in Finnland ihren Höhepunkt erreichte, wurden dort sogenannte Jugendworkshops eingerichtet, die überwiegend von Kommunalbehörden geleitet werden und jungen Menschen über einen Zeitraum von sechs Monaten Ausbildungs- und Arbeitsgelegenheiten bieten. Ziel dieser Workshops ist es, junge Menschen zum Antritt einer Ausbildung, einer selbständigen beruflichen Tätigkeit oder einer Anstellung anzuregen, indem ihnen die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden. Die Workshops haben sich als ein erfolgreiches Mittel erwiesen, um die Arbeitslosigkeit und ihre Auswirkungen zu mindern.

Im deutschen Bericht werden nationale, regionale und lokale politische Maßnahmen erläutert, die den Übergang vom Schul- ins Berufsleben erleichtern. Einige dieser Initiativen sehen die Zusammenarbeit zwischen Kinder- und Jugendservices, Schulen und lokalen Unternehmen vor.

Auf internationaler Ebene gilt das deutsche Übergangssystem als gut strukturiert, standardisiert und finanziert.

In Dänemark wurden von der Regierung Zusatzmaßnahmen für die Jugend eingeführt. Jugendliche, die Arbeitslosenunterstützung beantragen, haben nach sechsmonatiger Arbeitslosigkeit das Recht und die Pflicht, eine Ausbildung von mindestens 18 Monaten anzutreten. Bei Beginn der Ausbildung wird die Arbeitslosenunterstützung um 50% gekürzt und erreicht damit das Niveau von finanziellen Unterstützungen im herkömmlichen Bildungswesen. Auswertungen dieses Programms haben ergeben, dass viele junge Arbeitslose dank dieser Maßnahme angeregt wurden, ihre schulische oder berufliche Ausbildung fortzusetzen bzw. eine Anstellung anzunehmen, um nicht von diesem System erfasst zu werden. Die Jugendarbeitslosigkeit konnte damit beträchtlich verringert werden.

6.2.3 Politische Partizipation von Jugendlichen

Jugendpolitik in kommunaler Perspektive ist ein dänisches Programm, das darauf hinzielt, die lokale Jugendpolitik in allen Ressorts und Verwaltungsbereichen festzulegen und genau abzugrenzen. Die Erfahrungen, die dank dieses Programms gesammelt werden konnten, machen deutlich, dass der eigentliche Erfolg lokaler Jugendpolitik eher im Entscheidungsprozess als im Resultat besteht. Debatten, Planung, Einbeziehung engagierter Jugendlicher sowie Zusammenarbeit zwischen der Gemeindeverwaltung und jungen Menschen sind die wichtigsten Ergebnisse, die mit dieser Initiative erzielt werden konnten. Die detaillierte Ausarbeitung einer umfassenden und kohärenten lokalen Jugendpolitik stellt nicht nur für die jungen Menschen eine lehrreiche Erfahrung dar, sondern auch für die Gemeindeverwaltungen selbst.

Tele-Demokratie ist ein finnischer Internet-Site, über den es möglich ist, sich aktiv an der Gemeindepolitik zu beteiligen. Er beinhaltet u.a. die Ideenfabrik, wo Jugendliche die Gelegenheit haben, den regierenden Gemeindekörperschaften ihre Meinung mitzuteilen. Die Ideen, die über diesen Kanal vorgebracht werden, stehen im Internet zur Diskussion frei. Der Vorschlag wird von einem Diskussionsleiter zu einem formalen Antrag ausgearbeitet, der schließlich dem Jugendrat vorgelegt wird. Dieser leitet ihn wiederum an die regierenden Organe der Stadt weiter. Das Porsgrunn-Modell zielt darauf ab, unter jungen Menschen eine lokale "Kultur der Partizipation" zu verbreiten. Das Modell beinhaltet Schülerräte in allen Schulen, einen von allen Jugendlichen gewählten Jugendstadtrat, die Ernennung von Vertrauenslehrern und einem Kindersprecher, von Jugendlichen verwaltete Fonds für "unmittelbare Aktionen", Besprechungen zwischen Gemeindepolitikern und Jugendlichen sowie eine alljährlich stattfindende "Kinder- und Jugendwoche" (Norwegen).

Das Jugendforum für Demokratie setzt sich aus 16 Mitgliedern zwischen 15 und 26 Jahren zusammen, die aus allen Teilen Norwegens stammen und Jugendliche mit unterschiedlichem kulturellem und sozialem Hintergrund vertreten. Das Jugendforum für Demokratie berät die Regierung sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landesebene bei jugendpolitischen Angelegenheiten sowie zu Fragen der Entwicklung von Jugendlichen in der Gesellschaft.

Eine Arbeitsgruppe junger Menschen - die sogenannte Gruppe 2050, in der verschiedene Organisationen repräsentiert sind - hat es sich zum Ziel gesetzt, ein Norwegisches Jugendparlament einzurichten und zu leiten. Ihr Programm sieht vor, Jugendliche aus dem ganzen Land darüber zu informieren, wie das Parlament und seine Fachausschüsse sowie die Regierung und ihre Ministerien arbeiten. Das "Jugendparlament" wird seine eigenen Prioritäten festsetzen und ein langfristiges Programm sowie einen alternativen Staatshaushalt vorlegen, um die Interessen junger Menschen verstärkt geltend zu machen.

Der Konsultative Jugendrat ist ein jugendpolitisches Diskussionsforum zwischen Regierungsorganen und zivilen Jugendorganisationen, das laut dem portugiesischen Bericht einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Jugendpolitik in Portugal geleistet hat.

In Schweden wird an Gemeinden, die eine besonders erfolgreiche Jugendpolitik betrieben und die Jugendbeteiligung gefördert haben, die Auszeichnung Jugendgemeinde des Jahres verliehen.

6.2.4 Grundrechte von Jugendlichen

Nur im norwegischen Bericht werden die Rechte von Jugendlichen als Beispiel einer erfolgreichen Jugendpolitik genannt. Die Jugendrechte sind in Norwegen in verschiedenen Gesetzen verankert: Das Gesetz zur Öffentlichen Verwaltung gibt Kindern über 14 Jahren das Recht, sich zu Verwaltungsangelegenheiten, die sie betreffen, zu äußern; das Gesetz zur kommunalen Verwaltung fordert die Gemeinden auf, sämtliche Informationen zugänglich zu machen; das Gesetz zur Informationsfreiheit gibt Jugendlichen das Recht, Dokumente einzusehen, während das Planungs- und Baugesetz Gruppen, die von der Planung betroffen sind (einschließlich junge Menschen) das Mitspracherecht einräumt.

6.2.5 Jugendpolitische Informationen

In Schweden sammelt der Nationale Ausschuss für Jugendangelegenheiten Beispiele für erfolgreiche jugendpolitische Maßnahmen und stellt diese Information in einer Art "Erfahrungsdatenbank" zur Verfügung. Ein Beispiel sind die lokalen Jugendräte, von denen es im ganzen Land ungefähr 100 gibt und in denen verschiedene Modelle der Mitgliedschaft sowie verschiedene Arbeitsmethoden und Formen der Mitsprache experimentiert wurden.

In Norwegen setzen Gemeinden die Jugendlichen als Informationsquelle ein und erhalten auf diese Weise systematisch Auskunft über ihre Lebensbedingungen, Erfahrungen und Ansichten. Die Informationen werden über Fragebögen, Interviews, Erklärungen von Schüler-, Kinder- und Jugendräten, Anhörungen für Kinder und Jugendliche, Überprüfung der Lage von Kindern und Jugendlichen, Tagebücher, Erstellung von Karten und Registrierung der Bodennutzung eingeholt.

6.2.6 Kritik an der nationalen Jugendpolitik

In den Landesberichten werden einige jugendpolitische Maßnahmen aufgeführt, die ihr Ziel verfehlt haben, sowie wichtige Bereiche, die von der Jugendpolitik überhaupt nicht erfasst wurden. Die meisten dieser Kritiken treffen nur auf einzelne Länder zu. Es zeichnen sich allerdings auch einige allgemeine Trends ab, die sich auf die meisten westeuropäischen Länder erstrecken.

6.2.7 Mangelnde Berücksichtigung jugendlicher Individualität

Aus den Landesberichten geht die allgemeine Ansicht hervor, dass Jugendliche eine stärkere Individualität entwickeln und sie nicht mehr einfach als einheitliche Gruppe von Altersgenossen betrachtet werden können. Heutige Jugend ist ein experimenteller Lebensabschnitt, in dem sich die Identität als Erwachsener allmählich herauskristallisiert und die gesellschaftliche Rolle nicht mehr ein für allemal definiert wird. Jugend ist zu einer Lebensphase geworden, in der die Persönlichkeit getestet und neu definiert wird.

Diese Betonung der Individualität impliziert eine heterogene Jugendzeit, die neue jugendpolitische Maßnahmen erforderlich macht. Im österreichischen Bericht wird folgendes angemerkt: Die Fragmentierung der Jugendkultur erfordert die Entwicklung differenzierter Methoden. Mit einem einzigen jugendpolitischen Modell können nicht mehr alle Jugendlichen erfasst werden, und dies muss auch bei der Finanzierung der Jugendarbeit berücksichtigt werden. Im britischen Bericht kommt man zu dem Schluss, dass es unerlässlich ist, die Jugend als umfassenden und heterogenen Begriff neu zu definieren. Dieselbe Überzeugung wird im deutschen Bericht zum Ausdruck gebracht, der ein Beispiel dafür enthält, dass standardisierte Maßnahmen auf den Unwillen der Jugendlichen stoßen können.

6.2.8 Unterstützung jugendlicher Risikogruppen

In einigen Landesberichten wird aber die derzeitige Tendenz kritisiert, Programme, die sich an spezifische Gruppen von Jugendlichen wenden, allgemeinen Projekten vorzuziehen, was im Widerspruch zur oben geforderten Differenzierung der Jugendpolitik steht. Wird der

jugendpolitische Schwerpunkt auf sogenannte Risikogruppen gelegt, so besteht die Gefahr, dass die Ziele, die Entwicklung und die Finanzierung politischer Maßnahmen von der zuletzt identifizierten Risikogruppe bedingt werden und sich ausschließlich an ihre Bedürfnisse anpassen. Die Jugend wird so eng mit sozialen Problemen und Risiken in Verbindung gebracht, was erneut zu einer verallgemeinernden Definition des Jugendbegriffs als soziale Devianz oder potentielle soziale Devianz führt (Großbritannien).

Ähnliche Argumentationen werden im irischen Bericht vorgebracht. Die zunehmende Verlagerung des jugendpolitischen Schwerpunktes auf Programme für spezifische Gruppen benachteiligter Jugendlicher oder Risikogruppen wirft die Frage auf, welche Beziehung zwischen allgemeinen und spezifisch orientierten Jugendservices besteht.

6.2.9 Mangelnde Evaluation und Beobachtung jugendpolitischer Maßnahmen

Die Verfasser der Landesberichte - vor allem der Mittelmeerländer, Skandinaviens und der Britischen Inseln - scheinen sich allgemein darin einig zu sein, dass jugendpolitische Maßnahmen unzureichend bewertet werden und dass die mangelnde Information über die Auswirkungen der Jugendpolitik es schwierig macht, den wahren Erfolg eines Programms oder Projekts einzuschätzen.

Im portugiesischen Bericht wird diese Kritik folgendermaßen formuliert: Die mangelnde Bewertung der öffentlichen Jugendpolitik in Portugal stellt ein großes Hindernis für ihren möglichen Erfolg dar. Sie verhindert die Korrektur oder Neuformulierung von Jugendprogrammen, so dass sich Fehler wiederholen. Eine ernsthafte, unabhängige und jährlich durchgeführte Evaluation von Jugendprogrammen könnte den Behörden wertvolle Hinweise darauf geben, inwieweit die gesetzten Ziele erreicht wurden, und ihre Transparenz und Verantwortlichkeit verstärken. Im griechischen Bericht wird erklärt, dass es in Griechenland unmöglich ist, die Wirksamkeit jugendpolitischer Maßnahmen einer Bewertung zu unterziehen, da die im Rahmen der Jugendpolitik erzielten Ergebnisse in keiner Weise festgehalten und erörtert werden.

In einigen skandinavischen Ländern wie Norwegen und Dänemark werden zahlreiche lokale Jugendprogramme zwar bewertet, aber nicht systematisiert, und die Ergebnisse sind für die Öffentlichkeit nur schwer zugänglich. In Irland und in Großbritannien liegt das Problem dagegen darin, dass es zu viele Beobachtungsstellen gibt: Die Mechanismen zur Bewertung, inwieweit jugendpolitische Maßnahmen in der Praxis durchgeführt werden, sind zu verschieden. Dementsprechend weichen die Kriterien dafür, was als Erfolg zu bezeichnen ist, zu stark voneinander ab.

6.3. Kooperation und Jugendpolitik in der EU

Nur wenige Landesberichte beinhalten Vorschläge für Bereiche im Rahmen der EU-Jugendpolitik, in denen eine Zusammenarbeit als sinnvoll erscheinen könnte. Hier eine Aufstellung der Vorschläge (nicht nach Prioritäten geordnet):

6.3.1 Forschung und Informationsaustausch

- Jugendforschung auf europäischem Niveau, da Tendenzen, Milieus und Probleme gewöhnlich nicht auf ein Land beschränkt bleiben (Österreich);
- Entwicklung von Programmen zur Vernetzung des europaweiten Informationsaustauschs (Irland);
- Unterstützung lokaler jugendpolitischer Netzwerke und Meinungsaustausch zwischen politischen Akteuren in Gemeinden und Städten. Wie können wir Informationen über lokale Entscheidungsprozesse und Lösungen für jugendpolitische Angelegenheiten austauschen (Schweden)?
- Entwicklung eines europäischen Indikatorensystems, das Auskunft über die Lebensbedingungen, die Beteiligung sowie Werte/Einstellungen gibt und Vergleiche zulässt (Schweden);
- Vergleichende, europaweite Kinder- und Jugendforschung; regelmäßige Berichte über die Lage von Kindern und Jugendlichen sowie über die Entwicklung der Jugendpolitik in Europa (Deutschland);
- Überprüfung der allgemeinen gesetzlichen Anforderungen in besonderen Bereichen der Kinder- und Jugendservices in den EU-Mitgliedstaaten (Deutschland).

6.3.2 Mobilität und weitere EU-Programme

- Das Thema der Mobilität muss detaillierter behandelt werden, z.B. in Bezug auf benachteiligte Jugendliche und Gebiete (Österreich).
- Existierenden EU-Programme sollten nicht so eng gefasst werden, dass sie eine Kombination ausschließen: Programme von Jugendverbänden, die zusätzliche Aktivitäten in einer Struktur integrieren, sollten unterstützt und gefördert werden (Portugal).
- Austauschprogramme für soziale Randgruppen oder jugendliche Risikogruppen sollten gefördert werden (Portugal).
- Die europäische Staatsbürgerschaft sollte ein vorrangiges Ziel sein und nicht nur durch bloße Austauschprogramme gefördert werden (Portugal, Deutschland).

- Der Unterricht in europäischen Sprachen sollte ausgebaut werden, vor allem für benachteiligte Kinder und Jugendliche (Deutschland).
- Die geographische, soziale und virtuelle Bewegungsfreiheit von jungen Menschen sollte gefördert werden (Deutschland).
- Europäische Jugendorganisationen sowie von ihnen europaweit veranstaltete Konferenzen und Seminare sollten unterstützt werden (Deutschland).
- Förderung des Meinungsbildungsprozesses bei Jugendlichen und diesbezügliche enge Zusammenarbeit mit dem Europarat (Deutschland);
- Unterstützung europäischer Jugendaustauschprogramme sowie des Europäischen Freiwilligendienstes (Deutschland);
- Europaweite Unterstützung und Vernetzung jugendpolitischer Strukturen (Deutschland);
- Europaweite Unterstützung der kulturellen und wissenschaftlichen Tätigkeit junger Menschen (Deutschland);
- Förderung europäischer Jugendfestivals und anderer kultureller Veranstaltungen (Deutschland).

6.3.3 Freiwillige und statutarische Jugendarbeit

- Anerkennung freiwilliger Arbeit (Österreich);
- Förderung der sozialen Eingliederung sowie der Integration von (ethnischen, sexuellen, religiösen und anderen) Minderheiten in die Gemeinschaft (durch die Förderung europaweiter Modelle freiwilliger Arbeit in Projekten für Obdachlose, Einwanderer, Flüchtlinge und weiteren Integrierungsmodellen) (Portugal);
- Wie kann eine informelle Ausbildung durch Organisationen oder Freizeitaktivitäten anerkannt werden (Schweden)?
- Förderung europaweiter Kooperationsprogramme von Jugendverbänden (Portugal);
- Ausbildung und Abschlüsse für Jugendarbeiter: Entwicklung europäischer Standards für Fachausbildung in Kinder- und Jugendservices bzw. Jugenarbeit innerhalb der EU (Deutschland);
- Entwicklung europäischer Jugendarbeit und Jugendservice-Politik (Deutschland).

6.3.4 Arbeitsmarktpolitik

- Vor allem hinsichtlich der Arbeitslosigkeit verlieren Landesgrenzen ihre Bedeutung. Für ein regionales Denken (Österreich).

- Schaffung von europaweiten Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Leute, vor allem für Berufseinsteiger (durch umfassendere Austauschprogramme, Praktikumsplätze in anderen Mitgliedsstaaten, verstärkten Fremdsprachenunterricht für Jugendliche etc.) (Portugal).
- Jugendarbeitslosigkeit, Einflussnahme und Partizipation junger Menschen in der EU-Politik, Jugendaustauschprogramme und Einbeziehung Jugendlicher, die derzeit von keinem der EU-Projekte erfasst werden (Schweden);
- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der sozialen Ausgrenzung sowie Schaffung neuer Aussichten (Deutschland).

6.3.5 *Schutz und Verhütung*

- Medien- und Jugendschutz (Österreich);
- Informationsaustausch und Vergleich von Modellen für Verhütungsprogramme; gemeinsame Festlegung von Richtlinien (Österreich);
- Programme zur Verhütung sozialer Ausgrenzung sind dringend notwendig (Finnland).
- Die Bekämpfung des Drogenmissbrauchs ist ebenfalls ein Bereich, in dem sich die Zusammenarbeit zwischen EU-Mitgliedsstaaten als ertragreich erweisen könnte (Finnland).
- Bekämpfung von ausländerfeindlichem Verhalten sowie von Diskriminierung, mangelnder Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau und mangelnder Chancengleichheit für Jugendliche aus benachteiligten Gegenden (durch Ausweitung bereits existierender europäischer Programme und Schaffung neuer Mittel) (Portugal);
- Schutz junger Menschen vor Gewalt und Missbrauch (Deutschland);
- Schutz junger Menschen in den Medien (Deutschland);
- Förderung des multikulturellen Lernprozesses, der Toleranz sowie der Solidarität (Deutschland);
- Bekämpfung des Rechtsextremismus, der Ausländerfeindlichkeit, des Rassismus' sowie des Antisemitismus' (Deutschland);
- Vermeidung gesundheitlicher Risiken durch die Entwicklung einer europaweiten Vorbeugepolitik für Kinder und junge Menschen (Deutschland);
- Jugendkriminalität: Austausch von Informationen und Erfahrungen zu vorbeugenden jugendpolitischen Maßnahmen sowie Kinder- und Jugendservices (Deutschland).

6.3.6 *„Der Generationenvertrag“*

- Der Alterungsprozess in der Bevölkerung sowie die sinkende Zahl von Jugendlichen rücken in der europäischen Jugendpolitik zunehmend in den Mittelpunkt. In diesem

Zusammenhang wird es immer wichtiger, die Jugend dazu anzuregen, aktiv am Bildungswesen und am öffentlichen Leben teilzunehmen (Finnland).

- Die sinkenden Geburtenraten in ganz Europa und ihre Auswirkung auf die Lebensbedingungen junger Menschen unter den Aspekten wie z.B. Sozialwesen, Loslösung von den Eltern, Arbeitslosigkeit und Zeitarbeit unter jungen Leuten (Schweden).

6.3.7 Partizipation am öffentlichen Leben

- Wahlbeteiligung und Senkung des Wahlberechtigungsalters (Schweden);
- Das Freizeitangebot sollte über sportliche und kulturelle Veranstaltungen hinausgehen und sich auch auf Bereiche wie die gesellschaftliche Integration und die Wahrnehmung der Bürgerrechte ausdehnen (Portugal).

6.3.8 Internationale Beziehungen

- Die Immigration sowie das "brain drain" aus Entwicklungsländern werden in Zukunft wichtige Themenbereiche sein (Finnland).
- Unterstützung von jugendpolitischen Strukturen in Ost- und Südosteuropa sowie in Entwicklungsländern (Deutschland);
- Ausarbeitung europäischer Partnerschaftsprogramme mit jungen Menschen aus anderen Teilen der Welt (Deutschland).

7. MODELLE EUROPÄISCHER JUGENDPOLITIK

Eine gemeinsame europäische Jugendpolitiktypologie kann beim derzeitigen Stand der Forschung nur versuchsweise und rein hypothetisch ausdifferenziert werden. Ein derartiger Versuch erfordert einige Abstraktionen, in denen die Unterschiede zwischen den Ländern sowie Abweichungen innerhalb eines Landes als allgemeingültige Merkmale behandelt werden. Daraus ergibt sich eine Reihe von Modellen, die einige der wichtigsten jugendpolitischen Aspekte innerhalb einer Gruppe von Ländern in einer abstrahierten und vereinfachten Form zusammenfassen.

Die folgende Typologie geht auf die bei Duncan Gallie und Serge Paugam behandelten Sozialsysteme zurück (Gallie und Paugam, 2000) und findet auch bei der Analyse der europäischen Jugendarbeit im Bericht Education and Training of Youth Workers in Europe (IARD, 2000) Anwendung. Nach Gallie und Paugam können die europäischen Fürsorgesysteme als sozialdemokratisch (skandinavische Länder), liberal (minimale Sozialleistungen der

Britischen Inseln), konservativ (das arbeitsmarktgebundene Modell mitteleuropäischer Länder) und als sub-institutionalisiert (die Mittelmeerländer) definiert werden. Die Typologie unserer Studie umfasst zwar dieselben geographischen Gebiete wie die Klassifizierung von Gallie/Paugam, die Jugendpolitikmodelle werden jedoch aufgrund wichtiger jugendpolitischer Merkmale definiert: das universalistische Modell Skandinaviens, das gemeinschaftsgebundene Modell der Britischen Inseln, das schützende Modell der mitteleuropäischen Länder sowie das zentralisierte Modell der Mittelmeerländer¹³.

Das universalistische Jugendpolitikmodell ist verhältnismäßig neu und geht auf eine jugendpolitische Neustrukturierung in den letzten 10 - 15 Jahren zurück. In diesem Zeitraum wurde die skandinavische Jugendpolitik, die bis dahin auf verschiedene Ressorts verteilt war, in einem Ministerium zusammengefasst, das für die landesweite Koordinierung jugendpolitischer Angelegenheiten zuständig ist. Dennoch ist in diesem Modell kein Jugendministerium vorgesehen, und Jugendressorts sind entweder von zweitrangiger Bedeutung oder inexistent. Trotz des gut ausgebauten Fürsorgesystems spielt die Zivilgesellschaft in der Jugendpolitik die wichtigste Rolle. Staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen kooperieren bei der Ausarbeitung und Durchführung jugendpolitischer Maßnahmen. Das skandinavische Jugendpolitikmodell ist universalistisch: Zielgruppe ist die gesamte Jugendgeneration, zu der Jugendliche und junge Erwachsene bis zu 25 Jahren gehören. Die Jugendzeit wird also hier im engeren Sinn definiert und schließt Kinder aus. Während in den neunziger Jahren die Jugendarbeitslosigkeit das größte jugendpolitische Problem darstellte und den Ausschlag zur Ausarbeitung landesweiter jugendpolitischer Maßnahmen gab, steht heute die Beteiligung Jugendlicher am öffentlichen Leben im Mittelpunkt der Jugendpolitik. Im allgemeinen gilt die Jugend als gesellschaftliche Ressource, die es zu fördern gilt - nicht nur als Investition in die Zukunft, sondern als Lebensabschnitt an sich. Abgesehen von der sozialen und psychologischen Entwicklung gehören Autonomie und Unabhängigkeit zu den wichtigsten jugendpolitischen Zielen, was in der frühen Zuerkennung des Erwachsenenstatus sowie der frühen Loslösung skandinavischer Jugendlicher von ihren Eltern deutlich wird.

Das mitteleuropäische Jugendpolitikmodell kann auf eine langwährende Tradition zurückblicken. In den größten mitteleuropäischen Ländern begann sich die Jugendpolitik ansatzweise bereits im Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen oder während des zweiten Weltkriegs zu entwickeln. Die frühe Entstehung der Jugendpolitik ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, dass in diesen Ländern der Jugendbegriff im weiteren Sinn definiert wird: Im politischen Kontext wird "Jugend" mit "jungen Menschen" gleichgesetzt, wozu Kinder, junge

¹³ Die verwendeten Attribute sind nicht kompatibel und beziehen sich auf unterschiedliche Merkmalsebenen.

Erwachsene und junge Familien gehören. Die in diesem Modell vorherrschende Auffassung von Jugend steht in engem Zusammenhang mit der umfassenden Definition des Jugendbegriffs: Die Jugend gilt als verletzlich und als eine Gruppe innerhalb der Gesellschaft, die geschützt, gefördert und unterstützt werden muss. Das starke jugendpolitische Engagement äußert sich in diesem Modell auch darin, dass es spezifische Jugendministerien, einflussreiche Jugenddirektionen und eigenständige Jugendressorts gibt. Ebenso wie im universalistischen Modell werden jugendpolitische Entscheidungen in Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen getroffen und durchgeführt. Das mitteleuropäische Jugendpolitikmodell ist jedoch umfassender konzipiert: Zielgruppen sind sowohl einzelne Gruppen benachteiligter Jugendlicher als auch die gesamte Jugendgeneration. Daneben werden sowohl die Beteiligung Jugendlicher am öffentlichen Leben als auch die gesellschaftliche Ausgrenzung als wichtige jugendpolitische Probleme angesehen, denen durch Förderung der Integration, Verhütung sozialer Probleme und Förderung der Partizipation Jugendlicher Einhalt geboten werden muss. Dieses Jugendpolitikmodell ist in hohem Maße institutionalisiert und in einen gesetzlichen Rahmen eingefügt: Obwohl sich die Jugendprobleme ändern, bleiben die Prinzipien und Strukturen der Jugendpolitik unverändert.

Das jugendpolitische Modell der Britischen Inseln basiert auf einer langen Tradition der gemeinschaftsorientierten Jugendarbeit, und die staatliche Beteiligung an der Jugendpolitik ist seit jeher begrenzt. Obwohl sich derzeit die Tendenz zu einer stärker koordinierten Jugendpolitik abzeichnet, ist dieses Modell auch heute noch durch die vorrangige Bedeutung der Gemeinschaft gekennzeichnet. Dies kommt besonders deutlich zum Tragen, wenn die Ausführung jugendpolitischer Maßnahmen vom Staat auf die Zivilgesellschaft übertragen wird. "Jugend als Problem" ist die dominierende Auffassung dieses Modells, und zu den jugendpolitischen Kernpunkten gehören die soziale Ausgrenzung, die verlängerte Jugendzeit und die Beteiligung Jugendlicher am öffentlichen Leben. Zielgruppen staatlicher Jugendpolitik sind in erster Linie verschiedene Gruppen benachteiligter Jugendlicher, und das vorrangige Ziel ist die Verhütung sozialer Probleme. Dieses Modell steht im Einklang mit dem minimalen Sozialsystem der Britischen Inseln. Die zunehmende soziale Ausgrenzung Jugendlicher in den letzten Jahren hat jedoch zu einem weiteren Ausbau des liberalen Modells geführt.

Das jugendpolitische Modell der Mittelmeerländer ist verhältnismäßig neu. Bis vor ungefähr zwanzig Jahren waren hauptsächlich die Familie und die Kirche für die Jugendarbeit sowie die Unterstützung von Jugendlichen verantwortlich. Dann begannen staatliche Behörden allmählich, Strukturen aufzubauen und eine Jugendpolitik zu entwickeln, die einen Teil dieser Verantwortung übernahmen. Eine explizite Jugendpolitik existiert also in diesem Modell erst seit relativ kurzer Zeit. Die altersmäßig sehr begrenzte jugendpolitische Zielgruppe - 15 bis

25/30 Jahre - ist sicherlich auf diese verspätete Einführung nationaler Jugendpolitik zurückzuführen. Bei diesem Modell kommt dem dritten System sowie den lokalen Behörden lediglich eine zweitrangige Bedeutung zu, und die Jugendpolitik ist auf staatlicher Ebene zentralisiert: Hauptakteur der Jugendpolitik ist der Staat. Die Teilnahme Jugendlicher an Jugendorganisationen ist sehr gering - allerdings bei steigender Tendenz. Die Förderung dieser Art der Partizipation gehört zu den wichtigsten jugendpolitischen Zielen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die daraus folgende verlängerte Jugendzeit sind einige der besorgniserregendsten Probleme, denen durch die Förderung von Autonomie und Unabhängigkeit sowie der sozialen Integration von Jugendlichen entgegenwirken soll. Im Gegensatz zum skandinavischen Modell, das sehr ähnliche Ziele verfolgt, ist die Jugendpolitik der Mittelmeerländer keineswegs universalistisch: Hauptzielgruppen sind einzelne Kategorien von Jugendlichen.

8. BIBLIOGRAPHIE

- Angel, W.D. (ed.) (1995), *The International Law of Youth Rights: Source Documents and Commentary*, Dordrecht/Boston/London, Martinus Nijhoff Publishers.
- Chisholm, L. and Bergeret, J.-M. (1991), *Young people in the European Community: Towards an agenda for research and policy*, Commission of the European Communities: Task Force Human Resources. June 1991.
- Council of Europe (1999), *Review of the Youth Policies in Spain: A Report by the International Group of Experts*, Strasbourg, Council of Europe.
- European Commission (1995), *Youth Policies in the European Union: Structures and Training. Education Training Youth: Studies*, 7, Luxembourg, Office for Official Publications of the European Communities.
- European Steering Committee for Intergovernmental Co-operation in the Youth Field (CDEJ) (1998), 'Comparative Study of Youth Policies and Legislation in States Party to the European Cultural Convention of the Council of Europe' (CDEJ (96) 11 rev. 2 Edition), Council of Europe, 15 October 1998. <http://www.coe.fr/youth/english/Intergovernmental/Comparative%20study%20youth%20policies/01Introduction.htm>
- Gallie, D. and Paugam, S. (eds.) (2000), *Welfare regimes and the experience of unemployment in Europe*, New York, Oxford University Press.
- IARD (2000), *Education and Training of Youth Workers in Europe: Part III of the Study on the State of Young People and Youth Policy in Europe*, Milan, IARD. December 2000.
- Indicator A4 (1995), 'Ratio of 15/24-yr-olds to 55/64-yr-olds', *Eurostat, Scénarios de population, 1996*.
- Indicator A5 (2010), 'Ratio of 15/24-yr-olds to 55/64-yr-olds', *Eurostat, Scénarios de population, 1996*.
- Indicator B1 'Age at which voting rights are granted'.
- Indicator J2a (1997), '% of 15/24 yr-olds participation/belonging to religious or parish organisations', *Eurobarometer 47.2*.
- Indicator J3a (1997), '% of 15/24 yr-olds participation/belonging to trade unions or political parties', *Eurobarometer 47.2*.
- Indicator J4a (1997), '% of 15/24 yr-olds participation/belonging to youth organisations', *Eurobarometer 47.2*.
- Instituto de la Juventud (1999), *Report on youth policies in Spain*, Madrid, E, Ministerio de Trabajo y Asunto Sociales, Instituto de la Juventud.
- Lög nr. 24/1970. *Lög um æskulýðsmál*. (Iceland)
- Lög nr. 20/1992. *Lög um vernd barna og ungmenna*. (Iceland)
- Ministry of Education (1997), *Review of national youth policy: Finland*, Helsinki, Ministry of Education.
- Ministry of Health, Welfare and Sport (1998), *Review of national youth policy: the Netherlands*, Den Haag, NL, Ministry of Health, Welfare and Sport,.

- National Board for Youth Affairs (1999), *Review of national youth policy: Sweden*, Stockholm, Ungdomsstyrelsen.
- Nissen, C. (1995), *Ungdomspolitik i Norden og EU-landene*, København, Undervisningsministeriet, Folkeoplysningsafdelingen.
- SGB VIII 8. Dezember 1998. *Kinder- und Jugendhilfe*. (Germany)
- Stafseng, O. (2000a), 'Europæisk ungdomspolitik', Personal Communication, 09-11-2000.
- Stafseng, O. (2000b), *Youth Policy in Estonia: Report by the International Group of Experts*, Oslo.
- Un 510 nr 235 af 24.2.1995. *L om ungdomsarbete*. (Finland)
- UN Convention of 20 November 1989. *Convention on the Rights of the Child*.
- Vanandruel, M., Amerio, P., Stafsg, O. and Tap, P. (1996), *Young people and associations in Europe*, Strasbourg, Council of Europe Publishing.

Dieser vergleichende Bericht über europäische Jugendpolitik basiert auf einem Entwurf folgender Landesberichte: anonym (2000), National Report on Youth Policy in Europe: The Netherlands; anonym (2000), National Report on Youth Policy in Norway; anonym (2000), Report on Youth Policy: Ireland; anonym (2000), Report on Youth Policy: UK; anonym (2000), Youth Policy in Liechtenstein. Wien, Institut für Höhere Forschung & Büro für Sozialservices; anonym (2000), Youth Policy in Italy; Bay, J. (2000), National Report on Youth Policy in Denmark. Kopenhagen, Institut für Rechtswesen, Universität Kopenhagen; Bendit, R. and Seckinger, M. (2000), National Report on Youth Policy in Germany. München, Deutsches Jugendinstitut; Berg, C., Meyers, C. and Wirtgen, G. (2000), National Report on Youth Policies in Luxembourg. Centre d'Études sur la Situation des Jeunes en Europe (CESIJE); Deliyanni-Kouimtzi, K., Tazoglou, T. and Papadimou, C. (2000), Greece - National Report, Part 2: Youth Policies; Denies, G. (2000), National Report on Youth Policies in Belgium. Belgium, Centre d'Etudes zur la Situation des Jeunes en Europe (CESIJE); Eydal, G.B. (2000), Youth Policy Analysis - Iceland, Reykjavik, Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut, Universität Island; Galland, O. (2000), Youth Policy in France, Paris, Observatoire Sociologue de Changement; Jonsson, B. (2000), Study on Youth Policy in Sweden, Stockholm, Devi Soziologische Studien; Lehto-Trapnowski, P. and Rauhala, P.-L. (2000), Youth Policy in Finland, Helsinki, Nationales Forschungs- und Entwicklungszentrum für Sozialwesen und Gesundheit; López-Blasco, A. (2000), National Report on Youth Policy in Europe: Spain; Nicolau, J. (2000), Draft National Report on Youth Policy in Europe: Portugal; Spannring, R. and Wallace, C. (2000), National Report on Youth Policy in Austria, Wien, HIS.

TEIL IV

Bildung und Ausbildung der Jugendarbeiter in Europa

1. EINLEITUNG

In diesem zweiten Teil des Berichts zu Ausbildung und Training der youth workers (Jugendarbeiter) in Europa sollen die verschiedenen Länderporträts, die die empirische Grundlage abgeben, miteinander verglichen werden. Für die Interpretation wurde die europäische Fachliteratur zur Jugendarbeit hinzugezogen.

Ziel dieser vergleichenden Analyse ist es, sowohl ein Szenarium der Jugendarbeit in Europa zu liefern als auch Tendenzen und notwendige Entwicklungen zu skizzieren, zu denen die Europäische Jugendpolitik beitragen kann. Zu diesem Zweck wurde eine Synopsis erstellt, in der die Zusammenfassung der einzelnen Länderporträts in einen umfassenden Rahmen eingebettet wird (2.). Um den Zugang zur vergleichenden Analyse dieser Synopsis zu erleichtern, werden die unterschiedlichen Begriffe vorgestellt, mit denen Jugendarbeit und Jugendarbeiter in den verschiedenen Ländern bezeichnet werden, wodurch eine erste ungefähre Typologie entsteht (3.). Vor dem Hintergrund dieser vorläufigen Typologie können die verschiedenen Interessenschwerpunkte und Kontexte der Jugendarbeit festgemacht werden, d.h. die Unterschiede in den der Jugendarbeit zugeschriebenen Aufgaben und Zielen, in den verwendeten Methoden und in den dazu gehörenden institutionellen Rahmenbedingungen (4.). Dies sind die Hauptaspekte, die die spezifischen Strukturen in Ausbildung und Training der Jugendarbeiter bestimmen wie auch die Ziele und Tendenzen der Professionalisierung, die die Erziehung und die Ausbildung der Jugendarbeiter und die Praxis der Jugendarbeit in Europa aufweisen (5.). Auf der Grundlage dieser Aspekte wird eine vorläufige Typologie der Formen der Jugendarbeit vorgeschlagen (6.).

Die zwei letzten Abschnitte beschäftigen sich mit Aspekten der Europäisierung der Jugendarbeit. Zunächst werden laufende Initiativen und ihr Einfluss auf die Jugendarbeit aufgezeigt (7.). Schließlich werden einige Empfehlungen gegeben, wie Jugendarbeit auf lokalem wie europäischem Niveau intensiviert werden kann (8.).

2. ÜBERBLICK ÜBER AUSBILDUNG UND TRAINING DER JUGENDARBEITER IN EUROPA

Nach den Richtlinien des Sterling-Komitees in Bezug auf einen Bericht über Ausbildung und Training von Jugendarbeitern, die in einen Fragebogen für Informanten umgesetzt und schließlich in den Länderporträts (Teil 1 des Berichtes) strukturiert wurden, haben wir eine Synopsis entwickelt. Sie wird in die folgenden Kategorien unterteilt:

- Offizielle Bezeichnung der Jugendarbeit

- Ausbildungs- und Trainingsgänge (freiwillig, in Berufsschulen, auf Universitätsniveau) inklusive Bezeichnung der Qualifikation, der Dauer, der Trägerinstitution, des Verhältnisses zwischen Theorie und Praxis und der Berufsmöglichkeiten der Kursteilnehmer
- Arbeitgebende Sektoren (öffentlich, freiwillig, privat)
- Hauptinteresse der Jugendarbeit (Fragestellungen und Aktivitäten)
- Intensität des europäischen Einflusses

Um die Lesbarkeit dieser Tabelle zu erhöhen, sind verschiedene Aspekte hervorgehoben worden (die wichtigsten Trainingsstrukturen wurden fett eingerahmt, die wichtigsten Zwecke der Jugendarbeit fett gedruckt).

	Bezeichnung ¹⁶	Wege der Ausbildung und des Trainings (Dauer, Praxis/Theorie und Art der Qualification)			Sektoren	Arbeitsbereich und Schwerpunkte	Einfluss Europas
		auf Freiwilligenniveau	Berufsschule	Universitätsniveau			
BELGIEN	YW SW	Ausbildung wie Training wird normalerweise von den jew. Sprachgemeinschaften verwaltet (Flämisch-, Wallonisch-, Deutschsprechende und Brüssel)			Der Großteil des Jugendservices wird von privaten Non-Profit-Organisationen geleistet. Was die Zielgruppen betrifft, gibt es nur geringe Unterschiede zwischen ihnen und der von öffentlichen Einrichtungen geführten Jugendarbeit.	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendklubs (Freizeitaktivitäten) • Jugendinformation • Randgruppen 	eher niedrig
		80-stündiger Ausbildungskurs für Jugendarbeit, vom Ministerium anerkanntes Zertifikat	4-jähriger Teilzeitkurs, 80% Praxis, offiziell als <i>Diplom in education</i> anerkannt	Polytechnikum ("Haute Ecole"/ "Hogeschool"): 4-jähriger Kurs mit einem 6-12 monatigen Praktikum, führt zu einem <i>Diplom in Jugendarbeit</i> Universitäten.			
DÄNEMARK	SP YW	Ausbildung durch Freiwilligen-organisationen (in einigen Fällen mit informalem Lehrstellencharakter), z.T. vom Dänischen Jugendverband koordiniert	<i>Youth Club Pedagogue</i> -Ausbildungskurse: 1,5 Jahre Fortbildung für freiwillige Arbeiter ohne Abschluss, geführt von privaten Ausbildungszentren	<i>Sozialpädagogendiplom</i> : 4-jähriger Kurs oder Pädagogische Hochschulen (mit Praktikum), richtet sich an Jugendservice, Jugendarbeit, Kinderpflege und besondere Bedürfnisse	v.a. öffentliche Anstellung, aber der Freiwilligensektor und der private Sektor sind im Ansteigen	<ul style="list-style-type: none"> • Freizeitaktivitäten (Jugendklubs) • Randgruppen • Gesundheit und Vorsorge • Gemeinschaftsprojekte • arbeitslose Jugendliche 	(Noch) nicht relevanter Einfluss; dänische Initiative, die europäischen Jugendklubs (ECYC) zu koordinieren

¹⁶ YW = Youth Worker (Jugendarbeiter, inklusive Ausdrücke für Youth Instructor, Leisure Time Leaders); CA = Cultural Animator; SP = Social Pedagogue, Social Educator; SW: Social Worker (inklusive Social Cultural Workers); YP = Youth Policy Professional

		Wege der Ausbildung und des Trainings (Dauer, Praxis/Theorie und Art der Qualification)		Sektoren	Arbeitsbereich und Schwerpunkte	Einfluss Europas	
DEUTSCH LAND	SP SW YW	Jugendorganisationen und – vereinigungen bieten viele Möglichkeiten für die Weiterbildung von Freiwilligen. Nur wenige führen zu öffentlich anerkannten Zertifikaten	<ol style="list-style-type: none"> Berufsausbildung für <i>Sozialassistenten</i>: 2- jährige Ausbildung in Schule Berufsausbildung zum <i>Sozialerzieher</i>: 3-4 Jahre (1 Jahr Praxis) Berufshochschule für den sozialen Bereich: dreijähriges Diplomstudium (Theorie und Praxis im Wechsel) 	<ol style="list-style-type: none"> <i>Universit. abschl Erziehungswiss.</i> Fachrichtung Sozialpädagogik: 4 Jahre plus 6 Monate Praktikum <i>Polytechn.</i> <i>Abschluss in Sozialarbeit/ Sozialpädagogik</i>: 3 Jahre plus ein Jahr Praxis 	Der Großteil der Jugendarbeiter arbeitet für NGOs	<ul style="list-style-type: none"> Offene Jugendzentren (v.a. Freizeitaktivitäten) Kulturelle Aktivitäten Beratung Projekte für arbeitslose Jugendliche Hilfe bei Schulaufgaben Nachmittagsbeschäftigungen 	eher niedrig, ansteigende Zahl von Studenten, die für Studium oder Praktikum einige Zeit im Ausland verbringen
FINNLAND	YW	<p>Ausbildung durch Non- profit-Organisationen. Die Kirche organisiert Ausbildung in Koordination der Ausbildung Freiwilliger durch die "Jugendakademie"</p> <p>Jugendprogramm und Freizeitgestaltungsprogramm für Erwachsene: Weiterbildungskurse mit Lehrstellenstruktur für Erwachsene mit Jugenarbeiterfahrung als Freiwillige</p>	<p><i>'Jugend -und Freizeitlehrer'</i>: Diplom nach zweijähriger Ausbildung in der Höheren Schule (3 Jahre ab 2001) – 20% Praxis. Arbeit in Jugendklubs, Familien- und Sozialfürsorge</p>	<p><i>Sozial- und Jugendarbeit</i>: nach 3,5 Jahren polytechnisches Diplom, 20-40% Praxis. Arbeitsmöglichkeit im Management und in der Planung von Jugendarbeit. Sozialpädagogisches Studium: Masterdiplom. Arbeit in der Forschung und im Management.</p>	Hauptsächlich Arbeit in öffentlichen Institutionen; Zunahme im privaten und Freiwilligensektor.	<ul style="list-style-type: none"> Freizeitaktivitäten arbeitslose Jugendliche Gesundheit und Drogenprävention Prävention der sozialen Emargination Integration jugendlicher Immigranten Einbeziehung Jugendlicher durch Jugendratsversammlungen 	Gewisser Einfluss Europas auf allen Niveaus der Jugendarbeit und der Ausbildung (in beiden Richtungen)

		Wege der Ausbildung und des Trainings (Dauer, Praxis/Theorie und Art der Qualification)		Sektoren	Arbeitsbereich und Schwerpunkte	Einfluss Europas	
FRANKREICH	CA SE	BAFA, BAFD und BASE sind drei Kurse für Freiwillige, die zu einem öffentlich anerkannten Zertifikat führen, was in einigen Fällen den Zugang zu Berufsschulen ermöglicht	<ol style="list-style-type: none"> 1. <i>BAPAAT</i>: Lehrstellenmodell 2. <i>BEATEP</i>: 8-24 monatige Ausbildung mit Alternanz von Theorie und Praxis in ausgewählten Bereichen 3. <i>DEFA</i>-Training: Vollzeitstudium (3 Jahre) oder Teilzeit (6 Jahre), 4 Monate 4. <i>DEDPAD</i>: 2-3 Jahre (je 750 Stunden Praxis und Lehre) 	<ol style="list-style-type: none"> 1. <i>Diplôme Universitaire de Technologie</i> (DUT). Für ihre Spezialisierung können Studenten die Option "animation sociale et socioculturelle (ASC)" wählen. Der dreijährige Universitätskurs führt zu dem <i>Diplom DHEPS</i> 2. <i>Diplôme Supérieur en Travail Social</i> – ein Fortbildungskurs für Sozialarbeiter 	Der Großteil der Jugendarbeiter arbeitet für NGOs	<ul style="list-style-type: none"> • Freizeit und Sport/ Sommerlager • Jugendinformation • Integration der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt 	nicht relevant

		Wege der Ausbildung und des Trainings (Dauer, Praxis/Theorie und Art der Qualification)		Sektoren	Arbeitsbereich und Schwerpunkte	Einfluss Europas	
GRIECHEN- LAND	SW CA	<i>Vereine</i> können Spezialkurse für den Freizeit- und Kulturbereich anbieten. Zugang ist nicht frei, es wird zumeist das Abgangszeugnis einer höheren Schule verlangt. <i>Die Orthodoxe Kirche</i> leitet einjährige Trainingskurse für Berater (inklusive Theorie und Praxis). Zugang mit Abschlusszeugnis einer höheren Schule. Das Zertifikat ist nicht öffentlich anerkannt.	<i>Private Berufsausbildungszentren</i> bieten Ausbildungskurse für Stellen im Kultur-, Sport- und Freizeitbereich (oft im Gewerbesektor) – ca. 500 Stunden theoretisches und praktisches Lernen	Universitätsdiplome (Sozialarbeit, Sozialwissenschaft): theoretische Studien betreffend Beratung, Gesundheit, Sucht usw., nicht jugendspezifisch ausgerichtet. <i>Polytechnisches Diplom für Sozialarbeit:</i> praxisorientiertes 3-4 jähriges Diplomstudium, das auf Sozial- und Jugendarbeit vorbereitet. Das <i>Sekretariat für Jugendfragen</i> bietet weitere <i>Ausbildungskurse</i> an (150 –220 Stunden)	Der öffentliche Bereich ist sehr wichtig. Auch die Kirche v.a. in Hinsicht auf Randgruppen. Vereine und private Anbieter v.a. für Freizeitaktivitäten	<ul style="list-style-type: none"> ● Jugendarbeitslosigkeit ● Freizeit und Sport/ Sommerlager ● Gesundheit und Sucht ● Beratung 	Nicht von Bedeutung

		Wege der Ausbildung und des Trainings (Dauer, Praxis/Theorie und Art der Qualification)		Sektoren	Arbeitsbereich und Schwerpunkte	Einfluss Europas	
IRLAND	YW SW	Freiwilligenvereine bieten nicht-normierte Ausbildung für Freiwillige (bedingt durch Abnahme des traditionell starken Einflusses der Kirche)		1. Master in Sozialwissenschaften/ Höheres Diplom in Jugend- und Gemeindearbeit; 2-jähriger post-graduate-Kurs 2. <i>Master in Sozialarbeit</i> : 2-jähriger Vollzeitkurs mit Praktikum 3. <i>Baccalaureat in Jugend- und Sozialarbeit</i> : 3-jähriger Kurs mit Praktikum, in manchen Fällen ohne Abgangszeugnis einer höheren Schule	Stützt sich hauptsächlich auf Freiwilligenarbeit innerhalb der Jugendorganisationen, Professionalisierung im Steigen	<ul style="list-style-type: none"> • Freizeitaktivitäten • Jugendliche Risikogruppen • Jugendklubs 	Wachsender Einfluss in der universitären Ausbildung
ISLAND	YW	Training auf freiwilliger Basis, jedoch nicht koordiniert	nicht relevant	<i>Jugendarbeitdiplom</i> : 1,5-jähriger Universitätskurs mit kleinem Praxisteil (7%) <i>B.A. in Sozialarbeit</i> : 3-jähriges Diplomstudium mit verschiedenen Spezialisierungen	v.a. im öffentlichen Dienst, aber der Freiwilligenbereich ist im Wachsen	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheit und Sucht • Beratung • Politische Erziehung • Freizeitaktivitäten • Jugendarbeitslosigkeit • geschlechtsspezifische Probleme 	nicht relevant was die Ausbildung betrifft, z.T. relevant für die Praxis
ITALIEN	CA SE YP	Die Situation wird bestimmt durch das generelle Fehlen einer nationalen Jugendpolitik und die verspätete Umsetzung lokaler Jugendpolitik mit beträchtlichen lokalen und regionalen Unterschieden		Arbeit im öffentlichen und im Freiwilligensektor, der immer mehr die Aufgaben des öffentlichen übernimmt.	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendinformation • Berufsberatung • Freizeitaktivitäten • Verhütung sozialer Emargination • Ausbildungsberatung 	Einfluss Europas im Bereich der sich entwickelnden Ausbildungsstruktur	

		Wege der Ausbildung und des Trainings (Dauer, Praxis/Theorie und Art der Qualification)		Sektoren	Arbeitsbereich und Schwerpunkte	Einfluss Europas	
		Freiwilligenorganisationen und Genossenschaften bieten eine große Auswahl an kürzeren und längeren Trainingskursen, z.T. können diese als Weiterbildung für diejenigen verstanden werden, die ohne adäquate Ausbildung in der lokalen Jugendpolitik zu arbeiten begonnen haben.	<i>Professional educator in non-formal education</i> : 4-jähriges universitäres Diplomstudium inkl. Praktikum. Außerdem Einführung eines 3-jährigen Diplomstudiums				
LIECHTEN-STEIN	SP	Training ohne Zertifikat durch Jugendorganisationen	s. Nachbarländer Österreich und Schweiz, nur Weiterbildung wird angeboten	s. Nachbarländer Österreich und Schweiz	Hauptarbeitgeber sind die lokalen Behörden	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendklubs • Jugendinformation 	n.a.
LUXEMBURG	SE CA	Informelle Trainingskurse	Ausbildung am Polytechnikum: Berufsschuldiplom Universitätsdiplom: entweder 3-jähriges Vollzeitstudium oder 6-jähriges Teilzeitstudium führen zum Erzieherdiplom. Beide Kurse umfassen zu gleichen Teilen praktische, technische und theoretische Ausbildung. Alternativen: Studium in Frankreich oder Belgien	Arbeit hauptsächlich bei lokalen Behörden und Hilfsorganisationen	<ul style="list-style-type: none"> • Information und Beratung • Jugendklubs • Unterbringung Jugendlicher 	Ziemlich hoher Grad der Internationalisierung	
NIEDER-LANDE	YW SW	Freiwillige Jugendorganisationen können Training für Freiwillige ohne feste Koordination anbieten	Social Cultural Worker; Social Pedagogical Worker, Social Service Worker: 2 bis 4-jähriges Diplomstudium auf vier Niveaus (Module) an den Regionalen Erziehungszentren. 60% praktische Ausbildung	<i>Higher Vocational Education (UPE) in Cultural and Social Education (CMV)</i> : 4-jähriges Studium, Diplom entspricht dem polytechnischen Niveau; praktische Erfahrung wird integriert (bis 1990 spezielle Jugendarbeitsprogramme in UPE)	Arbeitsmöglichkeiten in Non-Profit-Organisationen und gleichwertigen lokalen Dienstleistungsstellen	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendinformation • Offene Jugendarbeit (Freizeit) • Jugendliche Straftäter • Angebote für Randgruppen • Kultur und Kunst • Jugendarbeitslosigkeit 	Kein wesentlicher Einfluss

		Wege der Ausbildung und des Trainings (Dauer, Praxis/Theorie und Art der Qualification)			Sektoren	Arbeitsbereich und Schwerpunkte	Einfluss Europas
NORWEGEN	SW SP	Ausbildung auf Freiwilligenniveau, aber weder koordiniert noch von Bedeutung, was mit dem geringen Einfluss der privaten und Non-Profit-Organisationen zusammenhängt.	Sozial- und Gesundheitsarbeit: 4-jähriger Kurs in den öffentlichen höheren Schulen (2 Jahre Schule, 2 Jahre am Arbeitsplatz), Arbeitsmöglichkeiten als Assistent in Kindergärten oder Jugendklubs	<i>Sozialpädagogisches Diplom:</i> 3-jähriger Kurs an staatlichen Universitäten führt zum Abschluss in Sozialpädagogik (Sozialarbeit, Kinderpflege, Risikogruppen Jugendlicher); inklusive 6 Monate Praktikum	Arbeitsmöglichkeiten v.a. bei öffentlichen Behörden. Zunahme der privaten Agenturen	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheit und Vorsorge • Beratung • Freizeitaktivitäten • Bedürfnisse und Probleme jugendlicher Immigranten 	Nicht relevant
ÖSTERREICH	SP		<i>Berufsschulen:</i> 5-jähriges Vollzeitstudium "Sozialpädagogik", 10% Praxis <i>Sozialpädagogische Akademien:</i> <ul style="list-style-type: none"> • 2-jährig (Full-time), 3-jährig (Teilzeit), v.a. Theorie mit Praxisteilen • Weiterbildung: Zertifikate werden von öffentlichen Körperschaften nicht anerkannt 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Akademie für Sozialarbeit:</i> Diplom in Sozialarbeit, 3 Jahre • <i>Universität:</i> Diplom in Erziehungswissenschaften Beide Kurse sind vornehmlich theoretisch ausgerichtet	Private Non-Profit-Organisationen bieten die meisten Arbeitsmöglichkeiten für Jugendarbeiter	<ul style="list-style-type: none"> • Freizeitorganisation • Angebote für Randgruppen • Beratung 	Ziemlich niedrig

		Wege der Ausbildung und des Trainings (Dauer, Praxis/Theorie und Art der Qualification)		Sektoren	Arbeitsbereich und Schwerpunkte	Einfluss Europas	
PORTUGAL	CA SE	Ausbildung auf Freiwilligenniveau wird vom portugiesischen Jugendinstitut koordiniert	<i>Sozialarbeit und Sozialerziehung:</i> 3-jährige Kurse an technischen Schulen und technischen Berufsschulen zuzüglich 3 Monate Praktikum. Arbeitsmöglichkeit in Kinderpflege und Jugendservice	1. Bachelorato in Jugendarbeit: 3-jähriges Diplomstudium auf polytechnischem Niveau mit 30-40% Praxis 2. Licenciatura in Sozialarbeit: 4-jähriges Universitätsstudium (inklusive Praktikum). Für beide Arbeitsmöglichkeiten sowohl im Management als auch freiberuflich	V.a. im öffentlichen Bereich, Zunahme des Freiwilligensektors	<ul style="list-style-type: none"> • Freizeit und Sport • Massnahmen für arbeitslose Jugendliche • Jugendinformation 	Einfluss Europas über das Portugiesische Jugendinstitut
SCHWEDEN	YW	Freiwilligenorganisationen bieten Vorbereitung für Zertifikate, z.T. auch Weiterbildungszertifikate	Ausbildung zum Jugendarbeiter: 1. 3-jähriger Kurs in der Höheren Schule, 100% theoretischer Unterricht (Gesundheit, Freizeit und Sozialvorsorge) 2. 2-jährige Diplommkurse an Volkshochschulen, ausgewogenes Theorie-Praxis-Verhältnis (Hauptaugenmerk auf Freizeitorganisation)	Jugendarbeitdiplom: 4-jähriger Kurs mit hohem Anteil theoretischer Studien (80-90%), Hauptaugenmerk auf Gesundheit und Vorsorge.	Arbeitsmöglichkeiten in lokalen Dienstleistungsstellen und Jugendvereinen (ziemlich ausgeglichen)	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheit und Vorsorge • Freizeitaktivitäten • Geschlechtsspezifische Fragen • Politische Erziehung 	Nicht relevant

		Wege der Ausbildung und des Trainings (Dauer, Praxis/Theorie und Art der Qualification)			Sektoren	Arbeitsbereich und Schwerpunkte	Einfluss Europas
SPANIEN	SW SE CA YP	Freiwillige Jugendvereine bieten Ausbildung für Freiwillige, die von den regionalen Erwachsenenbildungszentren koordiniert werden können (mit Zertifikat)	Fachkraft in Sozialarbeit und soziokultureller Animation 2-jährige Kurse an regionalen Berufsschulen mit ausgeglichenem Verhältnis von Theorie und Praxis	Sozialarbeit und Sozialerziehung: 3-jähriger universitärer Diplommkurs führt zu leitenden Positionen in der lokalen Jugendarbeit und zu Arbeit mit besonders benachteiligter Jugend; 50% Praxis.	Arbeitsmöglichkeiten v.a. bei lokalen Behörden, Freiwilligensektor ist im Zunehmen	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendarbeitslosigkeit • Prävention der Emargination/Randgruppen • Freizeitaktivitäten • Beratung 	Relevant, was Entwicklung der praktischen Ausbildung betrifft
VEREINTES KÖNIGREICH	YW SW	Verschiedene Freiwilligenorganisationen bieten z.t. anerkannte Ausbildungskurse an		<ol style="list-style-type: none"> 1. <i>I Diplom in Jugend- und Gemeinschaftsarbeit</i> in höheren Schulen: 2-4 jährige Vollzeitkurse 2. <i>Baccalaureatskurse</i> in verschiedenen Kombinationen (Vollzeit- oder Teilzeit-, Fernstudium) üblicherweise ein Jahr zusätzlich zum Diplom 3. <i>Post-graduate-Kurse</i> an Universitäten: 2-jähriges Studium führt zu einem Diplom in Jugend- und Gemeinschaftsarbeit oder Sozialarbeit 	Arbeitsmöglichkeiten v.a. bei Freiwilligenorganisationen und Gemeinschaftszentren, die von den Gemeinschaften oder den lokalen Behörden geführt werden	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendklubs • Gemeinschaftsarbeit • Risikogruppen Jugendlicher 	Niedrig

3. OFFIZIELLE BEZEICHNUNGEN UND IHNEN ZUGRUNDE LIEGENDE AUFFASSUNGEN DER JUGENDARBEIT

Bei einem Vergleich der Jugendarbeit und der theoretischen und praktischen Ausbildung der Jugendarbeiter in den verschiedenen europäischen Ländern fallen sofort die Unterschiede in der Terminologie ins Auge. Eine der größten Schwierigkeiten bei dieser Untersuchung war es, die Informanten darüber aufzuklären, welche Art Information gebraucht wurde und auch was diese Studie bezweckte. Auf den ersten Blick könnte eine Trennlinie zwischen Norden und Süden gezogen werden, die die Tatsache spiegelt, dass viele Gesprächspartner in südeuropäischen Ländern den englischen Begriff "youth work" nicht oder falsch verstanden. Viele der ersten Antworten bezogen sich auf die Arbeitsmarktbedingungen Jugendlicher ("working youth"). Der Aspekt der offiziellen Bezeichnung stellte sich daher sofort als wesentlich heraus und wurde in die Fragebögen aufgenommen. Wir nehmen an, dass einerseits die Sprache kulturelle Werte, Erkenntnisse und Interpretationen der gesellschaftlichen Realität spiegelt, also die Annahme einer "Normalität". Andererseits wird die Differenzierung der verschiedenen Arten der Ausübung von Jugendarbeit durch einander näher stehende Kulturen und Sprachen beeinflusst. Obwohl die Unterschiede in den Bezeichnungen weit größer waren (insgesamt erhielten wir mehr als 30 Begriffe, die - mehr oder weniger wörtlich - ins Englische übersetzt wurden) konnten wir fünf unterschiedliche Konzepte ausmachen, die für verschiedene Traditionen stehen, für verschiedene Kontexte und Arbeitsbereiche und Aufgaben der Jugendarbeiter:

- *Youth worker* (Jugendarbeiter): Neben der Rolle, die dieser Begriff natürlich in Irland und im Vereinigten Königreich spielt, kann "youth worker" als wichtigster Ausdruck in Nordeuropa (Skandinavische Länder, Deutschland, Niederlande und Belgien) angesehen werden. Neben seiner Dominanz als englischer Ausdruck und seiner Nähe zu den in diesen Ländern verwendeten Begriffen ist er der umfassendste und bezeichnet die Organisation von Freizeitaktivitäten für Jugendliche allgemein, aber auch mehr sozialpolitisch orientierte Aufgaben in Hinblick auf die Prävention der Ausgrenzung von Randgruppen (was manchmal zusammen angeboten wird). Während die Jugendarbeit in vielen Fällen eine Subdisziplin der Sozialarbeit darstellt, wurde vor allem in Irland und im Vereinigten Königreich ein davon unabhängiger Beruf entwickelt. Im Gegensatz zur Sozialarbeit, die (von den Jugendarbeitern) als fallorientiert angesehen wird, fordern die Jugendarbeiter einen radikaleren und gruppenorientierten Zugang.

Wegen der Entwicklung der Jugend zu einer eigenen Lebensphase (als Ergebnis der Einrichtung und Erweiterung der öffentlichen Erziehung) und der zunehmenden

Dynamik sowie jugendlicher Lebensanforderungen fällt Jugendarbeit in das Verantwortungsgebiet des Staates (Mørch & Laursen, 1998).

- *Cultural animator* (kultureller Animateur): Wenn "youth worker" der in Nordeuropa vorherrschende Ausdruck ist, so ist "cultural animator" die Entsprechung in den romanischsprachigen Ländern. Er bezieht sich hauptsächlich auf die Organisation von Freizeitaktivitäten. In dieser Hinsicht spielt die Organisation von Ferienlagern und die Bereitstellung von sportlichen Aktivitäten eine der offenen Jugendarbeit und den gruppenbezogenen Aktivitäten entsprechende Rolle. Der Begriff steht für die zunehmende Notwendigkeit, Freizeitaktivitäten für junge Leute einzuführen und für Lebenswelten zu kompensieren, die keine Orientierung mehr bieten. Diese Kontextabhängigkeit in Hinblick auf Südeuropa kann erklärt werden mit dem ziemlich späten Engagement der öffentlichen Einrichtungen in Jugendfragen und Jugendpolitik. Letztere war länger als in protestantischen Ländern Domäne der Familien oder der Kirche. Aus diesem Fehlen eines umfassenden Rahmens der Jugend- und Sozialpolitik haben sich verschiedene Richtungen für verschiedene Fragen (Freizeit, Pflege, Jugendarbeitslosigkeit etc.) entwickelt (vgl. Filtzinger 1993; Lorenz 1996; Akin & Douard 1998).
- *Social worker* (Sozialarbeiter): Sozialarbeit ist einerseits die umfassende Disziplin, in der Jugendarbeit und auch Kulturanimation auf dem Niveau der Hochschule und der höheren beruflichen Ausbildung zu finden sind. Andererseits werden die professionellen Jugendarbeiter in vielen Kontexten als Sozialarbeiter bezeichnet. Auch hier gibt es verschiedene Bedeutungen: Wo Jugendarbeiter im allgemeinen tatsächlich als Jugendarbeiter angesehen werden, wird Jugend also als eine soziale Gruppe angesehen, die mit den allgemeinen Normen und Interessen in Konflikt geraten kann und/oder andere Bedürfnisse hat (was ebensogut für ältere Menschen oder Behinderte etc. gelten kann); der Ausdruck kann parallel mit cultural animators gebraucht werden, wobei Einrichtungen für Jugendliche generell von speziellen Massnahmen für Randgruppen Jugendlicher unterschieden werden; und schließlich gibt es Änderungen des Begriffs in Richtung auf "Social Cultural Worker" (wie in den Niederlanden und Belgien), der wiederum Jugendliche einem allgemeineren Zugang in Bezug auf die kulturellen Bedürfnisse verschiedener sozialer Gruppen unterordnet.
- *Social pedagogue/ Social educator* (Sozialpädagoge/ Sozialerzieher): Obwohl sie aus verschiedenen Traditionen abstammen (Nord gegen Süd), können Sozialpädagogik und Sozialerziehung in diesem Kontext gemeinsam behandelt werden. Beide Begriffe beziehen sich auf die notwendige Kombination zwischen der eher ressourcen- und

konfliktbezogenen Disziplin der Jugendarbeit und den erzieherischen Bedürfnissen verletzbarer sozialer Gruppen, z. B. jungen Menschen. Dieser erzieherische Aspekt betrifft nicht-schulische und nicht-formelle Lernprozesse und berücksichtigt, dass die Sozialisation und die soziale Integration in komplexen Gesellschaften nicht in ausreichendem Maß von der Familie und dem Alltagsleben gefördert werden kann, sondern eine institutionalisierte und professionelle Kompensation verlangt. Gleichzeitig spiegelt das die Tatsache, dass sich die Sozialarbeit zu einem akademischen Fach und zu einer auf wissenschaftlicher Basis operierenden Disziplin wandelt. Sozialpädagogik ist in Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Dänemark, Norwegen, Finnland und Schweden relevant, in Frankreich, Spanien, Portugal und Italien ist es die Sozialerziehung (vgl. Scheipl, 1997; López Blasco, 1998). Im Vereinigten Königreich und in Irland einerseits, Belgien und Griechenland andererseits wurde in den Berichten darauf nicht Bezug genommen.

- *Youth policy professional* (Jugendpolitikexperte): Auch dieser Ausdruck beschränkt sich auf südeuropäische Länder, in denen die Jugendpolitik relativ spät eingeführt wurde. Es spiegelt die Tatsache wider, dass die Belange der Jugendpolitik – ohne spezifische Qualifikation – von den lokalen Behörden wahrgenommen wurden, wobei versucht wurde, sie in die Verwaltungsorganisation miteinzubeziehen. Noch immer bezieht sich der Ausdruck auf eine Vielzahl verschiedener Berufe, von rein administrativen Funktionen über das Management von Jugendzentren bis zu direkter, persönlicher Beratung (vgl. Montanari, 1993; Seibel, 1995).

4. FRAGESTELLUNGEN, METHODEN UND ARBEITSBEREICHE DER JUGENDARBEIT

4.1 Aufgaben und Fragestellung

Schon im letzten Abschnitt wurde erwähnt, dass sich die Jugendarbeit in Europa unterschiedlich entwickelt hat. Diese Unterschiede betreffen sowohl die Rolle als auch die Funktion der Jugendarbeit. In allen Ländern – wenn sie auch mit manchmal unterschiedlichen Richtungen in Zusammenhang gebracht werden (s.o.) – kann Jugendarbeit als eine Mischung von Freizeitbeschäftigung, informaler Erziehung und soziopolitischer Verantwortlichkeit charakterisiert werden. Wie auch immer, die Prioritäten in den Zielsetzungen der informalen Erziehung und der soziopolitischen Aufgaben unterscheiden sich beträchtlich:

- *Freizeitbeschäftigung*: Die Organisation von Freizeitbeschäftigung ist wahrscheinlich der am meisten verbreitete Aspekt der Jugendarbeit in den 18 europäischen Ländern. Wahrscheinlich ist er auch wesentlich für die berufliche Identität der Jugendarbeit, da er zu dem spezifisch informellen Charakter der Jugendarbeit führt, die auf dem Vertrauensverhältnis zwischen Erwachsenen und Jugendlichen gründet. Das spiegelt die Notwendigkeit einer Sozialisierung für die Jugend als eigene biographische Forderung (verglichen mit der nur auf das Erwachsenenalter bezogenen Sozialisation) wie auch die immer kleiner werdenden Räume und immer geringeren Möglichkeiten für die Jugendlichen, ihr Leben den strukturierten Räumen – sowohl urbanen als auch ländlichen – anzupassen. Eine relativ rezente Entwicklung ist das Ansteigen der Zahl der Out-door-Aktivitäten, die auch eine Kombination zwischen Freizeit und Vorsorge darstellen, da sie sich oft an Gruppen mit speziellen Sozialisierungsbedürfnissen wenden (vgl. Deinet & Sturzenhecker, 1999).
- *Kulturelle Aktivitäten*: Ursprünglich unter dem Begriff der Freizeitaktivitäten zusammengefasst, die im Jugendarbeitsbereich seit den 80ern organisiert werden, haben die kulturellen Aktivitäten (Performance, visuelle Künste, Media) innerhalb der Jugendarbeit einen unabhängigen Status erworben. Auch wenn in verschiedenen Ländern spezifische Ausrichtungen der kulturellen Jugendarbeit (Deutschland), der sozialen Kulturarbeit (Niederlande, Belgien) oder Gemeinschaftskunst (Vereinigtes Königreich) entstanden sind, war es (in dieser Studie) nicht möglich, eine spezifische (terminologische) Verbindung zwischen Kulturanimation und Jugendkultur zu erkennen. Neben dem wesentlichen Wert des ästhetischen Ausdrucks hat das wachsende Interesse für Jugendkulturen die Jugendarbeiter für die Bedürfnisse der jungen Leute sensibilisiert, besonders in Hinblick auf Räume, Ausstattung und Fähigkeiten, die für die Entwicklung eines aktiv von der Jugend ausgeübten Kulturstils gebraucht werden (d.h. nicht nur als Konsumenten; vgl. Willis, 1990). Es wurde auch bewiesen, dass Performance-Kunst hervorragend geeignet ist, den jungen Leuten bei der Bewältigung der Probleme in dieser Übergangsphase zu helfen (s. weiter unten): Selbstvertrauen, soziale und kommunikative Fähigkeiten, Orientation und Lebensplanung (Banha et al., 2000).
- *Arbeit mit Randgruppen/ Vorsorge ggü. sozialer Marginalisierung*: Die stärkste Legitimierung der Jugendarbeit (in Hinblick auf die Geldgeber) kommt aus ihrer Verantwortung für marginalisierte Jugendliche. Sie wird oft als eine sozialpolitische "Feuerwehr" charakterisiert, die die sozialen Konflikte – in Form junger Leute, die herumhängen und Schwierigkeiten machen – von der Straße holen soll. Dies fällt

zusammen mit dem gesellschaftsraum- und gemeinschaftsbezogenen Zugängen. Jugendklubs und Jugendzentren werden oft in heruntergekommenen Gebieten untergebracht und richten sich in erster Linie an die örtliche Jugend (in größeren Städten kann es zusätzliche Zentren mit einer eher auf die Jugendkultur ausgerichteten Infrastruktur geben). Die hauptsächlichen Zielgruppen sind jugendliche Migranten, Straßenkinder, Jugendliche aus heruntergekommenen Gebieten (Suburbs) oder (z.B. in Ostdeutschland) gewalttätige Gruppen jugendlicher Nationalisten oder Rassisten. In dieser Hinsicht wurde ein auf drogenabhängige Jugendliche ausgerichteter Zugang gewählt, der eine scharfe Debatte ausgelöst hat zum Thema: "Jugendarbeit akzeptieren". Sie geht von der Annahme aus, dass diese jungen Leute (zumeist Männer) soziale Anerkennung brauchen, die sie durch ihr (deviantes) Verhalten einfordern. Wie auch immer, es hat sich manchmal gezeigt, dass es schwierig ist, das Gleichgewicht zwischen Anerkennung (aber normativer Klarheit) und Unterstützung von rassistischer Gewalt zu halten. In den letzten zehn Jahren hat die Zunahme der interkulturellen Fragen und der interethnischen Spannungen zu einer Zunahme der Jugendarbeit und einer verstärkt Migration, Rassismus und Xenophobie betreffenden Jugendarbeitdebatte geführt. Es ist in jedem Fall schwierig, klare Linien in diesem Diskurs auszumachen, da oft für Arbeit mit autochtoner und allochtoner Jugend die gleichen Ausdrücke verwendet werden (vgl. Van Reenen, 1995).

Ein weiterer Zugang bezogen auf marginalisierte Jugendliche ist „outreach work“ und/oder Straßenarbeit. Das spiegelt die Tatsache, dass die Jugendlichen, was jegliche Form öffentlicher Eingriffe betrifft, nicht immer positive Erwartungen hegen. In gewissen Fällen mag es für sie einfacher sein, sie im Rahmen der Sicherheit ihrer sozialen Lebenswelt anzusprechen (vgl. Deinet & Sturzenhecker, 1999).

- *Jugendarbeitslosigkeit*: Was die Jugendarbeitslosigkeit betrifft, oder – um eine umfassendere und weniger problemorientierte Perspektive einzunehmen – die Übergangsphasen der Jugend, so zeigt die Einstellung der Jugendarbeit subtile, aber doch bedeutende Unterschiede. Im Süden finden wir ein klares Verantwortungsbewusstsein von seiten der Jugendarbeit (als Teil der lokalen Jugendpolitik); Beratung, Unterstützung, aber auch Hilfe bei Fragen der Ausbildung und Arbeitssuche stellen vielleicht die wichtigste Aufgabe der Jugendarbeit dar. Im Norden haben die Jugendarbeiter ein zwiespältiges Verhältnis in Bezug auf ihre Rolle in einem flexiblen System. Einerseits wissen sie um die Zunahme der Risiken der sozialen Marginalisierung, die an die steigende Jugendarbeitslosigkeit geknüpft sind und an das Misstrauen der jungen Leute in die bürokratischen Strukturen der Arbeitsämter und

Ausbildungseinrichtungen (Drury & Dennison, 1999). Andererseits fürchten sie, ihre jugendkulturbewusste Glaubwürdigkeit zu verlieren, wenn sie bei von Arbeitsvermittlungsstellen finanzierten und geleiteten Maßnahmen mitarbeiten. Sie bringen den Einwand vor, als soziale "Feuerwehr" missbraucht zu werden, und fordern die Verantwortlichkeit der Erziehungs- und Arbeitsmarktpolitik ein. In Schweden wurde die Jugendarbeit bis zu einem gewissen Grad durch diesen Nachdruck unterstützt und erleichtert, da das Nationale Jugendgesetz garantiert, dass jegliche die Jugend betreffende Politik auch jugendorientiert sein muss. Für die Jugendarbeit bedeutet das, dass die Fähigkeiten des Einzelnen potentiell anerkannt werden, wenn sie in Arbeitsmarktprogramme eingebunden ist, und/oder dass die staatlichen Institutionen sich beim Entwickeln spezifischer Programme der jugendspezifischen Bedürfnisse und Forderungen besser bewusst werden (womit die Jugendarbeit, sich nicht in ihr nicht zustehenden sozialen oder politischen Bereichen engagieren muss) (National Board, 1999).

- *Gender Issues* (Geschlechtsspezifische Fragen): Den geschlechtsspezifischen Bedürfnissen wurde in den letzten Jahrzehnten in der Jugendarbeit in unterschiedlicher Weise Aufmerksamkeit geschenkt. In Ländern mit gut entwickelter Jugendarbeit-Infrastruktur – die auf Initiativen von Feministinnen und Jugendarbeitern zurückgehen – hat sich ein Mädchenspezifischer Interessenschwerpunkt entwickelt, was oft zu speziell an Mädchen oder junge Frauen gerichteten Angeboten geführt hat. Ähnlich wie in anderen Bereichen der Sozialpolitik oder Sozialwissenschaften hat dies eine doppelte Einschränkung verursacht: Geschlechterfragen wurden reduziert auf die weibliche Sozialisierung, und das Mädchensein wurde (ausschliesslich) als sozialer Nachteil betrachtet, wohingegen die Stärken der Mädchen und ihr Interesse, gleichberechtigt behandelt zu werden, vernachlässigt wurden. Vor allem in Nordeuropa hat man in der Zwischenzeit Maskulinität und die besonderen Bedürfnisse der Jungen wahrzunehmen begonnen (bedingt auch durch die zunehmende männliche Gewalt gegen Individuen mit einem anderen ethnischen Hintergrund). Gleichzeitig wurden unter der Bezeichnung „gender mainstreaming“ Politiken entwickelt, die darauf abzielen, gender in der Sozialarbeit, der Sozialpolitik und den Sozialwissenschaften als sektorübergreifendes Prinzip einzuführen. Während dies zu einer 'Entghettoisierung' der Aktionen für Chancengleichheit führen kann, unterminiert es gleichzeitig den Raum, in dem Mädchen und junge Frauen ihre Interessen und Stärken entwickeln können, und zwar unabhängig von äusserem Druck und vom Wettbewerb mit jungen Männern. Immer

häufiger wird kritisiert, dass 'gender mainstream' – unbeschadet der guten Absichten – einen Rückschritt in der Politik heraufbeschwören könnte (SPI, 1999; Oechsle, 2000).

- *Gesundheit und Vorsorge*: In Hinblick auf die präventive Funktion der Jugendarbeit waren Gesundheitsfragen (hauptsächlich Rauchen, Drogenkonsum, Alkohol, Geschlechtsverkehr) seit jeher eines der Hauptinteressen von Jugendarbeit in allen Kontexten. Dazu kommt, dass die bedeutende, nicht zu übersehende Drogenszene v.a. in den größeren Städten normalerweise zum Einsatz von street workers mit doppelter Funktion führt: Fürsorge und Kontrolle. Obwohl er in den meisten Kontexten auf dem Programm der Jugendarbeit steht, ist diesem präventiven Aspekt in den nördlichen Ländern eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden (Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island), wo er die absolute Priorität der Jugendarbeit darstellt (Laursen & Mørch, 1998; Mørch, 1999). Eben in Gesundheitsfragen wurden die meisten innovativen Erfahrungen mit der „peer education“ gemacht. In anderen Ländern (z.B. Deutschland, Niederlande) wurden spezifische Zugänge zu gesundheitlicher Aufklärung und Beratung im Kontext der Mädchenspezifischen Jugendarbeit entwickelt (vg. Preiss et al., 1996; für die ersten jungenspezifischen Modelle s. Winter & Neubauer, 1998).

Der Versuch, die Verteilung der Aufgaben und Fragen quer durch Europa zusammenzufassen, birgt das Risiko der Vereinfachung. Dennoch gibt es einige Trends: Während die offene Jugendarbeit in den nördlichen Ländern sich eindeutig als Beschaffer von Infrastrukturen für kulturelle Jugendaktivitäten (vornehmlich in räumlicher Hinsicht) versteht, ist dies in den südeuropäischen Ländern viel weniger der Fall, wo zielgerichtete Programme (Sommerlager, einzelne kulturelle oder sportliche Aktivitäten) vorherrschen. Was die soziopolitischen Aspekte betrifft, finden wir eine verbreitete (doch integrierte) Verantwortlichkeit in Ländern mit einer Tradition der offenen Jugendarbeit, während in Ländern, in denen sich die öffentliche Jugendarbeit später entwickelt hat (und die dort auch eher von der Idee der „cultural animation“ beherrscht wird), die Integration eher in der Jugendinformation stattfindet als in speziell für Jugendliche geschaffenen Räumen. Dies trifft vor allem auf die Jugendarbeitslosigkeit zu, die eine der wichtigsten Fragen der Jugendarbeit in Südeuropa darstellt, während in den nordeuropäischen Ländern darüber diskutiert wird, ob Jugendarbeit der geeignete Akteur in der Jugendarbeitslosigkeitsbekämpfung ist.

4.2 Methoden

Die in der Jugendarbeit angewandten Methoden spiegeln die Position der Jugendarbeit zwischen Lebenswelten und Kultur der jungen Leute auf der einen Seite und ihrer institutionellen Aufgabe, zur Prävention beizutragen und/oder soziale Konflikte und soziale Emargination zu verbergen, auf der anderen.

- *Open youth work – Cultural animation* (Offene Jugendarbeit – Kulturanimation): Im Laufe der Geschichte der Jugendarbeit zeichnet sich eine Entwicklung ab von der Freizeitorganisation für junge Leute zur Organisation mit ihnen. Im Gegensatz zur assoziativen Jugendarbeit, die eine an ein bestimmtes soziokulturelles Milieu (z.B. das konfessionelle) gebundene Jugend anspricht und mit mehr oder weniger definierten Gruppen wichtige Aufgaben der öffentlichen Jugendarbeit wahrnimmt – was v.a. in Nordeuropa entwickelt ist – steht die "offene Jugendarbeit". Offene Jugendarbeit stellt einen Raum zur Verfügung (z.B. Jugendzentren oder Jugendklubs), der alle, jungen Leuten der jeweiligen Gemeinde oder des jeweiligen Gebietes prinzipiell offen steht. Dieser Raum (und auch die Zeit, also das Programm) ist zumeist nur teilweise von den Jugendarbeitern vorstrukturiert, denn die jungen Leute sollen ihn selbst aktiv in Besitz nehmen. Von den 70ern an versteht sich die offene Jugendarbeit als Infrastruktur für die Entwicklung einer Jugendkultur. Offene Jugendarbeit beschränkt sich jedoch nicht auf Freizeitaktivitäten. Doch stellen die Freizeitaktivitäten den Kontext dar, in den andere soziale und erzieherische Aufgaben eingebettet sind, wie z.B. Beratung und Integration von marginalisierten Jugendlichen (ECYC, 1999; Deinet & Sturzenhecker, 1999). Wenn sie auch von einem anderen Punkt ausgehen, so beziehen sich doch auch die Begriffe der „cultural animation“ in der Zwischenzeit auf Prinzipien der Selbstaktivierung und Teilnahme und werden ebenfalls immer mehr gemeinschaftlich organisiert. Das bezeugt ihre Öffnung in Richtung auf Aktivitäten wie Beratung, Konfliktlösung etc.
- *Peer Education und aktive Einbeziehung der Jugendlichen*: Eine weitere Entwicklung der Prinzipien der offenen Jugendarbeit ist der Zugang der „peer education“, die v.a. in der skandinavischen Jugendarbeit auf der Tagesordnung steht (Laursen & Mørch, 1998; Mørch, 1999). Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass in den individualisierten demokratischen Gesellschaften die jungen Leute immer mehr als Agenten ihrer eigenen Biographien und Integrationsprozesse akzeptiert werden müssen, d.h. dass sie selbst ihr Leben organisieren müssen. Ausserdem wird darauf hingewiesen,

dass erzieherische Belange (z.B. in Hinblick auf Gesundheit) eher dann wirksam (und glaubwürdig) sind, wenn sie von Gleichaltrigen und nicht von Erwachsenen nahegebracht werden. Modelle der Einbeziehung der Jugendlichen erwecken Interesse in ganz Europa in Hinsicht auf die vermehrten Bezüge zum Konzept der „aktiven Bürgerschaft“. Doch sind Auswirkung und Tragweite dieser Konzepte noch wenig untersucht (Stevens et al., 1999).

- *Beratung*: Im Rahmen der wachsenden soziopolitischen Funktion und im Zusammenhang mit der Kontaktaufnahme zu ausgegrenzten Jugendlichen, mit Gesundheitserziehung, Jugendarbeitslosigkeit etc. ist Beratung eine der wichtigsten Aufgaben und Methoden der Jugendarbeit geworden. Es gibt aber verschiedene Zugänge: Beratung 'an der Tür', wie sie in der offenen Jugendarbeit üblich ist (was als Teil eines allgemeineren Zugangs zu Minimalhilfeleistungen verstanden werden kann; vgl. Böhnisch et al., 1998), Beratung in speziellen Beratungsstellen mit bestimmten Öffnungszeiten. Der wachsende Einfluss der Sozialarbeit und mehr noch der Sozialpädagogik/ Sozialerziehung auf die Jugendarbeit hat zu einer enormen Professionalisierung und Spezialisierung in den Beratungstechniken geführt. Bis zu einem gewissen Grad steht das im Widerspruch zu den gemeinschaftsorientierten Zugängen, die immer noch wichtige Aspekte der Jugendarbeiteridentität sind, besonders im Vereinigten Königreich und in Irland.
- *Jugendinformation*: Jugendinformation ist eine relativ rezente Entwicklung in der Jugendarbeit und geht in verschiedene Richtungen. In einigen Ländern wurde sie zusätzlich zu einer schon existierenden Jugendarbeitsinfrastruktur eingeführt oder als Modernisierung der Jugendarbeit (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Norwegen). In diesen Fällen nimmt man Bezug auf die wachsende Herausforderung der Orientierungsfähigkeit in einer immer komplexer werdenden modernen Welt. In anderen Ländern (Italien, Portugal, Spanien) wurde so die bis dahin noch nicht entwickelte Jugendarbeit eingeführt. Mehr noch, Jugendinformation musste einen Ausgleich darstellen für das Fehlen von jugendbezogenen Freizeitaktivitäten, von Infrastrukturen der Jugendkultur, und gezielter Beratung für junge Leute ganz allgemein. In vielen italienischen Regionen hat sie sogar die Aufgabe der Berufsberatung übernommen und stellt Raum zur Verfügung, um jungen Unternehmern zu helfen. Wo sie sich entwickelt hat, hat sich die Jugendinformation jedoch als fähiges Instrument erwiesen, um verschiedene jugendbezogene Politiken und Aktivitäten zu koordinieren oder gar in die Wege zu leiten. Dennoch hat sich gezeigt, dass sich die Inanspruchnahme der Jugendinformation in vielen Fällen auf diejenigen beschränkt, die

sich ihrer Bedürfnisse in Hinblick auf Orientierungsberatung schon bewusst sind. Diese jungen Leute benötigen entweder weiterführende Beratung (wie man mit der Information umgeht) oder müssen zunächst motiviert und aktiviert werden, um sich auf aktive Orientierungsprozesse einzulassen (CYRCE, 1995; du Bois-Reymond & Hübner-Funk, 1999).

Quer durch die unterschiedlichen Kontexte haben Jugendarbeiter versucht, einen "jugendfreundlichen Professionalismus" zu schaffen. Diese Perspektive wurde verstärkt durch das Konzept des „empowerment“, der Kompetenzerweiterung, was eher ein Verhalten als eine Methode der sozialen Praxis beschreibt (Rappaport, 1981; Barry, 1995; Roche, 1997). „Empowerment“ bezieht sich auf das Ziel, Individuen dazu zu ermutigen, subjektiv bedeutsame Ziele zu erreichen, die eigene Identität und die eigenen Lebenspläne zu respektieren und die Kompetenzen für Eigenaktivitäten zu verbessern: einen Zugang zu Hilfsmitteln und Chancen öffnen, statt sie vorgeformten Maßstäben anzupassen. Diese Gedanken haben vor allem im Kontext der postmodernen Konstellationen Aufmerksamkeit gefunden, die den biographischen Schablonen des Wohlfahrtsstaats skeptisch gegenüberstanden. Doch droht auch diesem Begriff – wie allen normativen Konzepten der für die soziale Integration konstitutiven Jugendarbeit – die Gefahr, von den Institutionen "entführt" und missbraucht zu werden, da diese jegliche Art von Integration in Programme und Maßnahmen als kompetenzerweiternd und aktivierend einordnet. Für die Jugendarbeiter beinhaltet das die Gefahr, eine der wichtigsten Voraussetzungen ihrer Arbeit zu verlieren: ihre Glaubwürdigkeit (Banks, 1999).

4.3 Sektoren und Kontext der Jugendarbeit

Es wurde schon darauf hingewiesen, dass unterschiedliche Entwicklungswege der Jugendarbeit zu einer unterschiedlichen Rollenverteilung der Akteure geführt haben. In fast allen untersuchten Ländern beschränkt sich die Aktivität auf staatlicher Ebene auf die Gesetzgebung zur Jugendpolitik, auf Kontrolle und – manchmal in Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren – auf die Bereitstellung von Ausbildungs- und Trainingsmöglichkeiten. Soweit es die Regionen betrifft, sind sie hauptsächlich für Ausbildung und Training der Jugendarbeiter verantwortlich. Am wichtigsten für Politik und Praxis ist jedoch die lokale Ebene. In allen Ländern sind hier die Jugendpolitikkompetenzen am größten und werden hier konkretisiert.

In den südlichen Ländern (in diesem Sinn ist Frankreich ganz entschieden kein südliches Land), wo Jugendarbeit und Jugendpolitik sich relativ spät entwickelt haben, sind die lokalen Behörden die wichtigsten Arbeitgeber der Jugendarbeiter. Das muss in einem Kontext, in dem ein umfassender Rahmen noch nicht – oder nur in Ansätzen – entwickelt wurde, als Wunsch nach

einer öffentlichen Regulierung interpretiert werden (vgl. Montanari, 1993). Doch der Druck auf die öffentlichen Ausgaben lässt den Freiwilligensektor wachsen. Interessanterweise trifft das auch auf die nördlichen Länder zu. Das kann mit der großen Bedeutung erklärt werden, die der Jugendarbeit als informeller Erziehung zu sozial relevanten Zielen beigemessen wird. In anderen Ländern sind der öffentliche und der Freiwilligensektor entweder ausgeglichen (Vereinigtes Königreich, Niederlande), oder es zeigt sich sogar eine Dominanz des Freiwilligensektors (Frankreich, Deutschland, Irland, Belgien, Österreich). In diesen Kontexten beschränkt sich das Prinzip der Subsidiarität nicht auf Familie und Kirche, sondern wurde auf eine gewisse Art modernisiert, zu säkulären Formen des Volontariats ausgeweitet (Dritter Sektor) und in der administrativen Struktur des öffentlichen Dienstleistungsangebotes verwirklicht.

Wir haben uns hier auf das öffentliche Jugendarbeitsangebot bezogen. In fast allen Ländern finden wir aber neben ihr – und bis zu einem Grad mit ihr verbunden – eine Struktur von Jugendarbeitsvereinen auf freiwilliger Basis. In Ländern mit einer korporativen Struktur des Freiwilligensektors (z.B. Deutschland) kann der Freiwilligensektor durch die Institutionalisierung der Subsidiarität mit Säkularisierung und Individualisierung fertig werden, indem er ein halb-öffentlicher Akteur wird, der in den Prozessen und Mechanismen der öffentlichen Verwaltung mitwirkt. Im Süden hingegen, wo es eine scharfe Trennung zwischen Kirche und öffentlichen (lokalen) Verantwortlichkeiten bzw. eine Verlagerung von der ersten zur letzteren gibt, sind neue Formen des Volontariats aufgetaucht, z.B. Genossenschaften, Initiativen etc., von denen einige die modernisierte Form der konfessionellen Vereine darstellen, während andere sich völlig von alten soziokulturellen Banden gelöst haben. Im Prinzip finden wir eine Professionalisierung der Jugendarbeit auch im Freiwilligensektor, der die traditionellen Bereiche verlässt und sich immer mehr für öffentliche Jugendarbeit engagiert.

Während sich die traditionell freiwillige und vereinsgebundene Jugendarbeit an die gewöhnliche Jugend wandte (ausser der katholischen und der christlich-orthodoxen Kirche, die schon in der traditionellen Arbeitsverteilung zwischen Kirche und Staat im Süden für ausgegrenzte Gruppen Dienstleistungen angeboten haben), verstärkt die Verlagerung der Jugendarbeit zu 'Soziopädagogisierung' und zu 'Soziopolitisierung' das Engagement der Freiwilligenvereine auch in dieser Hinsicht – auch wenn sie von den öffentlichen Einrichtungen delegiert sind.

Schließlich muss den privaten Akteuren mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, die sich hauptsächlich dafür einsetzen, kommerzielle Freizeitaktivitäten bereitzustellen – oder mit den Freiwilligen um öffentliche Finanzierung wetteifern. In einigen Fällen hat dies – statt zu einer Diversifizierung – zu Legitimierungsproblemen der Jugendarbeit geführt. Wo die jungen Leute die Jugendarbeit ausschließlich als einen Aspekt der Freizeit und der Jugendkulturaktivitäten

neben einer hoch differenzierten Freizeitindustrie verstehen (was zu einer Abnahme der Zahl der Teilnehmer an der Jugendarbeit führt) können die finanzierenden Institutionen von den Jugendarbeitsorganisationen entweder eine Professionalisierung und Kommerzialisierung ihrer Angebote verlangen (um für Teilnehmer oder Sponsoren oder beides attraktiver zu sein) oder eine Einschränkung der Aktivitäten auf sozialpolitisch relevante Belange (ausgegrenzte Jugend, Nachmittagsbetreuung etc.). Die Verlagerung von öffentlichen zu freiwilligen und privaten Akteuren ist einerseits als Dezentralisierung der Jugendarbeit in Richtung auf die Lebenswelten der Adressaten gerechtfertigt. Doch das muss auch in Anbetracht der Kürzungen in der öffentlichen Wohlfahrt und der Privatisierung der Sozialdienstleistungen gesehen werden. Es kommt immer mehr zum 'Outsourcing' der öffentlichen Aufgaben und freiwillige und private Akteure wetteifern um das beste Angebot. Das bedeutet, dass den Jugendarbeitern die Untergrabung der professionellen Standards wie auch der sozialen Sicherheit als Jugendarbeiter droht (vgl. IRIS, 2000).

5. STRUKTUREN DER AUSBILDUNG UND DES TRAININGS

Die verschiedenen institutionellen Sektoren und Traditionen der Jugendarbeit werden von einem Kaleidoskop von Ausbildungs- und Trainingsgängen gespiegelt, die zu dem führen, was wir jetzt "Jugendarbeit" nennen können.

In der großen Bandbreite der professionellen Entwicklung in den untersuchten Ländern gibt es, je nach Blickwinkel, Gemeinsamkeiten wie auch klare Unterscheidungen.

5.1 Grad der Spezialisierung (Diplom)

Einer dieser Blickwinkel ist der der Position der Jugendarbeiterausbildung und des -trainings unter den verschiedenen Berufs- und Studiendisziplinen. Eine Konvergenz unter dem Großteil der Länder ist, dass ein höheres Niveau des Trainings in direkter Relation steht zu einem niedrigeren Spezialisierungsniveau der Auszubildenden. Während ein großer Teil der Länder ein Spezialtraining für Jugendarbeiter auf der Berufsschulebene hat, tendiert in den meisten von ihnen das Jugendarbeitertraining auf universitärer Ebene dazu, Teil eines größeren Kontextes der Sozialarbeit, Sozialpädagogik oder sogar der Sozial- oder Erziehungswissenschaften zu sein. Diese überall spürbare Tendenz kann unterschieden werden entlang der schon erwähnten Trennlinie zwischen Ländern mit stärkeren Traditionen in der "Sozialerziehung" und "Sozialpädagogik" auf der einen Seite und den anderen, in denen Jugendarbeit historisch

gesehen sich aus anderen Kontexten entwickelt hat, wie z.B. der „community work“ im Vereinigten Königreich.

Auf der Berufsschulebene führt die Tradition der Sozialpädagogik/ Sozialerziehung zu einem differenzierten System von Bildungsgängen wie in Österreich, den Niederlanden, Belgien und Deutschland. In diesen Ländern sind universitäre Bildungsgänge für professionelle Jugendarbeiter mehr oder weniger in die der Sozialpädagogik, Erziehungs- oder Sozialwissenschaften integriert. Diese bilden zusammen mit dem Sozialarbeiterstudium den normalen akademischen Weg in den mehr sozialarbeits- oder gemeinwesenarbeitsorientierten Ländern. Jugendarbeitsspezifische Wege in der universitären Ausbildung wurden nur in wenigen Ländern eingeschlagen, wie in Island, Finnland, Irland, dem Vereinigten Königreich und Schweden.

5.2 Theorie und Praxis: etwas, das zählt

Ein zweiter Blickwinkel für die obenerwähnten historischen Wurzeln der Jugendarbeit ist die Fächerkombination, die als wichtig für das Jugendarbeitertraining beurteilt wird. Gemein ist allen das theoretische Basiswissen über die Sozialisierung von Jugendlichen, das aus verschiedenen Sozialwissenschaften kommt: Soziologie, Psychologie, Sozialpolitik, Pädagogik. In den meisten Fällen vermittelt das Studium Wissen über gesundheits- oder zielgruppenbezogene Fragen (Jugend, Behinderte, Frauen, Migranten).

Auf der technischen Ebene unterscheiden sich die in die Kurse einbezogenen Fächer je nachdem, ob Jugendarbeit als selbständiges Fach oder als ein in andere Disziplinen integriertes konzipiert ist. Die Kombination technischer Fähigkeiten kann aus den folgenden Fächern bestehen:

- Jus
- Methoden der Sozialarbeit (Fallanalyse, Gruppenarbeit, Arbeit in der Gemeinschaft)
- persönliche Fähigkeiten (Beratung, Rhetorik, etc.)
- Kommunikation und Konfliktmanagement

Es ist ein verbreiteter Trend zumindest auf höherer Ebene, Management- und Projektmanagementtechniken in die entsprechenden Curricula einzubauen. Je nach Grad der Spezialisierung, besonders auf der Ebene der Berufsausbildung, vermitteln diese Kurse das Training praktischer Fertigkeiten bezogen auf Musik, Theater, Tanz, Video, Computer usw.

In fast allen Ländern dienen Pflichtpraktika oder praktische Übungen dazu, die theoretischen und praktischen Trainingsinhalte miteinander zu verbinden. Doch in den meisten Fällen ist dieser Zugang auf die Berufsschulen und die polytechnische Ebene beschränkt, während man sie selten auf universitärer Ebene findet. Ausnahmen dafür stellen die Universitätsstudien in Deutschland, Italien, Irland und Schweden dar. Der Anteil der praktischen Teile beim Training liegt zwischen 10 und 80 Prozent.

5.3 Standardisierung und öffentliche Anerkennung

Ein weiterer Blickwinkel, unter dem die Unterschiede und Ähnlichkeiten analysiert werden können, ist der Grad der Standardisierung des Jugendarbeitertrainings und die öffentliche Anerkennung der so erworbenen Zertifikate. Auf der Freiwilligenebene hat sich eine Vielzahl von Kurzlehrgängen entwickelt. Oft organisieren unabhängige Jugendorganisationen diese Kurse. Doch nur wenige Länder haben ein standardisiertes System der Kontrolle und Beurteilung dieser Art des Trainings. In einigen Ländern werden diese Aktivitäten von Dachorganisationen auf nationaler oder regionaler Ebene koordiniert, z.B. in Belgien. Eine herausragende Ausnahme ist Frankreich, wo die in Kurzlehrgängen erworbenen Zertifikate auf nationaler Ebene standardisiert sind. Außerdem werden die in diesen Kursen erworbenen Qualifizierungen zum Teil als Äquivalente für Zertifikate in Allgemeiner Erziehung anerkannt, was für den Universitätszugang verlangt wird.

In fast allen anderen Ländern werden die bei freiwilliger Jugendarbeit erworbenen Qualifikationen nicht für die höhere Jugendarbeiterausbildung anerkannt. Nichtsdestotrotz haben nur Studenten mit praktischer Felderfahrung Zugang zu vielen Ausbildungsgängen.

5.4 Professionalisierung

Die Diskussion über die Trainingsstrukturen für Jugendarbeiter ist ein weiteres Zeichen für einen allgemeinen Trend quer durch die untersuchten Länder. In fast allen Ländern gibt es einen Trend zu höher qualifiziertem Personal in der Jugendarbeit. Das hat jedoch verschiedene Hintergründe und Ausgangspunkte.

Einer dieser Ausgangspunkte kann in den Ländern gefunden werden, in denen die öffentliche Jugendpolitik von einer historischen Perspektive aus gesehen relativ "jung" ist. In Italien, Spanien und Finnland, um nur drei von ihnen zu nennen, ist die Professionalisierung ein auf zwei Ebenen laufender Prozess: einerseits schaffen besonders lokale Behörden öffentlich finanzierte Stellen im Bereich der Jugendpolitik. Daher bieten dieselben Körperschaften weitere Trainingsmöglichkeiten im Bereich der Jugendarbeit/Jugendpolitik. Andererseits haben

Universitäten und Polytechnika begonnen, teilweise in dieser Richtung spezialisierte Lehrgänge anzubieten. Es lässt sich schwer sagen, ob und wie diese zwei Entwicklungslinien genau miteinander verbunden sind, doch unterscheiden sie sich offensichtlich von der Entwicklung in den Ländern, in denen die Jugendarbeit sich unter anderen Umständen entwickelt hat.

In den Ländern, in denen öffentlich finanzierte Jugendarbeit eine längere Tradition hat, hat derselbe Trend – mehr besser qualifizierte Personen arbeiten auf dem Gebiet der Jugendarbeit – andere Ursachen. Eine dieser Ursachen ist der in ganz Europa, besonders aber in Skandinavien, spürbare generelle Trend zu höheren Prozentsätzen von Studenten mit Universitätsdiplomen. Daneben kann auch die schon erwähnte Debatte über die Veränderung in der Natur der Jugendarbeit für diesen Prozess der Professionalisierung verantwortlich gemacht werden. In vielen Ländern richtet sich die Jugendarbeit mehr und mehr auf Risikogruppen Jugendlicher oder andere besondere Zielgruppen. Parallel dazu verändert sich das Profil der Jugendarbeit, da Beratung und andere Spezialaufgaben integriert werden.

Ein anderer Weg zur Professionalisierung, der sich teilweise mit dem ersten überlagert, ist der Professionalisierungstrend im Bereich der Freiwilligenorganisationen. In Ländern wie Spanien oder Italien etwa übernehmen immer mehr die Freiwilligenorganisationen die jugendbezogenen Dienstleistungen, die zuvor von öffentlichen Körperschaften angeboten wurden. Dieser Prozess der Ausweitung des Subsidiaritätsprinzipes führt zu einem Professionalisierungsprozess innerhalb dieser Organisationen.

Ein in diesem Kontext interessantes Phänomen ist die Art, wie Erfahrungen auf dem Gebiet der Freiwilligenarbeit vom entsprechenden Trainingssystem anerkannt werden. Irland, das Vereinigte Königreich und einige Teile von Skandinavien sind ein Beispiel dafür, wie versucht wird, in der Freiwilligenarbeit der Erfahrung mehr Bedeutung beizumessen, indem man denen, die schon einschlägige Arbeitserfahrung vorweisen können, den Zugang zur Universitätsbildung gewährt. In Irland hat das explizit den Zweck, die jungen Leute mehr in die Gesellschaft einzubinden.

Ein Umstand, der besonders vorteilhaft ist für eine solche Öffnung, ist ein an sich schon flexibles Ausbildungs- und Trainingssystem auf Modulbasis wie das des Vereinigten Königreichs. In diesem System, das über eine sehr geringe Standardisierung der Zertifikate verfügt, hängt der Zugang zur universitären Bildung viel mehr von der Arbeitserfahrung ab als von Zertifikaten im Erziehungswesen. Ein hoher Prozentsatz von Spätstudierenden ist eine Konsequenz davon. Eine weitere Besonderheit ist, dass die verschiedenen Bildungsgänge und -niveaus nicht sehr stark voneinander abgegrenzt sind und dass daher jeder Einzelne die verschiedenen Ausbildungsgänge leicht miteinander kombinieren kann.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie die Erfahrung auf dem Gebiet der Freiwilligenarbeit mehr Gewicht erhalten kann, sind die Lehrzeitmodelle des Jugendarbeitertrainings, die in Finnland und Dänemark eingeführt wurden. Hier wird diese Art der Arbeitserfahrung ins Trainingscurriculum integriert.

6. EINFLUSS DES JEWEILIGEN POLITISCHEN SYSTEMS AUF DIE JUGENDARBEIT

Wenn man versuchte, eine komparative Typologie der nationalen Konstellationen der Jugendarbeit zu erstellen – was an dieser Stelle nur als Hypothese möglich ist –, sollte die Typologie der Wohlfahrtssysteme von Esping-Andersen zu Rate gezogen werden (1990): Sie unterscheidet ein sozialdemokratisches, ein liberales und ein konservatives System. Doch in Anbetracht der Besonderheit der Kontexte in Südeuropa ist es wahrscheinlich noch besser, sich auf die Weiterentwicklung dieses Modells von Duncan Gallie und Serge Paugam (2000) zu berufen und die sozialdemokratischen Regierungsformen als universalistisch, die liberalen als minimal, die konservativen als berufsbezogen neu zu definieren und als viertes Modell die subprotektiven Wohlfahrtsstaaten des Mittelmeerraumes hinzuzufügen. Als Hypothese wollen wir hier die folgende, der Jugendarbeit angepasste Typologie vorschlagen:

- *Universalistisch/ paternalistisch:* In den skandinavischen Ländern (Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden, exklusive Island) ist Jugendarbeit organisiert als staatsbürgerliche Infrastruktur, die sich an die jungen Leute als Staatsbürger wendet, d.h. der allgemeine Zugang zur Jugendarbeit ist ein zentrales Anliegen ebenso wie die Strukturen, die die Einbeziehung der Jugendlichen fördern. Gleichzeitig hat der Staat großes Interesse an Erziehungszielen (z.B. was die Gesundheit betrifft), die in diese Strukturen integriert werden sollen. Der auf die „peer-education“ gelegte Nachdruck ist eine Konsequenz dieser widersprüchlichen Struktur.
- *Liberal/ gemeinschaftsbezogen:* in den als liberal/minimale Wohlfahrtsstaaten charakterisierten Ländern (Vereinigtes Königreich und Irland) hat sich die Jugendarbeit erstaunlich allseitig entwickelt. Hier setzt der Staat verstärkt auf die Einrichtung von Jugendclubs. Das Fehlen staatlicher Massnahmen ermöglicht eine starke Gemeinschaftsorientierung.
- *Konservativ/ korporativ:* In Ländern mit einem konservativen Wohlfahrtssystem finden wir eine eher korporative Ausrichtung der Jugendarbeit. Andererseits hat der Staat großes Interesse daran, eine Sozialisierung in Richtung einer Standardbiographie anzubieten. Daher sind die sozialpädagogischen Aspekte so wichtig wie in den

skandinavischen Ländern, aber mit anderen Schwerpunkten. Auf der anderen Seite wird diese Aufgabe an freiwillige Akteure delegiert, die großteils in die lokale, regionale oder nationale Verwaltung eingebunden sind.

- *Mediterran/ subinstitutionalisiert*: Während Esping-Andersen die südeuropäischen Länder als konservative Länder bezeichnete (wegen der korporativen Rolle der katholischen oder orthodoxen Kirche), betonen Gallie und Paugam eher den soziokulturellen Bedeutungsverlust der Kirche und ihrer Einflussnahme, was zu einem Defizit oder Vakuum in der Regulierung geführt hat (2000). Die oftmals ausschliessliche Verantwortung der lokalen Behörden hat zu großen regionalen Differenzen entsprechend den lokalen Ressourcen und dem politischen Interesse geführt. Gemeinsam mit einem neu entstehenden Dritten Sektor kann das die Lücken nur langsam füllen.

Tabelle 1: Jugendarbeitssysteme

	dominierende Begriffe	wichtigste Tätigkeitsfelder	Hauptsektoren	Ausbildung und Training	Länder
<i>Universalistisch/ paternalistisch</i>	Jugendarbeiter/ Sozialpädagoge	Freizeit Beratung Gesundheit/ Vorsorge	Dominanz lokaler Behörden	Dominanz der universitären Ausbildung (Sozialpädag.), parallel dazu Anerkennung informeller Wege	Dänemark Finnland Island Norwegen Schweden
<i>Liberal/ gemeinschafts- bezogen</i>	Jugendarbeiter	Freizeit Gemeinschafts- arbeit Ausgegrenzte Jugend	Gleichgewicht von lokalen Behörden und Freiwilligen- sektor	Vor allem univ. Ausbildung (Jugend-und Gemeinschafts- arbeit-Diplome); starkes Interesse an erweitertem Zugang	Irland Vereinigtes Königreich
<i>Konservativ/ korporativ</i>	Jugendarbeiter/ Sozialpädagoge Kulturanimateur	Freizeit Beratung Ausgegrenzte Jugend	Dominanz des Freiwilligen- sektors	Befähigung zur Sozialarbeit (und Kulturanimation) auf Berufsschuleben wie auch auf universitärer Ebene	Belgien Deutschland Frankreich Liechtenstein Luxemburg Niederlande Österreich
<i>Mediterran/ subinstitutio- nalisiert</i>	Kulturanimateur/ Sozialerzieher	Übertritt in die Arbeitswelt Jugend- information Freizeit	Dominanz der lokalen Behörden	Entwicklungs auf Ebene des Volontariats, der Berufsschule und der universitären Ausbildung	Griechenland Italien Portugal Spanien

7. EUROPÄISCHE DIMENSIONEN

Die Antwort auf die Frage nach dem Einfluss Europas auf nationale und lokale Jugendarbeit verlangt eine Betrachtung der verschiedenen Akteure wie auch verschiedener Dimensionen. Akteure von Bedeutung sind die Europäische Kommission (besonders Erziehung und Kultur), das Jugenddirektorium des Europarats, das Europäische Jugendforum, aber auch fachspezifische Netzwerke wie ECYC (European Confederation of Youth Organisations).

Relevant sind der Einfluss Europas auf die Bildungs- und Trainingsgänge der Jugendarbeiter in Europa, die Einbindung einer europäischen Dimension in nationale Curricula und die Einführung neuer Konzepte und Ziele durch einen gesamteuropäischen Diskurs.

Der in den nationalen Porträts angeführte Einfluss Europas auf Ausbildung und Training der Jugendarbeit ergibt das folgende Bild: In Ländern mit fest etablierter Jugendarbeit wird der europäische Einfluss für nicht besonders wichtig und stark gehalten. Das bedeutet, dass Prozesse der Professionalisierung und der wissenschaftlichen Entwicklung nicht notwendig mit parallelen Prozessen in anderen europäischen Ländern verbunden sind. Doch gibt es Initiativen in Richtung auf eine europäische Kooperation. Diese Initiativen beschränken sich aber auf einzelne Personen, Organisationen oder Abteilungen einer Universität/ einer polytechnischen Ausbildungsstätte. Im Gegensatz dazu ist die Einwirkung der europäischen Kooperation in Ländern mit einer rezenteren Einführung der Jugendarbeit und Jugendpolitik bedeutend. Bis zu einem gewissen Grad ist das ohne Unterstützung durch EU-Einrichtungen vonstatten gegangen. So ist z. B. die Orientierung der südeuropäischen Länder nach dem französischen Modell der Kulturanimation älter als die von der Kommission des Europarates organisierte Kooperation. Diese starke Orientierung der südlichen Länder am französischen Modell kann zwei Hauptgründe haben: die Ähnlichkeit soziokultureller Modelle und der Sprache (siehe auch Abschnitt 2). Europäische Programme wurden jedoch benützt, um das Training innerhalb der herkömmlichen Bildungswege zu verwirklichen und zu entwickeln. Interessanterweise waren die wichtigsten Mittel nicht auf die Jugendpolitik orientierte Programme, sondern erziehungsbezogene (SOKRATES) und der European Social Fund (ESF; z.B. Portugal) (s. u.). In den meisten Ländern hat dies die Entwicklung der universitären Ausbildung im Bereich der Sozialerziehung betroffen (Italien, Spanien). In Portugal hat das Nationale Jugendinstitut die entsprechenden Finanzierungen benützt, um die Weiterbildung auf Freiwilligenebene zu entwickeln.

Eines der am besten etablierten Netzwerke für Ausbildung und Training der Sozialberufe ist das in Koblenz (D) gegründete ECCE (European Centre for Community Education), in dem universitäre Institutionen von 19 europäischen Ländern organisiert sind. Eine der

Hauptaktivitäten ist der Austausch von Studenten und Dozenten, ein anderer die gemeinsame Entwicklung eines europäischen Curriculums der Sozialberufe. ECCE wird hauptsächlich vom Programm der Kommission (SOCRATES) finanziert. Die meisten teilnehmenden Einrichtungen haben spezifische Diplomkurse in Europäischer Sozialarbeit ins Leben gerufen (z.B. Cork in Irland, Koblenz in Deutschland) (Lorenz, 1998; ECCE website). Dies alles trifft auch zu auf die ECYC (European Confederation of Youth Club Organisations) mit Sitz in Kopenhagen (Dänemark). Im Vergleich zu ECCE befindet sie sich im Anfangsstadium – auch in Hinsicht darauf, dass der offenen Jugendarbeit entsprechende Konzepte in anderen kulturellen Kontexten gefunden werden müssen. Gegründet auf der Praxis der offenen Jugendarbeit, befasst sie sich mit der Entwicklung der Curricula und Module für initiales und weiterführendes Training in Bezug auf die spezifischen Bedürfnisse der offenen Jugendarbeit (ECYC, 1999).

Die wichtigsten Mittel, mit denen die Europäische Kommission versucht hat, die Europäisierung der Jugendarbeit zu entwickeln, war das Programm YOUTH FOR EUROPE und als Nachfolger das YOUTH-Programm. Der Aspekt, der Jugendinitiativen und Jugendaustausch betraf, wandte sich an die Jugendarbeitspraxis, während die 'joint actions', die Jugendvereine und –organisationen und kurze Studienaufenthalte für Jugendarbeiter, Gruppenleiter und für Jugendarbeit Verantwortliche betrafen, sich direkt auf die Bildung eines europäischen Berufsbildes der Jugendarbeiter quer durch die Mitgliedsstaaten bezogen. Ein Überblick über einige Programme dieser Aktionen legt den Gedanken nahe, dass der Großteil der Seminare sich mehr auf die sozialpolitischen Aspekte der Jugendarbeit bezog als auf Freizeit- und Jugendkulturfragen (vgl. Deutsches Büro Jugend für Europa). Trotz des Umfangs (im Vergleich zu anderen) konnte das auf die Ebene der Weiterbildung beschränkte Programm die professionelle Jugendarbeit nicht besonders beeinflussen.

Weiterbildungsaktivitäten wurden in einer Partnerschaft der Kommission mit dem Council of Europe's Youth Directorate entwickelt. Beobachter der europäischen Jugendpolitik kommentieren das als Verschmelzung der vom Youth Directorate entwickelten Kenntnisse und Kompetenzen in interkultureller Jugendpolitik und Jugendarbeitstraining unter Kontrolle der Europäischen Kommission in Hinsicht finanzieller Mittel. Das Partnerschaftsprogramm mit der Europäischen Kommission bedeutet eine Entwicklung des Jugendarbeitertrainings in zwei Dimensionen (verglichen mit den kurzen Studienaufenthalten, die parallel weitergeführt werden): Zunächst wird über die Europaratmitglieder ein größeres Europa angesprochen; dann stehen die von diesem Programm geführten Trainingskurse auch für eine Professionalisierung

des europäischen Jugendarbeitertrainings in Hinblick auf Dauer, Vertiefung der Inhalte und Trainingsfragen:

- Ausbildung für Trainer,
- Training für in Zentral- und Osteuropa Tätige,
- Kurse für Organisationsmanagement,
- Kurse für Jugendinformation und Beratung,
- Kurse für Projektmanagement und transnationale Freiwilligendienste,
- Kurse für interkulturelles Lernen und Konfliktmanagement

Im Vergleich zu Jugendarbeitern aus EU-Mitgliedstaaten – für die der Großteil der Trainingsinhalte nicht neu war, und die eher aus einem vagen Interesse an europäischer Kooperation teilnahmen und um Kontakte aufzunehmen – schätzten Jugendarbeiter aus Zentral- und Osteuropa dieses Programm sehr und benützten es häufig (47% von EU-Staaten, 53% von Nicht-EU-Staaten). Wenn man die parallelen Bemühungen und Mittel der EU und des Rates in Betracht zieht, die 'die' Bürgergesellschaft in diesen Ländern entwickeln will, kann das europäische Engagement im Jugendarbeitertraining auch als Politik der Entwicklungshilfe gesehen werden, und das besonders in Hinblick auf die zukünftige Erweiterung der Europäischen Union und der Integration vieler östlicher Mitgliedstaaten des Europarates (vgl. Stein, 1999).

Das European Youth Forum ist eine europäische Plattform für Freiwilligenvereine, die in der Jugendarbeit tätig sind. Es will sowohl die Jugend via Koordination politisch vertreten (auch wenn die Annahme, Jugendvereine seien die 'natürlichen' Vertreter der Jugend, in die Irre leiten kann, da sie zumeist von Erwachsenen mit größerer oder geringerer Glaubwürdigkeit in Jugendkulturbelangen organisiert werden) als auch Standards für informelle Erziehung schaffen (European Youth Forum, 1999).

Die Europäisierung hat aber nicht nur (unterschiedliche) Auswirkungen auf die Ausbildungs- und Trainingsstrukturen sondern auch auf die berufsspezifischen Debatten in nationalen Jugendarbeitskontexten.

Ein von den europäischen Akteuren (Kommission und Rat) stark unterstützter und gut entwickelter Praxiszugang ist das Konzept der Jugendinformation. Das hat zur Gründung von ERIYCA geführt, dem Netzwerk für Jugendinformation, das auch als European Charter of Youth Information entwickelt wurde (vgl. CYRCE, 1995).

Eine weitere sehr wichtige, über die europäischen Programme vermittelte Frage ist das interkulturelle Lernen. Seine Bedeutung ist einerseits aus der Zunahme der rassistischen und xenophoben Gewalt in fast allen europäischen Ländern in den 90er Jahren herzuleiten. Auf der anderen Seite verfolgt die Europäische Kommission seit der Einführung des ersten

Jugendprogramms (PETRA) das Ziel, eine europäische Identität unter den Jugendlichen zu schaffen. In den späten 90ern wurde das zum Ziel der Unionsbürgerschaft umgewandelt (s. Europäische Kommission, 1997;1998). Dank seiner Nähe zu einem Diskurs über Jugend und Bürgerschaft im Vereinigten Königreich hat sich der Begriff der Unionsbürgerschaft weiter ausgebreitet als es das Ziel des Jugend für Europa –Programmes allein hätte erwarten lassen. Doch hat sich noch nicht erwiesen, ob diese Diskurse die diesen Konzepten inhärenten Potentiale umsetzen können. Im Schlussteil wollen wir daher einige Ratschläge erwägen, wie die europäische Jugendpolitik ihre integrativen Wirkungen sicherstellen kann.

8. RATSCHLÄGE FÜR EINE EUROPÄISCHE JUGENDPOLITIK

Trotz der unterschiedlichen Begriffe und Realitäten der Jugendarbeit quer durch Europa gibt es einige allgemeine Ratschläge, die abgeleitet werden können aus der Analyse der Entwicklung der Jugendarbeit innerhalb des europäischen Rahmens und durch die europäische Jugendpolitik.

Anerkennung und Kompetenzerweiterung der Jugendarbeit

Ohne Rücksicht auf ihre Professionalisierung und Institutionalisierung stellt die Jugendarbeit ein 'flexibles' Element der Jugendpolitik dar, das im Falle eines auftretenden sozialen Konflikts verstärkt wird und in Zeiten der öffentlichen Ausgabenreduktion reduziert wird. Diese schwache Position wird durch einen strukturellen Aspekt noch verschärft, der in gewissem Sinn eben die Stärke und das Potential der Jugendarbeit ist: ihre Position zwischen den Lebenswelten der jungen Leute und den institutionellen Strukturen. Diese Zwischenposition schwächt die Jugendarbeit in zweifacher Hinsicht: je mehr die Jugendarbeit sich mit ausgegrenzten Gruppen engagiert und dabei das Stigma der benachteiligten 'Verlierer' erhält, desto mehr droht der Jugendarbeit und den Jugendarbeitern die professionelle Ausgrenzung, Abwertung, das professionelle Stigma. Und die Stärke ihrer Glaubwürdigkeit – in dem Sinn, dass Jugendarbeit weniger als andere Institutionen unter der Kluft zwischen den jungen Leuten und den Institutionen leidet – kann aus einer bürokratischen Perspektive als Fehlen eines professionellen Wissens und professioneller Fähigkeiten beurteilt werden ("die reden ja nur"), was schwer in seinen Wirkungen und Ergebnissen zu messen ist. Wie auch immer, nimmt man die Individualisierung der jugendlichen Integration in der Gesellschaft und das Misstrauen in institutionelle Integrationsstrukturen als gegeben an, so muss diese professionelle Öffnung (oder dieser offene Professionalismus) verstärkt und unterstützt werden durch anständige Bezahlung, Ausstattung und institutionelle Garantien, um unregelmäßige, vom politischen Klima abhängige Finanzierungen zu vermeiden. Es muss anerkannt werden, dass Jugendarbeit (im weiteren Sinn)

eine Infrastruktur für soziale Integration darstellt. Um diesen Status zu erreichen, muss sie für alle jungen Leute geöffnet sein. Gleichzeitig muss sie aber auch bereit sein, sich von den jungen Leuten selbst formen und beeinflussen zu lassen.

Wenn Jugendarbeit die jungen Menschen befähigen soll, dann müssen Jugendarbeit und Jugendarbeiter befähigt und anerkannt werden.

Freizeit oder Vorsorge

Auch in Bezug auf das ewige Schwanken der Jugendarbeit zwischen Freizeit- und Jugendkultur auf der einen Seite und sozialpolitischer Verantwortung auf der anderen muss die Offenheit beibehalten werden. Nur wenn sie in der Jugendkultur ihre Wurzeln haben (oder ihr verpflichtet sind), sind Jugendarbeiter glaubwürdig in Bezug auf die institutionellen Aufgaben (z.B. in der Arbeit mit drogenabhängigen Jugendlichen oder wenn sie sich in einem Programm für arbeitslose Jugendliche engagieren). Eine eindimensionale Instrumentalisierung der Jugendarbeit würde ihre Potentiale in beiden Richtungen unterminieren.

Erweiterung des Zugangs zur Qualifizierung und professionelle Jugendarbeit

Jugendarbeit ist in vielen Fällen charakterisiert durch eine Trennlinie zwischen Berufsjugendarbeitern und Volontären. Gleichzeitig beruht sie auf den Prinzipien der Teilnahme und hängt von ihrer Glaubwürdigkeit als lebensweltorientierte soziale Institution ab. Aus dieser Perspektive scheint es von Bedeutung, dass der Zugang zu Ausbildung und Training, d.h. zu den Befähigungen und zu einem professionellen Status in der Jugendarbeit sich nicht auf eine guterzogene Mittelschicht beschränkt. Junge Leute (ob ausgegrenzt oder nicht) haben eine Menge Erfahrung, was die Tragweite und die Bedürfnisse des Heranwachsens in spätmodernen Gesellschaften bedeutet. Dies trifft vor allem auf die zentral- und osteuropäischen Länder zu. Das europäische Engagement in der Entwicklung der Jugendarbeit und der entsprechenden Ausbildung darf nicht die in diesen Kontexten entstandenen Potentiale und Erfahrungen vernachlässigen, indem vermeintlich allgemeingültige berufliche Standards auferlegt werden.

Wie die Erfahrungen aus Irland (aber auch dem Vereinigten Königreich) lehren, ist der erweiterte Zugang zu Qualifizierungen und Berufspositionen möglich (ohne die beruflichen Standards zu vernachlässigen) und fruchtbar im Sinne, dass sie die Prinzipien der aktiven Einbindung und Lebensweltorientierung untergraben. Es hat sich gezeigt, dass Systeme, die auf modularisierten Ausbildungsgängen basieren oder zumindest für diese geöffnet sind, leichter diese Forderungen erfüllen als Systeme, die sowohl standardisiert sind als auch stratifiziert. Aber auch das französische Modell lehrt (wie auch einige skandinavische), dass praktische

Erfahrung bescheinigt werden kann, und dass daher unterschiedliche Ausbildungsgänge zu qualifizierter und professioneller Jugendarbeit möglich sind.

Praktische und kontextbezogene Erfahrung sollte als Kriterium für den Zugang zu Ausbildung und Training akzeptiert und zumindest als Schulqualifikation anerkannt werden.

Diversifizierung und Standardisierung

In Hinblick auf die Entwicklung des Professionalismus können verschiedene Wege akzeptiert und unterstützt werden: Diversifizierung (z.B. Freizeit und Kultur ebenso wie soziopädagogisch) wie auch Standardisierung (z.B. Basiskenntnisse in Bezug auf die moderne Jugend und Basisfähigkeiten im Beraten und in der Projektorganisation). Die Zwischenposition der Jugendarbeit verlangt diese interne Diversifizierung ebenso wie die Debatte über Prioritäten (die als berufsbezogene und nicht als politische, an Budgetfragen gebundene Debatte geführt werden muss).

Europäische Dimension

Wenn man die schwache Position der Jugendarbeit auf lokaler, aber mehr noch auf nationaler Ebene als gegeben ansieht, dann sollte die europäische Jugendpolitik vor dem Ruf nach einer – zusätzlichen- 'Superstruktur' die Kompetenzerweiterung der lokalen Jugendarbeit als höchste Priorität betonen. Solange Jugendarbeiter um die Anerkennung ihrer täglichen Praxis kämpfen müssen, wird Europa eine zusätzliche Forderung sein und keine befähigende Ressource. Dasselbe gilt für die europäische Identität und ihre Wirkungen auf die Ziele der Jugendarbeit, der Ausbildung und des Trainings der Jugendarbeiter. Wenn die europäische Identität verhältnismäßig subjektiv einen Beitrag zum täglichen Leben der Jugendlichen leisten kann, wenn sie den Jugendarbeitern die Möglichkeit geben kann, die Kompetenzen der jungen Leute in der Alltagsarbeit zu erweitern, dann wird sie selbst als natürliche Konsequenz folgen. Internationaler Austausch oder der europäische Freiwilligendienst tragen zweifellos dazu bei, tendieren jedoch dazu, auf die teilnehmenden Einzelpersonen und die jeweilige Situation beschränkt zu bleiben.

Teilnahme und Unionsbürgerschaft

Der europäische Diskurs hat dazu beigetragen, das Interesse für den Begriff der Einbindung und (aktiven) Unionsbürgerschaft zu verstärken (vgl. Chisholm et al., 1997); European Commission, 1998). Doch laufen diese Begriffe Gefahr, ihre normativen und integrativen Potentiale zu verlieren durch einen inflationären Gebrauch von Seiten jeglicher Einrichtung – auch derjenigen, die junge Leute als äußerst entfremdende Kontrollinstitutionen erfahren. Als Gegenmaßnahme

müssen diese Begriffe ständig verfeinert werden. Vor allem im Kontext der individualisierten sozialen Integration muss das Verständnis von Partizipation und Unionsbürgerschaft neu definiert werden. Statt nur ein rhetorisches Ziel zu sein, das 'jede' Art der Jugendarbeit oder der (immer mehr bindenden) Integrationsschemata für junge Leute rechtfertigt, muss der eigentliche Bereich der Jugendarbeit – jungen Leuten die Gelegenheit zur Beeinflussung der Maßnahmen und Strukturen, in die sie involviert sind, zu geben – wieder festgesetzt werden als einzige Interpretation der Einbindung/Teilnahme: Teilnahme jetzt und gleich von Beginn an statt Erziehung zu einer zukünftigen.

BIBLIOGRAPHIE

- Akin, Salih & Douard, Olivier (1998) Qui sont les animateurs aujourd'hui? Etude de l'INJEP, Paris.
- Banha, R., Gomes, M., Miles, S., Pohl, A., Stauber, B. & Walther, A. (2000) "Coming out of the shell..." - Les avantages des arts scéniques dans le contextes des phases transitoires difficiles de la jeunesse. Rapport de recherche "Secondary learning effects in community arts". Tübingen.
- Banks, S. (1995) Youth Work, Informal Education and Professionalisation. In: Youth and Policy 51, pp. 13-26.
- Banks, S. (1999) Banks, S. (Hrsg.) 1999: Ethical Issues in Youth Work. London: Routledge.
- Barry, Monica (1995) The Empowering Process. Leading from Behind? In: Youth and Policy 51, pp. 1-13.
- Böhnisch, L., Rudolph, M. & Wolf, B. (Hrsg.) (1998) Jugendarbeit als Lebensort. Jugendpädagogische Orientierungen zwischen Offenheit und Halt. Weinheim/München: Juventa.
- Burgess, Paul (1998) Developing Communities through strategies of Lifelong Learning: Strategies on Cork City's Nortsides, in: Walther, A. & Stauber, B. (Hrsg.) Lifelong Learning in Europe, Volume 1. Tuebingen: Neuland, pp. 211-218.
- Chisholm, L., Bynner, J. & Furlong, A. (Hrsg.) (1997) Youth, Citizenship and Social Change in a European perspective. Ashgate.
- CYRCE (Eds.) (1995): The Puzzle of Integration. European Yearbook for Youth Policy and Research, Vol. I. Berlin/New York: De Gruyter.
- Deinet, U. & Sturzenhecker, B. (1999): Handbuch Offene Jugendarbeit. Münster: Votum.
- Drury, J. & Dennison, C. (1999) Individual Responsibility versus Social Category Problems: Benefit Officers' Perceptions of Communication with Young People. In: Journal of Youth Studies, Vol. 2, No. 2, pp. 171-192.
- Deutsches Büro Jugend für Europa (German Contact Point Youth for Europe): Newsletters 1997 – 2000. Bonn
- Du Bois-Reymonds, M. & Hübner-Funk, S. (1999) Youth Information and Youth Research. New Approaches, New Strategies: the European Example. In: CYRCE (Hrsg.) Intercultural

- Reconstruction. European Yearbook for Youth Policy and Research, Vol. 2. Berlin/New York: De Gruyter.
- ECCE (European Centre for Community Education: Website at <http://www.fh-koblenz.de/fhkoblenz/institute/ecce>.
- ECYC (European Confederation of Youth Club Organisations) 1999: Open Youth Work Training. Working Paper.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- European Commission 1997: The contribution of community action programmes in the fields of education, training and youth to the development of citizenship with a European dimension, final synthesis report by Audrey Osler. Internet-document <http://www.europa.eu.int/comm/education/citizen/index.html>.
- European Commission 1998: Learning for Active Citizenship. Internet document <http://europa.eu.int/comm/dg22/citizen/index.html>.
- European Youth Forum (1999) *Building Bridges for Learning. The recognition and value of non-formal education in youth activity*. Brussels: Working Paper
- Filtzinger, O. (1993) Berufsprofile und Ausbildung sozialer Fachkräfte in Italien, in: Guerra, L. & Sander, G. (Hrsg.) *Sozialarbeit in Italien*. Rheinfelden: Schäuble.
- Gallie, D. & Paugam, S. (Hrsg.) (2000) *Welfare Regime sand the Experience of Unemployment in Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- IRIS (Institute for regional innovation and social research) 2000: Advising local networks of 3rd sector initiatives: job creation for (disadvantaged) young people in the area of social and youth services. Final Report to the European Commission. Tübingen.
- López Blasco, A. (1998) The development of social pedagogy in Spain, in: *European Journal of Social Work*, Volume 1, No. 1, pp. 41-55.
- Lorenz, W. (1996) *Sozialarbeit in Europa*. In: Treptow, R. (Hrsg.) *Internationaler Vergleich und Soziale Arbeit. Theorie, Anwendung und Perspektive*. Rheinfelden: Schäuble.
- Lorenz, W. (1998) Soziale Fachkräfte in einem sozialen Europa. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 1+2/1998, pp. 19-21.
- Montanari, F. (1993) Jugendpolitik in Italien, in: Guerra, L. & Sander, G. (Hrsg.) *Sozialarbeit in Italien*. Rheinfelden: Schäuble.
- Mørch, S. 1999: Informal Learning and Social Contexts: The Case of Peer Education, in: Walther, A. & Stauber, B. (Hrsg.) 1999: *Lifelong Learning in Europe II: Differences and Divisions*. Tübingen: Neuling Verlag.
- Mørch, S. & Laursen, S. (1998) *At laere at vaere ung. Modernitetenspaedagogik*. Copenhagen: Ungdomsringeren.
- National Board of Youth Affairs, 1999: *Review of national youth policy - Sweden National Report*, Stockholm
- Oechsle, Mechtild (2000) *Gleichheit mit Hindernissen*. Berlin: Stiftung SPI.
- Preiss, D., Schwarz, A. & Wilser, A. (1996) Mädchen - Lust und Last der Pubertät. Ein sexual- und gesundheitspädagogisches Modell zur Beratung junger Mädchen. Frankfurt a. M.:
- Rappaport, J. 1981: Terms of empowerment – exemplars of prevention: toward a theory of community psychology, in: *American Journal of Community Psychology*, 15, 121-139.

- Van Reenen, Lionel (1995) A Black Perspective to British Community and Youth Work. In. and Youth Work. In: *Youth & Policy* 49, pp. 20-34.
- Roche, J. (Hrsg.) (1997) *Youth in society: contemporary theory, policy and practice*. London: SAGE.
- Scheipl, J. (1997) *Sozialpädagogik in der Ausbildung. Pädagogik und Sozialpädagogik in den Lehr- und Ausbildungsplänen sozialpädagogisch relevanter Ausbildungsgänge in Österreich*. Internet-document (<http://gecko.kfunigraz.ac.at/~heim/sozdat/artscheipl.html>)
- Seibel, F.W. (Hrsg.) (1995) *European Dimensions in the Initial Training of Youth and Community Workers*. Koblenz: ECCE.
- SPI (Sozialpädagogisches Institut) Berlin (1999) (Hrsg.): *Neue Maßstäbe. Mädchen in der Jugendhilfe*. Berlin.
- Stein, G. (1999) *Partnership Agreement between the Council of Europe and the European Commission on European Youth Worker Training. Report of the External Evaluation*. Strasbourg: Council of Europe, Working Paper.
- Stevens, A., Bur, A. & Young, L. (1999): *Partial, unequal and conflictual: problems in using participation for social inclusion in Europe*. Working Paper, University of Kent.
- Williamson, H. (1997): Youth work and citizenship, in: Chisholm, L., Bynner, J. & Furlong, A. (Hrsg.): *Youth, Citizenship and Social Change in a European Perspective*. Ashgate.
- Willis, P. (1990) *Common Culture. Symbolic work at play in the everyday culture of the young*. Milton Keynes: Open University Press.
- Winter, R. & Neubauer, G. (1998) *Kompetent, authentisch und normal? Aufklärungsrelevante Gesundheitsprobleme, Sexualaufklärung und Beratung von Jungen*, Band 14 der Reihe *Forschung und Praxis der Sexualaufklärung und Familienplanung*, Hg: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln.